Montag, 30. Dezember 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Richtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 302 - 1.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Handel: Auf mehr als 380 Milliarden Ostmark wollen die „DDR" und die Sowjetunion nach einem jetzt geschlossenen Abkommen ihren Warenaustausch in den Jahren 1986 bis 1990 steigern. (S. 4)

Etat: Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben um 6,58 Prozent und der Entwicklungshilfe um sieben Prozent sieht der japanische Haushalt für 1986/87 vor. Das gesamte Haushaltsvolumen vergrößert sich nur um drei Prozent auf umgerechnet 675 Milliarden Mark.

Golfkrieg: Iran hat nach eigenen Angaben im Golf von Oman den dänischen Frachter „Horneland" mit rund 60 Tonnen für den Irak bestimmten Sprengstoff aufgebracht. Das Schiff wurde in einen iranischen Hafen gebracht. – Nach Angabe aus Schiffahrtskreisen plant Iran wegen der ständigen irakischen Luftangriffe die Schließung des Ölterminals Kharg.

Djilas: Nach zwei Wochen konnte der jugoslawische Regimekritiker das Belgrader Krankenhaus verlassen, in das er wegen eines Herzanfalls eingeliefert worden war.

Sudan: Als Termin für die ersten Parlamentswahlen in dem nordafrikanischen Land seit rund zwei Jahrzehnten ist April 1986 festgelegt worden. Die Wahlen waren von den neuen Machthabern nach dem Militärputsch im vergangenen April versprochen worden.

Offerte: Die USA sind nach Angaben von Präsident Reagan bereit, als Garant einer Lösung in Afghanistan zu dienen, solange diese den vollständigen Abzug fremder Truppen, echte Unabhängigkeit und die Rückkehr der Millionen von afghanischen Flüchtlingen einschließe. (S. 8)

Urteil: Zu lebenslanger Haft wurde von einem Militärgericht in Suez der ägyptische Polizist verurteilt, der am 5. Oktober auf der Sinai-Halbinsel sieben israelische Touristen erschossen hatte.

Südafrika: Bei den seit Jahren blutigsten Stammeskämpfen, bei denen Zulus und Pondas bei Durban zusammenstießen, starben in der Weihnachtswoche 68 Menschen. 21 weitere kamen bei politisch motivierten Unruhen, meist Zusammenstößen zwischen rivalisierenden schwarzen Gruppen, ums Leben.

Kriegsrecht: Das seit 1977 in Pakistan geltende Kriegsrecht wird nach einer Meldung der amtlichen pakistanischen Nachrichtenagentur heute aufgehoben. Präsident Zia wolle seine Entscheidung auf einer Sondersitzung des Parlaments bekanntgeben.

Gestoppt: Ein „Marsch für Frieden in Mittelamerika", an dem rund 200 junge Leute aus 24 Ländern teilnehmen, ist von Honduras an der Grenze gestoppt worden. (S. 8)

WELT-Report Spanien

Vom 1. Januar 1986 an wird Spanien Vollmitglied der EG sein. Zusammen mit dem iberischen Nachbarn Portugal besteht das politisch geeinte Europa dann aus zwölf Partnern. Für Spanien bedeutet dies die endgültige Rückkehr zur Demokratie. Doch dieser Weg bleibt umkehrbar, solange nicht die Wirtschaft europäisches Niveau erreicht. Seiten I–X

WIRTSCHAFT

Europa: Deutliche Fortschritte auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt erwartet die EG-Kommission für 1986. Die Niederlande und Großbritannien, die 1986 nacheinander den EG-Vorsitz führen, haben bereits ein Arbeitsprogramm ausgearbeitet, wonach mehr als 100 Richtlinien und Verordnungen zum Binnenmarkt verabschiedet werden sollen. (S. 9)

Großauftrag: Der Dortmunder Chemie-Anlagenbauer Uhde verhandelt mit der Sowjetunion über einen Auftrag zum Bau einer schlüsselfertigen Polyesteranlage im Wert von rund 10,1 Milliarden DM. Die Hoechst-Tochter hat bereits eine Bundesbürgschaft beantragt. (S. 9)

Verstaatlichung: In Peru sind die Anlagen der US-Ölgesellschaft Belco Petroleum verstaatlicht worden, weil der Konzern angeblich neue Auflagen der Regierung abgelehnt hatte. (S. 10)

US-Aktien: Wall Street rechnet mit einer Fortsetzung der Hausse bis mindestens zum Frühjahr. Der traditionelle Spurt an den Aktienmärkten hat erwartungsmäß auf breiter Front eingesetzt. (S. 9)

KULTUR

Museum: Ausschließlich Künstlern, die entweder aus Schleswig-Holstein stammen, hier leben oder lebten ist das neueste deutsche Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts auf Schloß Gottorf in Schleswig gewidmet. Zu finden sind hier unter anderem Werke von Schmidt-Rottluff, Heckel, Kirchner und Nolde. (S. 13)

Marc Chagall: Er war ein geborener Graphiker, obwohl er es lange selber nicht gewußt hat. Eine selten vollständige Ausstellung der Graphiken Chagalls, zusammengetragen von den Landesmuseen Mainz und Münster, ist derzeit in Mainz zu sehen. Gezeigt werden die wichtigsten Zyklen (bis 1966) und etwa 30 Einzelblätter. (S. 13)

SPORT

Fußball: Rudi Gutendorf (59) ist neuer Trainer des Berliner Zweitliga-Vereins Hertha BSC. Gutendorf wurde bis 30. Juni 1987 Sportdirektor, Cheftrainer und Manager in Personalunion. (S. 6)

Ski: Ohne den unter Alkoholproblemen leidenden finnischen Olympiasieger Matti Nykänen beginnt heute in Oberstdorf die 34. deutsch-österreichische Vier-Schanzen-Tournee. (S. 7)

AUS ALLER WELT

„Onkel Pö's": Nach 15 nicht gerade sorgenfreien Jahren kommt das Aus für Hamburgs weltberühmten Treff der Freunde von Jazz, Rock, Folk und Pop. (S. 14)

Mord: Die amerikanische Verhaltensforscherin Dian Fossey, die sich in den vergangenen 18 Jahren mit Studien über wild lebende Gorillas in Ruanda beschäftigte, ist in ihrer Hütte am Berg Visoke ermordet worden. (S. 14)

Wetter: Im Süden Schneefall, sonst trocken. Um minus 1 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Nach den Anschlägen: Rom und Wien geraten unter Druck

Forderungen nach Revision des Nahost-Kurses / Fatah-Mitglied als Täter?

DW. Bonn

Die Regierungen in Rom und Wien stehen nach den jüngsten Terroranschlägen unter dem starken Druck der Öffentlichkeit, ihre pro-palästinensische Nahost-Politik zu korrigieren. Die Vernehmungen der überlebenden Täter erbrachten allerdings nur vage Hinweise, wer die Hintermänner der Gewalttaten sind. So war sich die Regierung in Jerusalem zwar einig, daß für die Anschläge auf die Schalter der Fluglinie El Al Vergeltung geübt werden müsse, stand aber nach eigenen Eingeständnis noch vor dem Problem, die Verantwortlichen ausfindig zu machen. Insgesamt waren 18 Menschen ums Leben gekommen, darunter vier Terroristen.

Aufsehen erregte der Bericht der britischen Zeitung „Mail on Sunday", wonach auf drei internationalen Flughäfen die PLO für Duty-Free-Shops Lizenzen erhalten habe. Die Organisation, so die Meldung, wolle über diese Läden Waffen schmuggeln. Es handele sich um drei afrikanische Flughäfen mit direkten Flugverbindungen nach Europa, hieß es.

ALFONS DALMA, Rom

Die Schreckensbotschaft, die in den Taschen des überlebenden arabischen Terroristen von Fiumicino gefunden worden ist und in der mit fortgesetztem Terror „auch gegen Eure Kinder" gedroht wird sowie die Untersuchungen über das Attentat von vergangenem Freitag nähren die Kritik an der bisher – vor allem von Außenminister Andreotti – gepflogenen Araber- und PLO-freundlichen Politik. Fast allgemein wird festgestellt, daß die bisher von Andreotti verwendete Formel von den Terroristen als bloß „verrückt gewordenen Splittergruppen" der Palästinenser nunmehr völlig unhaltbar geworden sei.

SEITEN 3 UND 5:
Weitere Beiträge

Der Chef des italienischen Geheimdienstes, Admiral Martini, teilte mit, daß die palästinensischen Terroristen verschiedenster Bezeichnungen in Iran und Südjemen ausgebildet und indoktriniert, in Syrien und in Libyen formiert und für den Einsatz vorbereitet werden, um schließlich in Italien von einem vorgegebenen Agentennetz aufgenommen, mit Geld und Waffen versorgt und in ihre konkrete Tätigkeit eingewiesen zu werden.

Die Erkenntnis von der Rücksichtslosigkeit des arabischen Terrors gegen Italien und von der Manipulation der Gewalt von seiten der nahöstlichen Regierungen hat eine Welle der Kritik an der vom ermordeten christlich-demokratischen Politiker Aldo Moro konzipierten, von Andreotti aber auf die Spitze getriebenen und vom sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi zur Zeit der Affäre „Achille Lauro" übernommenen, zugleich auch mit einem anti-amerikanischen Akzent versehenen Außenpolitik in den Mittelmeer-Angelegenheiten ausgelöst. Offensichtlich hatte bei Craxi die innenpolitische Taktik der Annäherung an die radikal anti-israelischen und bedingungslos pro-syrischen bzw. pro-libyschen Kommunisten eine Rolle gespielt, um die eigenen Koalitionspartner unter den Druck einer Drohung mit der linken Alternative zu setzen.

Jetzt hat aber der Regierungschef selbst die Tonart gewechselt und von der Notwendigkeit gesprochen, die außenpolitischen Hintergründe restlos auszuloten. Niemand geringerer als der sonst wortkarge und behutsame Staatspräsident Francesco Cossiga hat schon in seiner ersten Reaktion klipp und klar darauf hingewiesen, daß ausgerechnet zwei Staaten

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Genug der Worte

ALFONS DALMA

Die Terrorakte von Rom und Wien sind – wie die Terroristen selbst wissen lassen – nur Episoden einer subversiven Kriegführung gegen die freie Welt. Dies gilt, nicht die Ausrede, damit solle der Frieden zwischen Israel und den Arabern erzwungen werden. Mehrere Aspekte des Problems sind klar geworden.

Kein arabisches Land mehr ist bereit, Krieg gegen Israel zu führen. Drei Millionen Palästinenser in Israel und in den besetzten Gebieten üben kaum Terrorakte aus. Selbst die von außen eingeschleusten, geschulten und fanatisierten Terroristen vermögen nicht ein Zehntel der Anschläge zu verüben, die gegen die westeuropäischen, am Konflikt nicht beteiligten Staaten geführt werden. Die einzige westliche Großmacht, die direkt im Nahost-Konflikt engagiert ist, Israels Schutzmacht USA, blieb vom Terrorismus auf dem Gebiet ihrer eigenen Verantwortung und Sicherheit verschont, obwohl – oder weil – sie sich auf keine Kompromisse einläßt. Betroffen sind die Länder, die Arafat entgegenkamen. Wenn nun der vatikanische „Osservatore Romano" schreibt, „genug bedauert, jetzt muß gehandelt werden", dann müßte dort endlich begriffen werden, wie unnütz der Flirt mit Arafat ist. Denn entweder ist die PLO ein verlogener Komplize des Terrors, oder Arafat ist ohnmächtig und demzufolge unwichtig.

Sollte also in Zukunft der Terror gegen Italien und Österreich nachlassen, wäre das nicht das Verdienst des geschmeichelten Arafat (oder gar Khadhafis oder Assads), sondern eine Folge der Kampfbereitschaft und der Schußpräzision der italienischen, der österreichischen und der israelischen Sicherheitskräfte.

Schließlich, wie Italiens Spadolini unerschrocken sagte: Der Schlüssel zur Entfesselung oder Eindämmung des Terrors liegt nicht einmal bei Staaten wie Libyen oder Syrien, sondern bei der Waffenlieferantin Sowjetunion.

Vorstoß für niedrigeren Anfangslohn

Gesamtmetall-Chef Kirchner im WELT-Gespräch: Einstellungsbarrieren für Arbeitslose beseitigen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit der Einführung einer tarifvertraglich abgesicherten zeitlich befristeten „Einstiegslohngruppe" unterhalb des Normallohnes könnte nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, eine Einstellungsbarriere für längerfristig Arbeitslose beseitigt werden. In einem Gespräch mit der WELT sagte der Tarifexperte der Metall-Arbeitgeber, bei einer solchen „Eingliederungsdifferenzierung" müsse man sich „Gedanken machen, ob wir nicht eine niedrigere – tarifliche – Einstiegslohngruppe schaffen, mit einer zeitlichen Befristung. Damit könnten längerfristig Arbeitslose, wenn auch mit einem niedrigeren Einstiegslohn, wieder Zugang zur Arbeit finden und die große Chance erhalten, über diesen Weg auch endgültig übernommen zu werden."

Die Barriere, die das Tariflohn-System mit seinem zu hohen Lohnniveau schon in den unteren Lohngruppen für ungelernte und angelernte Arbeitnehmer darstelle, könnte mit solchen tariflichen Einstiegslöhnen überwunden werden. Niemand wolle dabei das Tariflohnsystem „außertariflich oder untertariflich außer Funktion setzen". Im übrigen sei dies „nur mit den Gewerkschaften und nicht gegen sie" durchzusetzen.

Eine derartige Maßnahme dürfe allerdings nicht allein stehen, betonte Kirchner. Er könne sich ein beschäftigungswirksames Paket folgender Neustrukturierungsmaßnahmen im Tariflohngefüge vorstellen:

● Die Einführung eines solchen niedrigeren Anfangslohnes. Dieser müsse als Kombination des im Beschäftigungsförderungsgesetz enthaltenen Zeit-Faktors – befristete Arbeitsverhältnisse von 18 Monaten Dauer – mit einer Einkommenskomponente gesehen werden. Im übrigen sei der Gedanke eines niedrigeren Anfangslohnes nicht grundsätzlich neu, „weil er ja im Grunde genommen Bezug nimmt auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit. Bei den Angestelltengehältern haben wir ja eine Berücksichtigung der Betriebszugehörigkeit beim jeweiligen Gehalt in einer Gruppe. Je länger ich in der Gruppe bin, steige ich automatisch hoch. Bei den Arbeitern haben wir das nicht. Ob einer ein halbes Jahr im Betrieb war oder 30 Jahre – in derselben Lohngruppe gibt es immer dasselbe Geld."

● Weiterhin sprach sich Kirchner für eine „Qualifizierung für un- und angelernte Arbeitnehmer, die schon im Betrieb sind, die aber dann höher qualifiziert werden und damit Plätze freimachen für Unqualifizierte, die man einstellen kann" aus. „Einfache Arbeiten sind im Vergleich zu dem Marktpreis der von ihnen produzierten Güter einfach noch zu teuer".

● Dritte Maßnahme wäre eine „Umorientierung der Lohnzusatzkosten". Man müsse darüber nachdenken, „ob die Lohnzusatzkosten nicht deshalb

■ Fortsetzung Seite 8

Syrien fordert Respektierung des Libanon-Paktes

DW. Damaskus

Syrien hat seine stärker werdende Rolle als regionaler Makler im Libanon-Konflikt unterstrichen. Damaskus rief alle Libanesen zur Unterstützung des am Freitag von den feindlichen Milizen (Christen, Drusen und Schiiten) unterzeichneten Friedensabkommens auf.

Kurz nach der Unterzeichnung des Vertragswerkes, das den seit zehn Jahren dauernden libanesischen Bürgerkrieg beenden soll, sagte der syrische Vizepräsident Abdel Halim Chaddam offenbar an die Adresse der Christen, alle Gruppen in Libanon sollten die in dem Pakt enthaltenen Bestimmungen respektieren. Durch das Abkommen sollen die historischen Vorrechte der Christen beschnitten werden. Der christliche Präsident Amin Gemayel und Politiker der christlichen Falange waren nicht an den Friedens-Verhandlungen beteiligt gewesen.

Seite 2: Assads Geniestreich

Ceausescu hält RGW-Beschlüsse für unzureichend

DW. Bukarest

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hält die vom Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) festgelegte Koordination für die Jahre 1986 bis 1990 für unzureichend. „Wir können mit den Ergebnissen nicht voll zufrieden sein", sagte der Parteichef vor dem politischen Ausschuß des Zentralkomittees der Kommunistischen Partei. Innerhalb der RGW müßten Maßnahmen zur Lösung der Probleme auf dem Energiesektor und bei Rohstoffen gefunden werden.

Rumänien hat seit Jahren mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Energiesektor war kürzlich unter militärische Verwaltung gestellt worden, um einen völligen Zusammenbruch der Versorgung zu verhindern. Kurz vor Weihnachten waren in Moskau die RGW-Richtlinien für die kommenden fünf Jahre festgelegt worden.

Verschwörung im Kosovo aufgedeckt

Erstmals Angehörige der jugoslawischen Geheimpolizei unter den Festgenommenen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Unter den festgenommenen Mitgliedern einer albanischen Geheimorganisation, die jetzt in der jugoslawischen autonomen Provinz Kosovo aufgedeckt wurde, befinden sich erstmals auch Funktionäre der jugoslawischen Geheimpolizei. Angeblich sollen auch Offiziere der jugoslawischen Armee dabei verhaftet worden sein. Ziel der Geheimorganisation ist die Errichtung einer „Albanischen Republik Kosovo" sowie die Loslösung des Gebiets von Jugoslawien und sein Anschluß an Albanien.

Der Innenminister der Teilrepublik Serbien, Lalovic, zu der die zu 77 Prozent von Albanern bewohnte Provinz Kosovo gehört, sagte vor dem serbischen Parlament in Belgrad, unter den Verhafteten befänden sich vier Personen, die in „sensiblen Bereichen der Sicherheit des Landes" tätig waren. Außerdem sei ein „Beauftragter für die nationale Verteidigung", wie sie bei den Orts- und Kreisbehörden in ganz Jugoslawien existieren, verhaftet worden. Schließlich erwähnt Innenminister Lalovic auch einen festgenommenen Milizionär – also einen Beamten der regulären, uniformierten Polizei.

Die Tatsache, daß es einer albanischen Geheimorganistion gelungen ist, in sensible Sicherheitsbereiche des jugoslawischen Staates und möglicherweise in Polizei und Armee einzudringen, hat in Belgrad und besonders in Serbien Alarmstimmung ausgelöst. Auch die soziale Herkunft der übrigen Verhafteten gibt zu denken,

SEITE 2:
Albanischer Krisenherd

weil es sich hier um einen Querschnitt der albanischen Bevölkerung des Kosovo handelt. So sind unter den Festgenommenen 38 Studenten, 10 Lehrer, 3 Ingenieure, 10 Industriearbeiter, 2 Nationalökonomen, 1 Rechtsanwalt, 6 Gymnasiasten, 2 Beamte, 1 Techniker und 1 Rentner.

Die Mitglieder der Geheimorganisation hatten sich nach Angaben des serbischen Innenministers zum Ziel gesetzt, alle im Lande tätigen illegalen albanischen Gruppen in einer einheitlichen „Volksfront für die Republik Kosovo" zusammenzufassen. Diese Organisation sollte den Charakter einer Massenbewegung annehmen. Die Geheimorganisation soll Verbindungen sowohl zu Albanien als auch zu albanischen Emigrantenorganisationen im Ausland unterhalten haben. Der albanische Geheimbund habe illegale Schriften und Flugblätter sowie albanische Emigrantenzeitungen aus dem Ausland im Kosovo verbreitet. Ein Mitglied des Geheimbundes hat nach jugoslawischen Angaben im Haus der sozialistischen Jugendorganisation der Kosovo-Stadt Urosevac (albanisch: Ferizaj) eine Bombe gelegt.

Seit im Jahre 1981 im Kosovo erstmals nach Titos Tod anti-jugoslawische Massendemonstrationen und Unruhen in der albanischen Bevölkerung ausbrachen, wobei es damals mindestens zehn Tote gegeben hatte, sind 3000 Angehörige der albanischen Volksgruppe wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhaftet und 16 albanisch-nationalistische Geheimorganisationen ausgehoben worden.

Moskau will Syrien Rückhalt geben

DW. Kuwait

Moskau hat Damaskus Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Israel über die Stationierung syrischer Flugabwehrraketen an der Grenze Libanons zugesichert. Die in Kuwait erscheinende Zeitung „Al Watan" zitierte gestern den stellvertretenden Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im Zentralkomitee der sowjetischen Kommunistischen Partei, Karen Brutents, mit den Worten, Syrien werde im Fall eines israelischen Angriffs nicht allein stehen. Moskau fühle sich, führte Brutents aus, dem sowjetisch-syrischen Freundschaftsvertrag verpflichtet. Israel sieht die Aufstellung der syrischen Raketen als einen Affront gegen seine Luftaufklärung über Libanon.

Marcos-Zusage an Washington

DW. Manila

Die Frage der amerikanischen Militärstützpunkte ist am Wochenende in den Mittelpunkt des philippinischen Wahlkampfes gerückt. Nachdem sich die Präsidentschaftskandidatin der Opposition, Corazon Aquino, für eine Beibehaltung der Stützpunkte bis 1991 ausgesprochen hatte, stellte Staatspräsident Marcos den USA ein Abkommen über ein Nutzungsrecht auch nach 1991 in Aussicht. Indem sie sich für einen Abbau der Basen ausspreche, erweise sich die Opposition als „noch naiver, als sogar wir dachten", erklärte Marcos in einem Interview. Frau Aquino hatte erklärt, sie würde im Falle ihres Sieges bei den Präsidentschaftswahlen am 7. Februar die US-Stützpunkte bis mindestens 1991 beibehalten.

Moskaus Kampagne gegen die Religion

DW. Moskau

Die sowjetische Führung hat die Aktivisten der Kommunistischen Partei in Litauen aufgefordert, ihre anti-religöse Propaganda zu verstärken. Der führende Moskauer Ideologe Boris Ponomarjow habe bei einem Parteitreffen in Wilna, der Hauptstadt der streng römisch-katholischen baltischen Republik, die „unzureichende atheistische Arbeit" kritisiert, heißt es in einem Bericht der sowjetischen Parteizeitung „Prawda".

Es sei notwendig, so Ponomarjow mit Blick auf die fehlende Verwurzelung des Kommunismus, daß die Partei die Anstrengungen beim „Aufbau eines kommunistischen Bewußtseins der arbeitenden Bevölkerung" verstärke.

Litauen ist mit einer Bevölkerung von 3,5 Millionen Menschen eine der kleinsten Sowjetrepubliken.

Vorbehalte gegen „Friedenskonzil"

DW. Köln

Das Verhältnis zwischen dem „DDR"-Kirchenbund und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist nach Ansicht des EKD-Ratsvorsitzenden Martin Kruse enger, als es vielfach dargestellt werde. Kruse nannte im Deutschlandfunk die Behauptung, die Beziehungen seien seit einiger Zeit von gegenseitigem Entfernen gekennzeichnet, eine „unzulässige Dramatisierung".

„Nahe beieinander" seien die Positionen der beiden Kirchenvereinigungen im Hinblick auf das beim Düsseldorfer Kirchentag geforderte Friedenskonzil. Der EKD-Ratsvorsitzende bedauerte in diesem Zusammenhang, daß ein solches Konzil in der übrigen Ökumene nicht auf „sehr großes Verständnis" stoße. Für die Kirchen der Dritten Welt sei die soziale Verelendung das Hauptproblem.

Mit Leuchtraketen gegen Hubschrauber

DW. Wackersdorf

Unter dem „harten Kern" der Platzbesetzer auf dem Rodungsgelände der Wiederaufarbeitungssanlage für Kernbrennstoffe (WAA) in Wackersdorf befindet sich ein „mittlerer Anteil von Chaoten". Der Großteil bestehe aus „Berufsdemonstranten" aus Städten wie Frankfurt und Hamburg, berichteten Polizeisprecher. Auf dem gerodeten Gelände pflanzten die Besetzer Bäume. Die, „die vorgeben, um jeden einzelnen Baum zu kämpfen, fällten viele herrliche Bäume", kommentierte ein Polizist.

Während die Polizei das Abfeuern von Leuchtraketen auf die Polizeihubschrauber eine Gefährdung der Besatzungen nannte, hoben die Platzbesetzer hervor, die Polizei wolle durch sehr tieffliegende Hubschrauber über dem Hüttendorf die Demonstranten „terrorisieren".

Waffenstillstand zwischen Mali und Burkina Faso

Khadhafi vermittelte im Grenzkrieg / Appell Gorbatschows

DW. Paris

Im Grenzkonflikt zwischen Mali und Burkina Faso (Obervolta) ist ein neuer Waffenstillstand vereinbart worden. Dieses Waffenstillstandsabkommen ist bereits das dritte seit Ausbruch des Grenzkrieges am Weihnachtstag. Die libysche Nachrichtenagentur Jana meldete, die Einigung sei gestern früh um 2.00 Uhr (MEZ) nach entsprechenden Kontakten zwischen dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi, Malis Präsident Traore und dem Präsidenten von Burkina Fasos, Sankara, zustande gekommen. Libyen werde zur Überwachung der Vereinbarung heute Beobachter in den umstrittenen Grenzstreifen senden.

Am Donnerstag und Freitag vergangener Woche hatten zuerst der libysche Außenminister Triki, danach die Organisation afrikanischer Einheit (OAU) einen Waffenstillstand zwischen den beiden Staaten angekündigt. Nach Angaben der OAU sah die zweite Vereinbarung vor, daß beide Seiten sich von den besetzten Gebieten auf die Grenzen zurückziehen sollten, wie sie vor dem Konflikt bestanden haben. Eine internationale Beobachtermission sollte die Einhaltung des Abkommens überwachen. In beiden Fällen dauerte die Waffenruhe jedoch nur wenige Stunden. Danach berichteten die Rundfunksender erneut von „siegreichen" Aktionen.

Am Samstag hatte Radio Ougadougou (Burkina Faso) gemeldet, der sowjetische Parteichef Gorbatschow habe an den Chef der burkinischen Militärregierung, Sankara, appelliert, die Kampfhandlungen einzustellen. Der Grenzkonflikt gehe noch auf die Kolonialzeit zurück und müsse gemäß der Charter der Vereinten Nationen und den Grunsätzen der OAU friedlich beibelegt werden, habe Gorbatschow in seiner Botschaft erklärt.

Der umstrittene Grenzstreifen zwischen beiden Ländern ist kaum besiedeltes Dürregebiet, angeblich reich an Rohstoffen. Nach einem Bericht von Radio Ougadougou ist das reine Spekulation. Mali gehe es nicht um Rohstoffe, sondern um den Sturz der burkinischen Regierung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Reagans Angebot

Von Enno v. Loewenstern

Afghanistan bleibt auf der Tagesordnung. Und damit ist der neue Generalsekretär (der mit seiner Fähigkeit zu freier Rede und seiner schicken Frau manche Beobachter bis zu der Überzeugung erregt hatte, er sei friedensvernünftiger als Präsident Reagan) wieder als der Verantwortliche des Regimes im Gespräch, das mit Hubschraubern, Giftgas und explosivem Spielzeug viele Tausende getötet und Millionen heimatlos gemacht hat.

Präsident Reagan hat den Sowjets angeboten, daß die Amerikaner eine Garantenrolle für Afghanistan übernehmen würden, sofern nur ein fester Zeitraum für einen sowjetischen Truppenabzug zugesichert werde. Etliche westliche Kommentatoren hatten dieser Tage erzählt, die UdSSR habe nun mal ein womöglich unfreundliches Afghanistan an ihrer Grenze „nicht dulden können". Das wäre eine völlig neue Kategorie des Völkerrechts, aber das kann dahingestellt bleiben: Mit Reagans Angebot entfällt jede Ausrede, ein bedrohtes Rußland müsse sich durch einen Ausrottungskrieg schützen.

Die Garantie klingt kühn, aber sie ist kein Problem. Von Afghanistan ging nämlich für die UdSSR niemals Gefahr aus; es wurde ja eben deshalb überfallen, weil es wehrlos erschien. Afghanistan wird auch in Zukunft keine Gefahr für den höchstgerüsteten Staat der Erde darstellen.

Das Problem liegt woanders. Die UdSSR hat in Afghanistan den Vollzug der sozialistischen Revolution proklamiert. Den real existierenden Sozialismus aber aufzugeben, und wenn die „Prawda" jüngst noch so offenherzig „Fehler" bei seiner Realisierung zugab – das wäre eine echte Revolution. Die wütenden Tass-Ausfälle belegen, daß Moskau weitermachen will. Die neuerdings ausgestreuten Gerüchte, Afghanistan stehe kurz vor dem Zusammenbruch, haben anscheinend einen militärpolitischen Hintergrund: Die öffentliche Meinung Amerikas gegen jede weitere Hilfe an die afghanischen Freiheitskämpfer zu mobilisieren. Das verfängt nicht, wie Reagans Rede belegt. Also treiben die Dinge einem Höhepunkt zu – die Nervosität in Pakistan zeigt, wie akut man die Gefahr dort empfindet.

Albanischer Krisenherd

Von Carl Gustaf Ströhm

Eine Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied: diese Tatsache bekommt das mit Wirtschaftskrisen, galoppierender Inflation und nationalen Konflikten ringende Jugoslawien zu spüren. Das schwächste Glied dort ist die zu beinahe achtzig Prozent von Albanern bewohnte autonome Provinz Kosovo. Hier steht eine sich rasch vermehrende Mehrheit von Kosovo-Albanern der slawischen serbischen Minderheit mit offener oder verdeckter Feindseligkeit gegenüber.

Die Kosovo-Albaner sind keine Slawen, und ihr Ziel ist letztlich, den „slawischen" Staat Jugoslawien zu verlassen und sich an Albanien anzuschließen. Daß es in Albanien weniger Freiheit gibt als in Jugoslawien, stört die albanischen Nationalisten nicht. Hauptsache, sie werden die verhaßten Serben los.

Jetzt haben die jugoslawischen Sicherheitsbehörden wieder die Aufdeckung einer albanischen Geheimorganisation auf jugoslawischem Boden bekanntgegeben; vierundneunzig Personen wurden verhaftet. Der diesmal ausgehobene Geheimbund der Kosovo-Albaner weist aber eine Besonderheit auf, die Besorgnis wecken muß: erstmals befinden sich unter den Verhafteten vier Personen, die im sensiblen Bereich der Sicherheit des Landes tätig waren, ferner ein Polizeibeamter und ein örtlicher Beauftragter für die Landesverteidigung. Es ist also dem albanischen Geheimdienst gelungen, in Jugoslawiens Landesverteidigung und in die Polizei, womöglich sogar die Geheimpolizei, einzudringen.

Damit erhält die Aktivität der albanischen Geheimbünde eine neue, bedrohliche Qualität. Die Belgrader Führung wird kaum so optimistisch sein zu glauben, daß mit der Aushebung der vierundneunzig Albaner das Problem des Kosovo-Nationalismus wirklich gelöst ist. Seit 1981 wurden dreitausend Albaner in Jugoslawien verhaftet und sechzehn Geheimbünde enttarnt – und immer wieder sind neue Verschwörungen nachgewachsen. An der albanisch-jugoslawischen Grenze braut sich eine für Europa gefährliche Spannung zusammen, weil hier eine Bevölkerung von fast anderthalb Millionen Menschen dem Staat, in dem sie lebt, die Loyalität versagt.

Gute schlechte Nachrichten

Von Peter Gillies

In diesen Tagen erreicht uns die schlechte Nachricht, daß eine britische Zeitung eingegangen ist, die sich auf gute Nachrichten spezialisiert hatte. Die „First The Good News" hatte versucht, mit dem urangelsächsischen Prinzip der Presse „bad news is good news" zu brechen. Terror, Krieg, Erdbeben, Vulkanausbruch und der sonstige tägliche Horror kam dort nur – wenn überhaupt – als Kurzmeldung vor. Es dominierte das Positive, Optimistische.

Was interessiert uns aber wirklich? Wohl bleibt es zutiefst menschlich, daß die Meldung „Hund beißt Briefträger" nur begrenztes Interesse erregt, der umgekehrte Beißvorgang dagegen aufmerken läßt. Aber so wenig die vielen täglichen Schrecklichkeiten ein zutreffendes Bild dieser Erde geben, so unsinnig wäre die Spezialisierung auf das Erfreuliche. Nicht die gute Nachricht – die gute Mischung verdiente mehr Aufmerksamkeit. Daß eine Entlassung von fünfhundert Mitarbeitern stets höchsten Nachrichtenwert verliehen bekommt, die Schaffung von fünftausend neuen Arbeitsplätzen dagegen auf den hinteren Seiten verschwindet, ist kein Naturgesetz.

Eine derartige Bewertung bewirkt auf Dauer eine psychologische Schieflage und könnte den Boden einer Rezession vorbereiten, die bei wirklichkeitsnaher Einstufung vermeidbar wäre. Nun strotzen in diesen Tagen die Wirtschaftsnachrichten von Rekorden, nicht selten sind es sogar Nachkriegsrekorde. Es gibt kaum ein deutsches Spitzenunternehmen, das nicht goldgeränderte Bilanzen oder Zwischenberichte vorlegt. Schon meldet sich eine Tendenz, sie herunterzuspielen: Die Großen – jene „blue Chips" an den Börsen – verdienten zwar klotzig, aber beim „kleinen Mann" komme der Segen nicht an.

Der Schluß ist so verführerisch wie falsch. Niemals wird es sichere Arbeitsplätze ohne gute Unternehmensgewinne geben, nie Neueinstellungen ohne kräftige Investitionen, nie ein leistungsfähiges Sozialsystem in einer fußkranken-Wirtschaft. Der Abbau der Arbeitslosigkeit beginnt damit, daß die bestehenden Arbeitsplätze sicherer werden; im zweiten Schritt erhöht sich die Zahl der Beschäftigten, und erst die dritte Stufe des Aufschwungs verringert die Erwerbslosenzahlen.

Es ist keine Schönfärberei, die Rekorde dieser Tage zur Kenntnis zu nehmen, wohl aber fahrlässig, sie zu ignorieren.



GORRELL / THE RICHMOND NEWS LEADER

Frieden – was ist das?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In seiner „Theologischen Prinzipienlehre" entwickelt Kardinal Ratzinger einen Denkansatz, der Willy Brandt und seiner SPD für das Nachdenken über den Frieden empfohlen werden kann. Ratzinger fragt, von wo der Glaube innerhalb so vielfältiger Auslegungsmöglichkeiten jene Gewißheit schöpft, mit der man leben und für die man leiden und sterben kann. Die Sicherheit der besten Hypothese reiche dafür nicht aus: „Wo es ums Leben geht, das keine Hypothese, sondern einmalig und unwiederholbar ist, ist ein anderer Typ von Gewißheit gefordert."

Diese Frage steht auch dann ohne Abstrich, wenn sie nicht dem christlichen Glauben, sondern dem Frieden auf dieser Welt gilt. Was ist die Hypothese der SPD, was ist ihre Gewißheit? Ist es eine Gewißheit, „mit der man leben und für die man leiden und sterben kann"?

Als Brandt während seines Besuches bei Jaruzelski, Polens General-Despoten von Moskaus Gnaden, den „Solidarność"-Führer Lech Walesa austrickste, lag es nahe, nach dem schmalen Band zu greifen, in dem Alexander Solschenizyns drei Reden an die Amerikaner (1975) abgedruckt sind. Niemand ist gezwungen, Solschenizyns Wertungen über den Leidensweg Rußlands von Lenin über Stalin bis auf den heutigen Tag zu übernehmen; aber die Tatsachen, die er berichtet, sind nicht zu bestreiten. Es sind Fakten, die begreiflich machen können, warum Reagan einmal vom Reich des Bösen gesprochen hat.

Uns allen ruft Solschenizyn zu, uns nicht jenem Realismus zu unterwerfen, der die Begriffe von „Gut" und „Böse" verpönt. Entspannung sei notwendig wie die Luft zum Atmen; doch Entspannung gebe es nicht, solange in seinem Vaterland „Menschen stöhnen und sterben".

Konsequent fordert er, nicht nur die Kriegsmaschinen abzurüsten, sondern ebenso die „Apparate der Gewalt". Für „innere Angelegenheiten" der Staaten, auf die sich die kommunistischen Führer berufen, wenn es um die Menschenrechte geht, gebe es auf unserem engen Planeten keinen Platz mehr.

Viele nehmen Solschenizyn als einen eifernden Moralisten nicht ernst. Die das tun, haben aber Carl Friedrich von Weizsäcker kräftig applaudiert, als er 1963 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt und in einer unvergessenen Rede das Wort von der Welt-Innenpolitik prägte. Darunter verstand er auch die „Beurteilung weltpolitischer Probleme mit innenpolitischen Kategorien". Eines Tages müsse das Polizeimonopol an eine internationale Behörde übertragen werden. Hat Solschenizyn etwas anderes gemeint?

Professor von Weizsäcker setzte in jener Rede auch den Imperativ, wenn der Friede menschenwürdig sein solle, müsse die Anstrengung moralisch sein. Solche moralische Anstrengung nimmt die SPD für sich in Anspruch. Die Frage ist allerdings, ob der Friede, den sie verficht, menschenwürdig sei.

In der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft", die von Rau, H.-J. Vogel und Wehner mitherausgegeben wird, argumentiert Günter Gaus, eine Deutschlandpolitik, welche die „deutsche Frage" begrenze, unterliege als oberster Priorität der Erhaltung des Friedens, und wegen dieser Priorität sei sie moralisch. Gaus rät, die Anerkennung des Status quo in Europa „zu vervollständigen", auf daß er sich allmählich lockere, ohne Machtfragen aufzuwerfen. In solchem Sinn denkt er



Keine Entspannung, wo Menschen stöhnen und sterben: Solschenizyn FOTO: DPA

schwarz auf weiß darüber nach, ob wir eine Konferenz der vier Siegermächte „über die deutschen Staaten" brauchen. Eben das scheint gemeint zu sein, wenn die SPD erklärt, die deutsche Frage sei nicht mehr offen.

Gaus spricht nicht davon, daß wir in Europa seit 1945 einen menschenwürdigen Frieden hätten; er nennt ihn schäbig, glanzlos – „aber es ist Frieden". Nur: Rechtfertigt das Horst Ehmke, der sich mit jener Richtung in der internationalen „Friedensbewegung" auseinandersetzt, welche die „Entspannungspolitik von oben" als gescheitert erklärt und eine „Entspannungspolitik von unten" proklamiert – auch im Sowjetblock? Ehmkes Antwort: Das bedeute Konflikt mit den kommunistischen Machthabern und drohe, die Entspannungspolitik zu verhindern. Er zieht seinen Kopf mit der Phrase aus der Schlinge, weder „Destabilisierung" noch „Stabilisierung" der kommunistischen Regime, sondern „Reform". Mehr, als daß solche Reformen im Osten „nicht schlechthin ausgeschlossen" seien, hat er als Perspektive nicht anzubieten. Doch das reicht offenbar, um Jaruzelski die Hand zu drücken und nicht Walesa.

Und für eine solche Perspektive sollen wir entgegen unserer Verfassung die Teilung Deutschlands und Europas anerkennen? Deshalb sollen wir Honecker nicht mehr nennen, was er ist: einen bolschewistischen Spalter unseres Vaterlandes? Deshalb sollen wir die Zerschlagung der Menschenrechtsbewegung in der Sowjtunion und den Terror in den psychiatrischen Kliniken nicht „Reich des Bösen" heißen? Deshalb sollen wir mit den Unterdrückern gegen die Unterdrückten paktieren?

Und das alles im Namen des Friedens?

Um auf Ratzingers Begriffe zurückzukommen: Die SPD verkündet ihre Friedenspolitik ohne sichere Hypothese und deshalb ohne jede Gewißheit. Sie handelt unpolitisch. Sie baut nicht auf Stein, sondern auf Sand.

IM GESPRÄCH José Azcona Hoyo

Auf gleichem Kurs

Von Werner Thomas

Es war ein Weihnachtsgeschenk. Anfang der Woche wurde Jose Simon Azcona Hoyo endlich zum Sieger der honduranischen Präsidentschaftswahlen erklärt. Am 27. Januar 1986 übernimmt er die Führung der mittelamerikanischen Nation.

Der Urnengang am 24. November konnte erst jetzt entschieden werden, weil sich das Wahlgericht mit einem Einspruch der oppositionellen Nationalpartei beschäftigen mußte. Diese wollte nicht mehr ein sonderbares Wahlgesetz vom Mai respektieren: Jede Partei konnte mehrere Kandidaten nominieren. Der führende Kandidat der Partei mit den meisten Stimmen sollte gewinnen. Obgleich Azcona Hoyo weniger Stimmen erhalten hatte als sein schärfster Rivale Rafael Leonardo Callejas (Nationalpartei), eroberte er das Präsidentenamt.

Der 58jährige Ingenieur, ein hagerer, silberhaariger Mann, vertritt die Liberale Partei, die bereits seit Anfang 1982 dieses Land regierte. Er lieferte sich mit dem bisherigen Präsidenten Roberto Suazo Cordova oft bittere Machtkämpfe. Dennoch existieren zwischen den beiden Politikern keine gravierenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten. Auch Azcona Hoyo ist konservativ und für enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten: „Ich bin ein Freund der USA."

Der Sohn spanischer Einwanderer, der aus der Industriemetropole La Ceiba stammt, 400 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Tegucigalpa gelegen, wird den proamerikanischen Kurs beibehalten. Er wünscht jedoch einige Korrekturen. Er möchte „die Souveränität und Würde" verteidigen. Er plädierte dafür, die Zahl der gemeinsamen Manöver mit den US-Truppen zu reduzieren. Er fordert dagegen kein Ende der amerikanischen Militärpräsenz (tausend Soldaten) und rügt europäische Kritiker, die Honduras einen Satelliten-Status unterstellen: „Tolerieren nicht sozialistische Regierungen in Griechenland und Spanien Stützpunkte der USA?"

Im Wahlkampf hatte sich Azcona Hoyo hoffnungsvoll über die Möglichkeiten eines Dialogs mit dem marxistischen Nachbarstaat Nicaragua



Nach vier Wochen endlich bestätigt: Honduras' Präsident José Simon Azcona Hoyo FOTO: AP

geäußert. Mittlerweile richtet er scharfe Angriffe gegen die sandinistischen Comandantes und die Sowjetunion: „Die Lage in Mittelamerika kann sich erst dann entspannen, wenn die Sowjetunion die Aufrüstung Nicaraguas beendet, das heute dem östlichen Lager angehört." Er wird wahrscheinlich weiterhin diskret die Aktivitäten der antisandinistischen Kämpfer dulden, die von honduranischem Gebiet aus operieren. Offiziell weiß er davon nichts.

Anders als der Landarzt Suazo Cordova will Azcona Hoyo besonders die sozialen Wunden heilen. Er spricht von einer „traurigen Situation, die wir rasch ändern müssen". Nach amtlichen Angaben leben 56,7 Prozent der 4,7 Millionen Honduraner in extremer Armut. 70 Prozent der arbeitsfähigen Menschen sind erwerbslos oder unterbeschäftigt. Azcona Hoyo verkündete „eine neue Ära des Fortschritts und der Entwicklung".

Wenn Roberto Suazo Cordova Ende Januar seinem Nachfolger José Simon Azcona Hoyo die Präsidentenschärpe über die Schulter stülpt, werden beide Männer einen besonderen Platz in der Geschichte von Honduras gefunden haben: Seit 1929 hat es in dieser unruhigen Nation keinen Machtwechsel mehr innerhalb eines demokratischen Systems gegeben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen kommentieren die Anschläge in Wien und Rom:

The New York Times

Es ist auch nicht möglich, auch nur auf einen Rest Anstandsgefühl unter den Terroristen zu bauen, jedenfalls nicht bei Leuten, die so besessen sind, daß sie einen gelähmten alten Mann über Bord eines Kreuzfahrtschiffes werfen oder mit Maschinenpistolen ein elfjähriges Mädchen niederschießen.

KURIER

Die österreichische Politik, durch Gutwettermachen bei der PLO und radikalen arabischen Führern wie Khadhafi den Terror von uns fernzuhalten, ist mit dem Massaker in Schwechat endgültig zusammengebrochen. **(Wien)**

Rhein-Zeitung

Wiens Kreisky, Roms Andreotti, einige bei uns, voran Genschers Staatsminister Möllemann, halten PLO und Arafat für den unabwendbar nötigen Friedenspartner. Wie naiv diese Leute sind. **(Koblenz)**



Verantwortlich für das grausame Massaker ist Arafats PLO. Mag diese sogenannte Befreiungsorganisation sich offiziell davon distanzieren – in Wien und Rom ging ihre Saat des Hasses und der Gewalt auf. Einige Linke im Westen verurteilen den Wehrdienst als Kriegsdienst, rechtfertigen aber Terrorakte aus politischen Motiven. Wann begreifen sie endlich, daß Terrorismus Krieg in Raten ist – nur noch abscheulicher?

AL-RAI AL-AM

Israel wird jetzt ohne jeden Zweifel die Anschläge als Rechtfertigung benutzen, palästinensische Stellungen und Flüchtlingslager in verschiedenen arabischen Ländern anzugreifen. Und doch werden sich die Selbstmord-Anschläge in allen Teilen der arabischen Welt fortsetzen und ausbreiten, ... selbst wenn die Zentralen der Palästinensischen Befreiungsorganisation in allen ihren Gastländern dem Erdboden gleichgemacht und in Friedhöfe für die PLO-Führer verwandelt würden. **(Kuwait)**

HEILBRONNER STIMME

Solange auch nur irgendwo in der Welt und von irgend jemandem Terroristen als Volkshelden verehrt und dem Zugriff der Gerechtigkeit entzogen werden, solange nicht alle Staaten auf dieser Erde, unabhängig von ihrem Gesellschaftssystem, den Terrorismus uneingeschränkt, mit aller Härte und ohne politische Rücksichtnahmen bekämpfen, so lange werden die entsetzlichen Vorfälle von Rom und Wien nicht die letzten in der Kette des Grauens sein.

Assads Geniestreich und das Risiko im Bekaa-Tal

Das libanesische Friedensabkommen garantiert keinen Frieden / Von Jürgen Liminski

Ein Pulverfaß wird verriegelt, und die Freude darüber ist groß. Nur: Was passiert mit den anderen Fässern, die im Dutzendpack, kleiner zwar, aber gefüllt und geöffnet, hinter etlichen Ecken in Libanon stehen? Ist das am Wochenende in Damaskus unterzeichnete Friedensabkommen besser geeignet als frühere Initiativen, den seit zehn Jahren andauernden Krieg mit seinen vielschichtigen Interessenkonflikten zu beenden?

Einen Sinn hat das Abkommen bei aller berechtigten Skepsis. Es zeigt zumindest zweierlei: Die größten verfeindeten Milizgruppen sind zu einem Minimalkonsens zu bewegen, der über einen bloßen Waffenstillstand hinausreicht. Zweitens: der Beweger, Garant und Vermittler kann nur eine ausländische, unmittelbar betroffene Macht sein, in diesem Fall Syrien.

Die syrische Regierung handelt nicht selbstlos. Die Vermittler- und Garantenfunktion trägt ihr erhebliches Prestige in der arabischen Welt ein. Sie bringt Damaskus dem Fernziel eines großsyrischen Reiches näher. Sie lockert die Geldbörsen der Saudis. Sie hebt das Ansehen in Moskau, wahrscheinlich auch in Washington.

Damaskus geht aber auch ein Risiko ein: Der Schiitenführer und Mitunterzeichner Berri ist nicht in der Lage, all die von seiner Amal-Miliz abgesplitterten schiitischen Grüppchen zu kontrollieren. Diese können, auf Geheiß Teherans oder auch durch eigene Eingebung, jederzeit losschlagen und ein paar Funken in die herumstehenden Pulverfässer sprühen lassen. Auch die Sunniten, die das Abkommen nicht als eigene Gruppe unterzeichnet haben und sich deshalb übergangen fühlen, könnten auf die eine oder andere Weise größere Auseinandersetzungen provozieren. Vorsorglich und zur Einschüchterung ist auf einen ihrer Führer, Saeb Salam, am zweiten Weihnachtsfeiertag ein Anschlag verübt worden. Salams Leibwächter wurde schwer verletzt, der Ex-Premier kam mit dem Schrecken davon.

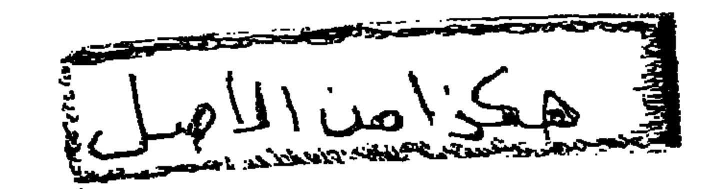
Schließlich die von Libyen ausgehaltenen Kommandos in West-Beirut, oder auch die eigenmächtigen PLO-Einheiten in den Wespennestern von Sabra und Schatila – sie alle könnten das Abkommen in wenigen Stunden zur Farce machen. Damaskus hofft jedoch, kleinere Ausbrüche von Gewalt mit Hilfe der drei Partner rasch lokalisieren und eindämmen zu können.

Eine Schlüsselrolle beim Zustandekommen des Vertragswerks spielte der Drusenführer Dschumblatt. Er ist offenbar der große Verlierer der syrischen Initiative. Lange hatte er sich gesträubt, die Präsenz syrischer Soldaten in dem von ihm kontrollierten Gebiet des mittellibanesischen Berglands Schuf zu akzeptieren. Auch wehrte er sich dagegen, daß die von seinen Kriegern brutal vertriebenen christlichen Bewohner wieder in ihre Dörfer zurückkehren sollten. Er wollte aus dem Schuf das Kernland einer autonomen Drusenregion machen. Einen eigenen Radiosender, eine eigene Verwaltung, ein eigenes Steuersystem und eine eigene Flagge hatte er schon. All das darf er auch behalten. Aber die eigene Polizei und eine selbstherrliche Außenpolitik wird ihm nun verwehrt. Innerhalb von drei Jahren sollen die Flüchtlinge zurückkehren – unter syrischem Schutz.

Dschumblatt hatte sich in den letzten Monaten durch die Anlehnung an Moskau etwas Manövrierraum verschafft. Alle acht bis zehn Tage besuchte ihn der sowjetische Botschafter in seinem Schloß Muchtara. Er erhielt direkte Waffenlieferungen über den kleinen Hafen Khalde südlich von Beirut. Nun heißt es, daß die Sowjets ihm geraten hätten, das Abkommen zu unterzeichnen, weil dies den gemeinsamen Interessen Moskaus und Damaskus' entspreche.

Eine andere Version, wie es zu Dschumblatts Zustimmung kam, entbehrt nicht der Wahrscheinlichkeit: In einem Tête-à-tête soll der syrische Präsident Assad ihn an das Schicksal von Vater Kamal Dschumblatt erinnert haben. Dieser wurde im März 1977 vom syrischen Geheimdienst nahe Schloß Muchtara ermordet. „Dein Vater war ein guter Mann", soll Assad mit jenem vielsagenden Lächeln gesagt haben, das die Möglichkeit des Todes anderer guter Männer andeutet.

Damaskus verspricht sich auch militärische Vorteile von dem Abkommen. Syrische Soldaten im Schuf bedeuten erhöhte Gefahr für Israel. Insbesondere wenn sie unter dem Schutz der Luftabwehrbatterien stehen, die Assad jetzt im Bekaa-Tal postiert hat. Die Bekaa-Hochebene ist strategisch als Flugschneise durch das Libanon-Gebirge Sprungbrett und Vorneverteidigung zugleich. Wer die Hochebene beherrscht, greift nach der Luftüberlegenheit. Kommt die militärische Präsenz im Schuf noch hinzu, entsteht für Israel eine Lage, in der es sich zu einem Präventivschlag entschließen könnte, oder, was Assad hofft, zu Verhandlungen über die Golan-Höhen bereit erklärt. Nach den Terroranschlägen von Rom und Wien liegt die erste Möglichkeit allerdings näher. Denn Abu Nidal, einer der Hintermänner dieser Anschläge, residiert auch in Damaskus.



Seite 8

…ne …ı ist …d City Festung Chinesen

…r haben es so gut wie …reten. Auch …mische – Chinesen und …päer – tun gut daran, einen …en Bogen herumzumachen, …n die Kriminellen und …egalen der Stadt geben sich …er ein Stelldichein: Walled …ity, das „Niemandsland" mitten in Hongkong.

Von JOCHEN HEHN

Man erblickt sie für Sekundenbruchteile, wenn der Jumbo-Jet zum Landeanflug auf den Flughafen Kai Tak einschwenkt und die Tragfläche an Steuerbord die Wäscheleinen und Fernsehantennen auf einem ihrer Dächer mitzunehmen scheint. Das aus der Vogelperspektive greifbar nahe, ineinanderverschachtelte, sich zu einer riesigen Wohnwabe auftürmende Häusergewirr ist nicht die eigenwillige Schöpfung eines futuristischen Architekten, sondern Ausgeburt einer einzigartigen historischen Regelung.



Hongkong, Walled City: Auf sechs Hektar leben 60 000 Menschen FOTO: YAU

Die Rede ist von Hongkongs berüchtigter Walled City, die die Besucher der britischen Kronkolonie so gut wie nie zu Gesicht bekommen. Aber auch für die meisten in Hongkong lebenden Menschen, Chinesen wie Europäer, ist es ein weißer Flekken auf der Landkarte. Und das aus gutem Grund, denn nirgendwo ist die Stadt *so unsicher* wie hier.

Dieses „Niemandsland", das, gerade sechs Hektar groß, heute rund 60 000 Menschen (einer pro Quadratmeter) beherbergt, war vor 125 Jahren, als die Briten darangingen, sich nach der Insel Hongkong auch die Halbinsel Kowloon einzuverleiben, eine *kleine Garnison. Im Schutze* ihrer fünf Meter hohen Mauern leistete sie den weißen Eindringlingen erbitterten Widerstand. Dennoch mußten sich die chinesischen Soldaten der britischen Übermacht beugen. Doch die Briten nahmen die ummauerte Enklave nie in Besitz, auch dann nicht, als sie 1898 von Peking die neuen Territorien (New Territories) für 99 Jahre dazupachteten. Warum, das weiß niemand.

Die fünf Meter hohe Mauer, die der Walled City ihren Namen gab, steht nicht mehr. Im Dezember 1941, als die Japaner auch die britische Kronkolonie überfielen, ließen sie die Befestigung von Kriegsgefangenen schleifen. Für dreieinhalb Jahre war Walled City eine Geisterstadt, die sich nach der japanischen Kapitulation aber schnell wieder mit Menschen und Leben füllte.

Aber auch ohne ihre schützenden Mauern ist Walled City eine Festung geblieben. Kein Licht durchflutet die winzigen Straßen, teilt die Wohnburg. Dunkle Schlitze, kaum einen Meter breit, führen ins Innere, in ein Labyrinth von Gängen; vier, fünf Stockwerke und tiefer hinab und dann wieder hinauf, über steile Stufen, feucht und schlüpfrig.

Ein Gewirr von Rohren und Leitungen hängt bis tief in die Gänge herunter und erschwert ein aufrechtes Gehen. Übler modriger Geruch steigt auf und zwingt zu flachem Atmen. Die Quelle des Gestanks: In schmalen, offenen Kanälen entlang der Gänge fließen Abwässer und Fäkalien; Berge von Abfällen verrotten in Ecken und Winkeln. Nur selten dringt Tageslicht ins Halbdunkel. Allein das schummrige Leuchten trüber Funzeln aus Wohnungen, Garküchen und zahllosen kleinen Handwerksbetrieben ermöglicht die Orientierung.

Kaum ein Fremder kommt in diesen *schmutzig-grauen Termitenbau* mit seinen 60 000 Bewohnern, die hier, unvorstellbar zusammengepfercht, arbeiten, essen, schlafen und *sich lieben. Und sie, die da draußen,* sind auch gut beraten, diesen Ort zu meiden. Viele Gerüchte und Halbwahrheiten verheißen nichts Gutes. Wahr *ist, daß das von Flugzeugen* überdröhnte Viertel der Hinterhof Hongkongs ist. Ein Schandfleck inmitten der von modernen Wohnsilos und *gläsernen Prachtbauten starrenden* Kolonie.

Von den Briten keinen Cent für Walled City

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie losgelöst vom übrigen Hongkong diese Siedlung dahinvegetiert, hier liegt er für jeden sichtbar auf der Hand. Die britische Regierung hat Milliardenbeträge in zahllose Sanierungsprojekte investiert, für Walled City jedoch keinen Cent ausgegeben. Sie duldet lediglich, daß findige Bewohner Mittel und Wege ersonnen haben, das öffentliche Netz der Wasser- und Stromversorgung anzuzapfen, ohne freilich dafür zu bezahlen. So werden wenigstens die Grundbedürfnisse der 60 000 Menschen sichergestellt. Keine Baubehörde kontrolliert die Sicherheit der aneinandergeklebten und aufeinandergesetzten Wohneinheiten.

Wahr ist auch, daß diese dahinrottende Wohnburg zur Fluchtburg für Abertausende von zwielichtigen Elementen geworden ist. Rauschgiftsüchtige, Heroinhändler, Prostituierte und das organisierte Verbrechen haben sich hier etabliert, unbehelligt von Gesetzeshütern. Daran änderte sich auch nichts, nachdem die Hongkonger Polizei eine „Walled-City-Einheit" aufstellte, die lediglich 23 Mann umfaßt und versucht, flüchtende Kriminelle abzufangen, bevor sie in Walled City untertauchen können.

Eine „Kloake des Verbrechens" aber, wie einige Reiseführer behaupten oder wie in den Medien zuweilen zu lesen ist, ist Walled City deshalb noch nicht. Auch *Kriminelle*, so versichert ein Eingeweihter, beschmutzen nicht ihr eigenes Nest. Dies gilt im besonderen für die Könige der Hongkonger Unterwelt, die straff organisierten Verbrecherbanden, die „Triaden". Ihr Name geht auf die „Geheimgesellschaften der drei Harmonien" (Sanhehui) zurück, die die Fremdherrschaft der Mandschus in China bekämpften und eine Restaurierung der Ming-Dynastie anstrebten. Sie haben ihren Aktionsradius längst ins lukrativere Hongkong verlegt. Sie kontrollieren den Rauschgifthandel, „beschützen" Läden, Restaurants und Bars und beherrschen das Geschäft der Prostitution.

Die Triaden fühlen sich auch für *Walled City und ihre Bewohner* zuständig. Ihre Gesetze, obwohl ungeschrieben, genießen hier nicht weniger Autorität als das britische Recht außerhalb der unsichtbaren Mauern, die Walled City umgeben. Die Triaden erteilen Lizenzen für Läden, Minifabriken, Garküchen oder Schneidereien. Sie entscheiden über die Aufnahme von Neuzugängen, ob es sich nun um von der Polizei verfolgte Verbrecher oder illegale Flüchtlinge aus der Volksrepublik China handelt. Sie weisen Wohnungen zu und genehmigen Wasseranschlüsse – nicht ohne Gebühren, versteht sich. Dafür entfällt die Steuer.

Die gemeinsame chinesisch-britische Erklärung über die Zukunft Hongkongs z. B. wurde auch in Walled City mit Interesse aufgenommen. Macht doch das Jahr 1997, wenn Hongkong an China übergeht, 5000 bis 6000 von ihnen zu legalen Bürgern. So hoch wird nämlich die Zahl der illegalen Flüchtlinge geschätzt, die es geschafft haben, die Grenzzäune zu überwinden und dem engmaschigen Netz der Ausweiskontrollen zu entkommen. In Walled City leben sie nun schon seit Jahren unter unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, als rechtlose Bürger ohne Ausweis. Sie wagen es nicht, einen Schritt in die reklameerleuchteten Straßen Hongkongs zu tun, weil sie fürchten müssen, doch noch geschnappt und über die Grenzen nach China deportiert zu werden.

Sanierung nur durch kompletten Abriß

Die britische Regierung ist schon mehrmals aufgefordert worden, doch endlich etwas für die Sanierung von Walled City zu unternehmen. Doch die Briten zucken nur die Schultern und sagen, ihnen seien aus völkerrechtlichen Gründen die Hände gebunden. Für eine Sanierung käme aus Sicherheitsgründen ohnehin nur eine radikale Lösung in Frage: der komplette Abriß.

Und Peking, das die Souveränitätsrechte über *Walled City zwar besitzt*, aber nicht ausübt? Als Xu Jiatun, Chef des Hongkonger Büros der chinesischen Nachrichten-Agentur Neues China und damit *höchster* Repräsentant Pekings in der Kolonie, zu Beginn seiner Amtszeit vor zweieinhalb Jahren Walled City überraschend besuchte, galt sein Lob dem System der Selbstverwaltung durch die Nachbarschafts-Vereinigung, deren führende Mitglieder zu einem großen Teil das Parteibuch der Kommunistischen Partei Chinas in der Tasche haben sollen.

Walled City, ein Außenposten Pekings in Hongkong? Einer von vielen, gewiß. Ändern werden sich die Lebensbedingungen für die 60 000 Bewohner *deshalb vor 1997 kaum. Das* trifft vor allem die Ärmsten der Armen, die in Walled City leben müssen, die Kinder. 14 000 von ihnen sind im schulpflichtigen Alter, und viele von ihnen haben weder eine Geburtsurkunde noch irgendwelche anderen Ausweispapiere. In diesem Niemandsland inmitten von Hongkong stellt die Heilsarmee für sie einen Kindergarten mit 130 Plätzen bereit. Eine Schule jedoch gibt es nicht. Die Zeugnisse würden von den Hongkonger Behörden auch gar nicht anerkannt.

Bilanz und Sorgen des Terroristenjägers Becker

Über sieben Jahre lang gab es für Klaus-Herbert Becker nur ein Ziel: Terroristen jagen. Der Leiter der Abteilung „TE" im BKA, der ab Januar die „allgemeine" Kriminalität bekämpfen wird, zieht eine *Bilanz*.

Von WERNER KAHL

Es gibt keine gefundenen, verlassenen Terroristenverstecke. Es gibt keine Fingerabdrücke von den Gesuchten. Aber dennoch ist Klaus-Herbert Becker, seit über sieben Jahren Leiter der Abteilung „Terrorismusbekämpfung" (TE) im Bundeskriminalamt, sicher: Die Terroristen sind wieder da. Der harte Kern der *RAF hat seinen ständigen Aufent*halt im Ausland aufgegeben. „Sie halten sich wieder häufiger als früher in Deutschland auf, aber im Gegensatz *zu den vergangenen Jahren hinterlas*sen sie nun keine Spuren mehr." Die Rückkehr der Terroristen sei unter den Bedingungen des anhaltenden Fahndungsdrucks mit absolutem konspirativem Verhalten verbunden. Dennoch gebe es eine Menge von Indizien, die auf die Rückkehr hinweisen.

Die Motive der untergetauchten Terroristen, wieder länger in der alten Umgebung zu leben, kann auch Bekker *nur spekulativ analysieren*: Ist es eine stärkere Sensibilisierung im europäischen Ausland für die Fahndung nach Terroristen; sind es *Schwierigkeiten, mit einer fremden* Sprache umzugehen; ist es die Sorge, durch längeren Auslandsaufenthalt soziologische Veränderungen im Verhalten *der heranwachsenden Genera*tion nicht mehr deutlich wahrzunehmen? Möglicherweise hänge die Rückkehr auch mit der geplanten *und lauthals verkündeten Bildung* einer westeuropäischen Front zusammen, wobei die ausländischen Gruppen „Action directe" (AD) in Frankreich und *die belgische* „CCC", die „kämpfenden kommunistischen Zellen", erwarten, daß auch die RAF vom eigenen Land aus ihren „Krieg" führt.

In den letzten Jahren seien die Rädelsführer mit ihren engsten Anhängern jeweils nur für kurze Zeit aus ausländischen Verstecken über die Grenze nach Deutschland gewechselt. Bis auf die Malediven, eine Inselgruppe im Indischen Ozean, und nach Australien, so Becker, verfolgten Zielfahnder Spuren und fanden die Gesuchten.

Grenzüberschreitende weltweite Fahndung sei eine der Stärken des Bundeskriminalamtes, sagt TE-Chef Becker. Und dann zieht der 55jährige *die Bilanz seiner Arbeit („die schwer*sten Jahre meiner langjährigen kriminalpolizeilichen Arbeit"), und er erinnert sich, wie alles begann.

Der Anruf, der seinerzeit den Einstieg in den Kampf gegen den Terrorismus bedeutete, erreichte ihn in Wiesbaden. Er war auf dem Weg zu einem Weinfest im Rheingau, zu dem er – in Erwartung einiger freier Stunden – seine Frau eingeladen hatte. Am Apparat in Bonn war der damalige BKA-Präsident Horst Herold, der seinem Fachmann für allgemeine Kriminalitätsbekämpfung einen für das Jahr 1977 verblüffenden Auftrag gab: „Steigen Sie in eine startbereite Lufthansa-Maschine, die auf dem Rhein-Main-Flughafen steht. Fliegen Sie nach Rom und versuchen Sie dort, den Start einer entführten Lufthansa-Maschine zu verzögern."

Dreißig Minuten nach dem Anruf stieg Becker kurz vor 20 Uhr in die Maschine und flog mit der bereits an Bord befindlichen GSG 9 ab. Der Countdown zur Rettung der Geiseln im Verkehrsflugzeug „Landshut" hatte begonnen, den die GSG 9 schließlich in Mogadischu erfolgreich beendete, indem sie die Maschine kaperte und *die Passagiere befreite*.

In die folgenden Jahre, so erinnert sich Becker, fielen unter seiner Leitung die Ansätze zu länderübergreifender Blitzfahndung. Tips des Bundeskriminalamtes nutzte auch die französische Polizei und faßte so mit einer 1978 erstmals vom BKA praktizierten *Rasterfahndung Stefan Wis*niewski. Er hatte sich durch seinen dem BKA bekanntgewordenen Falschnamen verraten, unter dem er in Paris Franc *einwechselte*. Am Wechselschalter mußte er seinen Paß vorlegen. Die Observation Wisniewskis führte auf die Spur Brigitte *Mohnhaupts und Christian Klars, die* in Jugoslawien untergetaucht waren. Auf Antrag der deutschen Behörden wurden sie zwar festgenommen, aber wieder *freigelassen*, als die Jugoslawen vergeblich versuchten, ein Tauschgeschäft mit in Deutschland lebenden Emigranten zu machen.



Klaus-Herbert Becker FOTO: DIE WELT

Doch auch Klar ging Becker ins Netz: Christian Klar wurde schließlich *1982* in der Bundesrepublik durch einen psychologischen Trick der „TE"-Abteilung reingelegt. Die Polizei hatte eine Reihe Erddepots in der Nähe von Autobahnabfahrten entdeckt. Als erste gingen Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz in die rings um die Verstecke aufgebauten Postenfallen. Beim BKA wartete man nur noch auf Klar. Um ihn in Sicherheit zu wiegen, sorgte die Polizei dafür, daß die Enttarnung der Depots in Süd- und Südwestdeutschland bekannt wurde, wobei auch die Festnahme der Frauen Schlagzeilen machte. In Hamburg ließ sich daraufhin Christian Klar von der List so beeinflussen, daß er glaubte, mit der Bekanntgabe der Polizeiaktion hätten die Behörden keine weiteren Erkenntnisse über Erdverstecke. Im Sachsenwald wurde auch Klar vor dem Depot überwältigt.

„Unser Ziel war es, daß möglichst kein Schuß fallen sollte", sagte Becker. „Das ist uns auch gelungen." Mit einem Schlag waren 70 bis 80 Prozent der Logistik der RAF zerstört. Dennoch konnte sich die Gruppe wieder aufrappeln.

Kurz vor dem Ende dieses Jahres seien, so Becker, erneut drei Personen aus dem Umfeld der linksextremistischen Terrororganisation „abgetaucht". Das weise darauf hin, daß zwischen dem *sogenannten militäri*schen Kommando der RAF und den Unterstützern, die unter ihrem echten Namen leben, eine Kommunikation stattfinde. *Die neu in den* Untergrund gezogenen RAF-Mitglieder stünden längere Zeit auf der Warteliste, bis sie in das Kommando aufgenommen würden. Einer von ihnen sei Ersatzmann für den kürzlich ausgestiegenen Martin Thiel aus dem Saarland, der sich mit dem Leben im Untergrund nicht zurechtfand und sich deshalb der Polizei stellte.

„Wie er haben auch diejenigen, die früher den Kampf aufgaben, nicht darüber gesprochen, wie die RAF illegal operiert", bedauert Becker. Es gab hier keine klassischen Überläufer wie in der Geheimdienstszene.

*Doch man wisse, daß die Terrori*sten auf Steckbriefe mit Fotos von ihnen sofort mit neuen Frisuren und anderer Kleidung reagierten. Die Bandenkriminalität *mit politischer* Motivation unterscheide sich nicht nur vollkommen von organisierter allgemeiner Kriminalität; die Polizei stehe auch bei einer *Festnahme vor* dem Problem, daß „diese nicht sprechen". Und: „Sie stehen nicht zu ihren Taten", von allgemeinen anonymen „Bekennerbriefen" abgesehen.

Seit 1978 war der „TE"-Chef rund um die Uhr ständig erreichbar: zu Hause über Telefon, im Dienstwagen und im Hubschrauber über Polizeifunk, auf den Wegen ins Büro über den Meldeempfänger und ein Signalgerät, auf Reisen über Euro-Signal sowie Kurzwellen-Radio.

„Man lebt in ständiger Anspannung, hoffentlich ist nichts passiert. So paradox es sich auch anhört, die Signalgeräte beruhigen zugleich: Solange es nicht piepst, ist alles noch in Ordnung."

*Nun wird er sich ab 2. Januar wie*der „normaler" Polizeiarbeit zuwenden. Doch den Wechsel an die Spitze des Bereichs „allgemeine Kriminalitätsbekämpfung" überschattet ein Problem, das er in seiner alten Tätigkeit nicht mehr lösen konnte: Abu Nidal, Gegner des PLO-Chefs Yassir Arafat, macht zunehmend eigene Politik. Es hat den Anschein, als wäre der RAF – durch erneute Annäherung an linksextremistische Palästinenser-Kommandos wie Anfang der siebziger Jahre – wieder eine besondere Rolle in der Bundesrepublik Deutschland zugedacht. Denn Abu Nidal, der nach jüngsten Berichten stark gehbehindert ist und zeitweise vom Rollstuhl aus Kommandounternehmen leitet, und die RAF haben einen Hauptgegner: Amerika und seine militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden.

Ost-Berlin und Moskau erhöhen Warenaustausch

D.D. Berlin

Auf mehr als 380 Milliarden Mark (Ostmark) soll in den Jahren 1986 bis 1990 der Warenaustausch zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion gesteigert werden. Das langfristige Abkommen „zwischen unseren brüderlich verbundenen Ländern“ („Neues Deutschland“) ist von „DDR“-Außenhandelsminister Horst Sölle und seinem sowjetischen Amtskollegen Boris Aristow in Moskau unterzeichnet worden.

Neu in ihre Palette wird die „DDR“ für den Export in die UdSSR Erdgastankstellen, Eisenbahnfähren und Roboter aufnehmen. Aus der Sowjetunion soll die „DDR“ vor allem mehr Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für den Bergbau, Roh- und Brennstoffe erhalten.

Wie das „Neue Deutschland“ schreibt, ist auch vorgesehen, die gegenseitigen Lieferungen an Konsumgütern zu erhöhen. Als Gegenleistung für Textilerzeugnisse, Möbel, Porzellan, Musik- und Spielwaren werde die „DDR“ von der Sowjetunion Kühlschränke, Fotoapparate, Taschenrechner, Kofferfernsehgeräte und auch Autos erhalten.

Rau: Streik könnte zu Flächenbrand werden

DW. Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und Bundestagspräsident Philipp Jenninger haben in der Diskussion um die geplante Präzisierung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz die Position der Bundesregierung verteidigt. Geißler warf der IG Metall vor, sie überziehe die Bundesrepublik Deutschland mit einer großen Desinformations-Kampagne. In einem Schreiben an die 251 CDU-Kreisverbände zum Jahreswechsel betonte er, die CDU wolle und werde das Streikrecht nicht zu Lasten der Arbeitnehmer ändern. Die rechtlichen Folgen eines Streiks würden lediglich präzisiert und in wichtigen Fragen für die Arbeitnehmer verbessert. Die IG Metall wolle mit ihren wahrheitswidrigen Agitationen eine politische Mobilmachung gegen die Regierung und das Parlament vorbereiten.

Jenninger erklärte in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, er lehne „ganz entschieden“ Versuche ab, Abgeordnete unter Druck zu setzen. Es sei das unbestrittene Recht der Gewerkschaften, ihre Positionen in der Öffentlichkeit klarzumachen. „Die Frage ist, welche Formen eine solche Auseinandersetzung annimmt“, sagte der Bundestagspräsdent.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, warf der Bundesregierung dagegen vor, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Millionen Arbeitnehmer ihre Hoffnung auf gewerkschaftliche Solidarität und gewerkschaftliches Durchsetzungsvermögen richteten, mit dem Streikrecht das wichtigste Kampfmittel der Arbeitnehmer zu schwächen. Käme es zu der von der Regierung beabsichtigten Änderung, dann könnte aus jedem Streik schnell ein Flächenbrand werden. Eine regionale Eingrenzung der Konflikte wäre für die Gewerkschaften kaum noch möglich.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Rau bringt Börner in Verlegenheit

Von D. GURATZSCH

Eines kann man mit Bestimmtheit sagen: Langweilig war die hessische Politik in den letzten Jahren nie.“ Das stellten Ministerpräsident Holger Börner (SPD) und SPD-Fraktionschef Ernst Welteke vor wenigen Tagen launig in einem Jahresrückblick fest. Und wenn ihnen die Oppositionsparteien im Hessischen Landtag wegen ihrer Koalition mit den Grünen auch Wortbruch und Wählertäuschung vorwerfen – in dieser Feststellung zumindest werden sie wenig Widerspruch finden.

Die Querelen um das Zustandekommen dieser ersten rot-grünen Koalition in der Bundesrepublik, aber auch das heftige Sperrfeuer der Opposition haben dem politischen Geschehen in Hessen eine Publizität gegeben, auf die manches andere Bundesland neidvoll blicken mag. Dabei hat sich der Slogan der Oppositionsparteien, Hessen steuere unter Börner geradewegs in ein rot-grünes Chaos, zumindest bei den hessischen Wählern – wie Börner bei jeder Gelegenheit selbstgefällig hervorhebt – bisher als wenig wirkungsvoll erwiesen. Die Kommunalwahl vom 10. März 1985, bei der die CDU einen Einbruch von 6,3 Prozent erlebte, während SPD (um 4,3 Prozent) und Grüne (um 2,8 Prozent) zulegten, mußte sogar als Stimulans zur Wiederaufnahme und Intensivierung der gerade zu diesem Zeitpunkt wieder einmal unterbrochenen rot-grünen Zusammenarbeit wirken.

Börner wählte den volksfestartigen Hessentag in Alsfeld, um das zu tun, was selbst viele seiner Anhänger nie von ihm erwartet hätten: Er bot den Grünen eine förmliche Koalition an. Elf Tage später, am 9. Juni, taten die Grünen ihren Schritt über den Rubikon. Auf einer Landesmitgliederversammlung in Niedernhausen bei Wiesbaden sprachen sie sich mehrheitlich für die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit der SPD einschließlich der Möglichkeit einer Koalition aus.

Am 12. Dezember, Schlag 16 Uhr, war es dann soweit: Der Frankfurter Sponti-Führer und frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen, Joseph („Joschka“) Fischer, angetan mit einem nagelneuen Jacket in Fischgrätmuster, blauen Jeans, offenem Hemd und blendend weißen Turnschuhen, sprach Holger Börner als neuer hessischer Minister für Energie und Umwelt den Eid auf die Verfassung nach.

Damit sind die Ausgangspositionen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode, die bis zum Herbst 1987 währt, sowie für den Bundestags- und den sich anschließenden Landtagswahlkampf verteilt. SPD und Grüne als Dauerunterhalter der hessischen Öffentlichkeit werden den Oppositionsparteien weiterhin die



Schau stehlen. Allerdings wird das Klima dabei härter werden.

Die SPD gerät in schwierige Rechtfertigungszwänge ihrer Politik in Hessen. Sie muß es sich gefallen lassen, daß eine ganze Reihe der von ihr unter dem Druck oder mit Hilfe der Grünen erlassenen Gesetze gerichtlich überprüft wird. So beschäftigt das neue Personalvertretungsgesetz sowohl den Hessischen Staatsgerichtshof als auch das Bundesverfassungsgericht. Die vom CDU-Landesvorsitzenden Walter Wallmann regierte Stadt Frankfurt und verschiedene unionsgeführte hessische Städte und Kreise haben in Karlsruhe gegen die Mitbestimmungsregelung im öffentlichen Dienst Hessens ebenso geklagt wie die Bundesregierung, die ein Normenkontrollverfahren anstrengte.

Gegen das *Bildungsurlaubsgesetz* haben die hessischen Arbeitgeber Verfassungsbeschwerde eingelegt. Gegen das *Förderstufenabschlußgesetz* läuft eine wahre Prozeßlawine an, da nicht nur die Landes-CDU Normenkontrollantrag beim Hessischen Staatsgerichtshof gestellt hat, sondern die Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt und Fulda sowie der Kreistag Fulda darüber hinaus beschlossen haben, Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen. Außerdem hat die „Bürgeraktion Freie Schulwahl“ auf Anhieb 195 000 notarisch beglaubigte Klageanträge gegen die landesweite Einführung der Förderstufen zusammengebracht, um vor dem Staatsgerichtshof in Wiesbaden die Volksklage anzustrengen.

Neben der Sozial- und der Bildungspolitik sind auch bereits die *Ausländerpolitik* und die *Energiepolitik* Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen gewesen. Während der hessische Innenminister seine Ausländererlasse inzwischen „durch hohe und höchste Gerichte“ bestätigt sieht, ist der Ausgang der staatsanwaltlichen Ermittlungen im Fall der Hanauer Nuklearfabriken Alkem, Nukem und Reaktor Brennelement-Union noch offen. Gegen sie wird wegen Verdachts auf illegalen Betrieb ermittelt. Die Landesregierung ist deshalb involviert, weil zwei leitende Beamte im Wirtschaftsministerium der Beihilfe zu diesem Delikt verdächtigt werden.

Unabhängig davon steht wegen der Hanauer Fabriken womöglich noch ein Verfassungskonflikt ins Haus. So hat der neue hessische Umweltminister Fischer gefordert, einer Genehmigung des Betriebs und des Ausbaus der Firma Alkem müsse sich Hessen bei möglichen Weisungen aus Bonn notfalls sogar vor dem Bundesverfassungsgericht widersetzen. Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft seien schwerwiegender als politische und juristische Prozeßrisiken.

Vor dieser, in der Geschichte der Bundesrepublik möglicherweise einmaligen, Kulisse klingt die Feststellung des Frankfurter SPD-Vorsitzenden Martin Wentz wie Ironie, die rot-grüne Koalition bringe Hessen eine „Befreiung aus unsicheren Verhältnissen“. Eher entsteht der Eindruck einer Politik am Rande des Rechts, die den „Modellstaat für fortschrittliche Politik“, wie Holger Börner sein Land in der Kairoer Tageszeitung „Al Ahram“ gepriesen hat, in ein demütigendes Zwielicht taucht.

Hinzu kommt der Erfolgsdruck, der von den bundespolitischen Interessen der SPD, vom Wahlkampf-Kalkül in anderen Bundesländern sowie von den Gewerkschaften ausgeht. Es muß Holger Börner bitter aufgestoßen sein, wie wenig Rückhalt er mit seiner ganz auf die Leitgedanken von Willy Brandt gestützten Politik („Mehrheit diesseits der Union“) beim neuen SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau findet.

Mit der Einweihung des Kohlekraftwerks von Ibbenbüren, einer der größten Stickoxidschleudern der Welt, hat Rau das in Börners Ideenschmiede verfertigte Wahlkampfprojekt „Arbeit und Umwelt“ praktisch zu Makulatur gemacht. Und was der SPD-Spitzenkandidat in seiner Antrittserklärung sagte, das klang streckenweise fast wie eine Kampfansage.

Sein Wort von der „Industriegesellschaft, die man mit ihren eigenen Mitteln reformieren muß, nicht durch Aussteigen“, war direkt gegen die Konsequenzen eines rot-grünen Bündnisses gemünzt – aber damit doch auch gegen die mühsam gewebte Landespolitik seines Parteigenossen Börner. Und wenn Rau den großen, übrigens bei Lothar Späth aufgelesenen Satz deklamierte, er wolle in der Politik „versöhnen, wo andere bloß spalten“ – hat er damit nicht Börner und seiner immer lauter und spitzer bekräftigten „Gegengewichtspolitik“ eine schallende moralische Ohrfeige erteilt?

Trau, schau, Rau? Oder trau, schau, Börner? Es steht nicht gut um das Demokratieverständnis und die Politik, wenn die Worte der Politiker für den Bürger keine „harte Währung“ mehr sind. Was Hessen betrifft, so hat der Ironiker Martin Wentz eine völlig unbezweifelbare Prognose abgegeben: „Keiner von uns kann vorausschauen, ob dieser Schritt letztlich in erfolgreiche Regierungs- und Parlamentsarbeit münden wird.“

Augenzeugen schildern Übergriffe der Sowjets

Auszüge aus einer Afghanistan-Dokumentation der CDU

gba. Bonn

Die von der CDU herausgegebene Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte durch den Krieg der Roten Armee in Afghanistan gegen die Widerstandskämpfer enthält erschütternde Einzelberichte. Mitte 1985 unterhielt die Sowjetunion in Afghanistan 150 000 Mann Besatzungstruppen. Etwa drei Viertel davon sind Kampftruppen. Über deren Einsatz berichten Augenzeugen:

„... der Hauptmann nahm drei Soldaten und ging mit ihnen zu der Ortschaft, um dort Weintrauben und Äpfel zu holen. Unterwegs wurden sie von den Widerstandskämpfern gefangengenommen und getötet. Als der betrunkene Kommandeur davon erfuhr, rückte er mit seiner gesamten Kommandoeinheit in das Dorf ein und schlachtete die gesamte Bevölkerung ab.“ Bei dem Massaker auf der Straße zwischen Tashqorghan und Mazar-e Charif seien etwa 200 Menschen dadurch getötet worden, daß man ihnen die Köpfe abschlug, berichtete ein ehemaliger Sowjetsoldat, der aus seiner Einheit desertiert war.

Wahllos getötet

Im September, so berichten zwei französische Ärzte über eine Strafexpedition der Sowjets in Logar, seien afghanische Offiziere mit Mannschaften zu den Widerstandskämpfern übergelaufen. Die sowjetischen Soldaten nahmen dort am nächsten Tag 40 Zivilisten fest. Der Arzt Dr. David berichtet darüber: „Sie fesselten sie und stapelten sie wie Holz. Dann gossen sie Benzin über sie und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Es waren Alte und Junge, Männer, Frauen und Kinder.“

Ein 52jähriger Widerstandskämpfer schildert einen Zwischenfall Anfang 1984: „Als wir Awalkhel erreichten, durchsuchten russische Soldaten die Häuser. Wir versteckten uns. Als die Russen abgezogen waren, gingen wir ins Dorf, um die Einwohner zu fragen, was passiert sei. Wir sahen acht Leichen. Man erzählte uns, daß die Russen, nachdem sie die Häuser durchsucht hatten, wahllos acht Menschen ermordet hätten. Zweien hatte man die Kehle durchgeschnitten, die anderen erschossen. Alle waren verbrannt.“

Ein Kind ermordet

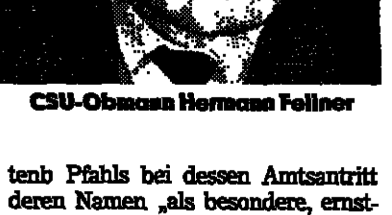
Wie brutal die sowjetischen Besatzer auch gegen Kinder vorgingen, die in den Wirrnissen im besetzten Afghanistan „Krieg spielen“, beweist der Augenzeugenbericht: „Außerhalb des Dorfes Lalma hütete ein 10- bis 12jähriger Junge am 2. August 1984 seine Kühe. Er spielte mit einem Spielzeuggewehr. Als die Russen kamen, richtete er sein Gewehr auf die anrückenden Panzer. Er wurde eingekreist und ins Dorf gebracht. Danach wurde er vor den verängstigten Dorfbewohnern befragt. Ein Augenzeuge hörte folgendes Gespräch: Ein Russe fragte: „Was hast Du in Deiner Hand?“ Der Junge antwortete: „Mein Gewehr.“ – „Was willst Du mit Deinem Gewehr machen?“ – „Die Feinde töten.“ Der Augenzeuge berichtete weiter: Ein Russe nahm den Jungen, ein anderer eine Sichel von einem der Dorfbewohner und schnitt mit einer schnellen kräftigen Handbewegung dem Jungen die Kehle durch.“

Manchmal morden die Sowjetsoldaten auch aus Habgier. Der ehemalige Regierungsbeamte Sajed Azim: „Die Russen durchsuchen die Häuser. Wenn sie Teppiche, Radios, Kassettenrecorder und Uhren finden, nehmen sie sie für sich mit. Wenn die Familie Widerstand leistet, wird sie ermordet. So nahmen sie einer Familie ein Radio und andere Sachen weg. Die kleine Tochter widersetzte sich. Daraufhin schlugen sie die Tochter und warfen Granaten auf die ganze Familie. Sieben Menschen kamen dabei ums Leben.“

Spionage-Ausschuß: Wird die Union nun Vogel in den Zeugenstand bitten?

GÜNTHER BADING, Bonn





CSU-Obmann Hermann Fellner



SPD-Obmann Harald Schäfer

FOTOS: L. KUCHARZ

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufhellung der Spionagefälle des Sommers scheint zum Schachbrett zu werden, auf dem Zeugen wie Figuren hin und hergeschoben werden, in der Hoffnung, beim parteipolitischen Gegner eine Schwäche zu entdecken, vielleicht auch einen falschen Zug zu provozieren. Der eigentliche Auftrag des Ausschusses gerät dabei in Vergessenheit: das von SPD und Grünen durchgesetzte und von CDU/CSU für entbehrlich gehaltene Gremium soll klären, inwieweit Innenminister Zimmermann über den Problemfall des im August in die „DDR“ übergelaufenen früheren Verfassungsschutz-Beamten Tiedge informiert war, wie die übrigen Spionagefälle behandelt wurden und wie der Minister seine Dienstaufsichtspflicht gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) wahrgenommen hat.

Was den Auftrag des Untersuchungsausschusses angeht, so hält die CDU/CSU die Arbeit im Grunde für erledigt. Der Obmann der Union im Ausschuß, der CSU-Abgerodnete Hermann Fellner, erklärte gegenüber der WELT: „Von der Sache her könnte der Ausschuss seine Tätigkeit einstellen.“ Alle Zeugen hätten vor dem Ausschuß bisher klargemacht, „daß die Zusammenarbeit des Innenministeriums mit dem BfV funktioniert hat. Kein Zeuge hat Vorwürfe erhoben, daß organisatorisch etwas vernachlässigt worden wäre. Und alle Zeugen haben deutlich gemacht, daß im speziellen Fall Tiedge Innenminister Zimmermann nichts gewußt hat, weil das Bundesamt für Verfassungsschutz selber dem Minister davon nichts vortragen wollte.“ Das habe auch der BfV-Vizepräsident Pelny (SPD) vor dem Ausschuß bestätigt. Wenn etwas vorgetragen worden sei, zum Beispiel in den Fällen der Präsidialamtssekretärin und Spionin Höke und des Ehepaares Willner – sie im Kanzleramt, er in der FDP-nahen Naumann-Stiftung tätig – habe der Minister dem neuen BfV-Präsidentenb Pfahls bei dessen Amtsantritt deren Namen „als besondere, ernstzunehmende Fälle auf den Tisch gelegt.“

Nach dem Verwirrspiel kurz vor Weihnachten um Anfragen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Spranger, zu terroristischem Hintergrund einiger Abgeordneter der Grünen hat die SPD ihr Zeugen-Schachspiel wieder aufgenommen. Ihr Obmann Harald Schäfer aus Mainz brachte im Untersuchungsausschuß den Antrag ein, Zimmermann und Spranger zu der Anfrage nach den Grünen zu hören. Fellner dazu: „Mit dem Untersuchungsauftrag hat das nichts mehr zu tun.“ Er ist jetzt versucht, auf dieses Spiel mit verteilten Zeugen einzugehen und überlegt, ob die Union nicht den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel in den Zeugenstand rufen solle.

Schließlich, so ruft der CSU-Abgeordnete in Erinnerung, sei es Vogel gewesen, der trotz Offenlegung der gesamten Spionageaffäre im Innenausschuß und der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) öffentlich davon gesprochen habe, die SPD habe den „begründeten Verdacht“, daß Bundesinnenminister Zimmermann in einem „wesentlichen Punkt die Unwahrheit“ gesagt habe. Mit diesem vagen, bisher nicht begründeten Verdachtsmoment sei der Untersuchungsausschuß unter Ausnutzung der Minderheitsrechte im Parlament erzwungen worden.

Fellner dazu: „Kernproblem ist, daß die SPD immer noch geheimnisvoll tut, große Ankündigungen macht, aber auch in den Vernehmungen nicht im geringsten deutlich macht, wo sie eigentlich hin will. Es gibt keinen einzigen konkreten Anhaltspunkt, den die SPD hätte, um ihre Vorwürfe gegen Zimmermann zu untermauern oder auch nur zu erfragen. Umso schlimmer ist es, wenn Vogel öffentlich behauptet, daß der Minister gelogen habe.“ Die SPD stochere „schier verzweifelt“ mit langen Stangen in einem sehr dichten Nebel. Vielleicht solle man der Öffentlichkeit dadurch helfen, daß Vogel vor den Ausschuß zitiert werde, wo er dann offenlegen müsse, wie sein angeblicher „begründeter Verdacht“ gegen den Minister aussehe. „Dann kann man ganz gezielt auf diesen Punkt hin untersuchen.“

Bis dahin allerdings stünden noch viele weitere Zeugenvernehmungen an. Bisher sind Sitzungstermine des Spionage-Ausschusses bis zum 21. März festgelegt.

Die Ansprüche der Hinterbliebenen

Was sich im neuen Jahr für den Bürger im Steuer- und Sozialrecht ändern wird

Zum Jahreswechsel treten diesmal besonders umfangreiche Änderungen im Steuer- und Sozialrecht in Kraft, vor allem bedingt durch die zweistufige Steuersenkung 1986/88. Die WELT gibt in mehreren Beiträgen einen Überblick über die wichtigsten neuen Bestimmungen.

PETER JENTSCH, Bonn

Mit Beginn des neuen Jahres tritt die vom Bundestag beschlossene Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung in Kraft. Danach erhalten bei Todesfällen nach dem 1. Januar 1986 Witwen und Witwer unter denselben Voraussetzungen eine Hinterbliebenenrente mit Freibetrag. Die bisherige Regelung, nach der dem Witwer eine Hinterbliebenenrente nur dann gezahlt wurde, wenn die verstorbene Ehefrau vor ihrem Tod den Familienunterhalt überwiegend bestritten hatte, wird damit beseitigt.

Die Neuregelung sieht vor, daß der Hinterbliebene eine Witwen- oder Witwerrente in Höhe von 60 Prozent des Verstorbenen erhält. Ist eigenes Einkommen vorhanden, kann die Hinterbliebenrente ganz oder teilweise ruhen. Zugunsten des Hinterbliebenen wird dabei sein Einkommen um Belastungen aus Steuern und Sozialabgaben pauschal verringert, bei Erwerbstätigen zum Beispiel um mehr als ein Drittel.

Viele Vorteile

Von dem so verringerten Einkommen wird ein Jahr für Jahr entsprechend der allgemeinen Bemessungsgrundlage steigender Freibetrag von im Jahre 1986 zunächst monatlich 900 Mark abgezogen. Das über diesen Freibetrag hinausgehende Einkommen des Witwers oder der Witwe wird zu 40 Prozent bei der Hinterbliebenenrente berücksichtigt, die insoweit ruht.

Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Liegen die Hinterbliebenenrente bei 800 Mark und das eigene Nettoeinkommen bei 1900 Mark, so verbleibt nach Abzug des Freibetrags von 900 Mark ein anzurechnendes Einkommen von 1000 Mark. Davon werden 40 Prozent, also 400 Mark, auf die Hinterbliebenenrente angerechnet, so daß diese sich von 800 auf 400 Mark vermindert. Der Witwer oder die Witwe erhält also sein eigenes Einkommen in voller Höhe und in diesem Beispiel eine Hinterbliebenenrente von 400 Mark, macht zusammen 2300 Mark.

Der Freibetrag von 900 Mark erhöht sich übrigens für jedes waisenrentenberechtigte Kind, und zwar um 0,7 Prozent der jeweils geltenden allgemeinen Bemessungsgrundlage, das sind 1986 rund 190 Mark monatlich.

Angerechnet werden Erwerbseinkommen, also Lohn, Beamtenbezüge oder Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, und Erwerbsersatzeinkommen wie Krankengeld, Arbeitslosengeld, Renten aus der Sozialversicherung Beamtenpensionen oder Leistungen aus den berufsständischen Versorgungen. Nicht angerechnet werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung oder Verpachtung, Kindergeld oder -zuschüsse sowie sonstige Einkünfte, etwa aus einer privaten Lebens- oder Unfallversicherung. Unberücksichtigt bleiben auch Leistungen der betrieblichen Altersversorgung und der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

Das neue Recht bringt vielen Vorteile, es kann aber auch – speziell für Frauen mit höheren Einkünften – nachteilig sein. Daher wurde über 50jährigen Ehegatten die Möglichkeit eingeräumt, sich durch eine gemeinsame Erklärung für das noch geltende Recht zu entscheiden. Diese Erklärung muß dem Rentenversicherungsträge bis zum 31.12.1988 vorliegen. Sie ist dann zu empfehlen, wenn zu erwarten ist, daß der überlebende Ehegatte nach dem Tod seines Partners „Einkommen über dem Freibetrag“ erzielen wird.

Übergangsregelungen

Anderseits ist zu berücksichtigen, ob die Ehefrau vor ihrem Tod den „überwiegenden Unterhalt der Familie“ bestreiten würde und damit eine Witwerrente nach bisherigem Recht gezahlt werden könnte. Die Entscheidung ist unwiderruflich.

Für Frauen, die vor dem 1.1.1986 geheiratet haben, und deren Ehemann in der Zeit vom 1.1.1986 bis zum 31.12.1995 stirbt, sieht das Gesetz Übergangsregelungen vor. Danach wird im ersten Jahr nach dem Tod des Ehepartners die Hinterbliebenenrente ohne Rücksicht auf eigenes Einkommen bezahlt. Im zweiten Jahr wird Einkommen über 900 Mark nur zu zehn Prozent angerechnet, im dritten zu 20, im vierten zu 30 und erst vom fünften Jahr an zu 40 Prozent. Für bereits laufende Hinterbliebenenrenten ändert sich im übrigen nichts.

Die Regelung gilt auch für die Unfallversicherung; das heißt, bei Todesfällen nach dem 1. Januar 1986 infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit erhalten Witwen und Witwer ihre Hinterbliebenenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung unter denselben Voraussetzungen wie in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Schnoor: Auf die EG-Ebene ziehen

Anregung des nordrhein-westfälischen Innenministers zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor hat angeregt, erneut über das kommunale Wahlrecht für Ausländer nachzudenken. Er schlug jetzt in Düsseldorf vor, dieses Problem auf die europäische Ebene zu ziehen. Nach dem Grundgesetz sei es möglich, zwischenstaatlichen Organisationen Hoheitsrechte zu übertragen. Nach dem EG-Vertrag sei allerdings das kommunale Wahlrecht für Ausländer noch nicht vorgesehen. Dessen Einführung setze also eine nachträgliche Vereinbarung der EG-Mitgliedsländer voraus.

In diesem Zusammenhang erinnerte Schnoor daran, daß einige Länder wie beispielsweise die Niederlande und Spanien, das Kommunalwahlrecht für Ausländer bereits eingeführt hätten. Er sagte: „Und es wäre schon ganz gut, wenn auch wir einen Schritt in diese Richtung tun würden. Aber das ist ein mutiger Schritt, denn er wird nicht von der Mehrheit der Bürger getragen. Wir sollten aber auf jeden Fall darüber nachdenken.“

Dabei räumte er ein, daß ein einzelnes Bundesland nicht losgelöst eine Sonderregelung einführen könne. Dagegen stehe auch die Verfassung. Denn „nach überwiegender Auffassung der Verfassungsrechtler“ sei das Wahlrecht in der Bundesrepublik an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Damit wäre ein alleiniger Vorstoß etwa von Nordrhein-Westfalen wenig aussichtsreich. „Und eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat für eine Grundgesetzänderung sehe ich überhaupt nicht, zumal die Mehrheit der Bundesbürger dies ablehnt.“ Darum schlage er den europäischen Weg vor: „Es gibt Punkte, wo die Politiker einen Schritt nach vorn tun müssen, wenn etwas bewegt werden soll. Dazu gehört auch dieses Wahlrecht für Ausländer.“

Er wisse, sagte Schnoor weiter, daß juristisch kein Unterschied gemacht werde zwischen Europawahl und Kommunalwahl. Deshalb sei es nur schwer klarzumachen, daß Ausländer zwar zum Europaparlament, nicht aber zu allen nationalen Parlamenten, auch nicht den kommunalen, wählen dürften. Dabei spiele in den Gemeinden nicht die große Politik eine Rolle, sondern die Tagespolitik, „die die Bürger, natürlich auch die ausländischen Mitbürger, ganz existenziell angeht“. Die Ausländer sagten nicht zu unrecht, „wenn sie wählen könnten, würden sich auch die Politiker mehr um sie kümmern“.

Gleichzeitig sprach sich Schnoor für eine Liberalisierung des Ausländerrechts aus. Einem Ausländer, der fünf oder acht Jahre in der Bundesrepublik Deutschland lebe, einen Arbeitsplatz und eine Wohnung habe, dürfe eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nicht verweigert werden. Des müsse aber auch für arbeitslos gewordene Ausländer gelten. Der Ehefrau von Ausländern müsse anders als bisher ein „eigenes und nicht an den Ehemann gekoppeltes Aufenthaltsrecht“ zugestanden werden. Das sei besonders wichtig für Geschiedene.

Der Innenminister regte auch an, das Nachzugsalter von Kindern nicht zu senken. Vielmehr müsse darüber geredet werden, „ob man es nicht anhebt – zum Beispiel auf 18 Jahre“.

Arbeitsgericht: 1986 mehr Prozesse

AP, Kassel

Das Bundesarbeitsgericht hat in diesem Jahr in letzter Instanz 1700 Prozesse entschieden. In der gleichen Zeit sind nach Auskunft von Präsident Rudolf-Otto Kissel rund 1700 neue Rechtsmittel beim Gericht in Kassel eingelegt worden, so daß die Zahl unerledigter Prozesse mit 1400 annähernd gleich geblieben ist.

Die Vergleichsbereitschaft der Prozeßbeteiligten ist nach Feststellung der Richter deutlich zurückgegangen. Aufgrund neuer Gesetze erwartet das Gericht bei der Zahl der Prozesse eine weitere Zunahme. Die Verfahren beim Bundesarbeitsgericht würden immer schwieriger.

Kassen üben Kritik an Bundesregierung

dpa, Stuttgart

Wegen der steigenden Beitragssätze in der Krankenversicherung – auf teilweise mehr als zwölf Prozentpunkte – haben die Ortskrankenkassen Regierung und Bundestag vorgeworfen, sich im Arzneimittelbereich bisher nicht an gesetzliche Regelungen „herangetraut“ zu haben.

Die Krankenkassen seien der Pharmaindustrie immer noch „voll ausgeliefert“, weil keine vertraglichen Beziehungen bestünden, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO), Franz-Josef Oldiges, in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks.

Bußgelder für illegale Leiharbeit

dpa, Stuttgart

Wegen illegalen Verleihs von Arbeitskräften hat das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg in diesem Jahr Bußgelder in Höhe von 740 000 Mark verhängt. Von Januar bis Oktober habe man 350 derartiger Fälle aufgedeckt, sagte der Präsident des Landesarbeitsamtes, Meisel.

Die Zahl der Anträge auf eine Lizenz zum Betreiben einer sogenannten Arbeitnehmerüberlassungs-Firma hat in den vergangenen Monaten stark zugenommen. Darunter befänden sich auch „Strohmänner“ von Leuten, die schon vorher wegen illegalen Arbeitskräfteverleihs mit den Behörden in Konflikt gekommen seien.

Abu Nidal, unter Syriens Schutz

Geheimste Terrororganisation der Welt / „Seine Killerkommandos sind zu allem fähig"

ROLF TOPHOVEN, **Bonn**

Die eiserne Eingangstür zu seinem neuen Hauptquartier in „Downtown" Damaskus schmücken zwei stilisierte sowjetische Kalaschnikows. Symbole des Terrors. Sein Name nimmt in den Fahndungslisten internationaler Geheimdienste eine Top-Position ein: Abu Nidal (48), mysteriöse und dunkle Gestalt im Umfeld des PLO-Terrorismus. Seit zehn Jahren sind mit seinem Namen ebenso spektakuläre wie brutale Gewaltaktionen in Nahost wie in der ganzen Welt verknüpft.

Abu Nidal und seine Gruppe stehen nach den Anschlägen in Rom und Wien wieder im Rampenlicht. Begonnen hatte Abu Nidal, der eigentlich *Sabri-al-Bana* heißt, seine Killer-Karriere bei Arafats Fatah-Organisation. Dort lernte er das Handwerk des Terrors. Anfang der siebziger Jahre war er PLO-Vertreter in Damaskus. Dann überwarf er sich mit Arafat. Die Linie des PLO-Chefs nach dem Jom Kippur-Krieg paßte nicht mehr in sein Konzept.

1974 verurteilte ihn ein PLO-Tribunal in Abwesenheit zum Tode. Abu Nidal setzte seinerseits Arafat auf die Todesliste seiner Kommandos. In den Folgejahren wurden mehrere PLO-Vertreter in Europa von Abu Nidals Leuten niedergestreckt. So unter anderem Issam Sartawi, Arafats Vertreter, der mit Israelis sprechen wollte, *am 10. April 1983 in Portugal.* In einem Zeitungsinterview mit dem israelischen Blatt „Ha'aretz" hatte Sartawi Abu Nidal so charakterisiert: „Er ist ein Psychopath. Seine Männer sind die gefährlichsten Killer. Sie sind zu allem fähig".

Ursprünglich hieß Nidals Gruppe „Schwarzer Juni", zur Erinnerung an den Juni im Jahre 1976 in Libanon, als Syriens Armee auf Seiten der Christen in den Bürgerkrieg eingriff und gegen die PLO vorging. Schläge gegen syrische Institutionen und Politiker *durch Terrorkader Abu Nidals* waren die Folge. Die Steuerung damals geschah noch durch den irakischen Geheimdienst von Bagdad aus.

Der frühere Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, Generalmajor Yeshohua Saguy, sagte, daß allein in den Jahren 1979–1983 jährlich zwischen 20 bis 50 Millionen Dollar in bar an Abu Nidal aus den Kassen des irakischen Geheimdienstes geflossen seien. Nidals Agenten hätten auch die *diplomatischen Kanäle Iraks genutzt,* Waffen, Handgranaten und Sprengstoff in die jeweiligen Länder ihrer Terrormissionen zu bringen.

Seit November 1983 ist die irakische „Connection" Abu Nidals abgekühlt. Er operiert nun von Damaskus aus. Nach der Abschiebung aus dem Irak bot der syrische Geheimdienst Nidal auch eine zweite Terrorbasis in Libanon an. Das dortige Hauptquartier der Killerkommandos liegt in der Hafenstadt Tripoli, nahe den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern Nahr al-Bard und al-Badawi.



Abu Nidal

*Von seinen Hauptquartieren in Da*maskus und Libanon aus steuert der an den Rollstuhl gefesselte Abu Nidal nun seine Terrortrupps gegen Ziele in Nahost und Europa. Palästinenser, Israelis, Amerikaner sowie arabische „Reaktionäre" in den Golfstaaten ste*hen auf seiner Abschußliste.* Sein diffuses politisches Ziel ist ein arabisches Großreich von Libyen bis zum Iran.

Nahöstliche und westliche Nachrichtendienste wissen: Abu Nidal hat die geheimste Terrororganisation der Gegenwart aufgezogen. Geheimste Methoden, ein effektives Kommunikationssystem und eine perfekte Logistik zeichnet sie aus. Das erlaubt jederzeit Terrorakte von Indien bis *Österreich, von Athen bis Großbri*tannien. „Die Gruppe arbeitet absolut professionell", erklärte ein hoher israelischer Abwehrexperte in Tel Aviv gegenüber der WELT.

Die Stärke der Terrorkader dieses Top-Terroristen liegt zwischen 500 und 800 Mitgliedern. Die Infrastruktur stützt sich unter anderem auf ein feingesponnenes operatives Netz in Europa, in das auch palästinensische „Studenten" eingebunden sind, die die Verhältnisse in ihren Gastländern bestens kennen und auskundschaften. Der Kommandostil der Nidal-Gruppe entspricht typisch militärischem Vorgehen. Direkter Angriff auf die Opfer, das Werfen von Hand*granaten und der Einsatz von Maschi*nenpistolen prägen den jeweiligen Stil der Terroroperationen.

Neben der sowjetischen Kalaschnikow ist die polnische Maschinenpistole vom Typ WZ-63 die bevorzugte Waffe der Nidal-Killer. Die WZ-63 ist die Standardwaffe irakischer Panzerkommandanten. Sie kann sowohl als Pistole als auch als leichte MP benutzt werden. Mit einer solchen Waffe gelang den radikalen Ideologen und Mördern um Abu Nidal einer ihrer folgenschwersten An*schläge: Am 3. Juni 1982 wurde in* London der israelische Botschafter Shlomo Argov auf offener Straße angeschossen und schwer verletzt. Drei Tage später marschierte Israels Armee in Libanon ein und zerschlug die militärische Infrastruktur der PLO. *Doch Abu Nidal erwischten die Israe*lis dabei nicht.

Eine versteckte Kritik an Primas Glemp?

JGG. **Köln**

Einen zweiseitigen Beitrag über das Schicksal des vor 90 Jahren verstorbenen Warschauer Erzbischofs Sigismund Felix Felinski hat die als *„Lieblingslektüre des Papstes"* bezeichnete katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" veröffentlicht. Die Tatsache, daß dieser Beitrag erst jetzt erschien (der Todestag war der 17. September), dazu in einem Blatt der sogenannten „Päpstlichen Orientierung" innerhalb des polnischen Katholizismus, der in Opposition zum polnischen Primas steht, ist für viele Polen kein Zufall.

Der *„Tygodnik" spricht* Felinski keineswegs ab, ein polnischer Patriot und ein ehrenwerter „Diener Gottes" gewesen zu sein, doch er „habe die Situation falsch eingeschätzt". In Hirtenbriefen habe er „in scharfen Worten die Geheimbünde und patriotischen Manifestationen seiner Landsleute gebrandmarkt", während er gleichzeitig „seine Anerkennung für den guten Willen der Staatsmacht *ausdrückte*".

„Die russischen Behörden indessen ignorierten dies und taten alles", um „ihn maximal in den Augen des Volkes zu kompromittieren". Stets sei er von russischer Polizei oder zaristischen Kosaken als Begleitschutz umgeben gewesen, wenn er irgendwo in der Öffentlichkeit auftrat. Priestermörder Hauptmann Piodrowski begleitete Primas Glemp unter anderem als „Personenschutz" ins westliche Ausland.

Bald, so der „Tygodnik", hatte der Erzbischof auch den gesamten Klerus und die Ordensleute, die allesamt glühende polnische Patrioten waren, gegen sich. Trotz seiner Dialog-Bereitschaft gegenüber dem zaristischen Regime seien weiterhin Polen inhaftiert worden. Der Erzbischof habe von einer bekannten Schriftstellerin sogar den Vorwurf „Verräter" einstecken müssen. Dennoch habe Felinski immer wieder die Priester aufgefordert, patriotische Handlungen und Gesänge in den Kirchen zu untersagen. Ungeachtet seiner Dialogbereitschaft sei der Erzbischof 1863 in die Verbannung nach Sibirien geschickt worden.

Hoffnungszeichen in Nordirland

Trotz einiger heftiger Reaktionen sieht London erste Erfolge für eine Lösung in Ulster

REINER GATERMANN, **London**

Auch wenn Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher in einem Zeitungsinterview feststellt, „Die Reaktionen (auf das am 15. November unterzeichnete anglo-irische Abkommen für Nordirland) waren schlimmer als wir erwartet hatten", gibt es in Regierungskreisen auch andere Stimmen, die offenbar mit noch mehr – und gewaltsameren – Protesten gerechnet hatten. „Es hat diesmal keinen Generalstreik der Unionisten – wie 1974 – gegeben, und die *Gewalttaten der IRA haben ebenfalls* nicht übermäßig zugenommen", meint ein hoher Beamter.

Die große Bewährungsprobe steht allerdings noch aus. Voraussichtlich am 23. Januar wird Nordirland wählen. Die Abstimmung ist notwendig, nachdem aus Protest gegen das anglo-irische Abkommen, das der Republik Irland in Angelegenheiten Ulsters ein gewisses Mitspracherecht einräumt, *sämtliche 15 Abgeordnete* der beiden nordirischen Unionsparteien ihr Mandat im britischen Parlament niedergelegt hatten. Diese Ergänzungswahl, die umfassendste in der britischen Parlamentsgeschichte, wollen die protestantischen Unioni*sten zu einem Referendum* über die britisch-irische Vereinbarung umfunktionieren, nachdem London sie weder zu den Verhandlungen hinzugezogen hatte noch das Ergebnis einer Volksabstimmung unterstellen will. Denn das hält Frau Thatcher für nicht erforderlich.

Powells Wiederwahl ist nicht gesichert

Ganz unbestritten werden die Offiziellen Unionisten unter Führung von James Molyneaux (bisher mit elf Abgeordneten in Westminister vertreten) und die Demokratischen Unionisten (vier Mandate) unter dem aggressiven und lautstarken Pastor Ian Paisley eine beachtliche Mehrheit der Ulster-Wähler auf sich vereinigen können. Immerhin stellen die Protestanten 60 Prozent der Bevölkerung. Ob es ihnen jedoch gelingt, wieder sämtliche bisher gehaltenen 15 Sitze zu belegen, erscheint fraglich. Vier Mandate sind unsicher, darunter das des bekanntesten und profiliertesten Ulster-Politikers, Enoch Powell. Er erzielte 1983 eine *Mehrheit* von nur 458 Stimmen, sein Gegenspieler ist der stellvertretende Vorsitzende der „Sozialdemokratischen und Labour Party" (SDLP), Seamus Mallon. Diese Partei plädiert für den politischen Ausgleich über die Konfessionsgrenzen hinaus, sie ist in Westminster bisher allerdings nur mit einem Abgeordneten vertreten, ebenso wie die katholische, nationalistische Sinn *Fein, deren Führer Gerry Adams* seinen Sitz jedoch nie eingenommen hat. Ihre Wahlkreise sind die einzigen, in denen am 23. Januar nicht gewählt wird.

Mitentscheidend für den Ausgang der Abstimmung wird die Frage der Kooperation zwischen den verschiedenen Parteien sein. Während die Unionisten bereits beschlossen haben, nicht wie 1983 durch Aufstellung von zwei Kandidaten die protestantischen Stimmen zu spalten, lehnte die SDLP bisher eine „Pakt"-Offerte der Sinn Fein ab. Sie will nur dann mit den katholischen Nationalisten kooperieren, wenn sich diese offiziell vom Terror ihres militanten Flügels, der Irischen Republikanischen Armee (IRA), abwenden.

Ambivalent sind die Standpunkte zu den vereinzelt aufgetretenen, von Unionisten inszenierten Gewaltakten. Schließlich wächst in Reihen der Molyneaux-Anhänger die Befürchtung, daß ihr Führer von den verbalen Kanonaden des Ian Paisley überrollt werden könnte. In gemäßigten Kreisen wird der Standpunkt vertreten, eine pauschale Verurteilung des Abkommens und ein totaler Kontaktboykott sei Ulster nicht dienlich. Hier sieht man nur zu deutlich die finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit der Provinz von London. Deswegen empfiehlt man eher einen Kooperations- denn einen Konfrontationskurs.

Unterdessen bildet sich an anderer Stelle Ulsters ein neuer Unruheherd. Vor einer Woche verurteilte ein Gericht in Belfast 27 Mitglieder der militanten katholischen Irischen Nationalen Befreiungsarmee (INLA) zu Gefängnisstrafen von sieben Jahren bis sechsmal lebenslänglich. Kronzeuge der Anklage waren Harry Kirkpatrick, ein *sogenannter* „Supergrass", selbst Mitglied der INLA und zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Die auf „Supergrass"-Informationen basierenden Prozesse werden in Nordirland immer umstrittener, da sie in einigen Fällen, in denen auch *V-Leute der Polizei* am Werke waren, einer kritischen Überprüfung nicht standhielten.

Hungerstreik als neuer Konfliktstoff?

Nun beschlossen die 27 verurteilten INLA-Mitglieder, nacheinander *in einwöchigem* Abstand in den Hungerstreik zu treten. Den Anfang machte vor einer Woche Robert Tohill (26), ihm folgte jetzt Gerard Steenson (27), von seinen Kampfgenossen „Dr. Tod" genannt und wegen sechsfachen Mordes zu sechsmal lebenslänglich (mindestens 25 Jahre) verurteilt. Noch zu gut ist den Nordirländern das Jahr 1981 in Erinnerung, als sich zehn INLA- und IRA-Terroristen zu Tode *hungerten.*

Seit der Unterzeichnung des anglo-irischen Abkommens verübten Nordirlands Terroristen mindestens sechs Attentate, was in Regierungskreisen als „nicht ungewöhnlich hoch" beschrieben wird. In anderen Bereichen vermeldet die Statistik für 1985 sogar eine Reduzierung der Gewalt. So fielen „nur" zwei britische Soldaten Terroranschlägen zum Opfer, die niedrigste Ziffer seit Ausbruch der Unruhen 1969. Allerdings wurden 1985 27 Polizisten und Mitglieder des Ulster Verteidigungsregiments (UDR) getötet, so viele waren es seit 1976 nicht mehr. Auf sie konzentrieren sich die Gewalttaten der Granatenwerfer, Bombenleger und Heckenschützen. Insgesamt mußten in diesem Jahr 54 Personen in Nordirland ihr Leben lassen, zehn weniger als im Vorjahr. Und – so das traurige Gesamtergebnis der Statistik – seit 1969 fanden in Ulster 382 britische Soldaten sowie 374 Polizisten und UDR-Männer den Tod.

Son Sanns Führung bleibt umstritten

Der kambodschanischen Widerstandskoalition gegen Vietnam droht die Spaltung

PETER ISELI, **Bangkok**

„Die Angehörigen der KPNLF widmen etwa 90 Prozent ihrer Zeit internen Streitereien und Gehässigkeiten, statt gegen die Vietnamesen zu kämpfen." Worte des Präsidenten der „Nationalen Khmer-Befreiungsfront" (KPNLF), Son Sann, gleichzeitig Regierungschef und zweiter Mann in der anti-vietnamesischen Widerstandskoalition „Demokratisches Kamputschea". „Rettungskomitee" nennt sich andererseits eine Gruppe von nationalistischen Khmer-Führern, die für sich beanspruchen, künftig in der nichtkommunistischen Widerstandsfraktion gegen die vietnamesische Besetzung die „wahre Autorität" zu vertreten.

Und Rettung scheint die durch persönliche Konflikte belastete KPNLF zur Zeit auch dringend nötig zu haben. Was schon seit längerer Zeit schwelte, brach vor rund 10 Tagen offen aus. Man kann es einen „Putsch" gegen Son Sann nennen oder auch ein Trauerspiel in einem sehr ungünstigen Moment. Vermittlungsgespräche zwischen den beiden widerstreitenden Fraktionen führten bisher lediglich zu neuen gegenseitigen Vorwürfen.

Der Ursprung der offenen Krise kann eigentlich schon bei der Gründung der KPNLF im Jahre 1979 gesucht werden: unter den Flüchtlingen an der thailändischen Grenze formierten sich damals drei Widerstandsgruppen: zum einen die früheren blutigen Herrscher in Phnom Penh, die Roten Khmer unter Pol Pot; *zum zweiten die Anhänger des* früheren Staatschefs Prinz Norodom Sihanouk, der 1970 von der rechten Militärregierung Lon Nols gestürzt worden war. Dazwischen blieb ein Sammelsurium von Vertretern des Lon-Nol-Regimes und eigentlichen Kriegsherren. Nur mit Mühe und mit Druck von seiten Thailands und des Westens gelang es, aus ihnen eine *nichtkommunistische Alternative zu* den Roten Khmer zu formen. Präsident Son Sann selbst war selten bei seinen Leuten an der Grenze zu sehen. Auch die anderen Führer lebten die meiste Zeit nicht bei den fast 150 000 Zivilisten und, nach KPNLF-eigenen Angaben, rund 13 000 Kämpfern an der thailändisch-kambodschanischen Grenze.

Die verheerenden Niederlagen der letzten Zeit und das Scheitern der Verknüpfung mit der „Nationalen Armee der Sihanoukisten" (ANS) lösten den Konflikt aus. Die Rebellen werfen dem Präsidenten der Front vor, *sich auf diktatorische Weise* in militärische Angelegenheiten eingemischt zu haben, von denen er nichts verstehe. Der interne Konflikt in der KPNLF muß aber so schnell wie möglich gelöst werden, sonst droht das völlige Auseinanderbrechen der *Khmer-Befreiungsfront,* die wegen des Zwists offenbar all ihre Kämpfer aus dem Inneren Kambodschas an die Grenze zurückzog. Ein schwieriges Problem für Sihanouk, aber auch für westliche Staaten wie die USA. Sie wollen zwar die beiden nichtkommunistischen Fraktionen KPNLF und ANS im Kampf gegen die Vietnamesen unterstützen, nicht aber die Roten Khmer, die sich immer mehr als die einzige Gruppe herauskristallisiert, die dank Unterstützung durch China ihre militärische und organisatorische Stärke halten kann.

Reagans neuer Mann für Lateinamerika

WERNER THOMAS, **Washington**

Wenn *Präsident Reagan den Jah*reswechsel auf seiner Ranch im kalifornischen Santa Barbara verbringt, wird ein junger Mann in seiner Umgebung sein, dessen Name plötzlich häufig in Presseberichten auftaucht: Elliott Abrams. Der Staatssekretär *für Lateinamerika-Fragen soll* Reagan am 3. Januar zu einer kurzen Begegnung mit dem mexikanishen Präsidenten Miguel de la Madrid in der Grenzstadt Mexicali begleiten. Aber dieses Ereignis ist nicht der einzige Grund, der Abrams auch in Kali*fornien in die Nähe Reagans führt:* Der Präsident schätzt ihn als einen engen Berater.

Seit der 37jährige Jurist im Juli die Abteilung „Interamerikanische Angelegenheiten" des State Departments übernahm, weht ein frischer *Wind in Washington, der auch in* der Krisenregion selber zu spüren ist. Der frühere Studentenaktivist linker Prägung steht heute fest im konservativen Lager. In seinem Büro hängt eine gerahmte Ausgabe des kubanischen KP-Organs „Granma", das die Feststellung traf: „Abrams ist eine Bestie." Abrams politische Einstellung basiert auf einem resoluten Antikommunismus, den er mit seinen Schwiegereltern *teilt, Norman Podhoretz* und Midge Decter, zwei renommierten konservativen Publizisten. Für ihn konzentrieren sich viele Probleme Lateinamerikas auf den Konflikt zwischen den jungen Demokraten und der marxistischen Herausforderung. Kuba und Nicaragua rangieren im Mittelpunkt seines Feindbildes.

Der neue Lateinamerika-Chef des State Departments versäumt keine *Gelegenheit, die sandinistischen* Comandantes in Nicaragua als kommunistische Diktatoren zu identifizieren und ihre Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten zurückzuweisen. Bei einem Interview Anfang Dezember mit europäischen Journalisten erklärte er: „Ihre Ideologie ist der Kom*munismus.* Sie *wurden nicht in die* Hände der Sowjets getrieben, sie sind den Sowjets in die Hände gelaufen." Er erinnerte, daß die Carter-Regierung am Sturz der Somoza-Diktatur beteiligt war und während der ersten eineinhalb Jahre der sandinistischen *Herrschaft dem Revolutionsregime* mehr Hilfe geleistet hatte als jedes andere Land.

Abrams absolvierte in der *ersten* Dezember-Hälfte einen aufsehenerregenden Kongreß-Auftritt, bei dem er über eine neue Rolle der 3000 kubanischen Militärberater in Nicaragua berichtete: Sie würden gegen die antisandinistischen Contra-Rebellen kämpfen und sowjetische Kampfhubschrauber fliegen. Beim Abschuß einer dieser Hubschrauber kamen laut Abrams zwei Kubaner ums Leben. Wenige Tage später erschien der forsche State-Department-Beamte vor der Presse, *um mitzuteilen, daß in* Honduras ein Fahrzeug aus Nicaragua mit versteckten Waffen und Munitionskisten entdeckt wurde. Ein weiterer Beweis, daß die Sandinisten die Nachbarschaft zu destabilisieren versuchten.



Elliott Abrams

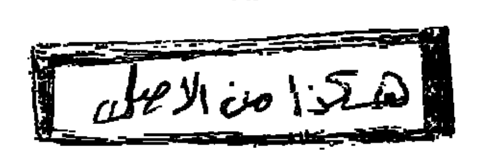
Abrams erwähnt stolz die Demokratisierungswelle in Lateinamerika, die er als Erfolg der Reagan-Regierung wertet. Argentinien, Uruguay, *Brasilien, Honduras, El Salvador,* Peru, Bolivien. Jetzt kommt Guatemala an die Reihe. „Phantastisch", sagt Abrams. Er kennt den neuen Präsidenten Vinicio Cerezo aus seinen Zeiten als Menschenrechtsbeauftragter des State Departements. Mit dem eher *linksgerichteten Christdemokra*ten Cerezo verbinden ihn freundschaftliche Beziehungen.

Seine Tätigkeit als Menschenrechtsbeauftragter hat Abrams auch den Respekt liberaler Demokraten verschafft. Er kritisierte damals nicht nur linke Diktaturen. Er richtete auch Vorwürfe gegen die Militärregierungen in Argentinien, Guatemala und Chile. Kommt heute das Thema Chile zur Sprache, dann betont Abrams, die US-Regierung wünsche Demokratisierungsschritte. Seinen vorsichtigen *Formulierungen ist zu* entnehmen, daß Washington dezenten Druck auf den General Pinochet ausübt, nach Ablauf seiner derzeitigen Amtsperiode im Jahr 1989 endgültig zurückzutreten. Auffallend oft betont er Chiles „demokratische Traditionen".

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Langhorne Motley besitzt der umgängliche State-Department-Mann nicht nur das Vertrauen der diversen Lateinamerika-Strategen der Reagan-Regierung, sondern auch einflußreicher Kongreßvertreter. Darauf setzt er jetzt, wenn die bisher schwierigste Bewährungsprobe bevorsteht.

Es geht um Nicaragua. Elliott Abrams hat den Präsidenten davon überzeugt, daß die antisandinistischen Rebellen wieder eine militärische Unterstützung Washingtons erhalten müssen, um die massiven Waffenlieferungen des Ostblocks an die Comandantes auszugleichen. Eine *Entscheidung über weitere Hilfen* an die Contras soll im Februar fallen.

(SAD)



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Entwicklungshilfe

„Größter Teil der Hilfe geht nach Afrika"; WELT vom 21. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesrepublik Deutschland stellt im Vergleich der großen Industriestaaten bei der öffentlichen Entwicklungshilfe den relativ höchsten Anteil an die ärmsten Länder der Dritten Welt zur Verfügung. Da Afrika solche Länder umfaßt und zunehmend zu einem Hauptproblem bei der Welternährung geworden ist, erscheint es verständlich, wenn dieser Erdteil von den deutschen Zuwendungen überproportional profitieren soll.

Allerdings ist die Entwicklungshilfe generell ins Gerede gekommen. Sachkenner wie Lord Bauer oder Al Imfeld meinen, sie habe nur marginale Wirkung gezeigt und sei großteils von den Machthabern der Empfängerländer zweckentfremdet worden. Exemplarisch wird auf Äthiopien hingewiesen, wo ein marxistisch-leninistisches Regime von 3 Milliarden Mark westlicher Entwicklungshilfe, die im Laufe von fünf Jahren zur Verfügung gestellt wurden, erhebliche Mittel zur Finanzierung von Bürgerkriegen und für ein aufwendiges Zentrum der Organisation für afrikanische Einheit in Addis Abeba abgezweigt worden seien.

Den Ostblock kann solche Kritik kaum berühren, da er, von Waffenlieferungen abgesehen, nur verhältnismäßig wenig Entwicklungshilfe aufbringt. Für den Westen aber genügt es nicht, sich an den Pranger zu stellen; es müssen Konsequenzen gezogen werden. Wer Entwicklungshilfe nicht an Voraussetzungen und Auflagen bindet, leistet dem Mißbrauch Vorschub.

Neben den ärmsten Ländern der Welt sollten im übrigen solche den Vorrang bei der Entwicklungshilfe genießen, die zur Verbesserung ihrer Situation konkret beitragen.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Edelmann,
München 40

Fleischeslust

„Bei ihren kulinarischen Höhenflügen sehen die Kunden kaum aufs Geld"; WELT vom 24. Dezember

So frönten wir der Fleischeslust: Im Dezember will allein ein Warenhauskonzern 130 000 Tonnen Gänse und jeweils halb soviel Flugenten und Puten verkauft haben.

Selbst wenn die nicht alle unter dem Tannenbaum geschmaust wurden – umgerechnet muß jeder zweite Bundesbürger zum Fest eine Fünf-Kilogramm-Gans und eine Zwei-Kilogramm-Ente verspeist haben, nebst zwei Pfund Pute und einem Pfund Karpfen als kleine Beilage.

Doch nicht nur der Konzern vertreibt Geflügeltes. Und da gerüchtehalber in so mancher Röhre alternativ das Beste von Rind und Schwein brutzelte, muß das diesjährige hohe Fest zu einer entsetzlichen Völlerei ausgeartet sein. Ignaz Kiechle wird es freuen.

Frank Greshake,
Velbert 1

Wer verjagte die Fürsten?

„Pankraz, Royalty und die große Kleinfamilie"; WELT vom 23. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

es sollte nicht unwidersprochen bleiben, wenn Pankraz in seinem Artikel die Formulierung wählt: „... wenn wir nicht 1918 die Monarchie in die Wüste geschickt hätten, statt sie konstitutionell einzugrenzen."

Da wäre zu fragen: Wieso „wir"?

Reichskanzler Max Prinz von Baden riet Kaiser Wilhelm II. im November 1918 zur Abdankung, nachdem Teile der Marine revoltiert hatten und von linksstehenden Gruppierungen der Sturz der Monarchie gefordert wurde.

Aus dem Text der Abdankungsurkunde geht einwandfrei hervor, daß Kaiser Wilhelm II. lediglich für seine Person auf alle kaiserlichen und königlichen Würden verzichtet hat. Es also denkbar gewesen wäre, daß sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, die Monarchie fortgeführt hätte, wären nicht schon wichtige Bereiche der staatlichen Gewalt in Händen der Revolutionäre gewesen. Das „wir" ist deshalb ungerechtfertigt, weil ungezählte wahlberechtigte Deutsche als Soldaten noch im Feindesland standen, als Kaiser Wilhelm abdankte. Diese wurden nicht um ihre Meinung gefragt, sondern mit vollendeten Tatsachen konfrontiert, wodurch ein jahrelanger Bürgerkrieg erst heraufbeschworen wurde.

Es kann keine Rede davon sein, daß „wir" die Monarchie in die Wüste geschickt hätten! Wäre der Friede erhalten geblieben, dann wäre uns auch mit größter Wahrscheinlichkeit die Monarchie erhalten geblieben.

Daß die erste „Deutsche Republik" erst durch die Schwächung der Staatsgewalt infolge kriegerischer Einwirkungen ermöglicht wurde, war zugleich ihre größte Schwäche, da sich zeigte, daß große Teile der deutschen Bevölkerung die Monarchie wieder einführen wollten, bzw. sich nach einer starken Regierung sehnten, was unglückseligerweise schließlich zur Machtübernahme der Nationalsozialisten führte.

Mit freundlichen Grüßen
Franz-Karl Freiherr von Linden,
Waldsee/Pfalz

Heidenglauben

„Eine Karriere nach dem Horoskop"; WELT vom 17. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Artikel lautet eine Unterüberschrift „Wenn sie neue Mitarbeiter einstellen, befragen so manche Firmenchefs den Astrologen".

Gerade wenige Tage zuvor gab ich einem Anhänger dieses Sternenglaubens zu bedenken, daß unser Charakter überwiegend von den Erbanlagen der Vorfahren und zum geringsten durch Erziehung bestimmt sei. Nach einigen Momenten des Stutzens gab er zu, daß das wohl stimmen möge.

Die in Ihrem Artikel erwähnten Eintragungen von Geburtsstunden in Personalbögen zeugen entweder von Dummheit oder primitivem Heidenglauben.

Hochachtungsvoll
Hans Joachim Schultz,
Ahrensburg

Immer mit „c"

„Die neue Reformpartei Spaniens füllt eine Lücke"; WELT vom 21. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich muß schon sagen, daß mich das Wort „Galizien", das in dem Artikel ständig vorkommt, erheblich stört. Man muß ja glauben, daß nicht von Spanien, sondern von Polen oder Rußland die Rede ist.

Die spanische Nordwestprovinz „Galicien" kann man eigentlich nur mit „c" schreiben, und so steht sie auch in jedem Lexikon. Sie unterscheidet sich ganz außerordentlich von der ost-mitteleuropäischen Landschaft Galizien, die früher ganz zu Polen, heute überwiegend zur Sowjetunion gehört (Hauptstadt: Lemberg).

Alfred Lanfermann,
Essen 16

Spenden-Wettbewerb

„Sie geben gern"; WELT vom 21. Dezember

Sehr geehrte Kollegen,

Ihr Kommentator Peter Dittmar hat eine Betrachtung über die Spendenbereitschaft der Deutschen angestellt, die ich leider in einem nicht unwesentlichen Punkt berichtigen muß. Es trifft nicht zu, daß die „Aktion Sorgenkind" mit mehr als 1 Milliarde Mark seit 1964 den höchsten Spendenbetrag für eine einzelne Spendenaktion aufgebracht hat.

Das von Ihnen erwähnte Hilfswerk Adveniat hat seit 1961 dank der Hilfsbereitschaft der deutschen Katholiken aus dem Aufkommen der Weihnachtskollekten 1,75 Milliarden Mark den notleidenden christlichen Gemeinden in Lateinamerika zur Verfügung stellen können. Nimmt man noch die 150 Millionen Mark aus der „Adveniat-Patenschaftsaktion für lateinamerikanische Theologiestudenten" und sonstige durch Adveniat vermittelte Direktspenden hinzu, so beläuft sich die durch Adveniat geleistete Hilfe auf rund 2 Milliarden Mark.

Da dieses Weihnachtsopfer ohne Aussicht auf Gewinn von Weltreisen oder Goldbarren gegeben wird, verdienen alle daran Beteiligten auch von dieser Stelle einmal ein herzliches Wort des Dankes.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Roos,
Adveniat-Pressereferent,
Essen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Wenn alle Menschen sich immer gegenseitig beistünden, dann bedürfte niemand des Glücks."

Menander, griechischer Dichter (342–290 v. Chr.)

FUSSBALL / Hertha BSC Berlin hat sich vollständig in die Hände eines Weltenbummlers begeben

Rudi Gutendorf ist in Personalunion Cheftrainer, Manager und Sportdirektor – ist er der Retter?

DIETER DOSE, Berlin

Rudi, der Retter, ist da. Seit gestern mittag hat Hertha BSC, als 16. der 2. Fußball-Bundesliga in akuter Abstiegsgefahr und mit fast fünf Millionen Mark verschuldet, einen neuen Trainer. Rudi Gutendorf (59), Weltenbummler Nummer eins unter den Trainern, unterschrieb einen Vertrag bis zum 30. Juni 1987. Sein Titel: Sportdirektor, Cheftrainer und Manager in Personalunion. Herthas Ex-Präsident Wolfgang Holst stellte vor seinem Rücktritt noch die Weichen, um Gutendorf beim japanischen Pokalsieger FC Yomiuri loszueisen.

In der Holst-Kneipe („Holst am Zoo") stieß Gutendorf schon in der Nacht zum Sonntag, zwölf Stunden vor dem Vertragsabschluß, mit einem anderen Veteranen aus der Gilde der Bundesliga-Trainer der ersten Stunden auf seine neue Tätigkeit an: Helmut „Fiffi" Kronsbein (71), einem seiner Vorgänger bei Hertha. Doch ehe Gutendorf die Unterschrift unter den Vertrag mit seinen weitreichenden Vollmachten setzte, hatte es noch ein zähes, achtstündiges Ringen mit dem Hertha-Präsidenten Heinz Roloff (72) und dessen Vorstandskollegen gegeben.

Vor allem um die Vertragsdauer bestanden unterschiedliche Auffassungen. Hertha bot eineinhalb Jahre an, Gutendorf forderte zweieinhalb Jahre. Zeitweise drohten die Gespräche zu platzen, weil sich Gutendorf dann nur bis Saisonende per Handschlag verpflichten wollte. „Ich habe schließlich nachgegeben, denn man muß Verständnis dafür haben, daß die langfristige Bindung an einen Trainer den Vereinen häufig schon sehr teuer gekommen ist", sagt Gutendorf. Am 6. Januar tritt er sein Amt an.



Alles hört jetzt auf sein Kommando: Rudi Gutendorf FOTO: WITTERS

Verärgert über Herthas Präsidium war Gutendorf am Samstag nach Berlin gekommen. Denn als er Weihnachten aus Japan kommend in Deutschland eintraf, erfuhr er, daß Mittelfeldspieler Hubert Clute-Simon für 100 000 Mark an einen Schweizer Zweitligaklub verkauft worden ist. „Mehrfach ist für Hunderte von Mark mit mir in Tokio telefoniert worden, aber davon hat mir keiner etwas gesagt", wetterte er. „In der kritischen Situation Herthas gibt man einen so erfahrenen Spieler doch nicht weg."

Gutendorf wird bei Hertha 7000 Mark monatlich verdienen. Außerdem sieht der Vertrag eine Einnahmebeteiligung vor. Die Rede ist von bis zu 200 000 Mark Gesamtverdienst pro Jahr, wenn entsprechend viel Zuschauer zu den Hertha-Spielen kommen. In den letzten drei Heimspielen waren es jeweils unter 2000, der Schnitt liegt bei knapp über 4000 ...

Hertha ist die 29. Trainer-Station für Gutendorf. Sein letztes Engagement im deutschen Fußball endete vorzeitig in der Saison 1977/78 beim Hamburger SV, nachdem er ein Jahr zuvor mit Tennis Borussia Berlin aus der Bundesliga abgestiegen war. Sein größter Erfolg: im ersten Jahr der Bundesliga (1963/64) deutscher Vizemeister mit dem damaligen Meidericher SV – seither trägt er den Beinamen „Riegel-Rudi".

„Vorrangig ist für mich, mit Hertha den Klassenerhalt in der Zweiten Liga zu schaffen. Ich bin überzeugt, daß die Mannschaft besser als ihr miserabler Tabellenstand ist." Gelingt es ihm nicht, löst sich der Vertrag automatisch zum 30. Juni 1986 auf.

Hertha nur ein Sprungbrett für die Bundesliga? „Ich kann mir gut vorstellen, einen Bundesliga-Klub zu trainieren, aber erst will ich Hertha mal aus dem Dreck ziehen", sagt er. Das läßt er sich 20 000 Dollar monatlich kosten, die ihm der japanische Klub als Gehalt für eine Vertragsverlängerung anbot.

HALLENFUSSBALL

Bremen sehr souverän

sid/dpa, Frankfurt/Bremen

In Bremen stimmte die Kasse, in Frankfurt kamen die Veranstalter nicht ganz auf ihre Kosten. Für die Zuschauer allerdings waren die beiden Hallenfußball-Turniere willkommene Abwechslung während der Meisterschafts-Winterpause.

Die beiden norddeutschen Bundesliga-Klubs aus Bremen und Hamburg beherrschten ihre Konkurrenz nach Belieben. Werder Bremen gewann das eigene Turnier wie schon in den beiden Vorjahren souverän, obwohl Trainer Otto Rehhagel nur eine Rumpfmannschaft (ohne Völler, Möhlmann, Sidka, Kutzop, Okudera, Neubarth, Meier und Pezzey) aufbieten konnte. Trotzdem gelang im Finale ein 7:3-Sieg über Bohemians Prag.

Ungeschlagen verließ auch der Hamburger SV die Halle in Frankfurt. In der Doppelrunde der sechs Teilnehmer standen die Hamburger bereits vor den beiden letzten Spielen als Turniersieger fest. Sie kassierten neben der Siegprämie noch eine Garantiesumme von 35 000 Mark für ihre Teilnahme. Werder Bremen mußte sich mit 10 000 Mark als Siegprämie begnügen, verzeichnete jedoch eine Brutto-Einnahme von 250 000 Mark. „Für uns ist das Hallen-Turnier das 18. Heimspiel der Saison", freute sich Manager Lemke.

Dagegen blieb in Frankfurt ein Minus zwischen 30 000 und 40 000 Mark in der Kasse. Mit insgesamt 11 000 Zuschauern in der Festhalle war die Besucherzahl weit unter den Erwartungen geblieben. Enttäuscht waren auch die Fans vom Auftreten eines sogenannten Oldie-Teams mit Bernd Hölzenbein, Jürgen Grabowski und weiteren ehemaligen National- und Bundesligaspielern. Die zusammengewürfelte Prominenten-Mannschaft wurde nur Letzter.

EISSCHNELLAUF

Baltes lief Rekord

sid, Inzell

Bereits am ersten Tag der deutschen Meisterschaften im Eisschnellauf verbesserte der 21jährige Münchner Hans-Jörg Baltes den deutschen Rekord über 1500 m um eine Zehntelsekunde auf 1:57,29 Minuten. Eine erstaunliche Zeit angesichts des harten Trainingsprogramms in den vergangenen Tagen. „Eine Zeit um die 2:01 Minuten wäre heute normal gewesen", kommentierte Bundestrainer Ab Krook die fantastische Leistung von Hans-Jörg Baltes, der seine Bestzeit um 2,4 Sekunden verbessert hatte. Als Soldat einer Sportfördergruppe kann er sich ganz auf sein Training konzentrieren und wird als einziger deutscher Eisschnelläufer nach dem Modell der Optimalförderung der Sporthilfe unterstützt.

Das herausragende Ergebnis bei den Frauen erzielte wieder einmal Monika Holzner-Gawenus. Die 31jährige ehemalige Olympiasiegerin siegte über 500 m in der Klasse-Zeit von 41,77 Sekunden. „40,99 kann ich diese Saison noch erreichen", kündigte sie an. Ihr deutscher Rekord steht auf 41,35 Sekunden.

Diesen guten Resultaten stand unverhohlene Kritik einiger Teilnehmer gegenüber. „Man kann nicht die Förderung auf nur ein oder zwei Sportler konzentrieren und andere einfach fallenlassen", sagte Wolfgang Scharf (25), der in der Vergangenheit 20 deutsche Rekorde aufstellte. Wegen mangelnder finanzieller Unterstützung mußte er sich ganz auf seinen Beruf als Vermögensberater bei einer Bank konzentrieren und fiel wegen seines Trainingsrückstandes gegenüber dem vor zwei Jahren noch gleich starken Baltes deutlich ab. „Ein Schlußstrich unter meine Karriere zum Saisonende ist nicht ausgeschlossen", kündigte er verbittert an.

BOXEN

Hussing und der Abschied

dpa, Brachbach

„Wo gibt es das, daß der Beste abtreten muß", fragte der 37jährige Peter Hussing nach seinem vermutlich letzten Boxkampf. Seit Monaten weiß er, daß er zum Jahresende wegen der vom Boxverband vorgeschriebenen Altersgrenze seine Laufbahn als Amateurboxer beenden muß. Doch es schien, als könne er sich noch immer nicht damit abfinden. In Mülheim-Saarn hat er vor 400 Zuschauern seinen sechsten Abschiedskampf bestritten, seit er am 23. November zum 16. Mal Deutscher Meister im Schwergewicht geworden war.

445 Kämpfe werden offiziell für seine lange Laufbahn notiert. „Es sind sicherlich mehr. Denn nicht alle meine Auftritte in Dänemark, Schweden oder Bayern sind im Startbuch verzeichnet", sagt Hussing, der seinen Abschiedskampf in Mülheim gegen den langjährigen Freund Dieter Müller gewonnen hatte. Ein weiterer, aber ein letzter Sieg. „Wir haben vielleicht 15 Mal gegeneinander geboxt, ich habe immer gewonnen."

Wie immer stand ihm Dieter Wemhöner zur Seite. Wemhöner, ehemaliger Profi und seit 20 Jahren als Bundestrainer im Amt, hat Hussing 16 Jahre lang betreut. „Er ging stets der Gefahr aus dem Weg. Peter hat als Sieger aufgehört. Das ist gut." Dagegen gingen die Vorstandsmitglieder des Deutschen Amateurboxverbandes (DABV) weiteren Diskussionen aus dem Weg. Hussings bittere Feststellung: „Auch einer wie ich wird sehr schnell vergessen." DABV-Präsident Siegfried Kordts gab als einziger einen Kommentar: „Hussing machte zuletzt genug Werbung für sich. Warum sollen wir als Randfiguren danebenstehen? Ich hatte nicht das Bedürfnis."

OLYMPIA

Boykott droht nicht

sid, Köln

Die Olympischen Sommerspiele in Seoul sind gegenwärtig nicht von einem Boykott bedroht. Auch die osteuropäischen Staaten werden in der südkoreanischen Hauptstadt 1988 vertreten sein. Das äußerte der deutsche Vize-Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Berthold Beitz, im „Sportgespräch" des Deutschlandfunks. Er gründete dabei seine Zuversicht auch auf jüngste Aussagen von IOC-Mitgliedern kommunistischer Länder, „deshalb bin ich positiv eingestellt".

Der wiederholten Forderung aus Osteuropa und der Dritten Welt nach einer Demokratisierung des IOC steht Beitz jedoch weiterhin ablehnend gegenüber. Pro Nationalem Olympischen Komitee je ein Mitglied aufzunehmen sei „im Moment nicht möglich, und dies wäre zu viel". Es gebe zahlreiche Verbände und viele IOC-Kommissionen, „und wenn die alle zusammenarbeiten, dann sind wir demokratisch gut gerüstet".

Beitz sieht aber jetzt die Chance für eine Annäherung zwischen den Sportführungen von „DDR" und Bundesrepublik Deutschland. Er könne sich vorstellen, daß es auch im „DDR"-Sport Tendenzen für eine engere Zusammenarbeit gebe. „Ich glaube, wenn wir hier in der Bundesrepublik geschlossener wären, würde es leichter, mit diesen Ländern zu einem guten Sportaustausch zu kommen." Beitz, der Ehrendoktor der Universität Greifswald in der „DDR" ist, hatte zuletzt starke Kritik an der Führungslosigkeit des hiesigen Sports und den Eigenmächtigkeiten der Sportführer geäußert. Er habe inzwischen registriert, „daß sich die Betroffenen jetzt doch überlegen, wie sie zusammenarbeiten können".

Personalien

GEBURTSTAGE

Der international bekannte Kunsthistoriker Professor **Erik Forssmann**, Emeritus am Kunstgeschichtlichen Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg feierte seinen 70. Geburtstag. Schwede von Geburt, in Deutschland aufgewachsen, arbeitete Forssmann zunächst bei dem renommierten Seemann-Verlag in Leipzig, nach seiner Rückkehr nach Schweden bei dem S. Fischer-Verlag in Stockholm. Dort las er als erster Europäer **Thomas Manns** „Doktor Faustus", den er vom Luftpostpapier-Manuskript für den Druck fertigzumachen hatte. Literarische Neigungen spürte man Forssmanns kunsthistorischen Arbeiten im guten an, am deutlichsten vielleicht seinem „Venedig in der Kunst und im Kunsturteil des 19. Jahrhunderts" von 1971, aber auch seiner großen Schinkel-Monographie von 1981, einem ebenso wissenschaftlichen, in seiner Gliederung originellen, wie wirklich lesbaren Buch.

*

Der Direktor des Ernst-Deutsch-Theaters in Hamburg, der Schauspieler und Regisseur **Friedrich Schütter**, begeht am Samstag seinen 65. Geburtstag. Schütter hat in den vergangenen Jahren immer wieder progressives, mutiges Theater gemacht, was ihm Anerkennung von vielen Seiten einbrachte. Nicht selten bringt er Stücke auf die Bühne, die die großen Staatstheater aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihre Spielpläne aufnehmen. Im Fernsehen ist er den Zuschauern durch zahlreiche Rollen, aber auch durch Synchronisationsarbeiten bekannt. So lieh er beispielsweise Vater Cartwright in der langjährigen Western-Serie „Bonanza" seine sonore Stimme. Der gebürtige Düsseldorfer wurde während des Zweiten Weltkrieges mehrfach schwer verwundet und besuchte nach dem Kriegsende trotz seiner Verletzungen die Schauspielschule. Anschließend sammelte er seine ersten Bühnenerfahrungen im Hamburger Theater im Zimmer, in den Kammerspielen und in der „Provinz". 1951 wagte er die Gründung eines eigenen Theaters, das den Namen „Junges Theater" erhielt und später in Ernst-Deutsch-Theater umbenannt wurde. Schon in diesen ersten Jahren als Theaterleiter zeigte er ehrgeizige und engagierte Pläne. In zahlreichen Rollen stand Schütter in seinem Theater, das im März 1985 die 350. Premiere zählte, auf der Bühne und inszenierte auch viel. Als Gast in Jagsthausen errang Schütter in der Titelrolle von „Götz von Berlichingen" respektable Erfolge. Zuletzt, im Oktober, übernahm Schütter die Titelrolle in der deutschen Erstaufführung in **Pavel Kohouts** „Colas Breugnon" nach dem gleichnamigen Roman von **Romain Rolland**.

AUSZEICHNUNG

Der mit 10 000 Mark dotierte Kunstpreis der Stadt Darmstadt 1985 ist an die türkische Künstlerin **Azade Köker** gegangen. Die 36jährige Bildhauerin, die in Istanbul geboren wurde und in ihrer Heimatstadt und später in Berlin studierte, erhielt den Preis für ihr künstlerisches Schaffen, daß sich mit „selbstbewußtem Abstand vom Sog der Trends, Glaubwürdigkeit des persönlichen Anliegens und Eigenart der Formung" auszeichnet. Azade Köker, die meist in Ton arbeitet, lebt seit 1979 als selbständige Künstlerin in Berlin.

EHRUNG

Der Paläontologe und Geologe an der Universität Marburg und Direktor des Senckenberg-Museums in Frankfurt am Main, Professor Dr. **Willi Ziegler**, ist in Würdigung seiner großen Verdienste auf dem Gebiet der Stratigraphie und dabei insbesondere im Bereich der verfeinerten geologischen Altersbestimmung im Paläozoikum mit Hilfe von Mikrofossilien (den sogenannten Conodoten) mit der Coke-Medaille der englischen Geologischen Gesellschaft ausgezeichnet worden.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans Eberhard Völcker** von der Augenklinik mit Poliklinik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Augenheilkunde an der Universität Heidelberg erhalten.

WAHL

Der Senat der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode hat für die Amtszeit 1986 und 1987 den Leiter des Institutes für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Professor Dr. **Manfred Dambroth**, zum Präsidenten der Forschungsanstalt gewählt. Er wird Nachfolger von Professor Dr. **Eckhardt Neander**, Leiter des Instituts für Strukturforschung, der in den vergangenen zwei Jahren dieses Amt ausübte.

Gregor Brauns Leistungen lassen auf Weltrekord hoffen

dpa/sid, Mexico City

Der deutsche Rad-Profi Gregor Braun (29) wird in der Nacht von Montag auf Dientag auf der 2240 Meter hoch gelegenen Piste in Mexico City den auf 51,151 Kilometer stehenden Stunden-Weltrekord des Italieners Francesco Moser angreifen. Das kündigte er nach dem Training auf der Bahn im olympischen Sportzentrum an.

„Ich habe mich drei Monate darauf vorbereitet", sagte Braun, der sich seit dem 11. Dezember in Mexiko aufhält. „Anfangs hatte ich Schwierigkeiten mit der Umstellung auf die Höhe", meinte er in einer Pause zwischen den Trainingsrunden auf der extra mit Kunstharz beschichteten 333,33 Meter langen Bahn, auf der Moser am 19. und 23. Januar 1984 zunächst mit 50,808 Kilometer den Weltrekord des Belgiers Eddy Merckx (49,431) gebrochen und sich dann selbst noch einmal mit phantastischen 51,151 Kilometer übertroffen hatte.

„Ich will 52 Kilometer oder wenigstens etwas mehr als Moser schaffen", sagte Braun nun in Mexiko City. Nach dem Rekordversuch wird der Weltmeisterschafts-Dritte in der 5000-m-Verfolgung nach Bolivien aufbrechen, um dort in La Paz (3600 Meter hoch gelegen) zu versuchen, entweder seinen Stunden-Weltrekord von Mexiko zu überbieten oder den dann noch von Moser gehaltenen zu brechen.

Trainingswerte – Braun hat in den letzten beiden Monaten 10 000 Kilomter auf dem Fahrrad zurückgelegt – deuten aber darauf hin, daß er Mosers Rekord bereits jetzt brechen wird. Der italienische Arzt Gabriele Rosa aus Brescia, Brauns medizinischer Betreuer, sagt: „Gregor ist in sehr guter Verfassung. Ich bin sicher, es wird klappen."

Einen ersten Weltrekord der Mannschaft um Braun hatte es bereits am Heiligen Abend durch den italienischen Amateur Ennio Minello gegeben, der über 100 Kilometer eine neue Bestleistung erreichte. Minello legte die Distanz in 2:15,44 Stunden zurück und unterbot die alte Bestmarke des Dänen Jörgen Lund von 2:18,43 Stunden (1971 in Rom aufgestellt) damit erheblich.

SPORT-NACHRICHTEN

Hölzenbein wird Amateur

Frankfurt (dpa) – Der 39 Jahre alte frühere Nationalspieler Bernd Hölzenbein wird seine Fußball-Laufbahn beim FSV Salmrohr fortsetzen. Hölzenbein, der der Weltmeister-Mannschaft von 1972 angehörte, will mit dem Spitzenreiter der Oberliga Südwest in die Zweite Liga aufsteigen.

Bubka vor Kasparow

Moskau (dpa) – Sergej Bubka wurde in der UdSSR erneut zum Sportler des Jahres gewählt. Der Stabhochspringer, der am 13. Juli in Paris als erster die als Fabelmarke angesehene Höhe von 6,00 m bezwungen hatte, war bereits im Vorjahr gewählt worden. Auf den zweiten Platz kam Schach-Weltmeister Garri Kasparow.

Edberg tritt nicht an

Berlin (dpa) – Stefan Edberg, Mitglied der schwedischen Davis-Cup-Mannschaft, ist erkrankt und kann beim Young-Masters-Turnier der unter 21jährigen Tennis-Profis in Berlin (1.–5. Januar) nicht antreten.

Erster Trainerwechsel

Oldenburg (sid) – Der erste Trainerwechsel in der Basketball-Bundesliga der Herren vollzog sich in Oldenburg. Der abstiegsbedrohte Aufsteiger TB Oldenburg und Trainer Rolf Peil einigten sich auf die Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Nachfolger ist der Amerikaner Ralph Odgen.

Olson: Welt-Bestleistung

Saskatoon/Saskatchewan (sid) – Billy Olson (USA) stellte bei einem Hallensportfest in Saskatoon im kanadischen Bundesstaat Saskatchewan mit 5,86 m eine Hallen-Weltbestleistung im Stabhochsprung auf. Er verbesserte die Bestmarke des Franzosen Vigneron um einen Zentimeter.

Hopman ist gestorben

Bardmoor (sid) – Der legendäre australische Davis-Cup-Coach Harry Hopman ist in seinem Wohnsitz Bardmoor im US-Bundestaat Florida an den Folgen einer Herzattacke gestorben. Hopman wurde 79 Jahre alt. Zwischen 1939 und 1967 hatte er das australische Team 16 Mal zum Gewinn des Davis-Cups geführt.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Spengler-Cup in Davos: Rosenheim – Auswahl Davos 3:4, Rosenheim – Team Kanada 2:7.

HANDBALL

„Niedersachsen-Cup" der Herren: Danzig – Budapest 25:25, THW Kiel – Turu Düsseldorf 21:21, Düsseldorf – Danzig 25:25, Presov – Kiel 22:21.

VOLLEYBALL

Internationales Turnier der Herren in Hamburg: Griechenland – Kuba 0:3, Deutschland – Polen 1:3, Deutschland – Kuba 1:3, Griechenland – Polen 1:3.

RINGEN

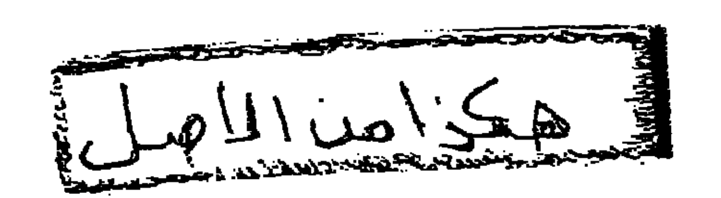
DMM, Endrunde, 6. und letzter Kampftag, Gruppe A: Aschaffenburg – Schifferstadt 10:26, Wiesental – Reilingen 25:14. – Gruppe B: Urloffen – Aalen 8:29,5, Aldenhoven – Witten 14:24.

FUSSBALL

Hallen-Turnier in Bremen, Halbfinale: Bohemians Prag – Borussia Dortmund 5:2, Werder Bremen – Aarhus 4:1. – Spiel um Platz drei: Aarhus – Dortmund 4:3. – Finale: Bremen – Bohemians Prag 7:3. – **Englische Meisterschaft:** Arsenal – Queens Park 3:1, Aston – Bromwich 1:1, Chelsea – Tottenham 2:0, Everton – Sheffield 3:1, Ipswich – Luton 1:1, Manchester City – Birmingham 1:1, Nottingham – Liverpool 1:1, Watford – Leicester 2:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 49 Punkte, 2. Chelsea 47, 3. Liverpool 46, 4. West Ham 45.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 14, 30, 35, 37, 49, Zusatzzahl: 23. – **Spiel 77:** 9 4 0 6 9 9 6. – **Toto, Elferwette:** 1, 0, 1, 1, 0, 0, 2, 0, 0, 1, 0. (Ohne Gewähr).



EISHOCKEY

2:18-Schlappe gegen Kanada für Nachwuchs-Team

sid/dpa, Davos

Der Deutsche Eishockey-Meister Sportbund Rosenheim wartet beim internationalen Turnier um den Spenglercup in Davos noch immer auf den ersten Sieg. 24 Stunden nach dem 5:5 gegen den tschechoslowakischen Meister Dukla Iglau kassierten die Rosenheimer beim 2:7 (0:2, 0:3, 2:2) gegen Team Canada eine deutliche Niederlage.

Der Kölner EC, Meisterschaftsaspirant Nummer eins in der Eishockey-Bundesliga, erlitt hingegen beim 5:6 (2:1, 3:2, 0:3) gegen den sowjetischen Spitzenklub Torpedo Gorki die erste Niederlage beim internationalen Turnier von Garmisch-Partenkirchen. Durch ein 4:2 über die Düsseldorfer EG gewann Gorki auch das Turnier.

Beim Kölner EC, der weiterhin auf Truntschka, Young und Meitinger verzichten muß, fehlte außerdem Nationalstürmer Helmut Steiger, der noch immer auf seine Spielberechtigung wartet. Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) zögert damit, weil der EV Landshut neue Ablöseforderungen stellte, die nun dem Vernehmen nach vor Gericht geklärt werden sollen.

Eine solche Lektion ist dem deutschen Eishockey-Nachwuchs schon lange nicht mehr erteilt worden: Bei der Junioren-Weltmeisterschaft (bis 20 Jahre) in der kanadischen Provinz Ontario erlitt die Auswahl des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) beim zweiten Spiel in Kitchener eine 2:18-Schlappe gegen den Titelverteidiger Kanada. Zum Auftakt hatte Deutschland gegen die CSSR eine 3:9-Niederlage kassiert. Wie Kanada ist auch die UdSSR noch ohne Punktverlust.

Großer Prestigesieg für die erfolgreichste Eishockey-Vereinsmannschaft der Welt: 24 Stunden nach dem 5:2-Start über die Los Angeles Kings schlug der sowjetische Meister und Europacupsieger ZSKA Moskau den kanadischen Stanley-Cup-Verteidiger Edmonton Oilers mit 6:3. Für die sowjetische Armeemannschaft, die beinahe identisch mit der Nationalmannschaft ist, trafen Bykow, Krutow (je zwei) sowie Zubin und Veselow. Gegen die vor allem läuferisch überlegenen und in der Abwehr konzentrierter spielenden Sowjets hinterließ die kanadische Profitruppe um Superstar Wayne Gretzky einen enttäuschenden Eindruck.

SKI NORDISCH / Heute beginnt die Vier-Schanzen-Tournee mit dem ersten Springen in Oberstdorf

● Heute beginnt in Oberstdorf die 34. deutsch-österreichische Vier-Schanzen-Tournee. Beim letzten Training stand Vorjahressieger Ernst Vettori (Österreich) mit 113 m den weitesten Flug. Der Österreicher Richard Schallert zog sich bei einem Sturz eine Gehirnerschütterung zu.

● Der finnische Olympiasieger Matti Nykänen fehlt diesmal in Oberstdorf. Er mußte wegen seiner Alkoholprobleme das Team verlassen. Nun hat sich Nykänen gegenüber dem Verband schriftlich geäußert. Das Ergebnis: Nach der Vier-Schanzen-Tournee darf Nykänen wieder starten.

Nykänen und der Alkohol, seine Landsleute aber sagen: „Ei tippa tapa“ – ein Tropfen tötet nicht

KERSTIN ISMER, Helsinki/Bonn

Sie nennen ihn Milchgesicht. Das paßt. Große, immer etwas erstaunte Augen unter seidigen Wimpern, stirnlange, dünne blonde Haare, ein weicher Mund und glatte Wangen, die noch nie eine Rasierklinge gespürt haben. Das gehört zum Kontrast oder gar zum Widerspruch in der Persönlichkeit des 22 Jahre alten Mannes aus Finnland: Matti Nykänen, der mit seinen schmalen Schultern, 1,74 m Körpergröße und nur 54 kg Gewicht ausschaut wie ein sanfter Jüngling, gehört zu der Gruppe wagemutiger Athleten, die so gerne mit dem Schlagwort „Adler“ bezeichnet werden. Er ist Skispringer, zusammen mit Jens Weißflog aus der „DDR“ der beste der Welt. Und wäre er, das Milchgesicht, bei dem Getränk geblieben, das sein Aussehen umschreibt, er hätte es auch ab heute bei der Vier-Schanzen-Tournee wieder beweisen können.

Doch Matti Nykänen, Olympiasieger von Sarajevo, Weltrekordler der Skiflieger mit 191 Metern, 1983 Sieger der deutsch-österreichischen Springertournee, hat sein Milchgesicht zu tief ins Schnapsglas gesteckt. Jetzt ist er für Auslandsstarts gesperrt. Während die Besten der Welt in Oberstdorf (heute), Garmisch (Neujahrstag), Innsbruck (4. Januar) und Bischofshofen (6. Januar) auf Weitenjagd gehen, hüpft er in seiner Heimatstadt Jyväskylä (300 km nördlich von Helsinki), dort, wo er von der Gemeinde eine lebenslange Anstellung als „Schanzenarbeiter“ und ein Grundstück für ein Haus geschenkt bekam.

Was hierzulande in Nebensätzen vermerkt wird (Deutsche Presse-Agentur: „... wurde aus disziplinarischen Gründen nicht gemeldet“), hat im sportbegeisterten Finnland eine Welle der Erregung ausgelöst, die seit Tagen durch die Zeitungen schwappt. Was da nun genau passiert ist, wird gar nicht mehr nachvollzogen. Oder besser, es gibt immer zwei Versionen. Die von Matti Pulli, dem Delegationschef der finnischen Skispringer bei den Weltcup-Starts in Nordamerika, und die von Matti Nykänen, der nach dem Springen in Lake Placid nach Helsinki zurückgeschickt wurde und die lange Reise auch noch selbst bezahlen mußte.

Pulli sagt: „Wir hatten Probleme mit ihm, er hat zuviel getrunken.“ Der schweigsame Nykänen – Lieblingswort „vielleicht“ – sagt: „Ich habe keine Regeln verletzt.“

Entsetzt beobachteten die Finnen am 17. Dezember in der 22.00-Uhr-Nachrichtensendung des Fernsehens die Ankunft von Matti Nykänen auf dem Flugplatz von Helsinki. Da stand er inmitten der Berge von Gepäckstücken mit seiner Ausrüstung und vor einer Horde von Journalisten und Fotografen. Fernsehreporter Anssi Kukkonen kam mit seinen Fragen ohne jeden Umweg zur Sache: „Was ist passiert, Matti?“ – Antwort: „Ich weiß es nicht.“ – „Hast du getrunken?“ – Antwort: „Vielleicht ja, vielleicht nein.“

Am nächsten Tag erschien auf der ersten Seite des seriösen „Helsinki Sanomat“ seit langer Zeit wieder einmal eine Sportmeldung – mit einem Foto des Milchgesichts. Und die Boulevardzeitung „Ilta-Sanomat“ schrie es in 2,5 cm hohen Lettern heraus: „Der beste Sportler unseres Landes reiste nach Amerika, aber nach Hause kommt ein Antiheld!“

Es dauerte einige Zeit, ehe wenigstens etwas Licht in das Dunkel der nordamerikanischen Geschehnisse gebracht werden konnte. Nykänen beharrte dabei auf seinem Standpunkt, keine Regeln verletzt zu haben, die Mannschaftsführung sei schuld am Eklat. Immerhin bekannte er aber: „Ja, ich bin mit Worten ausgerutscht. Und es war auch so, daß Alkohol getrunken wurde. Ich habe dem Meister (ironisch für Matti Pulli) gesagt, ich will nach Hause. Der Meister hat gesagt, das gehe nicht. Da haben wir uns angebellt. Ich habe Schnaps getrunken, ich habe randaliert, aber jetzt werde ich mich bessern.“

Vorausgegangen war ein 19. Platz im Weltcup-Springen von Thunder Bay (Kanada), das schlechteste Ergebnis in der Karriere des Matti Nykänen, der – so die Anordnung der Mannschaftsführung – mit neuen Brettern und in neuen Schuhen springen mußte. Nykänen forderte danach sein gewohntes Material und war dann zutiefst verletzt, als Matti Pulli sagte: „Wir müssen im Wettkampf sehen, ob das Material schuld ist oder ob du ein Feigling bist.“

Ein zierlicher junger Mann, der 191 Meter weit geflogen ist, der sich von den schwierigsten Schanzen der Welt in eleganter Haltung herunterstürzt, ein Olympiasieger – kann der ein Feigling sein? Zu Interviews mit dem Sieger Nykänen gehörte in der Vergangenheit immer ein Satz: „Angst kenne ich nicht.“ Und nun? In der Tat haben Sport-Psychologen im Unterbewußtsein der Skiflieger immer das gefunden, was die Athleten nicht wahrhaben wollen. Die Angst nämlich, die sie überwinden müssen, durch autogenes Training, durch Trainingssprünge auch im Sommer, die zu einer Automatisierung der Bewegungen führen müssen und den Gedanken an eine mögliche Gefahr zurückdrängen sollen.

Matti Nykänen war schon mit 17 Jahren ein Star, ein Siegertyp, der die Ära der kleinen, leichten Springer einleitete und die Zeit der robusten athletischen Typen ablöste. Kommt vielleicht das Nachdenken über die Gefahr erst nach der Waghalsigkeit der jungen Jahre?

War Nykänens Auslandssperre etwa nur eine vor- und fürsorgliche Maßnahme des finnischen Verbandes? Die Funktionäre deuten das an. Verbandspräsident Esa Klinga: „Niemand ist Matti in den Rücken gefallen. Wir versuchen alles, damit er seine Probleme lösen kann.“ Und Matti Pulli sagt: „Ich glaube, daß er übermüdet und unausgeglichen ist.“ Schließlich hat Nykänen selbst mit seinen Worten in diese Richtung gewiesen: „Ich habe nicht genug Hilfe bei all meinen Problemen. Ich hoffe, daß ich aus dem Durcheinander meiner Gedanken herauskomme.“

Die finnische Öffentlichkeit ist aber, so scheint es, weniger auf Hilfe als auf Ermunterung eingestellt, wobei denn der leichtfertige Umgang mit Alkohl im Lande auch eine Rolle spielen mag. Die Zeitung „Ilta Lehti“ faßte jedenfalls auf ihrer ersten Seite das Ergebnis einer Telefonaktion zum „Fall Nykänen“ so zusammen: „Das Volk versichert: Matti ist noch immer der Adler, der Held, der Mann von Welt, der Spitzensportler.“ Und dann folgt in lakonischer Kürze der so schön lautmalerische finnische Satz: „Ei tippa tapa.“ – Ein Tropfen tötet nicht.

Nykänen sei halt „keine Ausnahme unter den finnischen Menschen“, hieß es in den auf zwei Seiten veröffentlichten Meinungsäußerungen. Eine 60 Jahre alte Frau sagte: „Matti ist ein unvergleichlicher Künstler. Und zu Künstlern gehört es, daß sie etwas außerhalb der Norm leben.“ Einer sagte: „Alkohol macht nicht schuldig, Nykänens Leistungen für unser Land zählen.“ Ein anderer verstieg sich „mit schönen Grüßen“ zur Forderung: „Kauft ihm Schnaps, Sport und Alkohol gehören zusammen.“

Die drei Mädchen Tuula, Hannele und Anne erkannten wenigstens ein Problem des erfolgreichen Skispringers: „Matti, du brauchst eine Frau. Komm und wähle.“ Und nur einen Mann, „Vater eines Soldaten“, bewegte, was vielleicht auch die finnische Mannschaftsführung zu ihrem Entschluß geführt hatte: „Matti ist seelisch krank, wenn er vor dem Wettkampf trinkt. Mit einem Kater springen ist lebensgefährlich.“

Matti Nykänen, Olympiasieger und der Mann, der bisher auf Skiern am weitesten flog – ein persönliches Problem, ein typisch finnisches Problem, ein Hinweis auf die Schwierigkeiten der scheinbar so mutigen Männer, die von Sprungschanzen fliegen, keine Angst kennen dürfen und sie doch immer wieder überwinden müssen?

Bei der Skiflug-Weltmeisterschaft in Bad Mitterndorf (7. bis 9. März) soll das Milchgesicht wieder starten ...

SKI ALPIN / Weltcup-Abfahrt in Schladming

Leonhard Stock: „Ich habe mich nie aufgegeben“

BROCKMANN/BLUME, Bonn

Er stand unten im Zielhang und sah hinauf in den nieselnden Dauerregen, der jedes Training unmöglich machte. „Nein“, sagte Leonhard Stock, „das ist nicht meine Strecke. 1982, als ich hier meinen Weltmeister-Titel verteidigen mußte, wurde ich nur Fünfzehnter. Das Jahr drauf auch nur.“ Gesagt hat er das gestern in Schladming, zwei Tage vor der großen Silvester-Abfahrt auf der Planai, und dann noch hinzugefügt: „Ich bin sehr bescheiden geworden. Mir reichen gute Startnummern, um nicht mehr ganz hinten fahren zu müssen, und hin und wieder ein paar Weltcup-Punkte. Was will ich mehr?“

Dabei hatte eine Wiener Zeitung nach seinem siebenten Platz im ersten Training von Schladming hoffnungsvoll gefragt: „Stock wieder aufs Stockerl?“, was so viel heißt, wie: „Stock wieder aufs Siegerpodest?“ Denn immerhin hatte der Abfahrts-Olympiasieger von 1980 in Lake Placid vor 14 Tagen in Gröden den vierten Platz belegt, was in der Branche als geradezu sensationelles Comeback angesehen wurde. Doch auch das sieht der 27jährige Hotelier aus dem Zillertal viel sachlicher: „Sicher, Gröden gibt Auftrieb, doch ich muß meinen Olympiasieg wirklich nicht im nachhinein bestätigen. Nicht gestern, nicht heute und auch nicht morgen.“

Das klingt nach Stolz – und nach Verbitterung. Denn dem Überraschungs-Olympiasieger – damals als Riesentorlauf-Spezialist von einem inzwischen bankrotten Ski-Hersteller ins österreichische Abfahrts-Team geboxt – ist es danach nie wieder gut gegangen. Schon kurz darauf gehörte Stock, als Olympiasieger, zur Konkursmasse seines Tiroler Vertragspartners, und die anderen Firmen rissen sich nicht gerade um ihn. Denn außer seinem Olympiasieg hatte es Stock zu weiter nichts gebracht.

Im Winter danach hieß es: Wer ist schon Stock? Man ließ ihn das spüren. Zum Beispiel so: Als er im Januar 1981 auf der Garmischer Kandahar-Piste schwer gestürzt war, wurde ihm sogar die Bitte nach einem Krankentransport abgeschlagen. Stock: „Irgend jemand sagte: Sehen Sie zu, wie Sie weiterkommen.“ In Innsbruck stellte man dann einen Bruch des Dornfortsatzes am siebenten Halswirbel fest.

Im vorigen Winter fühlte sich der frühere Olympiasieger dann vom Österreichischen Ski-Verband (ÖSV) aufs undankbarste behandelt. Als er bei einem zweitklassigen Europacup-Rennen in Norwegen starten wollte, gab ihm der Verband nur noch einen Reisekostenzuschuß von 530 Mark mit auf den Weg – alles andere mußte er selbst bezahlen. Als Stock anschließend darum bat, zum Schluß des Winters die Weltcup-Rennen in USA und Kanada auf eigene Kosten, aber im österreichischen Nationaltrikot bestreiten zu dürfen, wies man ihm empört die Tür: Er habe, ob auf eigenes oder auf fremdes Risiko, auf diesen Rennstrecken nun wirklich nichts mehr zu suchen. Stock heute: „Das war schon sehr eigenartig. Immerhin hatte ich gerade in Amerika für Österreich sehr viel getan, dort bin ich schließlich Olympiasieger geworden. Ich verstand deshalb diese Ablehnung nicht, ich werde es auch nicht lernen, sie irgendwann zu verstehen.“

Aber Stock gehörte damals schon zu den Namenlosen im alpinen Skisport. Als die neuen Weltranglisten für diesen Winter vom internationalen Verband herausgegeben wurden, fand er sich im Super-G auf Rang 28, in der Abfahrt auf Platz 43, im Riesentorlauf an 106. und im Slalom gar erst an 834. Stelle wieder. Das hieß: Ab in den viertklassigen österreichischen Selektionskader, in dem deshalb ehemalige Ski-Größen aufgefangen werden, damit sie sich nicht ganz und gar abgeschoben fühlen. Ein Alptraum als Ausgangsbasis für den neuen Rennwinter. Doch Österreichs Cheftrainer Bartsch wunderte sich: „Trotzdem, der Leo hat auf einmal trainiert wie noch nie.“ In Gröden wurde er dann Vierter, ade Selektionskader?

„Wieso?“ fragt er, „hat sich etwa was verändert? Ich hatte mich doch nie aufgegeben, ich doch nicht. Ich war und ich bin doch kein anderer Mensch geworden.“ Nur ein anderer Ski-Fahrer, bei dem es ein bißchen an der Technik hapert, für die er einst berühmt war. Und dafür will er jetzt wieder arbeiten, ganz so wie zu Beginn seiner Karriere, die nur einen Tag lang dauerte.

Nach den Anschlägen: Druck auf Rom und Wien

● Fortsetzung von Seite 1

wie Italien und Österreich, die für einen gerechten Frieden im Nahen Osten konsequent eintreten und den politischen Flüchtlingen alle Vorteile ihrer Rechtsstaatlichkeit zugute kommen lassen, zur Zielscheibe des blutigsten Terrors gemacht werden. Der Publizist Indro Montanelli übersetzte Cossigas Worte ins konkret Politische: „Kreisky und Andreotti sind mit ihrer Beschwichtigungspolitik gescheitert und haben ihre Länder einer erhöhten Terrorgefahr ausgesetzt."

Ganz abgesehen vom Chor der Zeitungen, dem sich sogar jetzt auch die früher anders orientierte linke „La Repubblica" angeschlossen hat, fordern die Koalitionsparteien Craxis eine Revision der Andreotti-Linie. Der Christdemokrat Piccoli weist auf die undurchsichtigen Trennungslinien zwischen Arafat und den anderen Terrorgruppen hin; der Liberale Biondi vermutet eine Taktik der verteilten Rollen zwischen der PLO und ihren verschiedenen Splittergruppen; der Sozialdemokrat Mateotti schließlich geht direkt gegen Andreotti vor, dem er vorwirft, daß er den Terror-Chef Arafat in militärischer Uniform und begleitet von bewaffneten Leibwächtern offiziell den Boden des italienischen Parlaments habe betreten lassen, um sodann der PLO zuliebe den unerläßlich und treuen amerikanischen Verbündeten vor den Kopf zu stoßen. Jetzt schweige er heuchlerisch.

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Nach dem blutigen Terroranschlag auf dem Flughafen Wien-Schwechat stellt sich die schockierte Öffentlichkeit zwei Fragen: Waren die Sicherheitsmaßnahmen im Flughafengebäude ausreichend? Und hat sich die seinerzeit von Kreisky eingeleitete Politik der österreichischen Unterstützung für die PLO und Arafat nicht als Bumerang erwiesen?

Die gegenüber den Arabern und Palästinensern positive, gegenüber Israel sehr kritische Politik am Wiener Ballhausplatz war vor der österreichischen Öffentlichkeit mit dem Argument gerechtfertigt worden, damit halte man den arabisch-palästinensischen Terrorismus von Österreich fern. Diese Rechnung war aber schon vor einigen Jahren nicht aufgegangen, als erst der Wiener sozialistische Stadtrat Nittel vor seinem Haus von einem Palästinenser erschossen und kurz darauf die Wiener Synagoge von einem palästinensischen Terrorkommando überfallen worden war.

Die Wiener Zeitung „Kurier" fragt, ob die intensiven Kontakte zu den „gemäßigten" Palästinensern nicht erst recht die Aufmerksamkeit der „radikalen" auf Österreich gelenkt haben: „Wurde bei uns geschossen, um Arafat zu treffen?" Auch eine erste Erklärung des österreichischen Vizekanzlers Norbert Steger (FPÖ) nach dem Anschlag, wonach Wien jetzt verstärkt die Araber auf seine friedliche Rolle hinweisen müsse, wurde als fehl am Platze kritisiert. Der Versuch Österreichs, durch Diplomatie und durch demonstrativ an den Tag gelegtes Verständnis für die Palästinenser, den Terror vom eigenen Land fernzuhalten, ist nach dem Anschlag von Schwechat jedenfalls endgültig gescheitert.

Der US-Fernsehgesellschaft CBS ist es gelungen, zu einem der beiden überlebenden Terroristen im Wiener Krankenhaus vorzudringen und sie zu interviewen. Der verletzte Attentäter soll dabei erklärt haben, aus dem Libanon zu stammen, Palästinenser zu sein, der PLO anzugehören und „Menschen getötet zu haben, weil sie Israelis seien". Er soll auch den Namen seiner Organisation mit „El Fatah" bezeichnet haben. Ob diese Aussagen aber der Wahrheit entsprechen, ja, ob der Attentäter die auf englisch an ihn gerichteten Fragen überhaupt verstanden hat, ist nicht sicher. In Wien neigt man eher zu der Version, wonach der radikale Palästinenserführer Abu Nidal, der seinen Sitz in Damaskus hat, das Attentat zu verantworten habe. Auch die Aussage eines der beiden überlebenden Attentäter, wonach er und seine Komplizen mit tunesischen Pässen eingereist seien, die sie später vernichtet hätten, wird von der österreichischen Polizei bezweifelt.

W. K. Bonn

Zwischen der deutschen „Rote Armee Fraktion" (RAF) und Palästinensern, insbesondere der Gruppierung um Kommandoführer Abu Nidal, hat es in jüngster Zeit verstärkt Kontakte gegeben. Das erklärte der zum Jahreswechsel aus seinem Amt scheidende Leiter der Terrorismusbekämpfung im BKA, Klaus Herbert Becker, in einem Gespräch mit der WELT.

Friedensmarsch in Mittelamerika schon zu Ende?

tho. Miami

Der Marsch für den Frieden in Mittelamerika, an dem sich rund 200 Menschen aus 24 Ländern beteiligen, wird voraussichtlich vorzeitig zu Ende gehen. Die honduranische Regierung verweigerte den aus Nicaragua kommenden Demonstranten am vergangenen Wochenende die Überquerung der Grenze. Die Marschierer wollen nun per Boot El Salvador ansteuern. Die Behörden dort haben jedoch ebenfalls ein Einreiseverbot erteilt.

Das Unternehmen stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Als es am 10. Dezember in Panama begann, fehlten zwei der prominentesten Marschierer: der farbige amerikanische Politiker Jesse Jackson und die britische Schauspielerin Julie Christie. Koordinator Blase Bonpane, 56, ein amerikanischer Pastor, verkündete, Jackson und Christie würden in Managua dazustoßen. Doch die beiden tauchten auch in der nicaraguanischen Hauptstadt nicht auf.

Der Aufenthalt in Costa Rica mußte auf drei Tage verkürzt werden, weil rechtsgerichtete Demonstranten das Hotel der Friedensmarschierer in San Jose mit Steinen bewarfen. Es gab einige Verletzte. Mehrere Demonstranten setzten sich in Nicaragua ab, aus Protest gegen die Militarisierung des Landes. Der Marsch sollte ursprünglich am 22. Januar in Mexiko enden.

Walesa beschwert sich bei Messner

AFP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat beim polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Messner gegen die Anschuldigung des „Verrats an der polnischen Nation" protestiert, die Regierungssprecher Jerzy Urban weiterhin gegen ihn erhebe. In einem Telefongespräch erklärte Walesa von seiner Danziger Wohnung aus, er habe bereits vor mehreren Tagen Messner in dieser Angelegenheit ein Protestschreiben geschickt. Am 17. Dezember hatte Urban dem Arbeiterführer öffentlich vorgeworfen, sich in einem Interview, das Walesa der WELT und dem „Vorwärts" gegeben hatte, nicht zur Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze geäußert zu haben, was „Verrat an der Nation" sei.

Kreml verschweigt Reagans Angebot für Lösung des Afghanistan-Problems

USA und Großbritannien verlangen von Moskau Zeitplan für Abzug der Roten Armee

DW. Moskau/Washington

Die Sowjets sind am Sonntag mit keinem Wort auf die detaillierten Vorschläge Präsident Reagans für eine politische Lösung des Afghanistan-Problems eingegangen. Die Nachrichtenagentur Tass reagierte scharf auf Reagans jüngste Rundfunkansprache und beschuldigte Washington, die „Spannung dieser Region zur Vergiftung des internationalen Klimas" zu nutzen. Der Vorschlag des Präsidenten, die USA würden sich unter bestimmten Bedingungen als Garant einer umfassenden Lösung des Afghanistan-Problems anbieten, blieb unerwähnt. Tass wiederholte die bekannten Vorwürfe, in Afghanistan würden Greueltaten von durch den US-Geheimdienst eingeschleusten „bewaffneten Konterrevolutionären" begangen.

Reagan hatte am Samstag die Sowjetunion aufgefordert, einen Zeitplan für den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan vorzulegen. Die Soldaten Moskaus in dem Land seien ein Hindernis für die Verbesserungen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Er, Reagan, habe dies auch Parteichef Michail Gorbatschow in Genf gesagt. Wenn die Sowjetunion Fortschritte wolle, solle sie einen Zeitplan für den Abzug ihrer Truppen vorlegen.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch die britische Regierung. Aus Anlaß des sechsten Jahrestages des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan erklärte Außenminister Sir Geoffrey Howe, ein Zeitplan für den Rückzug der Roten Armee sei der Schlüssel zur Lösung des gesamten Problems.

Die sowjetischen Medien sehen sich offenbar gezwungen, jetzt auf die starken Verluste der UdSSR-Armee in dem Nachbarland einzugehen. Unter dem Titel „Sterne des Heldentums" ist in der Sowjetunion ein 208 Seiten starkes Buch über den „Heldenmut" der Besatzungssoldaten herausgekommen, die in dem Kampf gegen die Widerstandskämpfer gefallen sind. Das Armee-Organ „Krasnaje Swesda" druckte gestern eine Besprechung des Bandes über das Schicksal von 14 in Afghanistan gefallenen Soldaten ab. Namentlich wurden vier Gefallene mit slawisch klingenden Namen – Hauptmann Oparin, Leutnant Demokow, Leutnant Tschepik sowie der Soldat Anfigenow – aufgeführt. Zum ersten Mal hatte die sowjetische Presse im Frühjahr 1983 den Tod eines Angehörigen der Roten Armee in Afghanistan gemeldet. In der Folgezeit wurden die Namen von einem Dutzend weiteren zitiert, meist anläßlich einer posthumen Ordensverleihung. In westlichen Militärkreisen wird geschätzt, daß die sowjetischen Streitkräfte seit dem Einmarsch am 27. Dezember 1979 rund 10 000 Soldaten in Afghanistan verloren haben.

Zwei afghanische Widerstandskämpfer sind nach Meldung von Radio Kabul von einem Revolutionsgericht zum Tode verurteilt worden. Ihnen sei vorgeworfen worden, auf der Hauptverbindungsstraße von der afghanischen Hauptstadt Kabul in die Sowjetunion Lastwagen angegriffen zu haben. In der in Islamabad empfangenen Meldung hieß es, die beiden Widerstandskämpfer seien während eines Überfalls in der Nähe des Salang-Passes gefangengenommen worden.

Moskau setzt Kampagne gegen SDI fort

Bonn sieht sowjetische Note nicht als „Protest" sondern als „Formalisierung" des Standpunktes

DW. Moskau/Bonn

Die Sowjetunion hat ihren verbalen Feldzug gegen die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA fortgeführt und dabei die Bundesrepublik Deutschland offiziell vor einer Beteiligung an dem Projekt gewarnt. Der sowjetische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, übergab im Auswärtigen Amt eine Note. Darin drückt die Sowjetunion ihre Hoffnung aus, daß die Bundesregierung die am 18. Dezember getroffene Entscheidung, mit den USA Verhandlungen über eine Beteiligung an SDI aufzunehmen, überprüft. Die Haltung des Bundeskabinetts in dieser Frage sei unvereinbar mit dem Geist von Genf, heißt es in dem Schreiben nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass.

Das Auswärtige Amt wertete die Note Moskaus nicht als einen „Protest" gegen die Bonner Kabinettsentscheidung. Das Vorgehen Moskaus werde als „Formalisierung der sowjetischen Position" gesehen, wie sie schon in der „Prawda" dargelegt worden sei, sagte ein AA-Sprecher der Nachrichtenagentur dpa.

Neue Munition lieferte der Kampagne aus Moskau ein unterirdischer Kernwaffenversuch, der von den Vereinigten Staaten am Samstag im Zusammenhang mit SDI in der Wüste von Nevada mit einer Wasserstoffbombe unternommen wurde. Tass nannte den US-Test „ein böses Neujahrsgeschenk" der amerikanischen Regierung an die Menschheit.

In ihrer Politik der Breitseiten gegen die Forschung für eine Raketenabwehr im Weltraum spannte Moskau wieder das Parteiorgan „Prawda" ein. Das Festhalten Washingtons an den SDI-Plänen sei das „Haupthindernis" für eine drastische Reduzierung der atomaren Arsenale beider Supermächte, hieß es gestern in der Parteizeitung. Dabei blieb zum wiederholten Male die Tatsache einer SDI-ähnlichen Forschung Moskaus unerwähnt. „Prawda" stellte in diesem Zusammenhang fest, daß weder die USA noch die UdSSR die „Türen zu einer militärischen Rivalität ... im Weltraum" öffnen sollten. Washington wurde in dem „Prawda"-Artikel vorgeworfen, nach Hegemonie zu streben. SDI sei für die USA ein Vehikel, um die Führungsrolle in der Welt zurückzugewinnen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seine Skepsis an einer deutschen SDI-Beteiligung wieder zum Ausdruck gebracht. In Anspielung auf die Diskussion über das amerikanische Weltraumprojekt sagte Genscher im Bayerischen Rundfunk, es dürfe nicht dazu kommen, daß sich die Europäer als Sub-Unternehmer mit marginaler Beteiligung an amerikanischen Projekten abspeisen ließen. Die Europäer dürften sich nicht länger mit der Rolle eines Zulieferers und Lizenznehmers der amerikanischen Forschung begnügen.

Vorstoß für niedrigeren Anfangslohn

■ Fortsetzung von Seite 1

so hoch sind, weil ein erheblicher Teil der Einkommen dieser Art von Arbeitszeit und Leistung abgekoppelt ist." So steige etwa das Urlaubsgeld oder Einmalzahlungen prozentual bei Lohnanhebungen automatisch mit. Er halte es für besser, wenn „die Zusatzeinkommen eher an den spezifischen Unternehmenserfolg angebunden werden", sagte Kirchner.

Die Tarifrunde 1986 könne in der Metallindustrie „eigentlich undramatisch" verlaufen, „weil die Arbeitnehmereinkommen real und netto steigen werden", sagte Kirchner. „Das ist erreichbar mit Lohnzuwachsraten, die nicht so exorbitant sind, daß sie wieder Konflikte oder langwierige Tarifschlachten auslösen." Voraussetzung sei aber, daß der Vorstand der IG Metall auf seiner Klausurtagung zur Tarifpolitik Mitte Januar sich für Lohn-Forderungen ohne neue Versuche zur Änderung der Arbeitszeit – die bis Herbst 1986 festgeschrieben ist – entscheide. Auch sollte die IG Metall auf die Forderung nach überproportionaler Anhebung der unteren Lohngruppen verzichten, um stattdessen besser Mittel für die geschilderte Qualifizierung ungelernter Arbeiter im Betrieb freizusetzen.

Im Grunde erwarte er 1986 eine „Tarifrunde der Vorsicht und Voraussicht", erklärte der Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer. „Wir haben immer noch ein Lohnniveau, das nicht vollbeschäftigungskonform ist, weil es zu hoch ist. Das ist ein Problem, das wir auch mit der Lohnpolitik angehen müssen. Wir haben – Stichwort Vorsicht – dafür zu sorgen, daß wir das Erreichte nicht gefährden, etwa eine Inflationsrate mit einer Eins vor dem Komma. Oder die Zunahme der Beschäftigten, allein in der Metallindustrie um mehr als 200 000, die zeigt, daß es aufwärts geht. Wir müssen uns natürlich auch – Stichwort Voraussicht – auf Risiken im Export einstellen." Auch die Arbeitgeberseite sei ja an der Binnennachfrage interessiert.

Als „scheinheilig" hat der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, gestern den Vorschlag Kirchners zurückgewiesen. Die IG Metall könne einem „solchen Einstieg in die Aushöhlung des tariflichen Mindestlohnsystems durch die Hintertür" niemals zustimmen.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 5, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Zahnmedizin
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Düsseldorf
2	Aachen	Frankfurt
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Hamburg
5	Aachen	Kiel
6	Aachen	Mainz
7	Aachen	Tübingen
8	Aachen	Ulm
9	Bonn	Düsseldorf
10	Berlin	Aachen
11	Berlin	Bonn
12	Berlin	Düsseldorf
13	Berlin	Erlangen
14	Berlin	Frankfurt
15	Berlin	Freiburg
16	Berlin	Gießen
17	Berlin	Göttingen
18	Berlin	Hannover
19	Berlin	Heidelberg
20	Berlin	Hamburg
21	Berlin	Köln
22	Berlin	Kiel
23	Berlin	Marburg
24	Berlin	Münster
25	Berlin	München
26	Berlin	Regensburg
27	Berlin	Tübingen
28	Berlin	Ulm
29	Berlin	Würzburg
30	Frankfurt	Heidelberg
31	Frankfurt	München
32	Freiburg	Erlangen
33	Freiburg	Frankfurt
34	Freiburg	Gießen
35	Freiburg	Göttingen
36	Freiburg	Hannover
37	Freiburg	Heidelberg
38	Freiburg	Hamburg
39	Freiburg	Kiel
40	Freiburg	München
41	Freiburg	Regensburg
42	Freiburg	Tübingen
43	Freiburg	Ulm
44	Freiburg	Würzburg
45	Göttingen	Tübingen
46	Köln	Aachen
47	Köln	Bonn
48	Köln	Düsseldorf
49	Köln	Freiburg
50	Köln	Heidelberg
51	Köln	Hamburg
52	Köln	Münster
53	Köln	Tübingen
54	Köln	Ulm
55	Köln	Würzburg
56	Kiel	Hamburg
57	Saarbrücken	Bonn
58	Saarbrücken	Heidelberg
59	Saarbrücken	Münster
60	Würzburg	Bonn
61	Würzburg	Frankfurt
62	Würzburg	Marburg
63	Würzburg	Münster
64	Würzburg	München
65	Würzburg	Regensburg

Zahnmedizin
5. Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	München
2	Berlin	Erlangen
3	Berlin	Frankfurt
4	Berlin	Freiburg
5	Berlin	Gießen
6	Berlin	Göttingen
7	Berlin	Hannover
8	Berlin	Heidelberg
9	Berlin	Hamburg
10	Berlin	Kiel
11	Berlin	Marburg
12	Berlin	Münster
13	Berlin	München
14	Berlin	Regensburg
15	Berlin	Tübingen
16	Berlin	Ulm
17	Berlin	Würzburg
18	Frankfurt	Düsseldorf
19	Frankfurt	Mainz
20	Frankfurt	Tübingen
21	Freiburg	Aachen
22	Freiburg	Bonn
23	Freiburg	Tübingen
24	Göttingen	Düsseldorf
25	Göttingen	Frankfurt
26	Göttingen	Hannover
27	Heidelberg	Düsseldorf
28	Hamburg	Bonn
29	Hamburg	Düsseldorf
30	Hamburg	Freiburg
31	Hamburg	Göttingen
32	Hamburg	Münster
33	Hamburg	München
34	Kiel	Heidelberg
35	Kiel	Hamburg
36	Kiel	München
37	Kiel	Tübingen
38	Marburg	Freiburg
39	Marburg	Göttingen
40	Marburg	Hannover
41	Marburg	Heidelberg
42	Marburg	Hamburg
43	Marburg	Kiel
44	Marburg	München
45	Marburg	Tübingen
46	Marburg	Würzburg
47	Münster	Bonn
48	Münster	Düsseldorf
49	Tübingen	Heidelberg
50	Ulm	Freiburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86

SCHULTE FLEISCH

Nach Stagnation wieder im Plus

bdt. Dissen

Nach einem um rund 7 Prozent gestiegenen Umsatz in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres 1985/86 (30. 6.) beurteilt die Gebr. Schulte Fleischwarenfabrik AG, Dissen, die weitere Entwicklung wieder zuversichtlich, was auch für die Ertragslage gilt. Im Vorjahr war der Umsatz nur um 0,4 Prozent auf 132,4 Mill. DM gestiegen, obwohl der mengenmäßige Absatz um 9,4 Prozent zunahm, eine Folge des harten Wettbewerbdrucks, der zu einem Preisverfall führte.

So konnte auf das 10 Mill. DM-Grundkapital nur eine Dividende von 5 Prozent gezahlt werden, sie hatte 1983/84 einschließlich Bonus noch 20 Prozent auf damals 8 Mill. DM Grundkapital betragen.

Schulte sieht sich mit seinen beiden Produktionsbetrieben als Hersteller mit begrenztem Sortiment, 50 Prozent des Umsatzes entfallen auf Rohwurst, je weitere 25 Prozent auf Würstchen und Brühwurst sowie auf Spezialitäten. Bei 3,7 Mill. DM Abschreibungen wurden 4,39 Mill. DM in Sachanlagen investiert, eine ähnliche Relation ist auch für das laufende Jahr vorgesehen.

TEXTILINDUSTRIE / Weltweit 40 Firmen mit mehr als einer Milliarde Mark Umsatz

Deutsche stark als Mittelständler

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf 40 Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 1 Milliarde Mark kommt das Fachblatt „Textil-Wirtschaft" in seiner jetzt zum 20. Mal vorgelegten Rangliste der 250 größten Textilunternehmen der Welt. Ein deutsches Textilunternehmen ist wie bisher nicht darunter. Mit 15 Unternehmen stellen die USA den größten Anteil der Textilriesen, gefolgt von zehn japanischen. Nicht mehr in der Spitzengruppe zu finden ist der türkische Konzern Haci Omer Gabanci, der noch im Vorjahr auf Platz drei rangierte. Berücksichtigt man nämlich nur die Textilumsätze des Konzerns, was nun aufgrund exakterer Zahlenangaben möglich war, rutscht das Unternehmen auf Platz 69. Im übrigen zeigt die Aufstellung, die sich auf die Zahlen von 1984 stützt, daß es in jenem Jahr für die Textilindustrie fast überall wieder bergauf ging, Produktion und Umsätze stiegen – in der Bundesrepublik um 2,8 Prozent (Produktion) und 5,7 Prozent (Umsatz). Nur in den USA (minus 1,6 Prozent) und in Spanien (minus drei Prozent) fiel die textile Produktion zurück.

Daß die Deutschen nicht in der Spitzengruppe mitmischen, ist beileibe kein Zeichen von Schwäche. Die deutsche Textilwirtschaft ist traditionell mittelständisch orientiert, ihr Konzentrationsgrad ist weitaus geringer als jener der Textilindustrie in anderen Ländern. Insgesamt 77 deutsche Textilunternehmen mit mehr als 100 Millionen Mark Umsatz zählt die „Textil-Wirtschaft", wovon 60 (55) in der Rangliste auftauchen, die bei 144 Mill. DM Umsatz endet.

Unangefochten größtes deutsches Textilunternehmen und wiederum auf Platz 44 der Weltrangliste liegt Freudenberg mit seinem Vliesstoff-Bereich bei 835 (742) Mill. DM Jahresumsatz. Inklusive der übrigen weitgespannten Aktivitäten kam die Weinheimer Familiengruppe auf rund 2970 Mill. DM Umsatz. Am stärksten nach vorn geschoben unter den deutschen Unternehmen hat sich im vergangenen Jahr die Textilgruppe Hof, die mit 715 (618) Mill. DM Jahresumsatz jetzt auf Platz 51 (61) rangiert. Die Stärke des textilen Mittelfeldes zeigt ein Blick auf eine Aufstellung der 60 größten Textilproduzenten in der EG, in der deutsche Unternehmen 23 Mal vertreten und damit so stark wie keine andere EG-Nation sind.

Die 10 größten deutschen Textilfirmen (Umsatz 1984 in Mill. DM)

Firma	Umsatz
1. Freudenberg (Textil)	835
2. Textil-Gruppe Hof	715
3. KBC	626
4. Hartmann-Gruppe	597
5. Winkler-Gruppe	581
6. Girmes-Gruppe	560
7. Nino AG	513
8. Lauffenmühle-Gruppe	466
9. Kunert-Hudson	438
10. Dierig	436

Die 20 größten Textilunternehmen der Welt (Umsatz 1984 in Mill. DM)

Firma	Umsatz
1. Burlington Industries (USA)	9032
2. Courtaulds (GB)	8156
3. James River Corp (USA)	6558
4. J. P. Stevens (USA)	6110
5. Toyobo (Japan)	4115
6. Coats Patons (GB)	4078
7. Fkanebo (Japan)	3918
8. West Point-Pepperell (USA)	3799
9. Unitika (Japan)	3395
10. Prouvost (F)	2716
11. Springs Mills (USA)	2693
12. Collins & Aikmann (USA)	2653
13. Nisshin (Japan)	2522
14. Dominion Textile (Canada)	2499
15. Bemis (USA)	2220
16. Kurabo (Japan)	2100
17. Mohasco Industies (USA)	2041
18. Dollfus-Mieg (F)	1949
19. Tyco Laboratories (USA)	1855
20. M. Lowenstein (USA)	1824

RAMADA HOTELS / Trend zum Managementbetrieb

Weltweites Bettenwachstum

Py. Düsseldorf

Mit den kürzlich erfolgten Grundsteinlegungen für ein Ramada Renaissance Hotel in Köln und ein Ramada Hotel in Sindelfingen, sowie konkrete Pläne für Wien, Hamburg, München und Regensburg hat die drittgrößte Hotelkette der Welt, Ramada Phoenix/Arizona (USA), die Expanson auf dem internationalen Bettenmarkt fortgesetzt. Insgesamt sind in den letzten drei Monaten, so Senior Vice President für Europa und Nahost mit Sitz in Düsseldorf, Dieter Schmid, zehn neue Projekte abgeschlossen worden. Derzeit zählt Ramada mehr als 600 Hotels (95 000 Betten) in über 20 Ländern der Erde.

Die Kette ist erst vor 30 Jahren gegründet worden. Das Konzept umfaßt drei Kategorien von Hotels: über 500 Inns, (vornehmlicn in den USA und Kanada), 70 Ramada Hotels und 20 Ramada Renaissance Hotels mit spezieller Ausrichtung auf einen Gästekreis (First-Class- und Luxushäuser). In Europa liegen 14 Häuser.

In der Bundesrepublik befinden sich derzeit drei Renaissance Hotels sowie vier Ramada Hotels. Zum Teil werden die notwendigen Investitionen nach den Worten Schmids aus der Trennung vom Immobilienbesitz mit deutlicher Ausrichtung auf die Betriebsführung der Hotels erbracht. So sind drei Hotels an die Frankfurter Unternehmensgruppe Ignaz Bubis verkauft worden. Bubis hat einen Pachtvertrag über 20 Jahre und fünfjährige Option mit Ramada abgeschlossen.

In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1985 lag der Umsatz der Kette bei fast unverändert 444 Mill. Dollar. Davon entfielen 181 Mill. auf die Hotelaktivitäten und 260 Mill. Dollar auf die beiden von Ramada-Spielcasinos in den USA.

PARMA / Parfümerie-Fachgeschäfte zufrieden

Wenig Sorgen mit Discountern

dfh. Hamburg

Mit Zufriedenheit bewertet die Parma GmbH & Co. KG, Bielefeld, das Geschäftsjahr 1985. Dieser Zusammenschluß führender Parfümerie-Fachgeschäfte in der Bundesrepublik Deutschland zählt zur Zeit 79 Gesellschafter mit 162 Geschäften. Das sind sieben Gesellschafter mit zwölf Geschäften mehr als vor einem Jahr. Der kumulierte Umsatz dieses Jahres wird auf 350 (300) Mill. DM geschätzt.

Die Parma ist gegründet worden als Antwort von Fachgeschäften auf die Umstrukturierung des Marktes: um der Konkurrenz von Filialisten (speziell Douglas mit schätzungsweise 30 Prozent Marktanteil), Kaufhaus-Fachabteilungen und Discountern zu begegnen. Nach Angaben ihres Sprechers Reinhard Dieter Wolf ist es den Fachgeschäften gelungen, ihren Marktanteil von etwa 25 Prozent am Gesamtmarkt der hochklassigen Parfümeriewaren zu halten. Die ursprünglich als bedrohlich angesehene Billig-Konkurrenz von Discountgeschäften wird von den Parma-Gesellschaftern inzwischen nüchterner eingeschätzt. Wolf: „Ein Duft, der plötzlich billiger wird, verliert für den Verbraucher an Wert." Das habe durchaus reale Folgen: „Wir beobachten einen sehr starken Umsatzrückgang bei Marken, die auch im Discount vertreten sind."

Die Parma dient als Abrechnungszentrale ihrer Gesellschafter, nicht aber als Einkaufsverband. Ihre Aufwendungen für die Gemeinschaftswerbung deckt sie zum Großteil aus den Delcredere-Rabatten der Lieferanten. Hauptwerbeträger ist ein dreiteiliges „Schönheits-Magazin 1985/86", das auf knapp 400 Seiten hochwertige Parfüm- und Kosmetikmarken vorstellt und von den Herstellern mitfinanziert wurde.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Günter Poser: Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1985, 244 S., 26 Mark.

Das nun in zweiter Auflage vorliegende Werk ist konzipiert als Einführungsliteratur in die Wirtschaftspolitik. Nicht nur dem Studierenden, sondern auch dem allgemein an wirtschaftspolitischen Grundfragen Interessierten werden die notwendigen Kenntnisse über den Rahmen der Wirtschaftspolitik, die theoretischen Grundlagen und den zielorientierten Einsatz des wirtschaftspolitischen Instrumentariums vermittelt.

Manfred Rüdenauer (Hrsg.): Erfolgreiche Musterreden für Führungskräfte, Loseblattsammlung, WEKA-Verlag, Kissing 1985, 1100 S., 185 Mark.

Das vorliegende Nachschlagewerk enthält ausgefeilte, von Profis formulierte Musterreden für nahezu alle geschäftlichen und privaten Anlässe. Damit entfallen für den Redner die zeitraubenden Recherchen, die Ausarbeitung des Konzepts, das lästige Sammeln und Ordnen von Notizen. Wie ein „Ghostwriter" liefert das Werk das fertige Manuskript der Rede, das direkt, ohne weiteren zeitlichen Aufwand übernommen werden kann. Argumentationshilfen, rhetorische Übungen, Tips und Tricks zur taktisch geschickten Gesprächsführung, Hinweise zu Gestik und Modulation – all dies macht das Werk umfassend, praxisnah und zeitsparend.

Rolf Wunderer: Betriebswirtschaftslehre als Management- und Führungslehre, C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1985, 295 S., 46 Mark.

Zehn ausgewiesene Management- und Führungsforscher diskutierten an der Hochschule St. Gallen Entwicklungslinien, wissenschaftliche Grundpositionen, Fachergebnisse und Defizite einer Lehre von der betriebswirtschaftlichen Steuerung und Entwicklung von Unternehmen (Management) und Mitarbeitern (Leadership). Der vorliegende Sammelband dokumentiert Ergebnisse aus den Fragenbereichen wie: Beziehungen der Betriebswirtschaftslehre zu sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen und zur Wirtschaftspraxis, ihre Aufgaben in Forschung und Lehre, die Bedeutung ökonomischer Betrachtungsweisen, sowie Aufgaben und Inhalte einer deutschsprachigen Managementlehre im Kontext der internationalen Enwicklung.

Jack Kemp/Roland Leuschel: Die amerikanische Idee, Wachstum – unsere Zukunft, Verlag Langen Müller/Herbig, München 1985, 256 S., 32 Mark.

Es muß wieder Spaß machen, Geld zu verdienen, das ist, auf den einfachsten Nenner gebracht, die Grundidee der amerikanischen Steuerreform unter Präsident Reagan gewesen. Einer ihrer führenden Initiatoren war Jack Kemp, engagierter Verfechter einer liberalen Wirtschaftspolitik. Zusammen mit Roland Leuschel, einem bekannten europäischen Anlageberater, verbreitet er im vorliegenden Buch die Botschaft einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik und Anlagestrategie.

Wochenschlußkurse

New York

	27.12.	20.12.
Adv. Micro Dev.	29,25	28,875
Aetna Life	52,25	52,575
Alcan Aluminium	28,375	28,625
Alcoa	39,625	39,25
Allied Chemical	46,5	46,75
AMR Corp.	40,875	41
Amax	13	13
Am. Cyanamid	57,75	61
Am. Express	53	52,75
Am. Motors	2,75	2,75
Am. Tel. & Telegr.	24,625	25,125
Amoco Corp.	62,25	62,875
Asarco	18,375	19
Atlantic Richfield	62,5	63
Avon Products	27,5	28
Bally	16,375	16,5
Bk. of America	15	15
Bethlehem Steel	14,875	16,125
Black & Decker	21,375	20,5
Boeing	50,125	50,75
Brunswick	43,375	44,375
Burroughs	63,5	64,125
Caterpillar	41,25	41,875
Celanese	150	149,5
Chase Manhattan	78,625	69,75
Chrysler	45,375	44,875
Citicorp	47,375	49,875
City Investing	–	–
Clorox	46,625	47,75
Coca-Cola	84,5	84,75
Colgate	31,875	32,625
Commodore	10,75	11,25
Commonw. Edison	29,125	29,875
Comm. Satellite	36	36,625
Control Data	20,625	20,5
CPC Int.	51,375	51,625
Curtiss Wright	44,125	42,625
Deere	27,625	27
Delta Airlines	39	39
Digital Equipm.	133,875	130,875
Dow Chemical	41,25	41,5
Du Pont	67,375	66,75
Eastern Gas-Fuel	24,25	24,375
Eastman Kodak	50,25	48,75
Exxon	53,875	54,5
Firestone	23,625	22,25
Fluor	14,875	14,5
Ford	57,25	57,5
Foster Wheeler	12,125	12,375
Fruehauf	24,875	24,375
GAF Corp.	68	63,875
General Dynamics	68	68,75
General Electric	71,75	71,25
General Instr.	17,125	–
General Motors	72	73,75
Gen. T. & E.	45,5	46,125
Global Nat. Res.	5,75	–
Goodrich	32,375	33
Goodyear Tire	30,625	30,75
Grace	47,625	47,625
Halliburton	27,25	27
Heinz	31,75	32
Hewlett Packard	36,5	36,375
Homestake	22,875	23,5
Honeywell	75	77,625
IBM	155,625	154,5
Int. Tel. & Tel.	38,125	36,5
Int. Harvester	8,25	8,375
Int. Paper	50,375	50,375
Int. North. Inc.	44,875	47,375
Jim Walter	43	42,75
Litton Industries	84,125	79,5
Lockheed Corp.	48,125	48,125
Loew's Corp.	54,5	53,625
Lone Star	31,75	33,375
Louisiana Land	30,25	31,25
LTV Corp.	6,5	4,75
Mc Dermott	18,5	18,375
Mc Donnel Doug.	73	73,125
Merck & Co.	135,625	135,625
Merrill Lynch	34,5	34,625
Mesa Petroleum	15,5	14,75
MGM (Film)	24,25	24,625
Minnesota M.	91	90,375
Mobil Oil	30,25	30,5
Monsanto	47,25	48,5
Morgan J.P.	62,5	62,75
Nat. Semiconductor	12,75	12,875
NCR	40,5	40,125
Newmont	46,125	47,25
PanAm World	8	7,75
Pfizer	50,75	53
Phibro	44	43,625
Philip Morris	89,25	86,25
Phillips Petroleum	11,75	12
Pittston	12,25	12,25
Polaroid	42,5	43,5
Prime Computer	22,125	22
Procter & Gamble	67,625	70,5
RCA	59,875	59,875
Revlon	–	58
Reynolds Ind.	31,625	31,75
Rockwell Int.	34,625	36,125
Rorer Group	36,25	37,875
Schlumberger	35,5	34,75
Sears, Roebuck	38,75	39,25
Singer	42,5	42,625
Sperry Corp.	54	53,75
Stand. Oil Calif.	37,25	37,75
Storage Techn.	1,625	1,625
Tandy	40,125	39,75
Teledyne	336	331,25
Telex Corp.	57	60,75
Tesoro	9,75	10,125
Texaco	31	30,25
Texas Instrum.	106	106,125
Tosco	3,875	4
Trans World Corp.	39,375	38,75
Transamerica	34,125	34
Travellers	46,75	47,5
UAL	49,5	50,5
Uocal Corp.	16,875	16,875
Union Carbide	39,875	72,625
Union Oil of Calif.	27,375	27,375
US Gypsum	50,125	50,25
US Steel	25,5	25,125
United Technologies	45	45,5
Walt Disney	110,875	113,125
Warner Comm.	38,375	35,375
Westinghouse El.	44,375	45
Weyerhaeuser	30,75	30,875
Whittaker	19,75	19,75
Woolworth	59	59,875
Xerox	58,375	58,5
Zenith Radio	20	20
Dow Jones Index	1543,08	1543,12
Stand. & Poors	209,61	210,92

Toronto

	27.12.	20.12.
Abitibi-Price	16,25	17
Alcan Alu.	39,5	40
Bk. of Montreal	34,5	34,5
Bk. of Nova Scotia	14,375	14,5
Bell Cda Enterprises	41,625	41,625
Bluesky Oil	3,5	3,35
Bow Valley Ind.	15,75	15,625
Brenda Mines	–	8,375
Brunswick M & Sm.	13	12,625
Cdn. Imperial Bk.	42,875	43,375
Cdn. Pacif. Enterpr.	–	–
Cdn. Pacific Ltd.	18,625	18,375
Cominco	11,5	11,5
Costain Res.	2,45	2,5
Denison Mines	15	14,375
Dome Petroleum	2,9	2,85
Dofasco	22,75	22,625
Falconbridge Ltd.	21	21
Great Lakes Forest	19,25	18,5
Gulf Canada	21	20,25
Gulfstream Res.	1	0,95
Hiram Walker Res.	32,125	32,375
Hudson Bay Mng. Sm.	6,75	6,75
Husky Oil	9,875	9,75
Imperial Oil -A-	50,875	51
Inco	18	18
Inter City Gas Ltd.	16,75	16,75
Interprov. Pipeline	45	43,25
Kerr Addison	–	15,875
Lac Minerals	36,875	36,625
Massey Ferguson	2,98	3
Moore Corp.	28,375	28,5
Noranda Mines	15,625	16
Norcen Energy Res.	16,125	16,25
Northgate Expl.	4,45	4,6
Northern Telecom.	48,5	47,75
Nova An Alberta 'A'	6,875	7
Nu West Group	0,4	0,42
Oakwood Petrol	8	8,25
Placer Development	23,625	23,875
Provigo Inc.	16	15,375
Ranger Oil	4,7	4,65
Revenue Properties	2,1	1,98
Rio Algom	22,5	23
Royal Bk. of Can.	34,25	33,75
Seagram	66,5	66,875
Shell Canada	22,625	22,5
Sherritt Gordon	8	8
Stelco -A-	22,875	23,625
TransCdn. PipeLines	21,5	21,5
Westcoast Transm.	17,625	17,575
Index: TSE 300	2882,50	2870,60

Tokio

	28.12.	21.12.
Alps	1770	1740
Bank of Tokyo	760	765
Banyu Pharma	687	699
Bridgestone Tire	522	537
Canon	1130	1120
Daikin Kogyo	638	630
Daiwa House	908	894
Daiwa Sec.	785	785
Ebol	1320	–
Fuji Bank	1560	1540
Fuji Photo	2050	1990
Fuji Radio	1910	2000
Hitachi	780	745
Honda	1200	1190
Ikegai Iron	350	343
Isetan	700	700
Ito Yokado	3060	2960
Japan Air	9200	8400
Japan Met.	350	365
Japan Syn. Rubber	412	348
Kajima	471	482
Kansai Elec.P.	2160	2110
Kao Soap	1020	975
Kawasaki H	145	144
Kawasaki S	134	135
Kirin Brewery	751	725
Komatsu	518	525
Kubota Iron	355	359
Kyocera	4590	4580
Makita El.	990	980
Marui	1550	1550
Matsushita El. Ind.	1280	1270
Matsushita El. Wks.	860	885
Mitsubishi CP	535	550
Mitsubishi El.	349	339
Mitsubishi Estate	1200	1030
Mitsubishi Heavy I.	385	374
Mitsui Co. Ltd	452	420
Mitsukoshi	625	623
Mitsumi El	875	900
Nichicon	–	–
Nihon Cement	361	333
Nikko Sec.	725	710
Nippon El.	1320	1280
Nippon Kokan	152	158
Nippon Oil	821	779
Nippon St.	155	155
Nippon Yusen	323	337
Nissan Motor	570	575
Nomura Sec.	1060	1090
Olympus	1000	1000
Penta-Ocean	349	336
Pioneer	1750	1800
Renown	727	740
Ricoh	1080	1095
Sankyo	1090	1080
Seiyu Stores	830	860
Sekisui Pref.	850	842
Sharp	915	900
Shiseido	1440	1420
Sony	4080	3980
Sumitomo Bank	1710	1680
Taisei Corp.	371	336
Taisho Marine	542	545
Takeda Chem.	1040	975
Teijin	490	476
Tokyo Elec.	1270	1280
Tokyo Gas	307	295
Tokio Marine	910	898
Tokyo El. Power	2820	2820
Toray Ind.	520	515
Toshiba Elec.	370	366
Toto	1050	958
Toyo Kogyo	390	395
Toyota Motor	1220	1190
Yamaichi	734	750
Yamanouchi	3010	3040
Yamaha	640	661
Yamazaki	812	925
Index	1049,40	1046,20

U. Wickert in Trollers Fußspuren – Das „Pariser Journal" lebt wieder auf

Ein Kampf für und gegen die Touristen

Ein alter, zu seiner Zeit sehr beliebter Fernsehtitel soll wieder aufleben, das „Pariser Journal". Georg Stefan Troller hatte diese Sendung einst eingeführt. Sie war durch viele Jahre einer der Höhepunkte des Fernsehens. Denn Troller gelang es, jenseits von aktueller Politik, ein sympathisches Bild der Stadt zu vermitteln. Er spiegelte Paris in den Menschen, die es prägen. Das waren keineswegs nur Prominente, sondern oft genug Figuren, die scheinbar am Rande der Ereignisse leben. Das konnten Künstler, Sängerinnen, Modeschöpfer ohne großen Namen sein, Alteingesessene oder Zugewanderte, die etwas Eigenwilliges vollbracht hatten oder typisch für die Atmosphäre der Stadt waren. Das Paris-Bild der Deutschen in den späten fünfziger und sechziger Jahren war weitgehend von Trollers „Pariser Journal" geprägt. Doch seit Troller zum ZDF überwechselte, wurde dieser Titel nicht mehr verwendet.

Das soll jetzt anders werden. Der Leiter des ARD-Studios in Paris, Ulrich Wickert, will diese Sendereihe mit neuem Leben erfüllen. Etwa zweimal im Jahr möchte er sehr persönlich gestaltete Berichte zusammenstellen, die durch Personen und Entwicklungen das Lebensgefühl unseres westlichen Nachbars beleuchten. Die Sendung soll Unterhaltungscharakter haben, aber auch dazu beitragen, Klischeevorstellungen abzubauen und einen Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen, denn das Interesse an Frankreich nehme zu, meint Wickert.

In der ersten Ausgabe bringt Ulrich Wickert ein Portrait von Dina Vierny. Wer die Plastiken von Aristide Maillol kennt, kennt eigentlich auch Dina Vierny. Denn als junges Mädchen war sie das bevorzugte Modell des bedeutenden französischen Bildhauers. Ins Gespräch kam sie in jüngster Zeit, weil in den letzten Jahren bei Versteigerungen der beiden großen britischen Auktionshäuser Sotheby's und Christie's in London und New York immer wieder Plastiken und Gemälden Maillols mit der Provenienz „Dina Vierny" auftauchten.

Ein anderer Beitrag stellt Montmartre, den Künstlerhügel, vor. In diesem einst eher ärmlichen Viertel

Pariser Journal – ARD, 21.15 Uhr

hat sich eine interessante Entwicklung angebahnt. Seit einigen Jahren gilt Montmartre als erstklassige Wohnadresse, die Häuser sind inzwischen fast die teuersten in ganz Paris. Diese neue Gemeinde – dort wohnt zum Beispiel der Schauspieler Jean Marais – will jedoch unter sich bleiben. Sie stört der Tourismus, der den Montmartre bedrängt. Sie wollen nicht, daß Tag und Nacht Busladungen von Neugierigen hier aussteigen und die engen Gassen überfluten. Andererseits leben die alteingesessenen Kneipiers und die Straßenmaler, vom Tourismus. So gibt es einen Kampf um und gegen die Touristen, in dem unlängst – sozusagen als vorläufiger Waffenstillstand – ausgehandelt wurde, daß Busse von 21.00 Uhr abends bis zum nächsten Morgen nicht mehr am Montmartre halten dürfen.

Schließlich stellt Wickert noch das Palais Beauharnais, die Residenz des deutschen Botschafters in Paris, vor. Es gilt als eines der schönsten Empire-Bauten Europas und hat eine interessante Geschichte. Ursprünglich schenkte Napoleon das sehr kostspielige Stadtpalais seinem Stiefsohn Beauharnais. Anläßlich eines Besuches in Paris fand der preußische König Friedrich Wilhelm III. so viel Gefallen an dem Gebäude, daß er es für seinen Gesandten kaufte. So wurde es zunächst Preußische Gesandtschaft und später Botschaft des Deutschen Reiches. 1944 von den Franzosen beschlagnahmt, erhielt es Deutschland erst 1962 zurück, verbunden mit der Bedingung, es wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Rund 200 Millionen Mark kostete die Restaurierung. Doch das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es ist gewiß eine der schönsten Residenzen, über die ein Diplomat in Frankreich verfügt. Von den 7000 Gäste, die der Botschafter im Laufe eines Jahres hier empfängt, kommt zweifellos manch einer nur, um das Palais zu besichtigen.

Morgen, oder genauer gesagt: übermorgen, ist dann Paris gleich noch einmal in der ARD zu Gast. Die Unterhaltungsabteilung des WDR zeichnete eine Revue im „Paradis Latin" auf. Es ist eines der ältesten Theater der Stadt, 1888 von Gustave Eiffel gebaut, aus dem fünf Minuten nach Mitternacht die Tanz-Revue „Champagner" kommt.

EVA JENTSCH

KRITIK

Die Fliege stirbt, die Wüste kommt

Das Okawangodelta zählt zu den wenigen grünen Inseln der menschenleeren Kalahari-Wüste im südafrikanischen Botswana. Das Becken ist eines der letzten großen Wildreservate. Geschützt wurde es von einem Insekt, das den Wildtieren nicht schadet, den Menschen aber die gefährliche Schlafkrankheit und den Rindern die tödliche Nagana bringt: die Tsetsefliege.

Doch nun wurde sie ausgerottet. Das Okawangobecken wurde zum Testgebiet für die erfolgreiche Anwendung von Insektiziden. Im Delta vollzieht sich ein Wandel, der Mensch dringt mit seinen Rinderherden in das Gebiet ein. Der Film **„Wüstenland durch Menschenhand"** (ZDF) unternahm den Versuch, diesen Wandel als mahnendes Beispiel für eine verfehlte Landwirtschaftspolitik darzustellen. Dazu bediente er sich eindrucksvoller Bilder und einprägsamer Texte.

Das millionenteure FAO-Programm zur Vernichtung der Tsetsefliege, so erfuhren wir, führte letztlich zur Verwüstung bisheriger Wildreservate, wenn – wie 1982 geschehen – auch noch der Regen ausbleibt. Der Mensch mit seinen Rinderherden treibt Raubbau an der Natur, denn je größer die Herde um so höher das Ansehen.

Einziger Gesprächspartner war ein Mitarbeiter von FAO, der die Notwendigkeit zur Vernichtung der Tsetsefliege unterstrich. Warum blieb es dabei? Statt langatmiger Aufnahmen von nächtliche Fliegereinsätze wäre eine Diskussion mit kompetenten Vertretern aus Naturschutz und Landwirtschaft sinnvoller gewesen.

SIEGFRIED IHLE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 Jugend raus
11.35 Bilder aus der Wissenschaft
12.10 Schauplätze der Literatur
Die Welt der Daphne du Maurier
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.20 Der große Caruso
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Mario Lanza u. a.
Regie: Richard Thorpe
15.05 Zieh' mal an
Modemagazin von Albert Krogmann
Mit dabei: Pelzdesigner Dieter Zörn, Ledermodenhersteller Roberto Cavalli und die deutschen Modemacherinnen Barbara Bernstorff und Claudia Scheffler.
16.00 Tagesschau
16.10 Höchste Zeit
Ein Magazin
17.20 Gefahr aus dem All
Der geheimnisvolle Flug zur Sonne
Science-fiction-Fernsehfilm
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Marktplatz der Sensationen
Serie nach Egon Erwin Kisch
Letzte Folge: Unabsehbare Folgen
21.15 Pariser Journal
22.00 Die Pallesen-Pilmark-Show: Unsinn am Klavier
Der mit der Silbernen Rose von Montreux ausgezeichnete Beitrag des Dänischen Fernsehens
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Die unglaubliche Geschichte der Mrs. K.
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Mit Lily Tomlin, Charles Grodin, Henry Gibson u. a.
Regie: Joel Schumacher
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

13.20 Internationale Vier-Schanzen-Tournee
Erstes Springen aus Oberstdorf
Reporter: Bruno Moravetz
15.30 ZDF – Ihr Silvester- und Neujahrsprogramm
15.40 Elf hungrige Katzen
Zeichentrickfilm
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.55 Oliver Maass
Das Spiel mit der Zaubergeige
Letzter Teil
19.00 heute
19.30 Silvester in Treptow
Fernsehspiel von Joachim Nottke
Mit Joachim Dietmar Mues, Stephan Orlac, Ilse Pagé u. a.
Regie: Claudia Holldack
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Moderation: Hans-Ulrich Spree
Am Mittwoch werden Spanien und Portugal als Mitgliedsstaaten in die EG aufgenommen. Die Konsequenzen, Lasten und Impulse für die Wirtschaft sollen deshalb erörtert werden.
22.05 Die Dämonen der Städte
Porträt des Dichters Georg Heym
Von Hanns-Josef Ortheil und Christine Soetbeer
Kamera: René Perraudin
22.35 Gnadenlos
Fernsehfilm von Wolfgang Panzer nach Motiven von Pavel Juracek
Ein Film aus dem Goldgräbermilieu in Alaska über die Kämpfe der Goldsucher untereinander und gegen die Unerbittlichkeit der Wildnis.
0.20 heute



Wenn eine Dame schrumpft: Lily Tomlin in der „Unglaublichen Geschichte der Mrs. K" – Mo. 23.00 Uhr, ARD FOTO: ARD-FILMREDAKTION

III.

WEST / NORD
Gemeinschaftsprogramm:
16.00 Internationale Tennismeisterschaften von England
Finale der Herren aus Wimbledon (Wiederholung)
Nur für West:
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord:
19.00 Ein Stadtteil wird besichtigt (4)
Wilhelmsburg
19.30 Alte Ansichten
Pommerland – Ostseestrand (1943)
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (4)
20.45 Brauchen wir einen Friedensvertrag?
Auskünfte zur deutschen Frage aus dem Berliner Reichstag
22.45 Vergiß die Sonne nicht
Krebs auf der Bühne
Eine Aufführung des Freien Werkstatt-Theaters Köln
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN
17.45 Sport '85 (6)
Hits aus Hessen (2)
18.30 Lindenstraße (4)
19.05 Bockspringe
Plaudereien mit Heinz Schenk
20.00 Halleluja Broadway (5)
20.30 Drei aktuell
20.45 Brauchen wir einen Friedensvertrag?
22.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
Rufmord
23.30 Soap oder Trautes Heim

SÜDWEST
18.00 Jim Knopf und die wilde 13 (4)
18.30 Gute Laune mit Musik
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Marilyn
Fernsehfilm von Ralf Hüttner
Mit Barbara May u. a.
20.15 Der Würger von Los Angeles
Psychogramm eines Massenmörders
21.40 Sport unter der Lupe
Momente '85
22.40 Unter falschem Verdacht
Französischer Spielfilm (1947)
Mit Louis Jouvet u. a.
Regie: H.-G. Clouzot
0.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Geschichte vom guten alten Herrn und vom schönen Mädchen
Film von Margit Saad
20.45 Brauchen wir einen Friedensvertrag?
22.45 Rundschau
23.00 Z. E. N.
23.05 Meine Lieblingsgeschichte
23.15 Ein gefährlicher Fund
Fernsehfilm von Ingeborg Nössig
0.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Kimba, der weiße Löwe
Der Räuber vom Donnerberg
14.00 Tarzan
Der schwarzköpfige Leopard
15.00 Sennerin und Schornsteinfeger
Zeichentrickfilm
15.30 Musicbox
16.30 Bis ans Ende der Welt
Kapitän Lupan jagt ein Schiff
17.00 Ufo
Shado ruft Sovatex
18.00 Westlich von Santa Fé
Milly's Bruder
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 3 Girls 3
19.30 Hardcastle & McCormick
Heiße Spur
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
Deutsche Familien-Serie
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künste,
Sport, Quiz, Wetter
22.15 Verliebt in einen Fremden
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Natalie Wood, Steve McQueen, Edie Adams u. a.
Als der flatterhafte Rocky sich endlich entschließt, seiner Freundin Angie einen Antrag zu machen, weist sie ihn stolz zurück.
0.00 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

16.15 Caprice
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Doris Day, Richard Harris u. a.
18.00 Neues aus Uhlenbusch
6. Das Fahrrad mit Flügeln
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Die drei Musketiere
Englischer Spielfilm (1973)
Mit Oliver Reed, Raquel Welch, Michael York u. a.
Regie: Richard Lester
23.30 3SAT-Spielfilmvorschau
23.50 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.20 Karichen
19.30 Night Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Geisel
Amerikanischer Spielfilm (1967)
22.05 RTL-Spiel
22.12 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Herr, dein Wille geschehe!

Mein lieber Mann, unser treusorgender Vater und Großvater

Dir. i. R. Dr.-Ing.

Rudolf Kunst

* 15. 12. 1906 † 26. 12. 1985

ist nach langem, geduldig ertragenem Leiden heute morgen sanft heimgegangen in den ewigen Frieden.

In stiller Trauer und in Dankbarkeit
Änne Kunst geb. König
Sr. Victoria Kunst O.S.B.
Karoline Kirschner geb. Kunst
Herbert Kirschner
Renate Berger geb. Kunst
H. Jürgen Berger
Die Enkelkinder
Martin und Thomas Kirschner
Dirk Berger

5210 Troisdorf, den 26. 12. 1985, Am Prinzenwäldchen 8

Die Trauerfeier und anschließende Beerdigung finden statt am Montag, dem 30. Dezember 1985, um 14.00 Uhr auf dem Waldfriedhof in Troisdorf.

BEKANNTMACHUNGEN

Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der Westfalia Reederei GmbH, vertr. d. d. Geschäftsführer Walter Puhlmann, Vogelsang 37 in Eckernförde, Sequestration des Geschäftsbetriebes ist angeordnet. Zum Sequester ist RA Jan H. Wilhelm, 2000 Hamburg 50, Schillerstraße 47–49, bestellt. Der Schuldnerin ist am 13. 12. 85 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen. Az. 4 N 37/85 AG Eckernförde.

Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen des Reeders Walter Puhlmann, Vogelsang 37 in Eckernförde. Sequestration des Vermögens des Schuldners ist angeordnet. Zum Sequester ist RA Jan Wilhelm, 2000 Hamburg 50, Schillerstr. 47–49, bestellt. Dem Schuldner ist am 13. 12. 85 verboten worden, über Gegenstände seines Vermögens zu verfügen. Er wird auch keine Forderungen einziehen. Az. 4 N 39/85 AG Eckernförde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 24,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

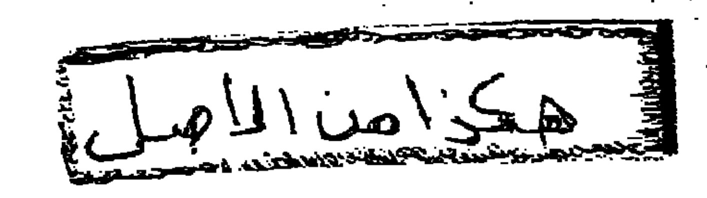
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Pankraz, der Krieg und die verlorenen Jahre

„Unsere verlorenen Jahre" heißt ein Dokumentationsband des Luchterhand Verlags, in dem das schwere Schicksal der Trümmerfrauen während und nach dem Zweiten Weltkrieg bejammert wird. Nichts hätten diese Frauen vom Leben gehabt, nichts als körperliche Schwerarbeit, Sorge um den Mann an der Front und in der Kriegsgefangenschaft, Sorge um die Kinder mit ihren hungrigen Mäulern, keine schönen Kleider, keine Schönheits- und Pflegemittel, keine schicken Lokale zum Ausgehen, keine Reisen, keinen Trost in einsamen Nächten.

Der Tatbestand ist präzise geschildert, dennoch wehrt sich Pankraz gegen die Bezeichnung „Verlorene Jahre". Was ist das denn überhaupt: „verlorene Zeit"? Soll damit gesagt sein, daß die betreffende Zeit für die Erinnerung verloren ist, so daß man sich im Alter nicht mehr an ihr wärmen kann? Oder handelt es sich um einen Verlust an Lebensintensität während der verbrachten Zeit selbst, um ein ewiges Verfehlen des ekstatisch zu empfindenden, ja, zu genießenden „gelebten Augenblicks"?

Beides ist nicht identisch, nicht einmal kongruent. Zeiten der Erfüllung haben einen geringeren Erinnerungswert als Zeiten der Entbehrung und der Not. Gerade an seine schwersten Jahre erinnert man sich nach einigem Abstand am liebsten, und zwar nicht nur deshalb, weil man dabei den Triumph und das Glück der schließlichen Überwindung nachschmecken kann, sondern auch und vor allem, weil schwere Zeiten die Menschen viel enger zusammenschweißen als leichte und weil sie Tugenden und Überlebenskräfte mobilisieren, von denen man sich normalerweise nichts träumen läßt.

So kommt es, daß Vergnügungsreisen in der Regel allenfalls oberflächliche Urlaubsbekanntschaften begründen, Kriegs- und Nachkriegserlebnisse hingegen Freundschaften und Soldidargemeinschaften, die weit in Friedenszeiten hineinreichen und oft ein Leben lang halten. Sogar äußerlich ganz ereignis- und tatenlose Jahre der Gefangenschaft stiften enge Gemeinschaft, und für den Einzelhäftling gewinnen sie nach der Befreiung ein eigentümlich bedeutsames, manchmal auch verführerisches Leuchten, das den aus der Fülle schöpfenden „Normal-Alltag" ohne weiteres verdunkeln mag.

„Vor Ort", also während des Erlebens selbst, gilt die Einzelhaft ohne Zeitung und Radio, ohne Papier und Bleistift wohl als Inbegriff der verlorenen Zeit. Aber der Mensch ist, wie Hans Driesch einmal gesagt hat, „das Tier mit dem größten Innenleben", er kann den Mangel an äußeren Ereignissen in geradezu dramatischem Ausmaß durch „innere Ereignisse", durch Imagination und Vorstellungskraft kompensieren. Und das Verbot, seine Imaginationen auf dem Papier festzuhalten, schärft sein Gedächtnis in ungeahnter Weise. Pankraz ist langjährigen Einzelhäftlingen begegnet, die ganze selbsterfundene Romane Wort für Wort auswendig gelernt und behalten hatten.

Nichts liegt ihm ferner, als sich zum Apologeten des „großen Glanzes von innen" zu machen oder schwere Zeiten leichtfertig zu verklären. Doch hält er es für erwiesen, daß „innere Ereignisse" einen überdurchschnittlich hohen Erlebens- und Lebensgehalt haben, so daß keine Zeit wirklich verloren sein muß. Findet nicht auch „äußerliches" Leben oft in selbstgewählter Isolierung statt? Was soll man denn von einem Künstler oder Schriftsteller halten, von Michelangelo beispielsweise, der in jahrelanger einsamer Arbeit und unter großer körperlicher Unbequemlichkeit und Anspannung die Decke der Sixtinischen Kapelle ausmalt? Das Erlebnisniveau eines solchen Künstlers ist wahrscheinlich von dem eines Häftlings gar nicht so sehr verschieden.

Was aber das Erlebnisniveau der von Luchterhand so ausführlich bedauerten Trümmerfrauen betrifft, so lag es ohne Zweifel hoch. Jeder Tag war für diese Frauen eine gewaltige Herausforderung all ihrer körperlichen und seelischen Energien, ihrer Phantasie, ihres Witzes, ihres Überlebenswillens. Hinzu kam das Bewußtsein, für das Ganze eintreten, die fehlenden Männer mitvertreten zu müssen, und hinzu kam später die spürbare Genugtuung des Sieges über Sisyphus. Während etwa die Frauen in den Ostblockländern heute mit ihren Einkaufstaschen und mit ihrer Erfahrung im Schlangestehen andauernd nur Löcher stopfen, die am nächsten Tag wieder aufreißen, sahen die deutschen Trümmerfrauen nach 1945, daß es dank ihrer Arbeit tatsächlich aufwärts ging. Sie sahen, daß sie keine Zeit zu verlieren hatten – und verloren keine.

Noch einmal: Pankraz möchte nichts beschönigen. Im Gegensatz zu manchen Feministinnen ist er davon überzeugt, daß Frauen keineswegs grundsätzlich danach streben, zu „führen" und alles alleine zu machen, daß sie die Behaglichkeit und das Versorgtsein lieben, daß sie schön und verführerisch sein und ganz überwiegend lieber mit dem eigenen Mann zusammen sein wollen statt mit irgendwelchen Besatzungsoffizieren. Die Kriegs- und Nachkriegsfrauen hatten ein hartes Schicksal, das sich kaum eine von ihnen zurückwünschen dürfte.

Doch es bleibt auch dabei: Harte Jahre sind nie und nimmer verlorene Jahre. Auf so einen Gedanken kann nur kommen, wer aus der Fülle und allgemeinen Zugänglichkeit zivilisatorischer Möglichkeiten heraus urteilt und das „Mitnehmen" solcher Möglichkeiten für das einzig denkbare „Carpe diem", für die einzig denkbare Erfüllung des Augenblicks und überhaupt der Zeit hält. Er befindet sich damit auf einem schlimmen Holzweg. Denn durch blindes Mitnehmen von Möglichkeiten verliert man unter Umständen mehr Zeit als ein zu lebenslänglicher Haft Verurteilter.

Letztlich kommt alles darauf an, was einer aus der ihm zugemessenen Zeit zu machen versteht. Und den Maßstab dafür liefern nicht die vorbeirauschenden Möglichkeiten, sondern das innere Gesetz des Menschseins, das zu uns mit Notwendigkeit spricht.

Pankraz

Neue Aufgabe für eine Kaserne: Schleswig erhielt ein Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts

Wenn das die dänischen Gäule wüßten!

Schleswig-Holstein ist nicht gerade gesegnet mit Institutionen, die sich der Kunst des 20. Jahrhunderts verschrieben haben. Da ist zwar die Nolde-Stiftung in Seebüll, und im nächsten Jahr wird die Kunsthalle Kiel mit ihrem neuen Anbau wiedereröffnet, aber damit ist eigentlich schon das Wesentliche gesagt.

Um so erfreulicher, daß jetzt aus Schleswig die Eröffnung einer Sammlung zu vermelden ist, die sich ausschließlich auf die Kunst des 20. Jahrhunderts bezieht. Das Bauwerk, das die Sammlung umhüllt, ist keine neue, grandiose Manifestation der Postmoderne. Die internationalen Architekturkritiker werden nicht nach Schleswig pilgern, denn weder Stirling noch Hollein, nicht Richard Meier und auch nicht Ungers haben hier Hand angelegt. Dennoch ist der Bau mehr als interessant, weil er sehr direkt auf den „genius loci" eingeht.

Das ist zweifellos auf die Tatsache zurückzuführen, daß er an dieser Stelle und innerhalb eines historisch gewachsenen Ensembles seit mehr als 130 Jahren existiert. Seine Funktion jedoch hat sich geändert, denn in den Räumen, in denen heute expressionistische Bilder hängen, zermalmten einst dänische Kavalleriegäule ihren Hafer. Das neueste deutsche Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts ist in einem ehemaligen Pferdestall untergebracht.

Schloß Gottorf diente um die Mitte des 19. Jahrhunderts dem dänischen Militär als Kaserne. 1853–55 entstanden im Osten der Schloßinsel neue Wirtschaftsgebäude und Ställe. Die große Anlage war als ein Ganzes geplant und dementsprechend stilistisch einheitlich konzipiert, zum größten Teil klassizistisch, aber bereits mit Anklängen des aufkommenden Historismus. Die Gebäude bezogen sich aufeinander, zwei langgestreckte, u-förmige Ställe umrahmten ein im Grundriß kreuzförmiges Gebäude, eben den Kreuzstall, das heutige Museum, dessen merkwürdige Ausformung ikonografisch wahrscheinlich als Hinweis auf den Danebrog, das dänische Nationalemblem, zu verstehen ist.

Der Kreuzstall hat zwei Geschosse und ein Dachgeschoß. Die Sockelzone besteht aus behauenen Granitquadern, das Erdgeschoß ist aus wiederverwendeten, großformatigen Handstrichziegeln aufgemauert und verputzt. Das Innere erinnert an eine dreischiffige Basilika mit einer Vierung in der Mitte des Gebäudes. Stützenreihen, ursprünglich aus Holz, seit etwa 100 Jahren aus Stahlguß, schaffen die dreischiffige Gliederung. Das Erdgeschoß diente als Stall, das Obergeschoß als Quartier für Unteroffiziere und als Heuboden.



Wie in einem Kirchenschiff: Blick in das neue Schleswiger Museum für die Kunst unseres Jahrhunderts FOTO: DIE WELT

Die Geschichte meinte es nicht immer gut mit dem Kreuzstall. Ende der 70er Jahre schien die Bausubstanz so desolat, daß bereits eine Abrißgenehmigung vorlag. Nur dem Einsatz von Gerhard Wietek, bis vor einigen Tagen Direktor der Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen, ist es zu verdanken, daß das Gebäude gerettet und seiner neuen Aufgabe entsprechend umgestaltet werden konnte. Damit sind nicht nur 2100 qm^2 dringend benötigte, neue Ausstellungsflächen entstanden, sondern ein historisches Bauensemble ist für die Nachwelt gerettet worden.

Man betritt den Kreuzstall vom Westen her und hat, wie gesagt, das Raumgefühl einer dreischiffigen Basilika mit einer Flachdecke. Der sakrale Charakter wird unterstrichen durch den Durchblick auf den Ostflügel, in dem, wie in einer Apsis, sechs überlebensgroße Zweitbrände installiert sind, die Gerhard Marcks zwischen 1946 und 1948 als Figurenreihe für die Lübecker Katharinenkirche geschaffen hat.

Bei der Restaurierung ging man äußerst respektvoll mit dem vorhandenen Baukörper um und griff nur dort entschiedener ein, wo es feuertechnische Auflagen erforderten oder ästhetische Momente eine Unterstreichung des Bestehenden nahelegten. So im Vierungsbereich, wo tragende Wände entfernt und so die Vierung nach allen vier Flügelenden geöffnet wurde. Im Südflügel wurde eine freitragende Treppe installiert, die in den ersten Stock führt.

Doch zur Sammlung selbst: In weiser Beschränkung hat man hier keineswegs versucht, eine internationale Geschichte der Moderne in Bildform zu inszenieren. Vielmehr hat man sich ausschließlich auf Künstler gestützt, die entweder aus der Region selbst stammen, hier leben, lebten oder einen Teil ihres Werkes in Schleswig-Holstein schufen. Im Erdgeschoß ist die Kunst bis 1945, im ersten Stock die der 50er, 60er und 70er Jahre untergebracht. Das Obergeschoß weist auf die Jetztzeit, wobei kritisch anzumerken ist, daß, bedingt durch die Dachschrägen, dieser Raum für die Aufhängung von Bildern nicht sonderlich geeignet ist. Vielleicht ließe sich in Zukunft hier die Sammlung des reichlich vorhandenen Kunstgewerbes konzentrieren.

Im Erdgeschoß beginnt die Sammlung mit einem Fanfarenstoß in Gestalt des Porträts des Lübecker Arztes und Sammlers Dr. Max Linde, das Edvard Munch 1904 malte. Durch eine geschickte Hängung werden die verschiedenen Kunstströmungen, die auch Schleswig-Holstein im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts bewegten, plausibel. Während auf der rechten Seite des langgestreckten Raumes die damalige Avantgarde in Gestalt der Brücke-Maler vertreten ist, hängen links Bilder, die der impressionistischen, symbolistischen und jugendstilhaften Richtung verbunden sind.

Gerhard Wietek hat, sicher zu Recht, eindeutige Schwerpunkte im Expressionistischen gesetzt. Neben Schmidt-Rottluff, Heckel, Kirchner, Mueller liegt die Betonung auf Mitgliedern der „Neuen Sezession", die Georg Tappert 1910 gründete. Herausragend Moritz Melzers „Fliehende" von 1911, aber auch „Stehende Betty mit Äpfeln" von Tappert selbst aus dem Jahr 1913.

Von Cesar Klein, auch nicht gerade oft in deutschen Museen zu sehen, gibt es mehrere Bilder, ebenso von Christian Rohlfs und natürlich Emil Nolde. Einen vehement sozialkritischen Expressionismus vertreten Friedrich Peter Drömmer, Werner Lange und Heinrich Ehmsen.

In den 20er Jahren steht auch in Schleswig-Holstein der Realismus in Form der Neuen Sachlichkeit im Zentrum, wie man überhaupt im Rückblick zu Recht behaupten kann, daß realistische Tendenzen bis heute einen Schwerpunkt im künstlerischen Schaffen der Region bilden. Albert Aereboe ragt hier heraus, aber auch Künstler mit surrealistischem Ansatz wie der in Altona geborene Edgar Ende oder Franz Radziwill. Es gibt vieles Interessantes zu entdecken, so etwa Frühwerke von E. W. Nay und Bernard Schultze oder der große Komplex von Arbeiten Friedrich Karl Gotschs.

Zwar ist auch manch Zweitklassiges, besonders wenn man sich chronologisch dem Heute nähert, darunter, aber der bleibende Eindruck ist positiv. Hier ist eine neues Museum entstanden, das in seinem unprätentiösen Auftreten nicht nur die Region, sondern auch die Person seines Initiators widerspiegelt. Gerhard Wietek hat glänzende Schwerpunkte gesetzt, sein eben ernannter Nachfolger, Heinz Spielmann, bisher am Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, tritt ein imposantes Erbe an.

HARALD BEHM

JOURNAL

Rumäniendeutscher Autor durfte ausreisen

dpa. Nürnberg

Der rumäniendeutsche Schriftsteller Rolf Bossert ist in der Bundesrepublik eingetroffen. Der 33jährige Lyriker und Kinderbuchautor hatte vor mehr als einem Jahr die Ausreise aus Rumänien beantragt, daraufhin seine Stellung als Lektor in einem Verlag verloren und seine Texte in Rumänien nicht mehr veröffentlichen dürfen.

Zeitgenössisches Musiktheater

Reg. München

Mit der Uraufführung von „Belshazar", einer Oper von Volker David Kirchner in einer Inszenierung von Kurt Horres, eröffnet die Bayerische Staatsoper am 25. Januar ihre „Tage des zeitgenössischen Musiktheaters". Bis zum 8. Februar sind im Münchner Nationaltheater außerdem Schönbergs „Moses und Aron", Bergs „Wozzeck" und „Lulu", „Cardillac" von Paul Hindemith, „Johanna auf dem Scheiterhaufen" von Arthur Honegger und „Peer Gynt" von Werner Egk zu sehen. Im 4. Akademiekonzert werden die „Hölderlin-Lieder" von Wilhelm Killmayer uraufgeführt.

Erinnerung an Welimir Chlebnikow

Reg. Freiburg/Br.

Das Freiburger Theater wiederholt am 30. Januar seine Hommage an den fast vergessenen russischen Dichter Welimir Chlebnikow. Beteiligt sind die Schauspieler des Theaters mit einer szenischen Lesung von Bruchstücken aus „Zangesi" sowie Thomas Kasen und Jochen Nix mit einer Text-Collage von Peter Stobbe und Amei Koll über das Leben und Werk von Chlebnikow.

„Festival der Commedia dell'arte"

AFP, Nizza

Im Rahmen des 102. Karnevals in Nizza findet vom 3. bis 11. Februar das erste „Festival der Commedia dell'arte" statt. Die Theatertruppen kommen überwiegend aus Italien, Frankreich, Kanada und der Tschechoslowakei. Als Dekor der Aufführungen im 1980 renovierten „Cours Selaya" in der Altstadt von Nizza ist u. a. ein von Donato Sartori entworfenes, riesiges Spinnennetz vorgesehen. Der Karneval von Nizza hat dieses Jahr „Die Städte der Welt" zum Thema.

Bücher und Fakten rund um die Eisenbahn

DW. Mainz/Darmstadt

Soeben ist das „Jahrbuch für Eisenbahnliteratur 1986" erschienen. Die Bibliographie lieferbarer und angekündigter Bücher rund um die Eisenbahn wird ergänzt durch einen umfangreichen Teil mit Textbeiträgen und Rezensionen. Sie reichen von der 100jährigen Geschichte des Bonner Bahnhofs bis zum Paradepferd der Bundesbahn, dem neuen ICE. Das Jahrbuch (Dumjahn Verlag, Mainz) umfaßt 224 Seiten und kostet 5 Mark. Mehr über die Neue Bahn (Unternehmenspolitik, Züge, Strecken, Personen- und Güterverkehr sowie deren Voraussetzungen in der deutschen Eisenbahngeschichte) erfährt man in dem „Jahrbuch des Eisenbahnwesens 85" (hrsg. v. Reiner Gohlke u. Knut Reimers, Hestra-Verlag, Darmstadt, 248 S., 39,60 Mark).

Hans Lenk

Bedauerlicherweise hat sich in die GEISTIGE WELT vom 28./29. Dezember ein Fehler eingeschlichen. Nicht Helmut, sondern Hans Lenk hieß der Autor unseres Aufsatzes „Wir brauchen eine positive Kultur der Eigenleistung". Hans Lenk, Olympiasieger im Rudern, ist heute Professor für Philosophie an der Universität Karlsruhe. DW.

THEATER-KALENDER

9. **Essen**, Theater; Lessing: Nathan der Weise (R: Heyme)
10. **Ingolstadt**, Stadttheater; Kölwel: Franziska Zachez (R: Seltgen)
15. **Berlin**, Schiller-Theater; Duras: Savannah Bay (R: Sasse)
    Hamburg, Thalia Theater; Pohl: Das alte Land (R: Flimm)
16. **Aachen**, Grenzlandtheater; Mrozek: Ein Sommertag (DE) (R: Walther)
    Bochum, Schauspielhaus; Karge: Die Eroberung des Südpols (U) (R: Karge)
17. **Münster**, Städt. Bühnen; Pohl: Der Spiegel (U) (R: Wesseler)
18. **Stuttgart**, Staatstheater; Mamet: Hanglage Meerblick u. Pinter: Noch einen Letzten (DE) (R: Giesing)
19. **München**, Residenztheater; Nancey u. Armont: Theodore & Co. (R: Müller)
26. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Delaney: Bitterer Honig (R: Groß)
29. **Bochum**, Schauspielhaus; Jensen u. Koch: John Lennon (U) (R: Jensen u. Koch)
    Frankfurt, TAT; Norman: Nacht, Mutter (R: Fendel)
30. **Hamburg**, Thalia Theater; Aust u. Tabori: Stammheim (U) (R: Hauff)
    Wien, Burgtheater; Lubimow: Tote Seelen (nach Gogol) (DE) (R: Lubimow)
    Zürich, Schauspielhaus; Claudel: Das harte Brot (R: Wendt)

Tiere vor der Kamera

Kunst und Natur sind hier eins

„Ein nachts von Löwen gerissener Fledermausforscher ist schlecht für den Tourismus", meinten die Wächter in einem afrikanischen Naturschutzpark, als sie Merlin Tuttle die nächtliche Fotojagd auf seine Lieblingstiere verweigern wollten. Denn die Tierfotografie, das lehrt dieses Beispiel, ist eine zwiespältige Profession. Sie fordert Mut, weil sich der Fotograf oft auf gefährliche Situationen einlassen muß, zugleich aber bedarf sie großer Geduld, weil das Warten auf den richtigen Moment Tage dauern kann. Davon berichten Nicolaus Neumann und Rainer Fabian in dem Band „Die schönen Geschöpfe" (Gruner + Jahr Verlag, Hamburg, 320 S., 300 Abb., 128 Mark), einer Geschichte der Tierfotografie.

Das Genre bewegt sich – kaum anders als die „Menschenfotografie" – zwischen gemütvoller Naturverklärung und harter Wirklichkeit. Am Anfang steht auch da der Glaube an die Objektivität des Bildes. Die ersten Tierfotografen wollten die belebte Natur dokumentieren. Das zwang sie zur Konstruktion komplizierter Apparaturen, die Bewegungen festhalten und in Bereiche vordringen konnten, die das Auge sonst nicht wahrnahm. Ottomar Anschütz, Eadweard Muybridge, Etienne Jules Marey waren Pioniere auf diesem Gebiet, das inzwischen mit Multiblitz, Hochgeschwindigkeitsaufnahmen, mit Mikro- und Makrofotografie in die dem Menschen nicht sichtbare Tierwelt vorgedrungen ist. Aber das ist nicht die einzige Art, auf die Tiere dem Fotografen posieren müssen. Der Bogen spannt sich vom Kitsch der vermenschlichten Viecher (Hunde mit Hut, Affen im Anzug) über die Ästhetisierung des Animalischen (dem „naiven Versuch, die Welt vor dem Sündenfall abzulichten", wie es Uwe George formulierte) bis zu einer Tier-Sozialfotografie, die an das Mitleid appelliert, um gegen Tierversuche zu protestieren.



Rastermakrofotografie: „Rüsselkäfer" FOTO: DARWIN DALE

Das alles belegt der Band mit faszinierenden Bildern. Dabei wird deutlich, daß in den besten Aufnahmen die ästhetischen und wissenschaftlichen Qualitäten verschmelzen. Die Strukturen einer Vogelfeder oder eines Schmetterlingsflügels, die Schleiereule, die mit einer Ratte im Schnabel einen Turm anfliegt, der jagende Gepard, die springende Spinne befriedigen gleichermaßen das Informationsbedürfnis des Wissenschaftlers wie unseren Schönheitssinn. Kunst und Natur sind hier – wenngleich nicht im Sinne Lessings – tatsächlich eines nur.

PETER JOVISHOFF

Hattrick in München: „Hamlet" am Residenztheater

Zünder auf der Zunge

Es sieht ganz so aus, als wollte die Münchner Residenztheater-Leitung mangels künstlerischer Durchbrüche noch mit ein paar Normen-Brüchen von sich reden machen, bevor sie am Ende der laufenden Spielzeit abgelöst wird von der Düsseldorfer Beelitz-Crew.

Entgegen den ministeriellen Bedenken blieb des Schauspielers Sepp Bierbichler deplazierte Spiel-Einlage in Sachen Anti-Apartheid-Bewegung (vgl. WELT vom 4. Dez.) nicht die einzige direkte Polit-Aktivität des Hauses. Und der „Hamlet"-Premiere vom Samstag sind nicht weniger als vier sogenannte Voraufführungen vorausgegangen, in denen – übrigens zu vollem Preis – die Inszenierung von B. K. Tragelehn zum Shakespeare-Erlebnis heranreifen sollte. Die Münchner Presse hat dem Intendanten nicht den Gefallen getan, mit der Kritik zu warten. Schon vor Weihnachten wurde also besichtigt, was erst jetzt richtig gilt – aber ein wesentlicher Unterschied ist nicht auszumachen.

Heiner Müller, Konstrukteur einer eigenen, irre scheppernden „Hamletmaschine" und Übersetzer des jetzt gespielten „Hamlet", protzt bekanntlich damit, daß wir auf Impulse aus östlichen Theatern angewiesen seien und daß „ohne DDR-Material die BRD-Spielpläne nicht existieren könnten". Abgesehen davon, daß manche dieses angebliche Angewiesen-Sein hartnäckig herbeiführen möchten – der Münchner Hattrick (Regisseur, Übersetzer und Hauptdarsteller: sie alle kommen von drüben) verfestigt nicht gerade des Müllers Stolz.

Sein „Hamlet" ist wahrscheinlich das prominenteste Beispiel für eine wörtliche Annäherung ans Original bei gleichzeitigem Zerfall der sprachbedingten Spielgrundlage von Schlegel-Tieck. Weniger Konjunktive. Keinerlei g'schamige Umschreibung. Alles hart am elisabethanischen Ausdruck. Statt „... denn schweigen muß mein Mund!": das genauere „Hamlet, beiß' auf Deine Zunge!". Gut, gut, aber die Sätze zünden nicht mehr. Zumal wenn der Regisseur sie in einen modernen Konversations-Drive zwingt. So daß hinter Shakespeare doch wieder ein bißchen Brecht hervorlugt oder – eben Heiner Müller.

Der höchstkönigliche Tatort – er kommt einem Flohmarkt gleich. Ja keine Atmosphäre. Ja nichts Zeremoniöses. Was für einen Hamlet kann Peter Brombacher hier zum Theaterleben erwecken? Äußerlich ist er ein Chaote: Trauerbinde am hellen Regenmantel, darunter ein Degen, das Hemd hängt aus der Hose, barfuß ... Und so unausdeutbar diffus redet er auch. Oft nur in sich hinein, wie das „Sein oder Nichtsein". Wirft den Text scheinbar weg. Bricht plötzlich in metallene Schreie aus. Schlafft wieder ab und kriegt dann einen Schnellsprech-Anfall, wie wenn er Bekanntes möglichst rasch hinter sich bringen wollte.

Einen Ödipus-Komplex hat er nicht. (Den würde man gegenüber der Königin von Margit Carstensen noch am ehesten verstehen.) Seine Freundlichkeit wirkt gläsern, zerfahren. Sein Nachdenken läßt nicht auf Montaigne schließen. Vielleicht auf Manfred Wekwerth (Berlin-Ost). Kurzum: Brombacher entspricht genau der Ansicht Sigmund Freuds, „daß man im modernen Drama über den Charakter des Helden voller Unklarheit verbleiben könne". Verbleiben wir also.

Ein Schwerpunkt der Aufführung scheint mir die unmäßig ausgestellte Leidenschaft zu sein zwischen der erotomanisch aufgekratzten hohen Witwe und ihrem zunächst allzu symphatischen Gemahl Claudius (Michael Altmann). Sobald Hamlet mit den Schauspielern (unter urgewaltiger Führung des 93jährigen Erwin Faber) das Verbrechen an seinem Vater rekonstruiert, wandelt sich Claudius vom Liebling zum Feigling, der nervös mit Krone und Pyjama fummelt.

Anne Bennent ist eine Ophelia von unantastbarem Ernst. Erst angetan als Salon-Hascherl von 1900, dann eine mit Lehmbatzen hantierende Irre sozusagen von Format: sie weckt vielleicht als einzige Teilnahme und nicht bloß Interesse.

Rangordnungen sind bei dem lässigen Umgang miteinander oft schwer zu erkennen. Und das Phantasie-Zivil zwischen Frack, Pop und großer Robe (ah, die Königin!) signalisiert, daß mit der Zeit auch die alte Ästhetik aus den Fugen ist. Das Angebot reicht vom Wiener Opernball (2. Szene) über die Catch-as-catch-can-Fechtszene bis zu den Stiefeln eines bulligen US-Fortinbras auf dem Prunktisch des toten Königs.

Viele lasen den Text im Programmheft mit, weil teilweise unverständlich (aber besser als zuvor) gesprochen wurde. Im gebremsten Beifall traf lautes Buh den Regisseur. Auch Bierbichlers Totengräber hatte kein Glück mit seinem Reim auf „dumm" und „Publikum".

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 3., 10., 13., 16., 21. und 29. 1.; Karteninformationen: 089 / 21851.

Mainz: Chagalls Grafik in seltener Vollständigkeit

Der Text als Trampolin

„Wenn ich einen Lithographenstein oder eine Kupferplatte in der Hand hielt, glaubte ich, einen Talisman zu berühren." Auch wenn man den Chagallschen Überschwang davon abzieht, verrät dieser Satz etwas von dem Geheimnis, das die Graphik Marc Chagalls in unserem Jahrhundert so unvergleichlich macht. Chagall war ein geborener Graphiker; er hat es selber lange nicht gewußt. Auch in den Vorstellungen der Kunstkritik existierte er vornehmlich als „Magier der Farbe". Chagall, so war zu lesen, das sei „die Zauberkraft seiner autonomen Farben". Dabei wird das Geheimnis seiner Linie vergessen. Sie strahlt den gleichen Zauber und ebensoviel Poesie und Eigenwillen aus wie seine Farben, und zwar in den Gemälden genauso wie in den Zeichnungen, den Glasfenstern, der Graphik. Seine bewunderten Bildphantasien sind zunächst mit der zeichnenden Hand hingeschrieben, bevor die Farbe darin ihre magische Leuchtkraft entfaltet.

Chagall war bereits 35 Jahre alt, als er sich erstmals mit Graphik befaßte. Paul Cassirer in Berlin hatte ihn dazu angeregt und mit dem damals versiertesten Radierer, Hermann Struck, bekanntgemacht. In kurzer Zeit entstanden 35 Radierungen zu seiner Selbstbiographie „Mein Leben". Es wurden auf Anhieb herrliche, sehr persönliche und perfekte Blätter, in seinem unverkennbar leichten, phantastischen, scheinbar naiven Frühstil, der auch die Zeichnungen aus Witebsk auszeichnete. Sie begleiten selbständig und eigenmächtig den Text, mit dem sie unmittelbar kaum etwas zu tun haben. Nicht anders verhalten sich auch seine Illustrationen zur Bibel, zu Gogol oder La Fontaine. Immer wieder hat Chagall, um einen treffenden Vergleich seines Biographen Alexander aufzugreifen, die Texte „als eine Art Trampolin benutzt, um seine unverwechselbare Akrobatik zu vollführen".

Eine Ausstellung von seltener Vollständigkeit bietet Gelegenheit, dieses begeisternde Schauspiel zu betrachten. Sie wurde zusammengestellt von den Landesmuseen Mainz und Münster und ist jetzt (nach Münster) in Mainz zu sehen. Für die rund 300 Blätter mußte sogar auch die ständige Schausammlung des Mittelrheinischen Landesmuseums Platz hergeben. Gezeigt werden die wichtigsten Zyklen (bis 1966) und etwa 30 Einzelblätter, darunter mehrere Selbstbildnisse.

Die Zyklen beginnen mit der Radierfolge „Mein Leben", einer Art „Dichtung und Wahrheit". Gogols „Tote Seelen" haben in Chagall natürlich einen idealen Illustrator gefunden, der die Komik und die Schwermut seines Landsmannes wie kein anderer zu interpretieren vermochte. Die „Sieben Todsünden", nach Texten von sieben Autoren (darunter Giraudoux, Paul Morand, Max Jacob, Joseph Kessel), stellten Chagall vor die Aufgabe, menschliche Schwächen und Laster sinnbildlich darzustellen; gelegentlich geschah dies durch Transformation von Mensch zu Tier und umgekehrt. So stehen diese Radierungen auch stilistisch in der Mitte zwischen den Gogol-Illustrationen und den Fabeln von La Fontaine, wo die Charakterisierung menschlichen Verhaltens durch Tierdarstellungen zum Prinzip wird. Im Lauf der Zeit schuf Chagall daraus einen ganz eigenen mythologischen Tierpark nach einem nicht immer leicht zu durchschauenden Symbolsystem.

Die „Arabischen Nächte" (vier Erzählungen aus Tausendundeiner Nacht) kamen seiner Phantasie, von der er selbst sagte, sie sei „überraschend, orientalisch, schwebend zwischen China und Europa", besonders entgegen, und er ließ sie hier erstmals in üppigen, märchenhaften Farben schwelgen. Seither besetzte die Farblithographie einen hervorragenden Platz in seinem graphischen Werk. Die „Bibel" allerdings, seine bedeutendste Leistung im graphischen Bereich, illustrierte er zunächst mit 105 Radierungen schwarzweiß, doch nicht minder „farbig". Das Thema hat ihn nie wieder losgelassen; er hat es in Gemälden, Glasfenstern und zahlreichen farbigen Lithographien immer wieder aufgegriffen.

Auch der Moses-Zyklus „Exodus" besteht aus 24 Farblithographien. Das Alte Testament war zeitlebens für diesen kosmopolitischen Künstler, der seine jüdisch-chassidische Herkunft als ständiges „Reisegepäck", wie er sagte, überallhin mitschleppte, die „reichste poetische Quelle" seines Schaffens. Zur inneren Vorbereitung auf die Bibel-Illustrationen war er nach Palästina gereist, wo er „die Bibel in sich selber" fand.

Für seine Illustrationen zu dem antiken Hirtenroman „Daphnis und Chloe" besuchte er Griechenland, um sich mit der klassischen Landschaft des Longus vertraut zu machen. Die Reise hat sich gelohnt; Chagall – hier sei Ernst-Gerhard Güse aus dem Katalog zitiert – „hat den Roman in Blättern von höchster Farbintensität illustriert, die über alle Zeichnung hinweg Mensch und Natur zusammenschließt". (Bis 19. Januar; Katalog 35 Mark)

EO PLUNIEN

600 000 über Satellit im Gebet verbunden

DIETER DOSE, Berlin

Bis in die Nacht des Jahreswechsels, sechs Tage lang, steht das Internationale Congreß Centrum (ICC) in Berlin im Zeichen des Gebets und der Mission. Rund 4500 Christen, vor allem junge Menschen, aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland nehmen am Internationalen Kongreß für Gebet und Mission „Explo 85" teil. Die bislang größte Satelliten-Konferenz unter dem Motto „Damit die Welt anders wird" vereint etwa *600 000 Gläubige in 110 Orten in 53* Ländern.

„Explo" soll als Initialzündung für eine „Explosion" der geistlichen Bewegung in aller Welt dienen, Menschen im Gebet und in der Diskussion vereinen. In einem Interview erklärte Alt-Bundespräsident Karl Carstens, die Welt könne nicht gerettet werden „ohne das Zutun der göttlichen Gnade". Junge Christen forderte er auf, ihren Glauben öffentlich zu bekennen.

Die modernsten Errungenschaften der Technik machen es möglich, die „Explo"-Teilnehmer in aller Welt miteinander zu verbinden. So erschien auf einer riesigen Bildwand im ICC und in den anderen Konferenzorten am Samstag nachmittag der amerikanische Evangelist Billy Graham und sprach über Kontinente *hinweg* zu den Christen.

Zur selben Stunde war es in Seoul Mitternacht. Dort hatten sich im Sta*dion für die Olympischen Spiele 1988* Tausende versammelt und ihren Gruß nach Berlin geschickt. Von hier aber konnte auf der Bildwand der *Gottesdienst im Stadion von* Seoul verfolgt werden. Gemeinsam sprachen die Kongreßteilnehmer mit Bill Bright, dem Gründer der überkonfes*sionellen Missionsgesellschaft* „Campus für Christen", ein Gebet.

Es war nicht der einzige Kontakt der Teilnehmer in aller Welt unterein*ander. Viermal für jeweils zwei Stun*den wurden Predigten, Dokumentationen und Reportagen übertragen. Eine Schaltzentrale in London stellt *die Verbindungen für das Satelliten*programm her, die Brücke über Grenzen und Sprachbarrieren hinweg. Viele Helfer in den 110 Städten waren *notwendig, um die* Übertragungen möglich zu machen.

Bibelstunden, Konzerte, Seminare werden abgehalten. In Berlin gab es *zur Eröffnung das christliche Musical* „David – ein Sänger, ein König". Jeden Mittag um zwölf Uhr (Ortszeit) wurde das Programm für zwei Minuten unterbrochen. *Zum stillen Gebet* für jedermann.

Rund 4,6 Millionen Dollar kostete der weltweite Satelliten-Kongreß. Der größte Teil wurde von den Teilnehmern und aus privaten Spenden aufgebracht. In Berlin leistete der Wirtschaftssenator einen Zuschuß von 321 000 Mark.

Was nehmen Dicke nicht alles auf sich, um ihr „Idealgewicht" zu erreichen. Und wie häufig folgt den Qualen des Abspeckens nicht der ersehnte Erfolg. Welch frohe Botschaft also für alle Übergewichtigen, daß sie jahrzehntelang einem Trugbild aufgesessen sind. Dick ist nicht gleich dick, sagen heute die Mediziner, und aus den USA kommt gar die Kunde: „Dick ist sexy". Das Idealgewicht gilt nicht mehr, sondern das für jeden Menschen „optimale Körpergewicht". Steht uns also die Rückkehr zum Schönheitsideal eines Rubens bevor? Wer diesen Sirenentönen doch nicht so recht traut, für den gibt es ausgefeilte Programme, die lästigen Pfunde zu reduzieren.

Vom Versuch, die überflüssigen Pfunde doch noch loszuwerden

ULLA BETTGE, Freiburg

Der 25. Oktober war „der größte Hit" im Leben der Helga V. Es war der Tag, an dem sie sich in einer Boutique ein Paar Jeans von der Stange kaufte. Das Ungewöhnliche daran: Helga V. ist 44 Jahre alt und hatte sich vorher noch nie eine Hose von der Stange kaufen können. Maßgeschneidertes *mußte her, wenn sie* sportliche Kleidung wollte. Gängige Konfektionsgrößen waren für die 1,72 Meter große und 97 Kilogramm schwere Frau kein Thema. „Ich war immer dick", sagt die geborene Metzgerstochter, „alle in meiner Familie waren dick. In den Nachkriegsjahren hat das niemanden gestört". Metzgersleute waren eben dick.

Doch damit wollte sie sich nicht abfinden. So an die 20 Selbstversuche „abzuspecken" hat Helga V. mittlerweile hinter sich. Darunter Radikalkuren mit Nulldiät und Kreislaufkollaps, Gewaltentschlackung durch Abführmittel, Appetitzügler, Quellsubstanzen, einseitige Kost mit Entzugserscheinungen und nicht zuletzt die kohlenhydratfreie Atkins-Diät, bei der man sonst alles essen darf.

Die hielt sie ein halbes Jahr durch. 16 Kilo Gewichtsverlust und schwere Mangelsymptome waren das Ergebnis. „Da fängt alles an zu kribbeln, und mit der Zeit tut das richtig weh. Der ganze Körper ist wie eingeschlafene Füße." Brot, Kartoffeln und Obst brachten den Speiseplan wieder ins Lot – und die abgequälten Pfunde in Null Komma nichts zurück. „Unterm Strich hat sich nie was geändert", resümiert die 44jährige heute. Da ihren Mann die Korpulenz nicht weiter störte und sie selbst sich trotz allem immer noch fit fühlte, war sie schließlich soweit, den Traum vom Schlanksein zu vergessen.

Nur durch Zufall stieß sie beim Blättern in einer Broschüre der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) Freiburg auf ein Angebot, das einen letzten Versuch wert schien. Die Freiburger AOK-Niederlassung finanziert seit 1983 ein Behandlungsmodell für Übergewichtige, das Professor Uwe Koch vom Psychologischen Institut der Universität Freiburg und sein Mitarbeiterteam seit 1976 entwickelt und wissenschaftlich erprobt hatten, bevor es sich in der Öffentlichkeit bewähren sollte.

*Das Konzept wurde vom Bundes*gesundheitsministerium gefördert. Ein Team von Ärzten, Psychologen und Diätassistenten unter Leitung von Professor Reinhold Kluthe betreut die Übergewichtigen in Gruppen von acht bis 15 Teilnehmern. Aufgenommen wird jedes Freiburger AOK-Mitglied, das mindestens *20 Prozent* über dem sogenannten Normalgewicht (Körpergröße in Zentimetern minus hundert) liegt. Die Therapieplätze sind begrenzt. *Wartelisten liegen aus.*

Helga V. erfüllte mit gut 25 Prozent ihr Übergewichtssoll und meldete sich zu einem Aufnahmegespräch an. Ein halbes Jahr später wurde es ernst. Sie bekam *einen* Platz in der Dienstagsgrupppe, 17.30 bis 19.30 Uhr. Helga V. fiel unter den anderen Übergewichtigen nicht auf. „Unsere Patienten haben durchschnittlich 45 bis 50 *Prozent Übergewicht*", erläutert Koch, selbst Internist und einziger Lehrstuhlinhaber für *das Fach Rehabilitati*onspsychologie in der Bundesrepublik Deutschland.

Vom ersten Tag der halbjährigen Kur an werden die Teilnehmer *an seinen Kursen dazu* angehalten, ihr Eßverhalten selbst zu kontrollieren. Sie führen Buch über jeden Bissen, und *manch einer der Dicken, die sich* gerne als schlechte Esser und gute Futterverwerter ausgeben, staunt beim Kalorienzählen, was er so verputzt.

Essen aus Gedankenlosigkeit, essen aus Nervosität, aus Kummer, aus Lust, essen, essen ... Die „Ambulanten" führen Protokoll, gnadenlos und gewissenhaft, 14 Tage lang. „Wer schummelt, betrügt sich selbst", weiß Helga V. nur zu gut. Daneben bekommen sie von ihren ärztlichen, psychologischen und Diättherapeuten Nachhilfe in Ernährungslehre und Kalorienberechnung. Nachdem die Eßprobleme jedes Kursteilnehmers ihm selbst bewußt und der Gruppe bekannt sind, werden individuelle Therapieverträge zwischen Patient und Projektleiter abgeschlossen.

Darin verpflichtet sich etwa der notorische Fernsehnascher, nie mehr nebenher zu knabbern. Ihr maßgeschneidertes tägliches Kalorienlimit müssen alle einhalten. „Sünden" werden zu Beginn jeder Sitzung gebeichtet, Erfolge stolz vorgetragen. Die Talfahrt der Pfunde hat begonnen. Helga V. schafft in der ersten Woche schon dreieinhalb Kilo, ein halbes Jahr später wird sie einen Viertelzentner abgenommen haben. Sie ist der Star der *Gruppe. Zehn Prozent des vorherigen* Übergewichtes sollen mindestens auf der Strecke bleiben, heißt die Faustregel. Das *entspricht sieben bis acht* Kilo. Den Rekord hält ein Zwei-Meter-Hüne, der sein Übersoll von 60 Kilo um 43 Kilo erleichterte.

Manche geben auch auf. Von den insgesamt 400 Patienten, mit denen das Koch-Team gearbeitet hat, brachen 23 Prozent vorzeitig ab. Zwei Drittel von ihnen gaben als Grund mangelnde Motivation oder Konflikte mit der Gruppe an, ein Drittel machte äußere Umstände wie Umzug, Krankheit, Schwangerschaft geltend.

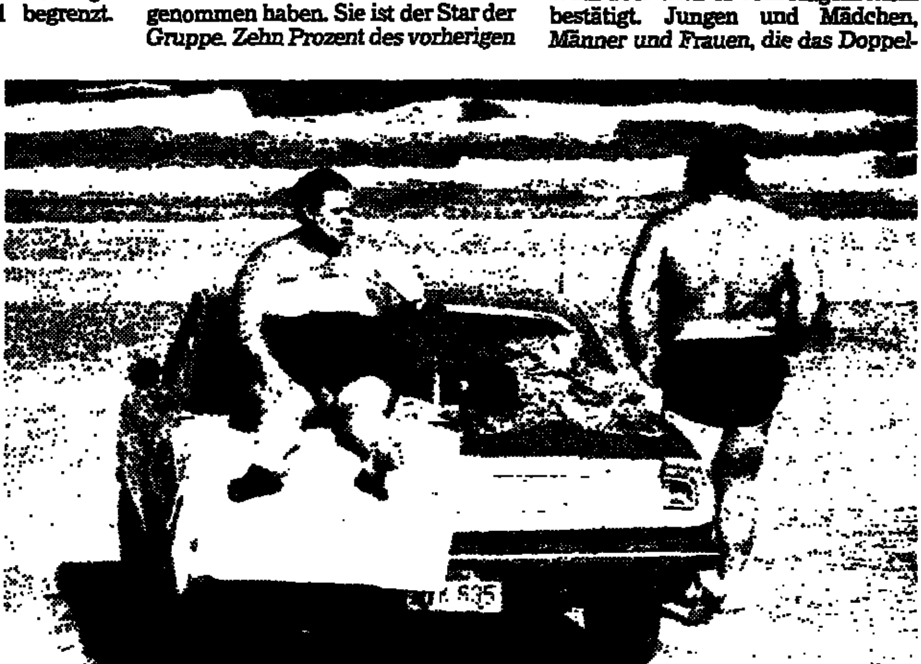
Als erfolgreicher Absolvent des Abnahmetrainings gilt, wer sein Übergewicht halbiert und das Erreichte auf Dauer hält. Die Freiburger AOK, die pro Kursteilnehmer rund 1000 Mark bezahlt, finanziert im In*teresse des Langzeiterfolgs* vier Nachsorgesitzungen im ersten Jahr. Geplant ist, wöchentliche Beratungen und Selbsthilfegruppen einzurichten.

Die Molligen proben den Aufstand

ERNST HAUBROCK, New York

In keinem Land der Welt, so die häufig gehörte Behauptung von Besuchern aus Übersee, gibt es so viele extrem übergewichtige Menschen wie in den USA. Ob das richtig ist, läßt sich statistisch nicht nachweisen. Wohl aber wird es vom Augenschein bestätigt. Jungen und Mädchen, *Männer und Frauen, die das Doppel*te, Drei- und Vierfache ihres so bezeichneten Normalgewichts auf die *Waage bringen*, gehören in den Supermärkten aller amerikanischen Vorstädte zum Alltagsbild. Die vor 16 Jahren gegründete Organisation „Na*tional Association to Aid Fat Ameri*cans" (NAAFA) hat nur rund 2000 Mitglieder, glaubt aber, daß es in Wirklichkeit zehn Millionen oder *mehr Fälle von Fettleibigkeit gibt.*

Bezeichnungen wie „morbid obesity" oder Übergewicht werden von der NAAFA abgelehnt. *Der Verband und* seine Mitglieder verwenden ohne Scheu das Wort „fat" (fett) und propagieren im Widerspruch zur Schulme*dizin die These, viel Fett und unge*wöhnlich hohes Gewicht seien weder krankhaft noch ein Grund, um mit strapaziösen Fastenübungen diesen *Zustand zu ändern.* Vielmehr seien Hungerkuren und ein Auf und Ab des Gewichts – und darin stimmen viele Mediziner zu – viel gefährlicher, als sich gelassen mit der Körperfülle abzufinden und ein konstantes, wenn auch weit über dem Durchschnitt liegendes Gewicht zu haben. Das vielpropagierte einheitliche „Idealgewicht" – weiß man heute – gibt es nicht, wohl aber ein für jeden Menschen unterschiedliches „optimales Körpergewicht" (set point). Und noch eines hat die *Forschung herausgefun*den: Mäßiges Übergewicht kann sogar eine Art Schutzfaktor darstellen, ja die Lebenserwartung mäßig Dikker ist sogar höher als die extrem Dünner.



Auch in unseren Breiten wieder chick und sexy? Fettpolster für die „mageren" Jahre FOTO: SVEN SIMON

Die NAAFA mit zahlreichen Ortsverbänden und vereinzelten Mitgliedern in Europa bemüht sich durch die Vermittlung eines Gemeinschaftsgefühls um die seelische Ausgeglichenheit ihrer Mitglieder und bekämpft *mit großem Einsatz Diskri*minierungen und Erniedrigungen, die Fettleibige in vielfältiger Form erleiden müssen. In Anlehnung an *die nur noch selten verwendete* Parole „black is beautiful" der schwarzen Minderheit hat die NAAFA den trotzigen Kampfruf „fat is beautiful" ausgegeben und verweist in diesem Zusammenhang gern auf die üppigen Akte von Peter Paul Rubens und anderen alten Meistern. Es gibt Clubabende und Tanzveranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und zum Kennenlernen eines Partners, einen Jahreskongreß, Rechtsberatung und ein Verbandsblatt mit Kleinanzeigen für Herzenswünsche.

Warum sind Fettleibige, wie es den Anschein hat, in den USA zahlreicher als anderswo? Wie Lisbeth Fisher Burns, 120 Kilogramm schwer, Vorstandsmitglied und Sprecherin der NAAFA in New York, erklärte, gibt es darüber nur Spekulationen. Es mag an den Eß-, genauer gesagt an den verbreiteten Naschgewohnheiten liegen: große Fleischportionen, Speiseeis auf Sahnebasis, Unmengen von stark zuckerhaltigen Snacks und Softdrinks, kein Kinobesuch ohne Eimer voller Popcorn. Es kann erblich bedingte Veranlagung oder eine durch Rassenmischung stärker hervortretende Neigung sein. Woran die Sprecherin nicht glaubt, ist die These vieler Psychologen vom Kummerspeck: „Wir Fetten sind fett, weil wir so sein müssen."

Kostenlose Fachliteratur kann von NAAFA, P.O. Box 43, Bellerose, N.Y. 11426, USA, angefordert werden. (SAD)

Zu Neujahr hält der Winter Einzug in Deutschland

AP, Frankfurt

Mit Schneegestöber und glatten Straßen wird den Metereologen zufolge das Neue Jahr einziehen. Bereits für den 1. Januar erwartet der Deutsche Wetterdienst in Offenbach neue Schneefälle, *die dann endgültig* günstige Bedingungen für den Skiurlaub in den Bergen bringen sollen. Zum Jahreswechsel soll es gute Wintersport*möglichkeiten in* den Alpen, im Südschwarzwald und im Bayerischen Wald geben. Schon am Wochenende hatte es im Norden und in der Mitte der Bundesrepublik heftig geschneit. Im Harz fielen 30 Zentimeter Schnee, im Sauerland 15 Zentimeter. Auf den Straßen Hessens und Nordbayerns kam es zu Behinderungen durch Schneematsch und Glätte. Von dem Schneeinbruch besonders betroffen waren Spessart, Rhön, Frankenwald und Fichtelgebirge. Im Laufe des Sonntags *griffen die* Schneefälle, die am Samstag bereits im Norden eingesetzt hatten, auf Süddeutschland und die Alpen über. Auf den Straßen *und Autobahnen* kam es zu zahlreichen Unfällen. Auf der Autobahn A 6 stießen zwei Autos bei einem Überholmanöver zusammen. *Aus der Trümmern* der Fahrzeuge wurden zwei Todesopfer und fünf Schwerverletzte geborgen.

Kunstraub noch ungeklärt

dpa, Mexiko-Stadt

Die mexikanische Polizei hat noch keine Spur von den Tätern, die am 1. Weihnachtstag 140 wertvolle präkolumbianische Objekte aus dem Anthropologischen Museum in Mexiko-Stadt gestohlen haben. Es verstärkte sich die Befürchtung, daß die Stücke ins Ausland geschafft wurden. Die Verhöre der acht Museumswächter haben bisher nichts zur Aufklärung beigetragen. Die Täter sind offenbar über das nur zwei Meter hohe Absperrgitter auf das Museumsgelände gesprungen und durch den Schacht einer Klimaanlage in den Keller des Maya-Saals vorgedrungen.

Fabius-Freund erschossen

dpa, Paris

Der 38jährige Pariser Rechtsanwalt Jacques Perrot, ein Jugendfreund des *gleichaltrigen französischen* Premierministers Laurent Fabius, ist von einem Unbekannten am Freitagabend erschossen worden. Ein Motiv *für die Tat ist nicht bekannt. Mögli*cherweise fiel Perrot einem Racheakt aus dem Milieu der Pferdewetter zum Opfer. Er hatte sich in den letzten Jahren auf Steuerfragen *spezialisiert* und zahlreiche Kunden in der Welt des Reitsports gehabt.

Nachwuchs bei Walesa

AFP, Warschau

Die Frau des polnischen Arbeiterführers Lech Walesa, *Danuta* Walesa, hat am Samstag ihr achtes Kind, ein fast acht Pfund schweres Mädchen, zur Welt gebracht. Wie Lech Walesa *sagte, hatten seine* Frau und er mit einem Jungen gerechnet. Der Vorname des Neugeborenen steht noch nicht fest. Die anderen Kinder der *Familie* vier Jungen *und* drei Mädchen, sind zwischen 15 und drei Jahre alt. Es sind: Bogdan (15), Slawek (13), Przemyslaw (11), Jaroslaw (9), Magda*lena (7), Anna (5) und Viktoria (3).*

Ärztestreik: Patienten tot

rtr, Dhaka

In Bangladesch sind während eines landesweiten Ärztestreiks mindestens 25 Krankenhauspatienten wegen mangelnder Behandlung gestorben. Das teilten Regierungsvertreter am Sonntag mit. Im Rangpur Universitätskrankenhaus seien vor allem Nieren- und Leberkranke gestorben. In vielen anderen Krankenhäusern hätten sich Krankenschwestern und Pfleger um die Patienten gekümmert. Seit Samstag streiken in Bangladesch Ärzte für bessere Bezahlung.

Kontrolle für Lebensmittel

dpa, Berlin

Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin will 1986 in Zusammenarbeit mit den Bundesländern ein flächendeckendes Überwachungsprogramm zur Feststellung von Vergiftungen der Lebensmittel durch Umwelteinflüsse aufbauen. Mit dem sogenannten Monitoring solle erforscht werden, inwieweit Lebensmittel über die gesetzliche Norm mit Schwermetallen, Pflanzenschutzmitteln oder Chemikalien verunreinigt seien und somit regional eine potentielle Gefährdung der Verbraucher darstellten, sagte BGA-Präsident Prof. Dieter Großklaus. „Wir würden dann das erste Land überhaupt sein, das mit flächendeckenden Untersuchungen im Chemikalienrückstandsbereich aufwarten kann."

WETTER: Kalt

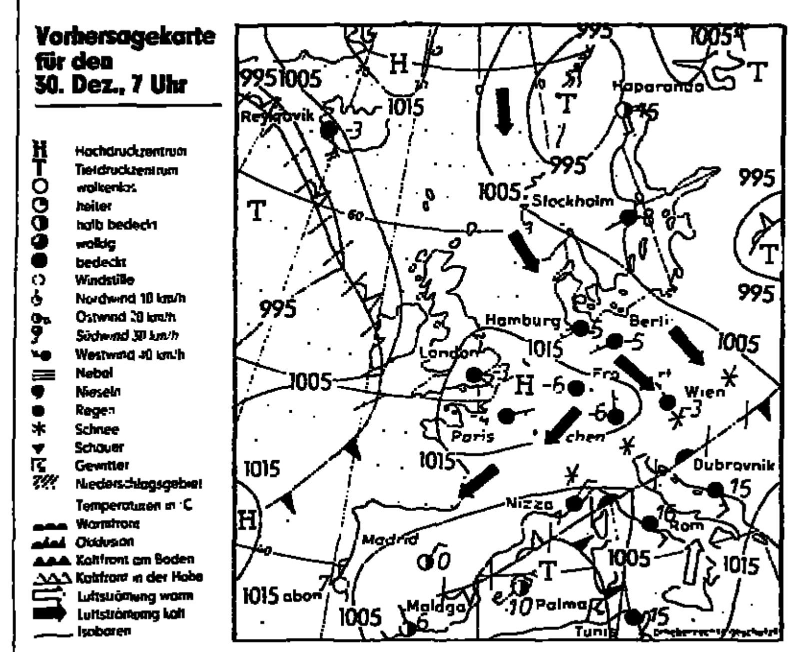
Lage: Während im größten Teil Deutschlands die eingeflossene Polarluft unter Hochdruckeinfluß gelangt, werden der Alpenraum und Südbayern von Tiefausläufern beeinflußt.

Vorhersage für Montag: Süden: Bewölkt und Schneefall. Temperaturen um minus 2 Grad. Nachts minus 5 bis minus 10 Grad. Schwachwindig. Übriges Bundesgebiet: Teils wolkig, teils heiter und niederschlagsfrei. Temperaturen um minus 1 Grad. Nachts zwischen minus 4 und minus 8 Grad. Schwachwindig

Weitere Aussichten: Im Alpengebiet weitere Schneefälle, sonst zunächst noch trockenes Frostwetter.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.27Uhr*, Untergang: 16.23Uhr, **Mondaufgang:** 20.51Uhr, Untergang: 11.17Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 30. Dez., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-2	S
Bielefeld	-3	bd
Braunlage	-5	S
Bremen	-3	bw
Dortmund	-5	Sr
Dresden	-4	S
Düsseldorf	-2	bw
Erfurt	-4	S
Essen	-4	Sr
Feldberg/S.	-8	S
Flensburg	-4	bw
Frankfurt/M.	-3	bw
Freiburg	0	S
Garmisch	1	R
Greifswald	-3	S
Hamburg	-4	S
Hannover	-3	Sr
Kahler Asten	-8	bw
Kassel	-4	S
Kempten	0	S
Kiel	-3	bw
Koblenz	-5	bw
Köln-Bonn	-3	Sr
Konstanz	1	S
Leipzig	-3	S
List/Sylt	-4	Ne
Lübeck	-3	S
Mannheim	-2	bd
München	0	S
Münster	-5	bd
Norderney	-2	he
Nürnberg	-1	S
Oberstdorf	1	S
Passau	2	R
Saarbrücken	-2	bd
Stuttgart	-1	bd
Trier	-3	bw
Zugspitze	-11	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	17	bw
Amsterdam	-1	he
Athen	17	bd
Barcelona	13	bd
Belgrad	16	bw
Bordeaux	3	bw
Bozen	2	bd
Brüssel	0	bw
Budapest	13	bw
Bukarest	6	bd
Casablanca	15	bw
Dublin	-2	Ne
Dubrovnik	14	bd
Edinburgh	-1	he
Faro	14	he
Florenz	14	bw
Genf	3	bd
Helsinki	-3	S
Hongkong	20	bw
Innsbruck	1	S
Istanbul	10	bw
Kairo	25	he
Klagenfurt	2	R
Konstanza	8	bw
Kopenhagen	-1	bd
Korfu	18	bw
Las Palmas	16	bw
Leningrad	-7	bd
Lissabon	12	he
Locarno	5	bw
London	-1	he
Los Angeles	14	he
Luxemburg	-4	bd
Madrid	7	bw
Mailand	4	bd
Malaga	15	bd
Mallorca	16	bw
Moskau	-1	S
Neapel	18	bw
New York	-3	bd
Nizza	14	bw
Oslo	-16	he
Ostende	1	he
Palermo	16	bw
Paris	1	bw
Peking	6	bd
Prag	-2	bd
Rhodos	17	bd
Rom	16	he
Salzburg	2	Sr
Singapur	30	bw
Split	17	bw
Stockholm	-9	bd
Straßburg	2	bw
Tel Aviv	19	bw
Tokio	15	he
Tunis	19	bw
Valencia	14	bd
Varna	14	bd
Venedig	7	bw
Warschau	-3	bd
Wien	4	R
Zürich	0	S

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

„Königin der Affen" von Wilderern ermordet

Dian Fossey kämpfte seit 18 Jahren gegen das Aussterben der Berggorillas / Tiere hielten sie für ihresgleichen

PETER MICHALSKI, London

Dian Fossey war schön, intelligent und berühmt. Aber sie lief auf allen Vieren und benahm sich wie ein Affe: grunzte, rülpste, bleckte die Zähne und lauste sich. Jetzt ist sie tot – vermutlich von Wilderern ermordet, die es auf die vom Aussterben bedrohten Berggorillas abgesehen haben. Ihnen hatte die Amerikanerin ihr Lebenswerk gewidmet.

Sie galt als eine der größten Tier*forscherinnen*. Die Fachwelt nannte sie „Queen of the Apes", Königin der Menschenaffen. Die Gorillas im ostafrikanischen Ruanda betrachteten die Menschenfrau als Artgenossin. Sie ließen sich von ihr anfassen, setzte sich sogar zu ihr auf den Schoß. Am zweiten Weihnachtstag wurde die Leiche von Frau Fossey in dem Forschungsinstitut Karisoke, das in der Bergregion Ruhegeri liegt, entdeckt.

Die 53jährige Forscherin hatte das Institut in dem bis zu 4500 Meter hohen Wildpark unweit der Dreiländergrenze mit Zaire und Uganda selbst gegründet. Seit 18 Jahren kämpfte sie für die Berggorillas im Virunga-Hochland nordöstlich des Kivu-Sees; 14 Jahre lang hat die Forscherin unter den Tieren gelebt. Wilderer machen Jagd auf Tiere, deren Köpfe und Pfoten als Touristenandenken begehrt sind. Bei den Eingeborenen sind die bis zu 1,80 Meter großen Affen mit ihren großen Reißzähnen als Menschenfresser verschrien. Fachleute schätzen, daß es nur noch etwa 240 Berggorillas gibt.

Die Polizei hat keine Spur von den Tätern. Aber sie ist überzeugt, daß sich die Mörder gut in dem Gelände auskannten. In Kenia lebende Freunde des Opfers vermuten, daß es sich um Wilderer handelte, die der Amerikanerin das Rettungshandwerk legen wollten. Immer wieder beseitigte sie die Schlingen, in denen sich die Affen verfangen sollten. Wilderer übergab sie der Polizei.

1980 nahm Frau Fossey ein kleines Negermädchen „gefangen", die Tochter einer Gorillajägerin, die ein Berggorillababy gefangen hatte. Die Forscherin kam wegen Geiselnahme vor Gericht. Auf Vorschlag der Angeklagten fällte der Richter einen salomonischen Spruch: Er verfügte den Austausch des Menschenkindes gegen das Affenbaby. Damals kam Dian Fossey mit einer Verwarnung davon. Jetzt traf sie die Rache der Wilderer. (SAD)

Die Forscherin Dian Fossey lebte 14 Jahre lang unter Berggorillas in Ruanda. Jetzt wurde sie in ihrem Camp ermordet aufgefunden FOTO: AP

„Onkel Pö" war mehr als ein Treff für Jazzfreunde

Ihr Tod war ein langmütiger Sadist, und wenn dort, wo sie heute *abend ihr Leben endgültig* aushaucht, an Ostern ein Bauloch jene so vertraute Ecke an Hamburg-Eppendorfs Lehmweg verschandelt, dann wird vielleicht sogar Hamburgs resolute Kultursenatorin Helga Schuchardt die Chronik der Ereignisse und deren Finale bedauern.

Ob Bauloch oder nicht – nach 15 nicht gerade sorgenfreien Jahren hat der inzwischen weltberühmte Treff der so getauften Hamburger „Szene", Onkel Pös Carnegie Hall, seinen endgültig allerletzten Seufzer getan, die letzte Lage Bier und Pineau über den Tresen gereicht und seine herrlich vergammelte Bühne den letzten Ab-Sängern *freigehalten*.

Das „Pö", wie das allenthalben bekürzelte Mekka für Folk, Rock, Pop und – vor allem – Jazz auch in Eng*land und den USA, Frankreich und* Skandinavien, Südamerika und Japan traulich geheißen ward – das Pö entschläft nicht friedlich, und an seiner statt atmet heuer zum Beispiel auch das „Birdland" an der Gärtnerstraße all die moderneren Jazzfans und -praktikanten ein: Die Elbmetropole ist keineswegs arm an Musik*läden für jeden Geschmack.*

Aber anno '70 war das reichlich anders. Da führte in der Oldtime-Hochburg Hamburg der moderne Jazz ein trauriges Leben am Rande der Ignoranz, gepflegt höchstens von Michael Nauras Vorgänger Hans Gertberg und seinen NDR-Jazzworkshops, und da waren auch Namen wie die von Otto Waalkes und Udo Lindenberg allenfalls Insider-Tips.

Peter Marxen, Kunststudent und bärtiger Jazzenthusiast, übernahm in jenem Jahr gemeinsam mit Bernd Curdua für 75 000 Mark die Kneipe am Lehmweg und ihren neuen Namen von einer mittlerweile verblichenen Pinte in Pöseldorf und schaffte es, mit bescheidensten Mitteln, Sperrmüllmobilar und jeder Menge Lust an Neuem, binnen weniger Jahre aus der *„Karnickelhalle" eine erstrangige* Anlaufstelle für Amateure, Repräsentanten aus der Musikbranche und noch nicht so ganz entdeckten Jungprofis zu machen.

Lindenbergs bahnbrechender Song „Andrea Doria" setzte dem Pö ein angemessenes Denkmal, erzählte von der „Rentnerband" und einem *Klavierspieler, der für 'nen Ragtime* 'ne Lage kassierte: Gottfried Böttger, der nachmals Unvermeidliche aus „Drei nach neun". Hier auch sammelte Otto genug Bühnensicherheit, um kurz danach im Audimax der Hamburger Uni seinen Durchbruch als Deutschlands beliebtester Clown zu erleben. Englands George Melley blödelte hier, und Glupschauge Marty Feldman schob im hinteren Billardraum manch ruhige Kugel.

Hier auch feierten Helen Schneider und Gitarrist Pat Metheny erste Triumphe, bevor von Köln aus Alfred Biolek auf ihn kam oder in Amerika die progressive Jazzszene. Hier zupfte der Baß-Proteus Charles Mingus noch die Saiten, rauhte Joe Cocker sich mit Bier und Schnaps die Stimme an und überraschte der Vokalartist Al Jarreau mit nie gehörten Kunst-Stücken. Woody Shaw und Dizzy Gillespie stießen hier in die Hörner, Elvin Jones rührte die Trommeln, Chet Baker jammte hier ebenso wie die große Ella Fitzgerald, und immer wieder war Michael Nauras NDR-Jazzredaktion dabei, um hier die Großen des modernen Jazz zu *dokumentieren, wo sie sich so wohl* fühlten wie in New Yorks „Half Note" oder Londons „Ronnie Scotts". Hier versenkte sich ein damals noch unbekannter Keith Jarett tief ins eigene Klavierspiel, und Evelyn Künnecke begann hier ein sattes Comeback.

So liest sich die Gästeliste dieser einmaligen, innen schwarz gepinselten Edelkaschemme für 200 Gäste wie ein internationales Who's Who quer durch die musikalischen Disziplinen, inklusive New Wave und Punk. Denn als 1978 Peter Marxen, genervt durch immer neue Probleme mit dem Kämpfen um Subventionen für das vom Schwamm zerfressene Haus, aufs Land zog und Holger Jass das Pö übernahm, mußten Rock, Punk und New Wave all die Löcher stopfen, die die mitunter horrenden *Gagenforderungen der arrivierten* Jazzer rissen. Der Tod von Onkel Pö war eine Frage der Zeit, auch der Senat mochte dem Onkel in seiner Agonie nicht beispringen.

So mag er denn, endlich, in Frieden ruhen. ALEXANDER SCHMITZ

ZU GUTER LETZT

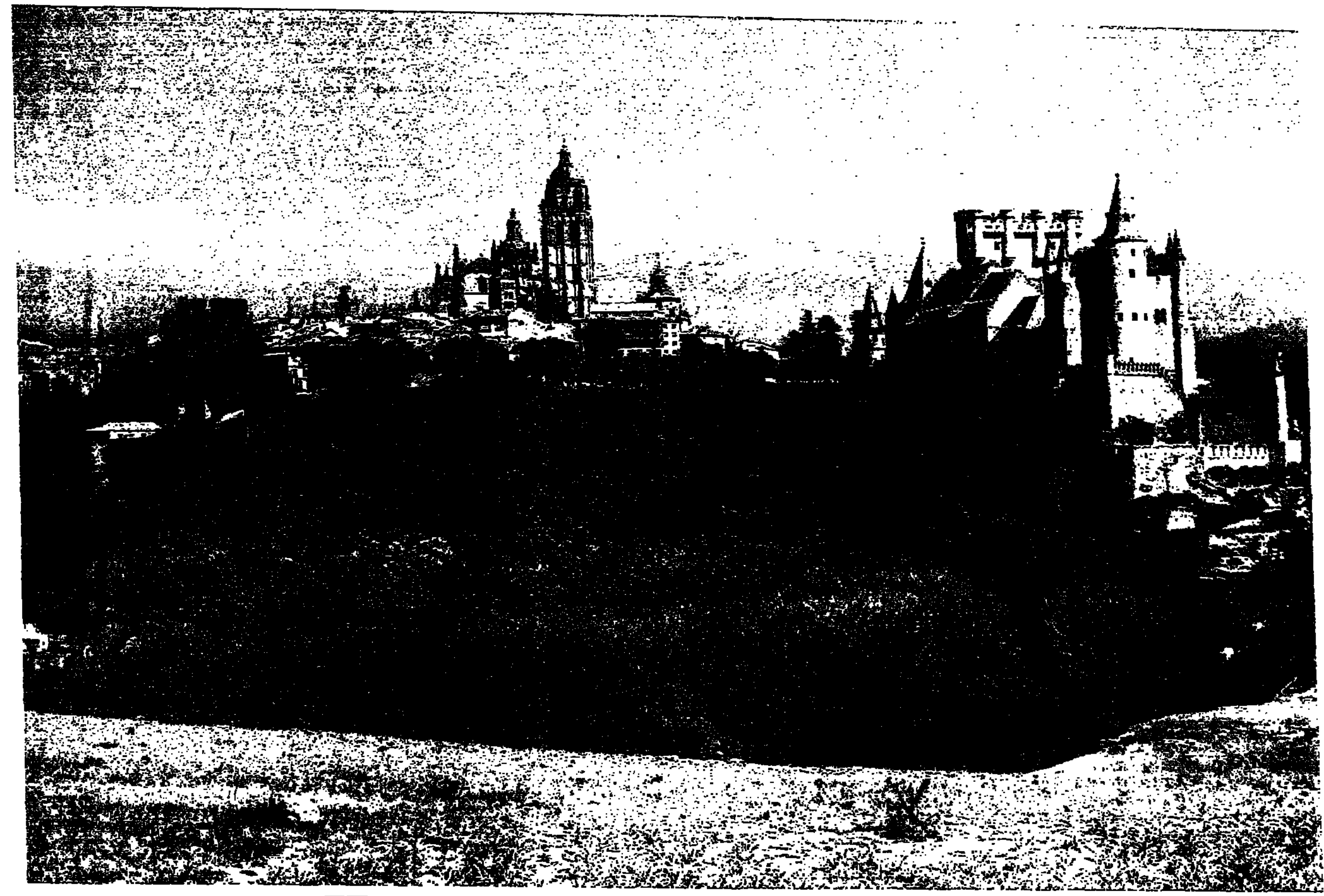
Künstlerischer Nutzung können die Bürger Gelsenkirchens ihre alten Wecker, überdrehten Armbanduhren und defekten Zeitanzeigern zuführen. Die Theaterwerkstätten des „Musiktheaters im Revier" suchen zur Ausgestaltung des Bühnenbildes für die Neuinszenierung der komischen Ravel-Oper „Die spanische Stunde" jegliche Art von Uhrenschrott. Das Uhrengerümpel kann ab sofort beim Bühnenpförtner abgeben werden.

Montag, 30. Dezember 1985

WELT REPORT

Nr. 302 · DIE WELT

Spanien, willkommen in der Europäischen Gemeinschaft



Spanien wird vom 1. Januar 1986 an Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft sein. Zusammen mit dem iberischen Nachbarn Portugal wird das politisch geeinte Europa dann aus zwölf Partnern bestehen. Für Spanien ist es der Abschluß der Rückkehr zu Demokratie und Freiheit. Doch dieser Weg bliebe umkehrbar, solange nicht die Wirtschaft europäisches Niveau erreicht. Die „etablierten" Europäer bleiben aufgefordert, den iberischen Neulingen zu helfen

EG bedeutet für Madrid vor allem Innovation

Von ROLF GÖRTZ

Die technische Revolution muß von der Gesellschaft ausgehen. Es hieße Unmögliches verlangen, die Initiative der Bürokratie zu überantworten. Ohne wirtschaftliche Effektivität gibt es auch keinen sozialen Fortschritt." Diese Erkenntnis trug der spanische Ministerpräsident Felipe González dem 30. Kongreß der von ihm geführten Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, PSOE, vor. Sein Wort muß als eine Maxime verstanden werden, die den Anschluß an eine marktwirtschaftliche Entwicklung sucht, ohne schon jetzt auf einen dirigistischen Anstoß verzichten zu können. Dazu fehlen sowohl die unternehmerischen als auch die politischen Voraussetzungen.

Um einen solchen Kompromiß auf die spanische Gegenwart zu übertragen, wurde unter anderem das „Zentrum für die Entwicklung der industriellen Technologie", CDTI, geschaffen. Als Anstalt des öffentlichen Rechts, aber den Gesetzen eines Privatunternehmens unterworfen, soll CDTI in enger Zusammenarbeit mit Eureka den Anschluß an die Zeit herstellen, ohne die starke Abhängigkeit von den großen internationalen Unternehmen noch weiter zu vertiefen. In Zusammenarbeit mit den Ministerien für Industrie, Verteidigung, Landwirtschaft und Gesundheit sucht CDTI förderungswürdigen Projekte der staatlichen und privaten Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Also keine neue Holding wie das an einer Übergröße leidende nationale Industrie-Institut INI, sondern ein Instrument, das sich darauf beschränken soll, durch Vorzugskredite Überbrückungshilfen zu leisten. In Notfällen beteiligt sich der Staat zur Hälfte am Risiko, entweder über Krediteo der über echte Minderheitsbeteiligungen. Auf jeden Fall aber steigt das CDTI mit seinem Anteil in dem Augenblick wieder aus, in dem das Projekt läuft.

Natürlich. Vorhaben und Praxis entwickeln sich nicht immer deckungsgleich. So erscheinen denn im wesentlichen immer noch Unternehmen der staatlichen Holding INI auf der Liste dieser technologischen „Revolutionäre". Im Prinzip aber mühen sich die aus Katalonien in die Madrider Zentrale geholten Wirtschaftsfachleute um die Förderung der Privatwirtschaft. Wenn auch der sehr geringe Eigenkapitalanteil des spanischen Durchschnittsunternehmens ein größeres Investitionsvolumen bisher nicht zuließ, so liegt die Privatinitiative dennoch erheblich über der der Staatsbetriebe, jedenfalls bei den Investitionen.

Die Madrider Wirtschaftspolitik folgt konsequent jener Entwicklung, die in den sechziger Jahren mit dem „spanischen Wirtschaftswunder" einsetzte. Eine protektionistische Wirtschaftsführung lenkte damals den Devisenzufluß des mächtig einsetzenden Touristenstroms jener Jahre in die Industrialisierung des Landes. Spanien rückte in die Spitzengruppe der Industriestaaten vor.

Schon 1958 hatte der damalige Handelsminister Ullastres zusammen mit dem deutschen Wirtschaftsminister Erhard im Alleingang den spanischen Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu betreiben versucht. Staatschef General Franco blies diesmal noch die bereits angelaufenen Verhandlungen wieder ab. Im Jahre 1962 stellte die spanische Regierung dann den ersten offiziellen Antrag auf Assoziation mit dem Ziel des Beitritts.

Über zwei Jahrzehnte mußten ins Land gehen, ehe die europäischen Regierungschefs im Sommer 1985 in Lissabon und Madrid die Beitrittsdokumente für Spanien und Portugal unterzeichneten. Die ablehnende Zurückhaltung der Konkurrenten auf dem Agrarmarkt, also Frankreich und Italien, hatten aber auch ihr Gutes. Sie förderte in Wirtschaft, Verwaltung, aber auch in der Bevölkerung selbst einen Bewußtseinsprozeß der notwendigen Umstellung. Denn darüber herrscht kein Zweifel: der am 1. Januar 1986 nach der Ratifizierung durch die europäischen Parlamente in Kraft tretende Beitritt wird Spanien auf eine harte Probe stellen.



Für das kommende Jahr kann man kaum mit einem Wirtschaftswachstum rechnen. Unter dem Druck des nunmehr effektiv einsetzenden Wettbewerbs wird noch mancher Betrieb seine Tore schließen müssen. Schon aus diesem Grunde dürfte eine wesentliche Senkung der Arbeitslosenziffer nicht möglich sein. Dennoch entspricht der Beitritt einem historischen und sehr tiefgehenden Ansinnen der Spanier, das weit über die wirtschaftliche Bedeutung hinausgeht.

Die Hoffnung der sechziger Jahre, den ersten Wohlstand eines in der spanischen Geschichte bis dahin unbekannten Mittelstandes auszubauen, belebte schon die ausgehende Franco-Ära. Das Symbol jener Jahre stellte der Seat-600 dar, der erste auch für den kleinen Mann erschwingliche Kleinstwagen. Die überall lebendige Vorstellung, mit dem wirtschaftlichen Fortschritt auch die demokratischen Gesellschaftsformen eines modernen Staates zu erreichen, half nach dem Tode Francos vor zehn Jahren, den erstaunlich reibungslosen Übergang von der Diktatur in die Demokratie zu verwirklichen.

Den ideologischen Gehalt des Franco-Staates hatte bereits das zweite vatikanische Konzil in Frage gestellt, als es die Einheit von Staat und Kirche aufkündigte. So durfte es denn nicht verwundern, daß die Cortes, das Ständeparlament, ohne große Debatte sang- und klanglos seine Selbstauflösung beschloß und damit den Weg in die Demokratie, den Aufbruch nach Europa freigab.

Noch in der Opposition, aber schon im Parlament und somit an der politischen Neugestaltung des Landes beteiligt, zeigte sich die Sozialistische Partei enttäuscht, das Ziel ihrer rebellischen Epoche, nämlich die ruptura (Bruch) mit der Vergangenheit, nicht erreicht zu haben. Ihr Programm blieb deshalb der cambio, womit der totale Wandel der Gesellschaft gemeint war.

Aber einmal gewählt, stellte sich die Regierungsmannschaft der Sozialistischen Partei sofort rückhaltlos auf die im Grunde genommen unpolitischen Erwartungen der Spanier ein. So vermieden die Sozialisten bewußt jene Fehler, die ihre Gesinnungsfreunde in Paris mit den Versuchen einer Staatswirtschaft begingen.

Ministerpräsident González zog die Lehre aus dem spektakulären Offiziersputsch vom Februar 1981, als er die Zügel der haltlos ausufernden Autonomiepolitik des neugeschaffenen Bundesstaates fester in die Hand nahm und auch entschlossen dem Terrorismus entgegentrat.

Sein autoritäter Führungsstil mag von der bürgerlichen Opposition ebenso wie vom linken Flügel seiner eigenen Partei heftig gerügt werden – allein, wenn seine Regierung Aussicht hat, auch die zweite Legislaturperiode antreten zu können, dann auch wegen dieses Führungsstils und einer gemäßigten Zielsetzung, die in der Wirtschaftspolitik auf sozialistische Experimente verzichtet.

Eine Analyse der Stimmenverteilung bei den jüngsten Landtagswahlen im Galizien bestätigt den seit zwanzig Jahren sichtbaren Trend zur Mitte. Weder die siegreiche bürgerliche Volksallianz Frage Iribarnes noch die in Galizien an zweiter Stelle rangierenden Sozialisten hatten mit dem Stimmenerfolg der neu aufgetretenen Liberalen Partei (rechte Mitte) gerechnet. Diese wird das Zweiparteiensystem zwar nicht aufheben, aber sowohl das konservative Lager als auch die Sozialisten in ihrer Politik mäßigend beeinflussen.

„Was uns fehlt, sind Technologie und die Organisation der Unternehmer"

„Das Wichtigste", sagt Felipe González, Spaniens Ministerpräsident, „ist, daß Spanien nicht nur ein passiver Markt in der Gemeinschaft bleibt, sondern aktiv wird, einflußreich. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und politisch." Mit González sprachen Rolf Görtz und H.-H. Holzamer.

WELT: Sie sagten auf dem 30. Kongreß Ihrer Partei, ohne wirtschaftliche Wirksamkeit gebe es keine soziale Wirksamkeit. Und im Zusammenhang mit der technologischen Revolution forderten Sie, die technologische Revolution solle aus der Gesellschaft selber kommen. Kann man die Wirtschaft stimulieren, wenn der Druck von seiten des Staates so stark ist?

González: Dies ist ein Gedanken, der mich verfolgt, seitdem ich in der Politik bin. Es ist die Notwendigkeit, daß Spanien nicht noch einmal den Bezug zur Geschichte verliert. Von da ausgehend die Überlegung: Ist Spanien generell in der Lage, sich mit seiner Herausforderung auseinanderzusetzen? Und gibt es nicht zu viel Intervention von seiten des Staates? Ich glaube, daß wir in Spanien etwa die gleichen Bedingungen haben wie Europa mit einigen Nachteilen und einigen Vorteilen. Nachteile, weil es in Spanien das Phänomen einer politischen Diktatur gab mit sehr starken Interventionen, hartem Protektionismus in der Wirtschaft und rigiden gesetzlichen Verordnungen.

In den industriellen Beziehungen muß man das Phänomen der Freiheit hinzufügen. Rechte werden heute nicht nur von den Arbeitern verlangt, sondern auch von seiten der Arbeitgeber. Beide wollen nichts verlieren von dem, was sie meinten, gewonnen zu haben.

Aber die spanische Wirtschaft gewinnt von Tag zu Tag mehr an Flexibilität.

Ich möchte den vorherigen Regierungen keine Vorwürfe machen, aber wir haben eine industrielle Rückumwandlung vollzogen und uns enorm bemüht, daß nicht eine größere Menge von Unternehmen vom öffentlichen Sektor zum privaten Sektor übergeht.

Das nationale Institut für Industrie wurde im Jahre 1941 oder 1942 gegründet. Seit diesem Jahr bis zu unserer Regierungsübernahme ist kein Jahr vergangen, ohne daß nicht eines oder mehrere Unternehmen verstaatlicht wurden: fast immer mit Verlusten.

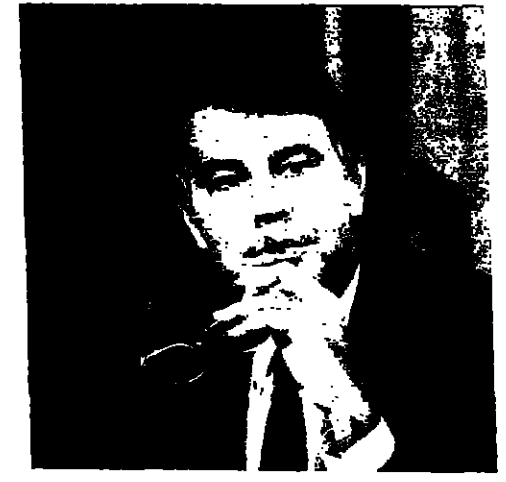
Dieser Prozeß wurde zum ersten Mal in dem Moment gestoppt, als der demokratische Sozialismus die Macht übernahm, auch wenn es paradox klingt.

Die Bedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit sind davon abhängig, wie viele staatliche Interventionen es gibt, obwohl ein Teil davon langsam verschwinden sollte.

Dies hängt davon ab, daß wir noch eine geringere technologische Entwicklung haben und daß wir nicht in der Lage sind, uns auf Unternehmerebene zu organisieren. Dies sind meiner Meinung nach die zwei Schlüsselfaktoren. Modernisierung vom Standpunkt der Industrie und Organisationsfähigkeit.

Ein Unternehmen mit den gleichen technologischen Bedingungen in Spanien und in Deutschland leistet mehr in Deutschland, obwohl die Kosten größer sind als in Spanien. Wir erreichen weniger Leistung, weil die Unternehmerorganisation noch nicht in funktionsfähiger Weise existiert.

Es gibt eine Art erster Hilfe durch den SETI. An dieser Organisation sind wir beteiligt, sogar in den Projekten, aber danach kehren wir zurück. Wir ziehen uns von der Gesellschaft zurück, der wir geholfen haben.



Es besteht Übereinstimmung, daß Spaniens Wirtschaft aufgebaut wird, sagt Felipe Gonzalez. Aber wir müssen sicherstellen, daß sich die Macht nicht in den falschen Händen ballt
FOTO: SVEN SIMON

Wir haben das System staatlicher Hilfen für die Großindustrie und das Finanzwesen.

Die Banken sind mit öffentlichen Geldern wiederbelebt worden. Und auch mit dem Geld der Banken hat die jetzige Regierung niemals die Absicht gehabt, das Brot des privaten Sektors für sich zu behalten. Sie hat es erneut dem privaten Sektor zurückgegeben. Wir haben dies getan, weil es uns vernünftig erscheint vom wirtschaftlichsten und progressivsten Standpunkt aus.

Das Problem eines Modells im Kampf gegen die wirtschaftliche Krise ist nicht gelöst, weder in Spanien noch in Europa. Der beste Mechanismus, den es überhaupt gibt, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, ist die Übereinstimmung zwischen den sozialen Parteien, Unternehmern, Arbeitnehmern und den Behörden der Regierung. Wenn es einen Dialog, eine flexiblere Übereinstimmung gibt, werden wir meiner Meinung nach sehr gute Ergebnisse erreichen.

Japan wird als ein vorbildliches Land betrachtet. Das Einverständnis zwischen den Verwaltungen und der Welt der Unternehmer ist total. Der Verantwortungsgrad der Unternehmer bei dem, was man in Europa unter sozialer Sicherheit der Arbeiter kennt, ist total. Das heißt, die Mechanismen der Verständigung in Japan sind anders, aber viel stärker als die Mechanismen der Verständigung in Europa.

Was den Industriebereich angeht, man erwartet, daß Spanien nach einem Jahr Nettozahler an die EG sein wird. Das heißt, wir kriegen was raus, aber nur im Sozial- und Agrarbereich. Industriell haben wir von der EG überhaupt nichts zu erwarten.

WELT: Erwarten Sie generell, daß eine industrielle Verflechtung durch die Beteiligung deutscher oder europäischer Firmen an spanischen Unternehmen kommt?

González: Man soll nicht nur die Rolle der großen Unternehmer betrachten, und nicht die Rolle aller Unternehmer, aber doch die der großen wie zum Beispiel Telefonica, ein Kommunikationsunternehmen mit neuen Technologien. Und man muß vor allem die Rolle der mittleren Unternehmer sehen, die eine eigene technologische Revolution suchen. Unsere Teilnahme an dem Eureka-Projekt wird mit mittleren Unternehmen erfolgen.

Im Fall von Telefonica hat man ein Abkommen mit ATT beschlossen, mit dieser nordamerikanischen Firma. Frankreich, das eine eigene Technologie im Bereich der Informatik besitzt, kann ein Partner werden, wenn wir die nötige intellektuelle Schulung haben. Der Sprung in die Spitzentechnologie wie die der ATT wird in Spanien stattfinden; und möglicherweise vor anderen europäischen Ländern. Eine nationale Industrie mit neuen Technologien – national nicht im Sinne von verstaatlicht, sondern in Spanien ansässig – kann wichtige Sprünge erlauben.

Ich würde zwischen zwei Sachen unterscheiden. Die großen Unternehmer verfügen über Beharrungsvermögen und eine Kapazität, die die kleineren und mittleren Unternehmen nicht haben. Aber die wirkliche Modernisierung der spanischen Gesellschaft vom wirtschaftlichen Standpunkt aus vollzieht sich im gesamten Netz der kleineren und mittleren Unternehmen, die sich ändern werden aufgrund des europäischen Impaktes.

WELT: Sie wollen versuchen, direkt, unter Aussparung der Schwerindustrie wie Stahl, Eisen, Kohle, auf den Zug der Kommunikationsindustrie zu springen?

González: Wir wollen beides gleichzeitig machen, nichts aussparen.

WELT: Ihre wirtschaftliche Politik unterscheidet sich nicht sehr viel von der wirtschaftlichen Politik der übrigen europäischen Länder, mit einer konservativen Regierung inbegriffen. Aber hier beginnen die Schwierigkeiten mit der Gewerkschaft.

González: Ich weiß nicht, ob Sie meinen, daß ich mir Sorgen machen muß oder daß sich die konservative Regierungen Sorgen machen soll.

Ich bin tatsächlich der Meinung, daß meine Politik sich durchsetzen wird bis zu dem Punkt, daß in der letzten Lesung im Parlament über den Zustand der Nation ein Vertreter der Kommunisten, und ich sage ja nicht einmal ein Vertreter der Gewerkschaft UGD, sondern ein kommunistischer Vertreter, es gibt vier im Parlament, folgendes bestätigte. Er sagte mir: „Schauen Sie mal, Herr Präsident, ich bin bereit zu akzeptieren, daß die Politik, die Sie machen, diejenige ist, die man machen soll. Meine Sorge ist nur, daß am Ende dieses Prozesses, der ja Mühe und Opfer verlangt", und er hat recht, „die Machtverhältnisse in der Gesellschaft so bleiben, wie sie heute sind. Meiner Meinung nach bedeutet die Macht in der Gesellschaft, daß die Rechte Spanien wirtschaftlich regiert."

Diese Sorge ist eine legitime Sorge von seinem Standpunkt aus gesehen. Ich bin der Meinung, daß die politische Macht genügt, wenn man sie ernsthaft ausübt.

Zusätzlich zur politischen Macht muß man die wirtschaftliche Macht addieren. Man muß die Gefahr des Totalitarismus vermeiden, die jede Macht in sich hat, sei es von seiten der Rechten, sei es von der Linken oder von der Mitte.

Aber ich bin nicht der Meinung, daß der Staat die wirtschaftliche Macht in Anspruch nehmen soll. Dies hat zu gar nichts geführt. Jene Staaten, die die ganze wirtschaftliche Macht kontrolliert haben, haben in diesen Ländern die Entwicklung zum Scheitern gebracht, auch zu einem wirtschaftlichen Scheitern.

WELT: Ein Wort zu Lateinamerika, besteht die Gefahr, daß Nicaragua in Richtung Kuba geht?

González: Diese Gefahr kann man größer oder kleiner sehen. Aber dies rechtfertigt nicht, daß man eine Initiative für Mittelamerika beginnt, die Nicaragua aus der Region trennt. Man wird keinen vernünftigen Weg gehen können, der nicht durch Costa Rica, Nicaragua und Honduras geht. Werden die Projekte der Zusammenarbeit an der Grenze zu Nicaragua abgeschnitten und nimmt man sie wieder an der Grenze zu Honduras auf, ist das nicht vernünftig. Man kann nicht die demokratischen Prozesse in der Region festigen, wenn man nicht an die gesamte Region denkt. Sonst wird Europa bei dem Versuch, Mittelamerika zu helfen, scheitern.



INFE
IBERIA
HANDELSKAMMER
INDO
AUF EINEN BLICK

Garcia Blanco will jetzt nachziehen

Die CMA vermarktet Produkte aus deutschen Landen weltweit. Die Sopexa tut dies für Produkte unter dem Zeichen des französischen Hahns, und das ICE das Gleiche für die Gaben der italienischen Erde.

„Wir müssen da nachziehen", sagt der Generaldirektor des INFE, José Ignatio Garcia Blanco zur WELT. INFE ist das nationale spanische Institut zur Förderung des Exportes. „Unsere Exporte haben sich schon in den beiden letzten Jahrzehnten enorm vervielfältigt, und ich glaube, daß der Eintritt Spaniens in die Gemeinschaft mit dem Zuwachs eines heimischen Marktes und dem Abbau der Zollschranken zu einer bedeutenden Zunahme der wirtschaftlichen und finanziellen Kontakte führen wird. Er wird auch dazu führen, daß der Export von unseren zahlreichen Firmen, der in einigen Fällen früher vielleicht nur einen punktuellen und zufälligen Charakter hatte, auf eine breite kontinuierliche Basis gestellt werden wird."

Eine besondere Zunahme wird dabei seiner Meinung nach nicht nur der Export technologischer Produkte wie Autos, Maschinen und Büroausrüstung erfahren, sondern vor allen Dingen auch der Lebensmittelbereich, der bislang eher eine „diskrete Präsenz" auf dem Markt der Gemeinschaft hatte. Das will er nun ändern durch technologische Verbesserungen der Herstellung, die es dann erlaube, Produkte zu einem wettbewerbsfähigen Preis zu liefern, zum anderen durch ein konzentriertes und mit bestimmten Zielvorgaben versehenes Marketing.

Für die Bundesrepublik plant das INFE die Eröffnung eines Büros in Düsseldorf, also dort, wo auch schon das ICE und die Sopexa zu Hause sind. INFE Düsseldorf will den Kontakt zu deutschen Importeuren herstellen, den Markt studieren und Informationen und Analysen über seine Chancen den spanischen Exporteuren zur Verfügung stellen. Die technischen Normen und Maßnahmen zur Harmonisierung werden gesammelt und ausgewertet.

Das INFE muß da vieles nachholen, aber Generaldirektor Garcia Blanco ist zuversichtlich, daß dies gelingt. Erste Akzente will man schon auf der Grünen Woche in Berlin setzen. J.A.

„EG-Beitritt wird unsere Wirtschaft zu weitgehenden Anpassungen zwingen"

Von LUIS MENA

Wenn die Mehrzahl der Deutschen und Spanier den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft als folgerichtig erkennt, ist dies, aus der Sicht der deutsch-spanischen Beziehungen, letztlich auch die logische Konsequenz einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit zweier europäischer Länder auf dem Gebiet der Wirschaft, zu der die Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen beider Länder, die einer Handelskammer oder ähnlichen Institution angehören, erheblich beigetragen haben.

Gleiches gilt für die anderen Länder der Zehner-Gemeinschaft, mit denen Spanien traditionell Handelskontakte pflegt.

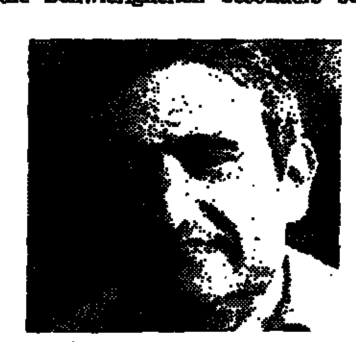
Der Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft wird Auswirkungen politischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art haben, die jedoch, so steht zu erwarten, eine Konsolidierung der demokratischen Verfassungsordnung, die sich das Land in freien Wahlen gegeben hat, zur Folge haben werden.

Es steht ebenfalls zu erwarten, daß das Spanien-Bild der meisten Nord- und Mitteleuropäer in einer erweiterten Gemeinschaft schärfere Konturen annimmt und eine nuanciertere Betrachtungsweise der spanischen Wirklichkeit erlaubt als die, die bei kurzen Aufenthalten als Tourist möglich ist. Denn Spanien hat eine kulturelle Vielfalt zu bieten, die von vielen Europäern erst noch entdeckt werden muß.

Aus wirtschaftlicher Sicht wird die Erweiterung langfristig vor allem Vorteile für die Gemeinschaft und für die beiden neuen Mitgliedsstaaten bringen, da sie zu einer wesentlichen Stärkung des Binnenmarktes und der handelspolitischen Stellung der Gemeinschaft auf dem Weltmarkt führen wird.

Bewußt muß man sich jedoch darüber werden, daß eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche nicht unerhebliche Folgen haben wird.

Im landwirtschaftlichen Bereich werden sich in Spanien kurzfristig die Schwierigkeiten besonders be-



Partner der Wirtschaft
Luis Mena

merkbar machen, nicht nur weil die Hektarerträge niedrig sind, die Milchleistungen der spanischen Kühe zu wünschen übrig lassen oder das Schweinefleisch die Veterinärkontrollen der EG wohl erst gar nicht passieren wird, sondern auch, weil die spanischen Produktions- und Vermarktungsbedingungen es notwendig machen werden, die vorgesehene Übergangszeit zu Strukturverbesserungen zu nutzen, um eine Integration auf der Grundlage der Chancengleichheit für die Landwirtschaft Spaniens gegenüber den anderen EG-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Wenn auch die spanische Wirtschaft gegenwärtig in jeder Beziehung offen, ihr Internationalitätsniveau im Wirtschaftsaustausch und in der unternehmerischen Präsenz ausländischer Firmen hoch ist, wird die Erweiterung sie doch zu längst fälligen Anpassungen zwingen.

Die allgemeine siebenjährige Übergangsperiode für Industrieerzeugnisse – mit Ausnahme besonders empfindlicher Gebiete und Erzeugnisse – müssen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Sektoren genutzt werden. Dafür müssen mit Hilfe der Gemeinschaftsinstrumente Maßnahmen (grundsätzlich wirtschaftlicher Art) zur Unterstützung der Bemühungen Spaniens bei der Anpassung – und zwar vor allem im industriellen Sektor – getroffen werden.

Im Hinblick auf die Schaffung eines großen europäischen Binnenmarktes, der nach den Worten von Bundeskanzler Kohl „bis 1992 Wirklichkeit sein muß", um die strategische Position gegenüber Japan und den Vereinigten Staaten zu verbessern, stellt sich gleich die Aufgabe, die wirtschaftliche Konvergenz in der erweiterten Gemeinschaft als absolut vorrangiges Ziel zu betrachten.

Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten muß best- und schnellstmöglich abgebaut werden, dergestalt, daß die Ausgangsbasis für alle möglichst gleich ist.

Um diese ehrgeizigen Ziele so weit wie möglich zu verwirklichen, ist zum einen eine Umstrukturierung der Wirtschaft der beiden Länder, die jetzt in die Gemeinschaft aufgenommen werden, unerläßlich.

Luis Mena ist Generalsekretär der Deutsch-Spanischen Handelskammer, Frankfurt.

Europäischer Wind unterm Flügel

Mit dem Eintritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft rechnet die spanische Fluggesellschaft mit einem verstärkten Geschäftsreiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und Spanien. Aus diesem Grund wird die Iberia ihr Flugangebot nach Madrid und Barcelona mit Inkrafttreten des Sommerflugplans erweitern.

Ab 30. März wird der Flughafen Hannover wieder in das Streckennetz aufgenommen mit drei wöchentlichen Nonstopflügen nach Barcelona und drei wöchentlichen Direktflügen nach Madrid. Auch Valencia wird wieder nonstop von Frankfurt aus angeflogen, so daß die spanische Fluglinie dann insgesamt zweimal täglich Frankfurt–Madrid–Frankfurt, einmal täglich Düsseldorf–Madrid–Düsseldorf, einmal täglich München–Madrid–München, dreimal wöchentlich Hamburg–Madrid–Hamburg fliegen wird.

Daneben bietet sie tägliche Flüge von Frankfurt nach Barcelona und zurück, von München nach Barcelona und zurück dreimal wöchentlich Hamburg–Barcelona und zurück an.

Im Tourismusbereich wird Iberia ab Sommer 1986 Direktflüge nach Palma de Mallorca und Ibiza einführen von Frankfurt aus und wieder nonstop von Düsseldorf nach Teneriffa fliegen.

Iberia-Direktor Agostin Gonzales übernahm diese Position im Oktober

Neue Routen
A. Gonzales

1983, nachdem er bereits in fünf verschiedenen europäischen Ländern für Iberia tätig war. Er müsse, so sagt er, sein Augenmerk überwiegend „der starken Konkurrenzsituation auf dem Sektor der internationalen Luftfahrt widmen". Man müsse hier täglich seine „Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit aufs neue unter Beweis stellen, um den Marktanforderungen gewachsen zu sein". Die Zeit, in der der Direktor einer ausländischen Fluggesellschaft eher eine Position mit repräsentativem Charakter habe, sei lange vorbei.

Um auch in Punkto Service international konkurrenzfähig zu bleiben, führt Iberia ab 2. Oktober 1986 ein Selbsstbedienungssystem für die Ticket-Ausgabe ein. Zwei Einheiten, „Iberiamatic" genannt, werden im Flughafen der Hauptstadt Madrid und zwei in Barcelona aufgestellt werden und Flugscheine für einen Shuttle-Verkehr zwischen beiden Städten ausstellen. Der Aparat wird, so versichert die Fluglinie „nur drei Fragen" stellen und akzeptiert zur Bezahlung Kreditkarten. Iberia wird die erste Linie Europas mit einem Ticket-Automaten sein. In den USA ist es längst Usus.

Dem Zug der Zeit folgt Iberia auch hinsichtlich der Sicherheits-Instruktionen. Das Hantieren der Stewardessen mit Sauerstoffmaske und Schwimmweste übernimmt ab Oktober im Jumbos und in der DC 10 ein Video-Film, der anschließend über die Städte in Iberias Streckennetz berichtet. shu

DO und DE, die Schlüssel zur Qualität

Spaniens Landwirtschaft kann nur bestehen, wenn sie den europäischen Qualitätsansprüchen genügt. Darüber machen sich am wenigsten die Verantwortlichen bei Indo, dem nationalen Institut für Ursprungsbezeichnungen, irgendwelche Illusion. Das Indo ist ein selbständiges Zentrum, das dem Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Nahrung nachgeordnet ist, und dessen wichtigste Tätigkeiten folgende sind:
– Produktion, Zubereitung und Qualität der Weine und der Produkte Olivenöl, Käse und Schinken, die durch die Herkunftsbezeichnung (DO) oder durch eine spezifische Bezeichnung (DE) geschützt sind, zu kontrollieren,
– die allgemeine Anerkennung dieser Bezeichnung zu fördern,
– das generelle Prestige der DO und DE zu überwachen und Mißbrauch zu ahnden,
– ein Weinkataster zu erstellen und zu aktualisieren, Methoden zur Verbesserung der Rohstoffe und Herstellung der geschützten Produkte zu fördern und zu forschen und die Tätigkeit der Regulierungsräte (Consejos Reguladores) zu überwachen,
– die Anpflanzungen von Weinbergen in den geschützten Zonen zu studieren und zu fördern.

„Die Deutschen wußten gar nicht, daß es so etwas wie Indo gibt", sagt Indo-Präsident Mariano Maraver der WELT. „Bei einer Präsentation, die wir am 18. Juni in der parlamentarischen Gesellschaft in Bonn durchführten, waren alle bis hinauf zu Außenminister Genscher überrascht, wie streng die spanische Gesetzgebung beim Weinsektor ist."

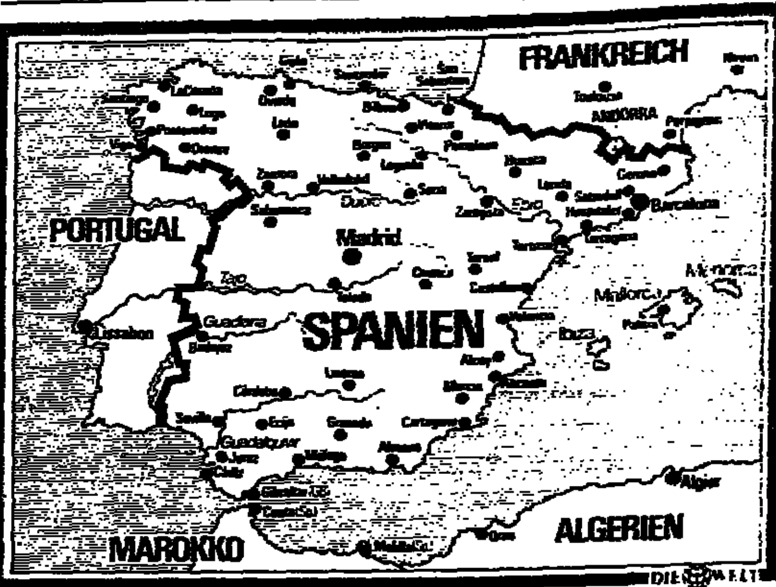
28 Herkunftsbezeichnungen sind zur Zeit geregelt, und um das schützende Etikett des Indo zu bekommen, muß man schon eine hervorragende Qualität aufweisen können. Nicht nur beim Wein, sondern auch beim Schinken, Käse, dem Essig oder der Olive. „Wir beschränken uns bei unserer Wirtschaftspolitik", fügt der Generaldirektor von Indo, Javier Puig, hinzu, „nicht allein auf den Wein, sondern auch auf andere Sektoren. Das Thema der Ursprungsbezeichnung ist für uns ein Thema der Qualität und ein Thema der Selbstkontrolle."

Die Kontrolle des Indo ist natürlich ungleich härter als die Regeln, die durch die normalen Gesetze für die Ernährungswirtschaft aufgrund technisch sanitärer Vorschriften bestehen.

Den Unterschied zu vielen nationalen Regelungen muß sich in Spanien ein Herkunftsgebiet ganz zu den Spielregeln des Indo bekennen oder draußen bleiben. Es ist also nicht möglich, daß ein Teil des Weines als Rioja-Qualitätswein mit Herkunfsbezeichnung verkauft wird und der Rest etwa in Barcelona als Tafelwein abgefüllt und verschifft wird.

Darum rechnet auch Mariano Maraver mit guten Marktchancen im Vergleich mit den Franzosen und Italienern, wenn er auch einräumt, daß Spanien noch nicht die „wirtschaftliche Flexibilität" aufweise. Aber was die Preis-Qualität-Relation angeht, hälte man sich für wettbewerbsfähig. J.A.

AUF EINEN BLICK



ALLGEMEINES
Das Königreich Spanien grenzt im Norden an Frankreich, im Osten an das Mittelmeer, im Süden an die Straße von Gibraltar und im Westen an Portugal und den Atlantischen Ozean. Das Staatsgebiet umfaßt auch die Balearen und die Kanarischen Inseln.

FLÄCHE
504 782 qkm.

BEVÖLKERUNG
38,2 Millionen Einwohner

STÄDTE
Madrid (Hauptstadt) 3,5 Millionen Einwohner, Barcelona 1,8 Mill. E., Valencia 730 800 E., Sevilla 654 000 E., Zaragoza 590 000.

SPRACHE
Spanisch, als Umgangssprachen Katalanisch und Baskisch in den jeweiligen Provinzen.

ZEIT
MEZ, Sommerzeit gilt auch in Spanien.

FEIERTAGE
1. Januar, 6. Januar, 20. Januar (nur Palma de Mallorca), 19. März, Gründonnerstag, Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai, 15. Mai (nur Madrid), 25. Mai, Pfingstmontag (nur Katalonien, Valencia, Alicante und Balearen), 6. Juni, Fronleichnam, 24. Juni (nur Barcelona), 25. Juli, 15. August, 24. September (nur Barcelona), 12. Oktober, 1. November, 8., 25. Dezember, 26. Dezember (nur Katalonien, Valencia, Alicante und Balearen).

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Königlich Spanische Botschaft, Schloßstraße 4, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/21 70 94-95.
Spanische Generalkonsulate in: Liechtensteinallee 1, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2 61 60 81-82;
Schwachhauser Ring 124, 2800 Bremen, Tel.: 0421/34 40 90;
Homberger Straße 16, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/43 47 77;
Gutleutstraße 45, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/25 10 13;
Mittelweg 37, 2800 Hamburg 13, Tel.: 040/44 36 20;
Wedekindstraße 32, 3000 Hannover, Tel.: 0511/31 10 85;
Oberföhringer Straße 45, 8000 München, Tel.: 089/98 76 72;
Lenzhalde 61, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/22 50 91;
Spanische Fremdenverkehrsämter in: Graf-Adolf-Straße 81, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/37 04 67;
Steinweg 5, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/28 27 82;
Ferdinandstraße 64/68, 2000 Hamburg, Tel.: 040/33 07 87;
Oberanger 6, 8000 München 2, Tel.: 089/26 75 84.
Spanische Eisenbahnen, Generalvertretung, Gereonsstraße 25/29, 5000 Köln, Tel.: 0221/13 56 07;
Iberia, Westendstraße 12, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/72 82 54;
Amtliche Spanische Handelskammer für Deutschland, Schaumainkai 83, 6000 Frankfurt, Tel.: 069/63 80 31.

IN SPANIEN
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Calle de Fortuny 8, Madrid 4, Tel.: 00341/4 19 91 00.
Deutsche Generalkonsulate in:
Paseo de Gracia 111, Barcelona 8, Tel.: 00343/2 18 47 50;
Calle Gobelas 1, Edif. Res. El Abra, Bilbao-Las Arenas, Tel.: 00344/4 64 18 77;
Avenida Ramon de Carranza 22, Sevilla 41011, Tel.: 003454/45 78 11.
Deutsche Honorarkonsulate in: Alicante, Almeria, Figueras, Granada, Ibiza, Mahon/Menorca, Malaga, Palma de Mallorca, San Sebastian, Las Palmas de Gran Canaria, Santa Cruz de Tenerife, Santander, Tarragona, Valencia, Vigo.
Paradores España, Administracion Turistica Española, Almagro 36, Madrid, Tel.: 00341/2 54 56 06.
Deutsche Handelskammer für Spanien (Camera de Commercio Alemana para España), Paseo de la Castellana 18, 28046 Madrid, Tel.: 00341/2 75 40 00;
Geschäftsstelle Barcelona: Calle Corcega 301–303, 0808 Barcelona 8, Tel.: 00343/2 18 82 62.
Lufthansa, Edificio España, Gran Via 88, Madrid, Tel.: 00341/2 47 38 00.

TIPS FÜR REISENDE

EINREISE
Für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten gültiger Personalausweis.

KLIMA
Die Gebiete im Norden und Nordwesten haben atlantisches Seeklima. Die Meseta und das Ebrobecken weisen dagegen ausgesprochen kontinentales, das andalusische Becken sowie die Landschaften am Mittelmeer ein mediterranes Klima auf.
In den östlichen, südlichen und südöstlichen Küstengebieten sind die Herbst-, Winter- und Frühjahrsmonate mild mit mäßiger Feuchtigkeit. In den Sommermonaten ist es tagsüber sehr heiß, nachts jedoch meist Abkühlung. Hingegen weisen die Zentralgegenden rauhe, relativ kalte Winter und trockene, heiße Sommer auf.
Beste Reisezeit: Für Madrid, Barcelona und die Balearen: Frühling und Herbst; Südspanien: Herbst, Winter, Frühling; für die spanische Riviera (Algeciras bis Malaga) gilt dasselbe; für den nördlichen Teil Spaniens: Sommer, für die Kanarischen Inseln: das ganze Jahr.

ÖFFNUNGSZEITEN
Die meisten Geschäfte und Büros sind montags bis freitags geöffnet von 9–13.30 Uhr und 16–19 Uhr, Läden auch samstagsvormittags (in den Touristengebieten meist die ganze Woche bis 20 Uhr oder länger). Während der Sommerzeit sind die Büros auch die der Regierung nur von 8–15 Uhr geöffnet. Banken meist montags bis samstags von 9–14 Uhr (im Sommer bis 13 Uhr).

ZOLL
Zollfreie Einfuhr von Gegenständen des persönlichen Bedarfs.

STROM
125 oder 220 Volt Wechselstrom, 50 Perioden. In den Touristengebieten, Neubauten und Hotels 220 Volt Wechselstrom. H. W.

…ffnet die Tür … Kontinenten

…INSKI

… Zahlen zu er- … Madrids Beitrag … gesehen davon. … orischer. kulturel- … scher Sicht unbe- … pa gehört. in der … die dieses ge- … ge Land für Europa … kann. Die hispanische … spiel schaut auf den al- … ent. Aber es fehlt ihr oft … ittler. Diese Vermittlung … adrid auf natürliche Weise … men – so wie Portugal für … nisch geprägte Länder in Über- … Oder die arabische Welt: Auch … der erleichtern jahrhundertelange Gemeinsamkeiten das politische, kulturelle und wirtschaftliche Gespräch.

Die iberische Brücke ist politisches Kapital. Aber Iberien ist nach wie vor noch Europas Abstellkammer alter Klischees von Flamenco bis Franco, von republikanischer Gerechtigkeit bis zu putschgierigen Generälen. Hier, in Europas „Hinterhof", staut sich viel Gerümpel unbewältigter Geschichtslügen. Spanien muß vielfach herhalten als Makeup für heruntergekommene Ideologien.

Geographisch in der Tat Europas Hinterhof, hat dieses Land für die Atlantische Gemeinschaft eine Bedeutung inne, die im doppelten Sinne strategisch ist. Zum einen militärisch, zum anderen geistesgeschichtlich. Spanien war im kampf gegen den Kommunismus immer eine Art Bollwerk. Und das nicht erst seit dem Bürgerkrieg. Der klarsichtige Diplomat, Staatsdenker und Publizist Donoso Cortes sah bereits in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts eine verheerende Verbindung zwischen Slawentum und Sozialismus voraus, aber auch Möglichkeiten der Rettung, zum Beispiel in Spanien dank des religionsträchtigen Charakter dieses Landes.

Zweimal schon hat Spanien Europa möglicherweise vor dem Kommunismus gerettet. Einmal, als sich Armee und Teile des Volkes in einem überaus blutigen Bruderkrieg gegen den Bolschewismus stemmten. Zum zweiten Mal, als Franco den damals mächtigsten Mann Europas in einem Eisenbahnwaggon am Grenzörtchen Hendaye sitzenließ und Spanien die Neutralität im Zweiten Weltkrieg ertrotzte. Eine Niederlage an der Seite Deutschlands hätte die innenpolitische Szenerie völlig verändert. Die republikanisch-kommunistischen Kräfte wären als natürlicher Protegé damaliger Siegermächte an die Macht gelangt. Die Politik in Europa hätte eine andere Entwicklung genommen.

Für die Sicherheit Europas ist die iberische Halbinsel unentbehrlich. Auch hier wieder die Brückenfunktion, diesmal zu den USA. Zwar liegt auch die Halbinsel teilweise im Zielbereich der sowjetischen SS-20-Raketen, aber als Hinterland, vor allem aber als Pförtner des Mittelmeerbekkens, kommt den spanischen Streitkräften eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Spanien ist Mitglied der NATO, und der sozialistische Regierungschef Felipe Gonzalez will in diesem Bündnis bleiben. Zu Bundeskanzler Kohl sagte er, während dessen Besuch im Frühjahr 1984 in Madrid: „Wenn ein Land den Vertrag von Washington unterzeichnet, dann gibt es gegenüber den Klauseln des Vertrags nur zwei Möglichkeiten, entweder man übernimmt sie, oder man übernimmt sie nicht."

Gonzalez ist Pragmatiker. Wäre er als Mitglied der Sozialistischen Internationale oder als Chef der Sozialistischen Partei nicht so bekannt, man könnte ihn für einen jener Technokraten halten, die in Europa die Parlamente langweilen.

Auch der zweite iberische NATO-Partner Portugal ist für die Sicherheit wichtig. Die von Lissabon verwalteten Inseln, die Azoren und das Madeira-Archipel im Atlantik, sind für die Kontrolle der lebensnotwendigen Seewege zwischen Amerika und Europa vielleicht sogar von größerer Bedeutung als die Kanarischen Inseln.

Die NATO-Mitgliedschaft beider Länder wird zwar nicht zu solch einem Flankengerangel führen wie zwischen Griechenland und der Türkei, aber mit gelegentlichen Reibereien muß man wohl rechnen. „De Espana vem nem bom vento, mem bom casamento", sagen die Portugiesen noch heute voller Überzeugung. „Aus Spanien kommt weder ein günstiger Wind noch eine günstige Heirat" – das könnte jedenfalls in portugiesischen Augen auch für die gemeinsame Mitgliedschaft in der EG gelten.

Seit 1977 lagen in Brüssel die Anträge Spaniens und Portugals um Aufnahme in die EG auf dem Tisch. Solange in Iberien keine demokratischen oder stabilen Verhältnisse herrschten, hatten es Franzosen und Italiener leicht, ihre lateinischen Kollegen vor der Tür stehen zu lassen. Erst Anfang der achtziger Jahre bekamen die umfassenden Beitrittsverhandlungen erst zu Konturen. Im November 1982 befaßte sich der Europäische Rat offiziell mit dem Problem der Erweiterung, am 12. Juni dieses Jahres war es, nach zähem Ringen und Feilschen, dann endlich so weit. Die Beitrittsakte für Portugal wurde in Lissabon und die für Spanien in Madrid unterschrieben. Im September billigte auch das Europäische Parlament in einer Entschließung die Beitrittsverträge.

Der portugiesische Präsident Eanes hat am 9. Mai 1984 vor dem Europa-Parlament in Straßburg die Notwendigkeit zur Modernisierung seines Landes hervorgehoben. In Lissabon betrachtet man, anders als in Spanien, mehr den wirtschaftlichen als den symbolischen Wert der politischen Heimkehr nach Europa. Die Strukturen der portugiesischen Wirtschaft sind noch veralteter als die Spaniens. Die Irrungen der Revolution haben sie noch tiefer in den Abgrund der Konkurrenzunfähigkeit gestoßen.

Um so mehr wird man in den Hauptstädten der EG den strategischen und globalen Gewinn in Betracht ziehen, der durch den Beitritt Iberiens erzielt wird. Läßt sich das im Fall Spaniens mit den Begriffen „hispanisches Amerika" oder „arabische Welt" beschreiben, so kann man bei Portugal „lusitanisches Afrika" und gewiß auch Brasilien sagen. Es handelt sich dabei um ressourcenreiche, heute vielfach demokratisch regierte junge Länder. Der Beitritt Iberiens stößt für Europa die Tür zu anderen Kontinenten auf.

Europa wird mit Iberien vielfältiger, vielleicht auch ideenreicher. Möglicherweise wird mit dem spanischen und lusitanischen Temperament der Druck auf EG-Reformen sogar so groß, daß eben nur die Alternative entsteht: Entweder wir schaffen die Einheit Europas oder der EG-Ballon platzt.

Champagner-Korken werden knallen

Mit dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft ist den französischen Champagner-Herstellern ein neuer ernsthafter Konkurrent erwachsen: Spanien. Dort werden in der Sylvesternacht die Korken wohl freudiger knallen als im nördlichen Nachbarland. Denn Spanien und nicht Frankreich ist der Welt größter Hersteller von Sekt nach der Champagner-Methode (Der Sekt wird auf der Flasche vergoren, gerüttelt und degorgiert). So verlassen allein 40 Millionen Flaschen Sekt die Kellereien von Codorniu in San Sadurni unweit von Barcelona. Damit ist dieses Haus der größte Hersteller in der Welt.

Weite Gärten, dichte Bäume und grüne Rasenflächen umgeben das Weingut. Unter dieser Idylle befinden sich die wohl größten unterirdischen Weinkellereien der Welt.

Die Kellergänge erreichen in fünf Etagen eine Länge von 26 Kilometern. Bis in das Jahr 1551 lassen sich die Anfänge der Kellerei zurückverfolgen. Heute reifen rund 100 Millionen Flaschen Sekt tief unter der Erde. Verwendet werden nur Weine aus dem Penedes Gebiet. Hier gedeihen exzellente Weißweine, aber auch gute Rosé- und Rotweine.

Für den Sekt wird nur die erste Hälfte des gekelterten Traubensaftes, die „Blüte" verwendet. Durch die geringe Auspressung von nur 50 Prozent des Traubengewichts wird der Most besonders klar und rein, Kerne, Stengel und Häute bleiben zurück.

In großen Eichfässern verwandelt sich der Most in einer ersten Gärung zu Wein. Zur zweiten Gärung kommt er in Flaschen und wird bei gleichbleibender Temperatur gelagert. Um eine breitere Geschmackspalette anzubieten, wird der bei der Enthefung verlorengegangene Wein durch einen mehr oder weniger stark gesüßten alten Wein ersetzt. Je nach Dosierung ergeben sich die Stufen Brut (weniger als 15 Gramm Zucker pro Liter), Seco (17 bis 35 Gramm) und Semi seco (33 bis 50 Gramm).

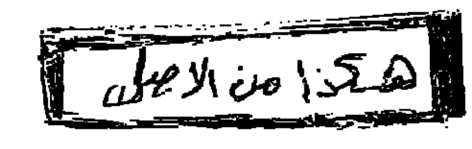
Bekannter als der Champagner aus Spanien dürfte der Brandy sein.

Osborne ist mit 40 Millionen Flaschen der Marktführer in Spanien für Brandy mit einem Anteil von 35 Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland ist Hauptabnehmerland mit über einer Million Flaschen, das entspricht einem Anteil von 70 Prozent an den spanischen Brandy-Exporten nach Deutschland.

Osborne verweist immer wieder darauf, daß der Erfolg des Produkts in der Verschiedenheit zum französischen Cognac und zum deutschen Weinbrand liegt. Firmenchef Enrique Osborne Mac Pherson gegenüber der WELT: „Unser Brandy ist weicher, milder und von ausgeprägtem Geschmack. Er unterscheidet sich nicht nur im Geschmack von seinen Konkurrenten, sondern auch im Herstellungsprozeß."

In Spanien weisen die Destillate höhere Alkoholvolumenprozente auf als in Cognac oder in den deutschen Weinbrand-Kellereien. Spanischer Brandy wird in Fässern aus weißer Steineiche gelagert (Frankreich: Limousin Eiche), die zuvor als Sherry-Fässer gedient hatten. Dies gibt dem Brandy das unverwechselbare Bukett.

US





CALPE
MEHRWERTSTEUER
IRELA

IVA, die fremde Steuer aus Europa

Eine Abkürzung wird in den nächsten Wochen den Spaniern einiges Kopfzerbrechen machen: IVA – das heißt: Impuesto sobre el valor, anadido, auf deutsch Mehrwertsteuer. IVA ersetzt rund 24 indirekte Steuern und Abgaben.

Rund 700 000 Steuerpflichtige waren bisher durch das Wirrwarr der vielfältigen Steuern betroffen. Die neue Mehrwertsteuer trifft gleich 1,7 Millionen Steuerzahler. Zahlten die indirekten Steuern bisher nur wenige, kommen jetzt Freiberufler, Landwirte, Kaufleute, Fischer dazu.

Damit das ganze Steuerwirrwarr nun nicht ganz so schnell entknäult wird, führt die Regierung gleich drei verschiedene Sätze ab 1. Januar 1986 ein: 12,6 und 33 Prozent. Auf 285 Seiten sind die einzelnen Anwendungsmöglichkeiten im Verordnungsblatt der Regierung aufgelistet. Rund eine Milliarde Mark an Einnahmen erhofft sich die Regierung. Da aber andere Steuern wegfallen, das System noch schwer durchschaubar ist, rechnen Experten mit einer hohen Zahl von Steuerhinterziehungen. US

Neues Institut will jetzt Brücken für Europa nach Lateinamerika bauen

Wichtiger als alle feierlichen Erklärungen der Politiker über die Rolle, die Spanien und Portugal nach ihrem EG-Beitritt für eine engere Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und Lateinamerika übernehmen können, sollten die Bestrebungen eines kürzlich in Madrid gegründeten unabhängigen Forums werden. Es handelt sich um das Institut für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (Irela).

Analog zu den Einrichtungen, die im Rahmen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in den Beziehungen zwichen Nord- und Südamerika bestehen, wurde gerade rechtzeitig vor der „Rückkehr" der iberischen Halbinsel nach Europa eine Institution mit der historischen Aufgabe des Brückenschlages über den Südatlantik geschaffen.

Ein Verdienst von Rolf Grabendorff

Ausgehend von einer Idee an Lateinamerika interessierter Journalisten, Wissenschaftler und Regierungsbeamter, warb ein Organisationskomitee bei den Parlamenten und Regierungen sowie bei der Europäischen Kommission in Brüssel um Unterstützung für dieses Projekt. Voriges Jahr bewilligte das Europa-Parlament in Straßburg den ersten finanziellen Baustein für das Institut.

Dank der Förderung durch spanische Politiker hat sich das Irela in Madrid niedergelassen. Um diese europäische Gründung hat sich der deutsche Lateinamerika-Kenner Wolf Grabendorff verdient gemacht. Um den Sitz des lateinamerikanischen Pendants bewerben sich Argentinien, Brasilien, Costa Rica, Peru und Venezuela.

Das Institut ist für das kommende Jahr mit einem Etat von mehr als 3,3 Millionen DM ausgestattet und will durch Symposien, wissenschaftliche Studien, Sammlung von Materialien und die Publikation seiner Arbeitsergebnisse die Beziehungen zwischen Westeuropa und Lateinamerika mit Impulsen versehen.

Irela-Direktor Grabendorff, früher ARD-Korrespondent in Buenos Aires und Lateinamerika-Referent bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München, zählte zu den Initiatoren wie der französische Diplomat Alain Rouquié, der britische Journalist Hugh O'Shaughnessy und der peruanische Außenminister Allan Wagner. Zum Beraterkreis gehören der ehemalige spanische Ministerpräsident Adolfo Suárez sowie die Schriftsteller Carlos Fuentes und Graham Greene.

Mit einer Tagung in Brüssel, unter der Schirmherrschaft des EG-Kommissars und ehemaligen französischen Außenministers Claude Cheysson, trat das Institut erstmals an die Öffentlichkeit. Es folgten weitere Konferenzen in Mexiko und in Costa Rica. Für das nächste Jahr sind Treffen in Lima, Montevideo und Mailand geplant. Dabei geht es um das Schuldenproblem Lateinamerikas, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit und um den Falkland-Konflikt.

Künftig will das Irela sich auch wirtschaftlichen Fragen wie dem Technologie-Transfer und dem Kulturaustausch zuwenden. Ein Höhepunkt in seiner Arbeit dürfte 1992 kommen, wenn Europäer wie Lateinamerika den 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus begehen werden.

Zunächst sollte der Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft den Wunsch verstärken, die Sprachen beider Länder stärker in den Unterricht an den deutschen Schulen einzubeziehen. Dadurch könnte auch ein Schüler- und Studentenaustausch zwischen beiden Erdteilen gefördert und das kulturelle Verständnis zueinander vertieft werden.

Konfliktfreie Beziehungen weiter ausbauen

„Gerade wir Deutschen haben zu den Nationen der spanischen Welt seit alters her eine besonders freundschaftliche, durch keine Konflikte getrübte Beziehung, die es gerade jetzt weiter zu erhalten und auszubauen gilt", konstatiert Helmut W. Braemer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Ibero-Amerika-Vereins in Hamburg.

„Die iberischen und lateinamerikanischen Länder fallen nicht nur durch ihr kräftiges Bevölkerungswachstum auf, sondern auch durch ein zunehmend größeres Gewicht auf der politischen und wirtschaftlichen Weltbühne", meint Braemer. Er sieht in der EG-Mitgliedschaft der iberischen Staaten „für mittlere deutsche Unternehmer das Signal, sich mit neuen Erfahrungen in Spanien und Portugal auch ein Sprungbrett nach Lateinamerika zu schaffen". -ube-

Calpe und die „Heldenhaftigkeit" im Kampf gegen die Zerstörung der Küste

Wenigstens ebenso eindrucksvoll wie die „Säulen des Herakles", der Felsen von Gibraltar am Südzipfel der Iberischen Halbinsel, wirkte der Penon de Ifach auf mich, als ich ihn zum ersten Mal am Rande der Bucht aus dem Meer aufragen sah. „Calpe", so hieß im Altertum der Felsen von Gibraltar. Calpe, das ist heute eine über 6000 Einwohner zählende Stadt an der Costa Blanca; und der Penon de Ifach ist das wohl berühmteste Wahrzeichen dieser Küste.

Angeblich sollen schon die Phönizier beim Anblick des 325 Meter aufragenden kahlen Felsens ihm den Namen Calpe gegeben haben, was soviel wie „schöne Säule" heißen mag. Diese schöne Säule kann man von fast jedem Punkt der Umgebung sehen, selbst vom Eingang des Ortes aus überragt der Penon wie ein Symbol noch die modernen Betonburgen des Massentourismus.

Als Ruhe und Erholung Suchender war ich nach Calpe gekommen, das sich trotz Hotel- und Appartementbauten eine reizvolle Atmosphäre erhalten hat. Der Ort ist nicht wie im nahegelegenen Benidorm aus einem einstmals stillen Ferienziel über Nacht ein bis zur Unkenntlichkeit erdrücktes Ferienziel für Pauschalurlauber geworden. Mein Verhältnis zu Ferienstädten mit Betonburgen: skeptisch.

Die ersten Spaziergänge durch den Ort sind neugierige Erkundungsexpeditionen. Da gibt es den kleinen Hafen im Schutz des Felsens, wohin am Nachmittag die Fischerboote zurückkehren. Der Fisch wird anschließend in einer der kleinen Hallen versteigert und man begegnet ihm in einem der zahlreichen Restaurants am Hafen wieder. Spät am Abend, wenn die Sonne nach einem heißen Tag untergegangen ist, herrscht hier reges Treiben.

Da gibt es von „Calamaris" bis zur „Calderas de tortuga" alles. Mir fallen die präparierten Suppenschildkröten an den Ständen wieder ein und ich entscheide mich für ein „Rodabollo frito". Der Handel mit diesen Artikeln aus dem Meer scheint trotz aller Verbote noch zu blühen.

Endlich kommt mein Fisch, frisch, warm und knusprig. Der erste Tag am Hafen gefällt. Die auf den ersten Blick beängstigenden Massen an Urlaubern scheinen sich unauffällig verteilt zu haben, auch in den Restaurants fühlt man sich nicht erdrückt.

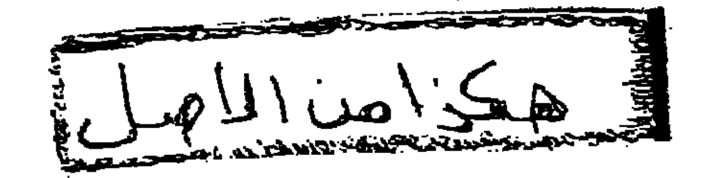
Dieser Eindruck ändert sich schlagartig beim Besuch der Badestrände am nächsten Tag. Calpe besitzt zwei davon – welch ein Segen. Der eine, Playa de la Fossa, liegt vom Penon aus zur rechten Hand und ist gerammelt voll, von morgens bis abends. Hier stehen die Appartementhäuser und Hotelbauten. Der zweite Strand, links des Penon und Playa del Puerto genannt, stellt den Urlaubsfrieden wieder her. Er ist kleiner, etwas felsiger, dafür im Vergleich zum ersten geradezu leer und somit reizvoller. Hierher kommen, so stelle ich beim ersten Badegang bald fest, vor allem die Einheimischen, nur wenige der Urlauber scheinen ihn entdeckt zu haben. Verwunderlich dies, da er sich in der Nähe der Hafenpromenade befindet. Nach der Entdeckung dieses „geheimen Strandparadieses" an Spaniens vollster Küste, steht den Badefreuden nichts mehr im Wege.

Zudem befindet man sich hier an geschichtsträchtigem Orte. Kaum noch zu erkennen zwar, aber vorhanden, trifft man zwischen den Felsen auf Reste eines römischen Bades, bekannt als „Banos de la Reina" – die Bäder der Königinnen, eine Art römischer Meerwasser-Swimming-Pool.

Aber auch an anderer Stelle kann der interessierte Urlauber seine geschichtliche Wißbegierde stillen. Der nächste Gang gilt dem „kleinen Felsen von Gibraltar". Aus den Häusern der Stadt heraus, führt ein kleiner Weg die Landenge zum Penon de Ifach hinauf. Noch im unteren Teil stehe ich unversehens vor der Ruine eines nie vollendeten Hotelkomplexes. Der Penon, der als natürlich Gewachsenes die künstlich geschaffenen Hochhäuser überragt, ist ein angeschlagenes Symbol. Selbst diese Naturschönheit war in den Zeiten skrupelloser Landschaftsverschandelung durch wild wuchernde Bauten nicht unberührt geblieben.

Ich steige weiter hinauf durch einen Tunnel an der Nordwestseite des Penon. Bis 1918 benötigte man laut Calpe-Führer für die Besteigung ein Kletterseil und eine Erlaubnis. Ein gewisser Don Morla erwarb den Ifach dann für eine lächerlich geringe Summe und baute den Tunnel. Der Weg führt bis auf den Punta Ifach. Ich genieße von oben den herrlichen Ausblick auf das Mittelmeer und über die Küste. „Muy heroica villa", sehr heldenhafte Stadt, stand auf dem Wappen von Calpe, das ich am Rathaus in der Altstadt entdeckt hatte. Sehr heldenhaft haben sich die Calpinos nicht gegen den Konflikt Profit und Tradition behauptet.

MATTHIAS GLAUBRECHT



Die Opposition: Sicherheit ist kein Thema. In der EG werden wir weiterverhandeln

Für die Sozialisten wird der Politiker Marin und für die Opposition Abel Matutes als Kommissare nach Brüssel gehen. „Wir hatten", und mit „wir" meint Robles Piquer, der Politiker mit der wohl größten europäischen Erfahrung der Alianza Popular, seine Partei, die unter Fraga Iribarne stärkste Kraft der Opposition ist, „wir hatten der Regierung drei Kandidaten vorgeschlagen, die für dieses Amt geeignet sind." Es war nicht einmal ausgemacht, daß Felipe Gonzales einen der drei vorgeschlagenen Kandidaten akzeptieren würde. Aber die Entscheidung war sicherlich richtig, die gesamte politische Kraft Spaniens in Europa repräsentiert zu wissen. Robles Piquer: „Es gibt schon eine entsprechende gute Tradition der anderen EG-Mitgliedsländer, auch einen Kommissar der Oppositionspartei anzuvertrauen. Die Bundesrepublik verhielt sich und verhält sich nach den gleichen Kriterien bei der Bestellung ihrer drei Kommissare."

Robles Piquer vertrat sein Land auf verschiedenen Botschafterposten, und er spart auch nicht mit Kritik an der getroffenen Vereinbarung zwischen der Regierung Felipe Gonzales und der Europäischen Gemeinschaft. „Die Regelungen könnten in einigen Punkten besser sein. Unsere Kritik konzentriert sich auf drei Punkte. Erstens: Die Regierung verhandelte unter Zeitdruck, weil sie die Beitrittsvereinbarungen während ihrer Amtszeit unterzeichnen wollte. Zweitens: Die Europäer hatten ein vitales Interesse daran, den spanischen Markt für ihre Produkte zu öffnen, während unser Interesse darin bestand, den europäischen Markt für unsere Agrarprodukte zu gewinnen. Es hätten insofern keine unterschiedlichen Regelungen gefunden werden dürfen. Wir hätten keine unterschiedliche Übergangszeit wie jetzt mit sieben beziehungsweise zehn Jahren akzeptieren dürfen. Drittens: Die Einführung der Mehrwertsteuer hätte nicht unmittelbar zum Beitrittsbeginn erfolgen dürfen. Andere Länder hätten die Gleichzeitigkeit sicherlich nicht akzeptiert. Es stellt uns vor große Probleme, das Mehrwertsteuersystem einzuführen. Viertens: Für besondere Produkte wie den Sherry und spanische Orangen wurden nicht optimale Verhandlungsergebnisse erzielt.

Aber diese Anmerkungen bedeuten nicht, daß wir gegen die Mitgliedschaft der Europäischen Gemeinschaft sind, im Gegenteil, wir sind absolut dafür. Und wir sind überzeugt, daß dieser Schritt von allen politischen Kräften in Spanien unterstützt wird."

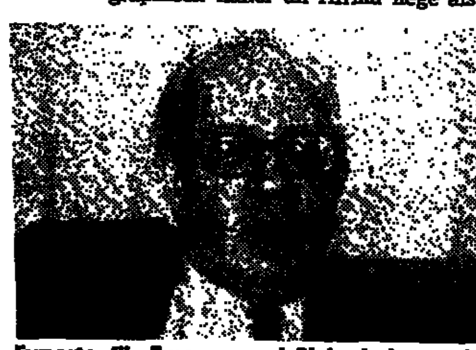
Die Alianza Popular würde daher auch nicht diese Vereinbarungen zur Disposition stellen, sollte sie die Wahl gewinnen. Robles Piquer: „Was unterschrieben wurde, ist für uns unbedingt gültig. Klar ist natürlich, daß, wenn wir erstmal in der EG sind, ständig werden verhandeln müssen. Doch um verhandeln zu können, muß man eben erst mal dabei sein."

Robles Piquer will sich nicht festlegen, ob eine Regierung unter der Führung von Fraga Iribarne sich zu den progressiveren Partnern innerhalb der EG gesellen würde, die unter anderem energisch für die Einführung des Mehrheitswahlsrechts streiten. „Wir haben diese Themen noch nicht erörtert. Mein Eindruck ist aber, daß wir eine mittlere Position einnehmen würden. Fortschritt ja, aber nicht so schnell, wie andere es gerne sähen. Meine ganz persönliche Meinung ist, daß es in der Tat eine Vielzahl von Fragen gibt, wo keine Einstimmigkeit bei den Beschlüssen erforderlich ist. Bei Schlüsselfragen dagegen würde ich doch für Einstimmigkeit votieren. Das Problem ist natürlich, wer definiert, was eine Schlüsselfrage oder eine Frage von nationalem Interesse ist. Im Prinzip sind wir dafür, die Gemeinschaft zu stärken und dem Parlament mehr Macht zu geben."

Für Spanien akzeptiert Robles Piquer innerhalb der Gemeinschaft eine reduzierte staatliche Souveränität zugunsten Europas. Er verweist aber darauf, daß es doch eine Reihe von Besonderheiten gäbe, auf die auch in europäischem Namen Rücksicht genommen werden müßte. „Wir haben besondere Beziehungen zu den Staaten Lateinamerikas. Und da ist es nur natürlich, daß wir bemüht sind, ihre Interessen zu verteidigen. Wir sind aus historischen und kulturellen Gründen einfach den spanischsprachigen Ländern Lateinamerikas näher als sonst irgend jemand.

Man dürfe auch nicht übersehen, fügte der Politiker hinzu, daß Lateinamerika der europäischste Teil der Welt außerhalb Europas sei. „Wir würden uns daher darum bemühen, einerseits die Stimme Europas in Lateinamerika, andererseits die Stimme Lateinamerikas in Europa zu sein. Wir können einfach europäische Standpunkte dort drüben besser erläutern und können besser ihre Probleme in Europa zu Gehör bringen."

Abgesehen davon, erläutert Robles Piquer in dem Gespräch mit der WELT, müsse man auch der Tatsache Rechnung tragen, daß sein Land geographisch näher an Afrika liege als die übrigen Länder Europas. „Wir haben ja auch zwei unserer Städte auf nordafrikanischem Boden, und die Kanarischen Inseln liegen sehr nahe vor der afrikanischen Küste. So ist die afrikanische Situation für uns von lebenswichtigem Interesse."



Experte für Europa- und Sicherheitspolitik der Alianza Popular, Robles Piquer

FOTO: HHH

Robles Piquer, dem die Sicherheit seines Landes am Herzen liegt, äußert sich natürlich gegenüber der WELT auch zum NATO-Referendum. „Für uns ist es äußerst schwer, das Referendum zu unterstützen. Denn wir sind nicht für dieses Referendum, im Gegenteil, wir waren immer dagegen. Wir halten das für einen schlechten Schritt, für einen ernsten Fehler. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Regierung jetzt sagt, wir sind dafür, daß wir NATO-Mitglieder sind, dann soll sie auch den zweiten Schritt tun und sagen, wir werden kein Referendum zu dieser Frage durchführen. Sie müssen nur sagen, daß das angesetzte Referendum eine Fehlentscheidung war und daß es für die Sicherheit Europas gefährlich ist.

Es habe nie ein Referendum über Sicherheitsfragen in Europa gegeben, fügt der Politiker der Alianza Popular hinzu. Man veranstaltete ja auch keine Referenda über die Frage, ob Steuern gezahlt werden sollen oder nicht. Das seien Dinge, die nicht durch die Mehrheit des Volkes zu entscheiden seien, sondern durch gewählte Vertreter.

Robles Piquer weist darauf hin, daß seine Partei demzufolge entschieden habe, eine Enthaltungs-Empfehlung den Anhängern der Partei hinsichtlich des Referendums zu geben. „Natürlich sind wir bereit zu erklären, daß wir dafür sind, daß Spanien in der NATO bleibt. Aber wir werden mit Sicherheit keine Kampagne veranstalten, wir werden dafür nicht eine einzige Pesete ausgeben. Wir sind auch dagegen, daß die Regierung dafür zwei Milliarden Peseten im Etat für 1986 angesetzt hat. Es ist dumm, das Geld für diese Kampagne und für das Referendum auszugeben."

Robles Piquer vertritt die Ansicht, daß eine von Fraga Iribarne und seiner Partei geführte Regierung durch ein Referendum, das eine Mehrheit für den Austritt Spaniens aus der NATO finden würde, nicht gebunden wäre. Er fügt allerdings hinzu, daß das seine persönliche Meinung sei. Robles Piquer betont, daß sich im zwanzigsten Jahrhundert ein Land nicht mehr alleine verteidigen könne, daß es auf die Verteidigung innerhalb einer Verteidigungsgemeinschaft angewiesen sei. Und im Hinblick auf den Zusammenschluß zwischen Marokko und Libyen sagt der Diplomat, der länger als vier Jahre Botschafter Spaniens in Tripolis war: „Ich halte Khadhafi nicht, wie es viele tun, für einen Verrückten, aber für einen Fanatiker. Und bei den Fanatikern kann man sich nie sicher sein, was sie tun. Er hat sich ja oft gegen unsere beiden nordafrikanischen Städte ausgesprochen." Aus diesem Grund sei es auch klar, daß man die neuen Kontakte und die Verbindung zwischen König Hassan und Khadhafi nicht als gute Neuigkeiten betrachtet habe.

Robles Piquer spricht sich dafür aus, ein sorgfältigeres Auge auf die Aktivitäten der Sowjets auf den Kanarischen Inseln zu haben. „Wir haben nichts gegen ihre Fischfangflotte, aber man muß aufpassen, was sie dort tun."

H.-H. HOLZAMER

Bald Tabak-Lieferant Nummer 1 in Europa?

Nicht nur Gold und Silber brachten die Spanier aus dem neuen Kontinent heim nach Europa. Von den Indianern wurden sie mit der Existenz des Tabaks und seinem Gebrauch vertraut gemacht. Dies war, so wollen es die Geschichtsschreiber, im Jahre 1492.

Heute, 500 Jahre später, raucht man immer noch Tabak. Wenn auch nicht mehr in den großen Zigarren, sondern in feinen papierumhüllten Zigaretten. Die Spanier haben sich das Wissen um die Kultivierung und die Behandlung der Blätter, die sie von den Indianern erwarben, bewahrt. Ihr heimischer Boden und ihr heimisches Klima erlaubten ihnen den Anbau im Mutterland, und spanischer Tabak hat heute Weltgeltung.

Hergestellt wird überwiegend schwarzer Tabak von hervorragender Qualität. Aber da der Drang nach leichteren Qualitäten immer stärker wird, hat die Tabacalera, die staatliche Tabakgesellschaft, ihre Produktion umgestellt, die starke Abhängigkeit von einem Blatt soll abgebaut werden.

Tabacalera ist eine Gesellschaft mit gemischtem Kapital bei einer Mehrheit der öffentlichen Hand. Internationale Zusammenarbeit ermöglichte die Einführung eines Zigarrettentyps, der nicht nur Fortuna heißt, sondern auch bei seinen Umsatzzahlen Glück hatte, und der zusammen mit Ducados das Angebot für den europäischen Verbraucher bereichern soll.

Spanien hat aufgrund der geographischen Gegebenheiten einen Anbau, der von Galicien im Norden bis Andalusien im Süden reicht und kann alsbald zum ersten Tabakerzeuger der Europäischen Gemeinschaft werden. Die richtigen Weichen hierfür will Candido Velazquez-Gaztelu Ruiz, der 49jährige andalusische Präsident von Tabacalera stellen.

„Wir haben einen bedeutenden Umstrukturierungsprozeß hinter uns, wir haben uns vom Monopolbetrieb verabschiedet und sind in den Wettbewerb mit anderen Herstellern aus anderen Ländern eingetreten. Das Ergebnis war, daß wir jetzt im Besitz von technologischen Fähigkeiten sind, mit denen wir erfolgreich in Europa, sowohl was die Qualität angeht als auch was den Preis angeht, konkurrieren können. Nach einer Übergangsphase von vier Jahren werden unsere Tabake die Verkaufslisten der Europäischen Gemeinschaft anführen.", sagte der Präsident in einem Gespräch mit Juan d'Ampi für die WELT.

WELT: Ihr Unternehmen ist bereits mehrere hundert Jahre alt. Welche Bedeutung hat es heute für Spanien?

Velazquez: Die „Tabacalera", das spanische Tabakmonopol, wurde 1636 in Sevilla gegründet. Im nächsten Jahr begeht sie ihr 350jähriges Bestehen. Zur Zeit wird im Parlament darüber beraten, wie man das Unternehmen seiner Bedeutung entsprechend den EG-Normen angleichen kann.

WELT: In welchen Regionen Spaniens wird Tabak angebaut, und wo wird er dann verarbeitet?

Velazquez: Extremadura ist das Hauptanbaugebiet für Tabak, gefolgt von Andalusien. In Spanien werden zwei Arten von Tabak produziert, nämlich der fermentierte, den man für die Herstellung schwarzer Zigaretten benötigt, sowie der Virginia-Typ für „blonde" Zigaretten. Trotz unserer eigenen Anbaugebiete importiert die spanische Tabakindustrie bedeutende Mengen Rohmaterial. Die von der Tabacalera hergestellten Zigaretten enthalten circa 35 Prozent spanischen Tabak. Der Rest ist importiert.

WELT: Wie hoch ist der jährliche Umsatz des Unternehmens?

Velazquez: Gegenwärtig beläuft sich der Umsatz der Tabacalera auf etwa 375 Milliarden Peseten pro Jahr. Er entfällt auf unsere beiden großen unternehmerischen Aktivitäten – das Monopol auf Tabak, Brief- und Gebührenmarken.

WELT: Wie viele Mitarbeiter hat die Tabacalera?

Velazquez: 8500. Doch abgesehen davon besitzen wir noch die Aktienmehrheit in Unternehmen, die weitere 3500 Mitarbeiter beschäftigen. Diese Unternehmen befinden sich zur Hauptsache auf den Kanarischen Inseln, die dem spanischen Tabakmonopol nicht unterliegen. Hier besitzt die Tabacalera zusammen mit Tabacos Canarios Anteile an Fabriken. Wir betreiben 13 Werke. Eines bereitet den rohen Tabak auf, vier stellen Zigarren und acht Zigaretten her.

WELT: Wie ist es um die Qualität spanischer Tabake bestellt?

Velazquez: Wir sind der Überzeugung, daß die von uns hergestellten schwarzen Zigaretten die besten auf



der ganzen Welt sind. Das erklärt sich allein schon aus den historisch gewachsenen Bindungen an traditionelle Tabak-Anbauländer in Übersee wie Kuba. Was die „blonden" Zigaretten angeht, meinen wir, daß die von uns hergestellten absolut denen in anderen Ländern produzierten vergleichbar sind. Auf den internationalen Märkten – etwa Argentinien, Deutschland, Frankreich, werden vor allem die schwarzen Ducados sowie Zigaretten der Marke Fortuna – das ist Spaniens „blonde" Zigarette der Spitzenqualität – verkauft.

WELT: Sie wollen nach Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft neue Märkte für Ihre Produkte erobern?

Velazquez: Der erste Schritt in unserer Strategie wird die Einführung der bereits erwähnten Fortuna in den Ländern der Gemeinschaft sein. Die Zigarette wurde bereits in den französischen Markt eingeführt, und zwar mit sehr guten Ergebnissen. Wir werden uns jetzt auf Deutschland und Italien konzentrieren, die Länder mit dem höchsten Verbrauch.

In Deutschland wollen wir zudem unsere Zigarren der Spitzenqualität, die in unseren Fabriken auf den Kanarischen Inseln hergestellt werden, zu vernünftigen Preisen absetzen. In den Vereinigten Staaten verkaufen sich unsere Erzeugnisse schon sehr gut. Und wir sind sicher, daß wir in Europa ebenso erfolgreich sein werden, sobald endlich die Zollschranken gefallen sind.

WELT: Meinen Sie, daß die Ihnen zur Verfügung stehende Technologie ausreicht, um Zigaretten herzustellen, die in den europäischen Ländern ankommen und konkurrenzfähig sind?

Velazquez: Davon bin ich überzeugt. In erster Linie schon wegen unserer hohen Produktivitätsrate, die in unseren spanischen Fabriken sogar noch über der deutschen liegt.



MINISTER CRESPO

„Tempo für die Bahn, Sicherheit für's Auto“

Wir werden zum richtigen Zeitpunkt Mitglied der Europäischen Gemeinschaft", sagt der Minister für Verkehr und Tourismus Enrique Barón Crespo in einem Gespräch mit der WELT. „Die Europäische Gemeinschaft hat bislang noch keine Verkehrskonzeption entwickelt. Aber das ist überfällig, und wir können von Anbeginn dabei mitwirken. Was dagegen unsere bilateralen Beziehungen mit den einzelnen übrigen Mitgliedsländern der EG angeht, wird sich nicht viel ändern, denn unsere Transportbeziehungen sind ohnehin immer gut gewesen.

Eine dritte Frage berührt den Transitverkehr durch Spanien. Hier wird es einige Änderungen geben. Aber wirkliche Fragen wirft auch das nicht auf. Was den Handelsverkehr angeht, erwarten wir ein erhebliches Wachstum, vor allen Dingen im Bereich der Seefahrt. Das bedeutet für unsere maritimen Speditionen, daß sie von ihrer etwas einseitigen Ausrichtung nach den Vereinigten Staaten abgeben müssen und verstärkt auch Häfen in Europa beliefern werden.

Auf nationaler Ebene werden wir versuchen, eine eigenständige Transportpolitik zu entwickeln, um jeden Verkehrsträger Bahn, Straße, Luft- oder Wasserweg optimal einzusetzen. Es handelt sich bei dem Transport immerhin um einen erheblichen Kostenfaktor, und wir haben keine großen Ressourcen zu verschwenden. Auch die Europäische Gemeinschaft muß in ihrem Verantwortungsbereich und in ihrer geographischen Reichweite eine entsprechende Politik definieren. Sie müssen sich Gedanken darüber machen, welche die effizienteste Art der Beförderung ist.

Besondere Bedeutung fällt dabei der Entwicklung des Verkehrs nach und durch Frankreich zu, denn die zukünftigen Hauptmärkte werden in Nordeuropa liegen."

Der Minister erwähnt, daß er noch nicht von seinem französischen Kollegen eingeladen worden sei, sich dem französischen Schnellbahnsystem TGV anzuschließen. Er hält dieses System allerdings auch nicht für Spanien passend. „Wir haben unsere eigenen Probleme, und wir haben auch unsere eigenen Entwicklungen. Für Entscheidungen ist es ohnehin noch zu früh." Nach seiner Auffassung wird es auch in Spanien ein Schnellzugsystem geben, aber unter Einsatz eigener spanischer Technologie.

Der Minister verneint die Feststellung, daß es für Spanien zuerst einmal wichtig wäre, jeden wichtigeren Punkt im Lande mit einem Bahnanschluß zu versehen. Er betont vielmehr, daß bei dem Ausbau des spanischen Schienenweges das Schwergewicht tatsächlich auf der Geschwindigkeit läge. „Damit die Eisenbahn bei uns effizienter arbeiten kann, muß sie schneller werden. Insbesondere in der Strecken-Reichweite von 400 Kilometern."

Das bedeute Baróns Meinung nach zwei Entscheidungen. Einmal: Das Netz müsse verbessert werden, weil es höhere Geschwindigkeiten nicht erlaube. Die zweite betreffe die Technologie, die in den Lokomotiven zum Einsatz komme. Diese Entscheidung stehe unmittelbar bevor. „Wir wollen auf jeden Fall unsere eigenen Lokomotiven entwickeln und bekommen."

Barón bejaht ausdrücklich die Konkurrenz zwischen Flugzeug und Bahn, schränkt dann aber insofern ein, als er eine besondere Spezialisierung der Bahn auf den mittleren Strecken feststellt. „Etwa bis zum Bereich von 400 Kilometern." In diesen Bereichen, das sind etwa die Verbindungen Barcelona–Madrid oder Sevilla–Madrid, sei die Bahn, wenn sie nur schnell genug fahre, von der Kosten-Nutzen-Rechnung her dem Flugzeug überlegen. Die Flugzeuge müßten dann seiner Meinung nach die Strecken um 600–700 Kilometer abdecken. Unter hoher Geschwindigkeit versteht Baron eine Geschwindigkeit um 180 Stundenkilometer.

Im Bereich des Straßenverkehrs wurde gerade der derzeit gültige Generalplan verabschiedet. Er sieht keinen weiteren Ausbau des spanischen Autobahnnetzes vor, wohl aber den Bau einer Reihe von Autovias, das sind vierspurige Schnellverkehrsstraßen. Auf diesen Schnellstraßen wird es eine Höchstgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern geben.

Der Grund dafür, sagt Barón, sei, daß der Bau von Schnellstraßen viel billiger komme als der von Autobahnen. Er meint, daß man auch auf den Schnellstraßen ein hohes Maß an Sicherheit gewährleisten könne, wenn man nur die Geschwindigkeit reduziere, denn die Unfallursache sei das unterschiedliche Tempo beim Überholvorgang.

Der Minister sieht in dem Abschied vom weiteren Autobahnausbau keine politische Entscheidung zugunsten des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem privaten. Wie er sagt, waren rein praktische Gründe ausschlaggebend, zumal der Zeitverlust bei der Benutzung der Autovia gegenüber einer Autopista nicht ins Gewicht falle. Zwischen privatem und öffentlichem Transport und Verkehr soll der Wettbewerb entscheiden.

G. D.

WELT ● REPORT
SPANIEN
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Gestaltung: Michael Klocke, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Ruhesitze für eine Generation Reisender

Wenn Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, wird, ja muß sich auch im Tourismus einiges ändern". Diese Auffassung vertrat der zuständige Staatssekretär im Ministerium für Transport und Tourismus, Ignacio Fuejo, in einem Gespräch mit der WELT.

Als zentrale Aufgabe nannte er den Umweltschutz, insbesondere die sanitären Einrichtungen und die Lösung des Klärproblems in den Küstenstädten und Urbanisationen.

Auch die Einführung der Mehrwertsteuer, IVA genannt, bereite Kopfzerbrechen. Zu Preissteigerungen werde all dies jedoch nicht führen.

„Der Einfluß auf den Preis wird minimal sein. Denn die Hotels werden nur einen reduzierten Mehrwertsteuersatz zu zahlen haben. Man rechnet damit, daß insgesamt gesehen die Einführung der IVA 1986 zu einer Preissteigerung von ein bis zwei Prozent führen wird." Andere Steuern wie die IGT, Impuesto General de Trafico, werden im Gegenzug zur IVA-Einführung entfallen.

Der neue Steuersatz für die Hotels wird sechs Prozent betragen, so daß hier insgesamt der Steuersatz um einen Punkt zurückgeht. Und auch bei den Reiseanbietern, die ihr Angebot für das kommende Jahr vorgelegt haben, gab es dementsprechend keine IVA-bedingte Preisanhebung. Teurer werden dagegen die Alkoholika.

Psychologisch werde sich die Mitgliedschaft in der EG nicht auswirken, meint Ignacio Fuejo: Als Reiseland sei Spanien gut genug bekannt. Verbessern würden sich jedoch die Möglichkeit, Grundbesitz zu erwerben, und vor allem die Möglichkeiten, direkte Überweisung von Bezügen jeder Art, insbesondere Versorgungsbezüge, an Ferien- oder Alterswohnorte in Spanien vorzunehmen.

Immerhin macht während der Wintersaison der Anteil der Pensionäre schon über 50 Prozent aus, wenn man die Kanarischen Inseln unberücksichtigt läßt. „Sie müssen mal im Winter nach Benidorm gehen, um selbst zu sehen, wie es ist", meint der für Promotion zuständige Generaldirektor Ignacio Vasallo.

Im Sommer ist der Pensionärs-Anteil nicht höher als zehn Prozent. Psychologisch wichtig sei, so Ignacio Fuejo, daß jetzt eine Generation in Europa sich dem Abschied aus dem Berufsleben nähere, die gewohnt sei, durch Europa und die Welt zu reisen. Und diese Leute hätten auch geringe Hemmungen, ihren Lebensabend woanders und dafür in der Sonne zu verbringen.

Deswegen müsse noch stärker als in der Vergangenheit von seiten aller Verantwortlichen in Sachen Tourismus zwischen den Urlaubern und den Dauergästen unterschieden werden.

Dabei würden die Pensionäre, die sich nicht ein eigenes Haus in Spanien kaufen, vom Sommertourismus profitieren. „Wir haben in Benidorm etwa 300 000 Betten", sagt der Staatssekretär. „Wir müssen dafür sorgen, daß sie auch nach dem Ende der Sommerferien nicht leerstehen, und bieten Pensionären besonders günstige Möglichkeiten, hier den Winter zu verbringen." Dieser Teil des Marktes sei ebenso wichtig wie der der Grundbesitzer.

Für beide Sektoren des Tourismus habe sich insbesondere auch die Situation im Hinblick auf die Sicherheit seit 1983 deutlich gebessert. Fuejo legt Wert auf die Feststellung, daß die entsprechenden Jahrespläne außerordentlich erfolgreich gewesen seien.

Geändert habe sich auch die Zusammensetzung des Speiseplanes. In diesem Jahr seien schon 22 Prozent der Lebensmittel importiert worden, um europäischen Ansprüchen zu genügen. Und die Tendenz sei steigend.

Man sehe diese Entwicklungen nicht als Nachteil, sondern als Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit. Der Tourismus mit einer Einnahme von 6,2 Milliarden US-Dollar sei nicht nur Nummer eins in Europa, sondern auch Spaniens konkurrenzfähigste Industrie. Italien weise nur 5,8 und Frankreich 5,3 Milliarden auf, zugrundegelegt die Zahlen des Tourismus aus europäischen Ländern. Weltweit gesehen, liege Italien vorne.

J. C.

„Groß sind wir bei den Kleinen"

Zur Zeit spricht alle Welt von Spaniens Beitritt zum Gemeinsamen Markt. Doch die spanische Automobilindustrie ist schon seit mehreren Jahren ein fester Bestandteil der Gemeinschaft.

Zunächst einmal nutzen die größten Automobilhersteller der Welt den Fertigungsstandort Spanien. Hinzu kommt, daß bereits eine 100prozentige spanische Autofirma existiert, die Seat. Sie unterhält ein Auslandsnetz mit über 1500 Verkaufs-, Reparatur- und Serviceniederlassungen in 28 Ländern. Spanien ist der viertgrößte Automobilhersteller in Europa und rangiert unmittelbar hinter Deutschland, Frankreich und Italien noch vor Großbritannien. Alle diese Länder sind Mitglieder der EG.

Juan José Ruiz, Generaldirektor der Seat, zuständig für die Auslandsmärkte der Firma, hat seine berufliche Karriere ganz dem Automobil geweiht (angefangen hat er bei Ford und seit 1982 gehört er der Seat an). Mit ihm sprach für die WELT Gustavo Deano.

WELT: Die zwingendste Frage: Wie werden die Auslandsmärkte auf den Beitritt Spaniens zur EG reagieren?

Ruiz: Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß wir sehr wettbewerbsfähig sein werden. Zur Zeit zahlen wir auf jeden Export 42 Prozent Zoll. Wenn Spanien jedoch der EG angehört, reduziert sich der Zollsatz auf zwölf Prozent jährlich, was für uns eine enorme Verringerung der Kosten bedeutet. Hinzu kommt, daß die von uns oder unseren Zulieferanten importierten Rohstoffe auch billiger werden. Hoffen wir daß auch die Preise für Zubehörteile sinken, damit unser Exportgeschäft mehr einbringt als bisher. Im ganzen meine ich, daß der Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft sich nur positiv auswirken kann.

WELT: Und wie stellt sich der Beitritt vom Standpunkt des spanischen Marktes dar?

Ruiz: Der spanische Markt ist hochgradig konkurrenzfähig. Nicht umsonst haben sieben Automobilhersteller wie Ford, GM (General Motors), Renault, Peugeot, Talbot, Citroën sowie VW durch ihre Zusammenarbeit mit unserem Konzern sich in Spanien angesiedelt. Auf das ganze Jahr 1985 wird sich unsere Automobilproduktion auf 1,3 Millionen Modelle belaufen. Davon entfallen 450 000 auf Spanien. Der Löwenanteil unserer in Spanien hergestellten Automobile geht in den Export.

Es ist logisch, daß nach dem Beitritt Spaniens zur EG der Autoimport nach Spanien leichter sein wird. Da die Mehrzahl der europäischen Modelle jedoch schon hier im Lande hergestellt wird, erwarten wir keine großen Veränderungen.

Vielleicht wird sich der Anteil der importierten Autos erhöhen. Wenn das der Fall sein sollte, wird die Spezialisierung der Werke in Spanien schneller voranschreiten. Daraus wiederum wird dann ein höherer Exportanteil dieser Fabrikate in die übrigen Teile Europas resultieren.

WELT: In den letzten Jahren ist die Ausfuhr spanischer Automobile ständig gestiegen.

Ruiz: Das stimmt. Um ein Beispiel zu geben: In den Monaten Januar bis August 1985 sind die Exporte aller in Spanien hergestellten Fabrikate um 14,6 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr angestiegen.

Das Ergebnis, das die Seat erzielte, ist hier besonders spektakulär mit einem 50,5prozentigen Exportzuwachs im vorgenannten Zeitraum. Von Januar bis Oktober hat unser Unternehmen, der erste spanische Hersteller und auch die Nummer eins im Verkauf, 168 522 Fahrzeuge in Europa verkauft und selbst in soweit entfernte Länder wie Taiwan exportiert.

WELT: Was hat das Jahr 1985 der Seat gebracht?

Ruiz: Wir haben große Erfolge in diesem Jahr zu verzeichnen. Alles in allem haben wir die uns gesteckten Ziele erreicht. Nach unserer Trennung von Fiat haben wir 1983 begonnen, unsere eigene Automarke auf die europäischen Märkte zu exportieren.

Unser erstes Ziel war es, 1984 und 1985 auf den bedeutendsten europäischen Märkten Fuß zu fassen. Unsere Erwartungen wurden in dieser Hinsicht sogar noch übertroffen. In Italien haben wir einen Marktanteil von 2,5 Prozent in den letzten zwei Monaten erreicht, in Frankreich über 1,5 Prozent.



Mit dem Kleinwagen Ibiza will Seat in Europa Marktpunkte holen

FOTO: REGINE JANTKE

Für eine neue europäische Marke wie Seat ist das ein ganz beachtlicher Erfolg. Wir sind heute praktisch in ganz Europa vertreten. In diesem Winter haben wir unseren Export in die nordischen Länder Europas begonnen, und erst kürzlich haben wir die Märkte Großbritanniens und Irlands für unsere Produkte geöffnet. Unser Ziel ist ein einprozentiger Anteil am europäischen Markt.

Dann wünschen wir uns, diesen einprozentigen Anteil in der Mehrzahl der Länder sogar noch zu übertreffen. Unser drittes Anliegen ist die Erweiterung unseres Auslandsnetzes. Zur Zeit hat Seat in Europa insgesamt 1300 Konzessionäre. Wenn wir die Aktivitäten unserer Konzessionäre und Importeure zusammennehmen, so sind wir auf allen Märkten präsent.

WELT: Wie sehen Sie Seats Entwicklung in den kommenden fünf Jahren?

Ruiz: Unser Unternehmen will einen zweiprozentigen Anteil an den europäischen Märkten (Spanien ausgenommen) bis 1990 erreichen. Dieses Ziel würde ein jährliches Verkaufsvolumen von 200 000 Fahrzeugen in diese Länder voraussetzen. In diesem Falle hätten wir dann auch 3000 Vertragshändler in Europa.

WELT: Das Industriemodell in Europa heißt: Spezialisierung und Homogenität der Produkte. Welchem Autotyp widmet sich in diesem Konzert die nationale spanische Industrie?

Ruiz: Es versteht sich, daß Spanien – wie die Mehrzahl der mediterranen Länder Europas – sich der Produktion des kleinen Mittelklassewagens widmen wird, der hier Tradition hat. Die spanische Industrie richtet ihr Hauptaugenmerk heute auf zwei Faktoren: die Kosten und die Arbeitskräfte. Unser Binnenmarkt ist nur lebensfähig, wenn wir Autos mit neuerer Technologie bauen. Und somit – um die Kosten in Grenzen zu halten – müssen wir Autos herstellen, die in großen Mengen verkauft werden können – sogenannte „Massenprodukte".

WELT: Können sie schon einmal vorab sagen, wie das Programm 1986–90 der Seat aussehen wird?

Ruiz: Die von Seat entworfenen Pläne sind in drei Produktgruppen unterteilt. Hierin sind kleine Modelle – welche die Deutschen „Mini" nennen – ebenso enthalten wie Autos der Mittelklasse. Mittelfristig werden wir mit dem Modell Year '87 herauskommen. Außerdem führen wir den Seat Marbella ein, womit der Bereich der preisgünstigeren Autos dann abgedeckt ist. Im kommenden Jahr werden wir uns dann der Einführung des Modells Ibiza widmen, der Ausführung mit fünf Türen, sowie des Modells SXi – ausgerüstet mit dem Motor 1,5 Injektion Seat System Porsche, das in Zusammenarbeit mit den Porschewerken in Stuttgart entwickelt wurde.

Die Fahrzeuge der Mittelklasse werden vom Modell Malaga vertreten, das mit Injektionsmotor ausgerüstet ist und in sportlichen Ausführungen geliefert werden kann.

Im Zeitraum 1986–1990 werden wir ein ehrgeiziges Programm durchführen. Allerdings ist es etwas voreilig, schon jetzt darüber zu sprechen.

WELT: Welche Stellung nimmt die spanische Autoindustrie bei technologischen Neuerungen ein?

Ruiz: Unsere einheimische Automobilindustrie besteht aus zwei Sektoren. Zunächst einmal sind da die nationalen Firmen wie Seat. Auf der anderen Seite gibt es ja auch noch den multinationalen Sektor, der von Fabrikanten wie Opel und Ford vertreten wird.

Die staatlichen spanischen Firmen unternehmen große Anstrengungen, um mit der europäischen Konkurrenz auf technologischem Gebiet Schritt halten zu können. Das bedeutet konkret: Die Seat ist dabei, Katalysatoren und Motoren zur Verbrennung bleifreien Benzins einzubauen. Außerdem entwickeln wir Drei-Weg-Katalysatoren, also die am höchsten entwickelten Entgiftungssysteme, die bereits in Europa und den Vereinigten Staaten verwendet werden.

Ferner arbeiten wir mit den besten Fachleuten Europas zusammen, um ein Design unserer Modelle zu gewährleisten, das ästhetisch und funktional höchsten Ansprüchen genügt. Dabei spielt auch die Aerodynamik eine ganz große Rolle. Was nun den multinationalen Aspekt anbelangt, so richten sich alle Unternehmen nach den Weisungen und Spezifikationen ihrer Mutterhäuser. Das ist so üblich.

WELT: Inwieweit wird Ihre Preispolitik vom Beitritt Spaniens zur EG beeinflußt?

Ruiz: Unsere Preispolitik zielt auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte auf den europäischen Märkten ab. Die spanische Industrie produziert Qualitätserzeugnisse. Wir werden unser besonderes Augenmerk auf die Qualität in jeder Hinsicht richten: Fertigung, Ausstattung. Die Mehrheit der europäischen Käufer ist in erster Linie an hochwertigen und somit auch langlebigen Produkten interessiert.

Eines steht auf jeden Fall fest: Spanien ist das europäische Land, das Autos nicht nur zu den niedrigsten Preisen herstellt, sondern zudem noch die besten Produktionsmethoden anwendet.

ESPAÑA

TOURISMUS-POLITIK
AUTO-POLITIK



BANKEN
INVESTITIONEN
BURGOS
BOTSCHAFTER FONCILLAS
TELEFONICA

Abschluß eines Prozesses

Von EDUARDO FONCILLAS

Die Eingliederung Spaniens in die Europäische Gemeinschaft hat eine tiefe historische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung: Sie versinnbildlicht den erfolgreichen Abschluß eines nationalen und europäischen Prozesses, dessen Phasen von der Isolierung in der Vergangenheit, über die Erneuerung der spanischen Gesellschaft nach europäischem Vorbild zur Mitverantwortung Spaniens gegenüber allen gemeinsamen europäischen Herausforderungen der Zukunft führen.

Der Beitritt spiegelt den Willen Spaniens wider, am Aufbau Europas aktiv mitzuarbeiten und verdeutlicht die Fähigkeit Europas, seine Integrationsbestrebungen in die Tat umzusetzen. Aus wirtschaftlicher Sicht wird mit dem Beitritt außerdem den vielfältigen Beziehungen Rechnung getragen, die seit geraumer Zeit zwischen Spanien und den Ländern der EG bestehen.

Das spanische Volk sieht dem 1. Januar 1986 voller Hoffnung entgegen. Es ist sich bewußt, daß mit diesem Datum eine neue Epoche beginnt, die viele Möglichkeiten in sich birgt, und daß es seinen eigenen Beitrag zur Verwirklichung der europäischen Ziele leisten muß."

Alle hoffen auf ein besseres Anlageklima

Von AEG, BASF, Beiersdorf, Daimler, Degussa über Mannesmann, Nixdorf bis hin zu Varta und Wella sind alle großen deutschen Unternehmen in Spanien vertreten.

Mit dem neuen Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft hoffen nicht nur die Spanier, sondern auch deutsche investitionsfreudige Firmen auf ein besseres Anlageklima auf der iberischen Halbinsel.

Denn vom 1. Januar 1986 an ist Spanien verpflichtet, Hochzölle im Industriebereich abzubauen. Damit dürfte der Weg deutscher Unternehmen ins Königreich attraktiver werden.

Bis 1965 besonders attraktiver Standort

Spanien war für die deutsche Industrie besonders in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, speziell bis 1965 ein interessantes Investitionsland. Aufgrund der damals vorherrschenden politischen Umstände war mit Eruptionen im wirtschaftlichen und finanztechnischen Bereich nicht zu rechnen.

Heute ist die Lage anders. Die Demokratie hat auch die Wirtschaftsverfassung nach westlich geformten Maßstäben verändert. Streiks sind ebenso legal wie in der Bundesrepublik Deutschland.

Andererseits bestehen Dekrete und Gesetze aus der Franco-Zeit weiter, die eine Anpassung der Unternehmensstrukturen an gewandelte Marktbedingungen erschweren, ja, teilweise unmöglich machen. Sanierungen von marode gewordenen Firmen sind nur unter größten Schwierigkeiten durchzusetzen.

Wer heute auf dem spanischen Markt investieren möchte, sollte tunlichst dies in einer Kooperation mit einem spanischen Partner vornehmen:

Grundsätzlich kann ein ausländischer Investor sich an Unternehmen in allen Branchen beteiligen. Die Obergrenze liegt dabei allerdings bei 50 Prozent des Gesamtkapitals. Wer darüber hinaus eine Beteiligung wünscht, muß diese beantragen.

Grundsätzlich wird diese erteilt, wenn der Investor ausreichend Kapital für Export und Forschung bereitstellt und eine Arbeitsplatzgarantie abgibt.

Unberührt blieb durch die politische Wandlung Spaniens die Tatsache, daß der Kapitaltransfer zurück ins Ausland sichergestellt ist.

Besonders günstige Investitonsbedingungen wurden für Spaniens Entwicklungsgebiete geschaffen. Andalusien, Castilien, Estremadura, Resocha und der gesamte Nordwesten zählen im Rahmen der spanischen Entwicklungspolitik zu Gebieten, die eine Förderung besonders nötig haben.

Einige von diesen Gebieten werden auch in der europäischen Regionalförderung wieder auftauchen.

Auf nationaler Ebene stellt Madrid erhebliche Mittel bereit für Firmen, die ihren Sitz in diese Gegend verlagern wollen.

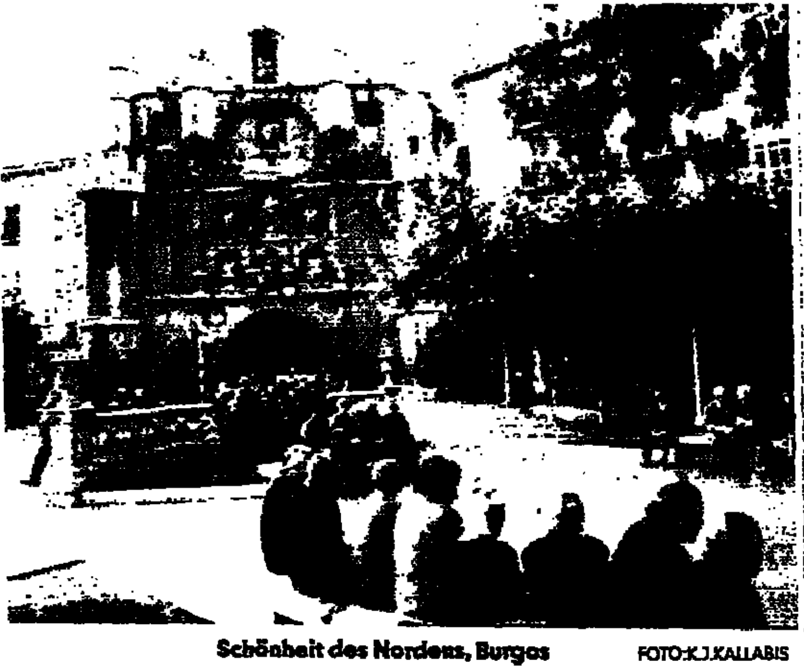
Wer hierher umzieht, kann mit Hilfe rechnen

Sie bieten zum einen verlorene Zuschüsse bis zu 30 Prozent für jede gebilligte Investition und übernehmen zum anderen 100 Prozent der Kosten, die dadurch entstehen, daß eine Produktionsstätte umgesiedelt werden muß.

In den Gebieten der – wie sie genannt werden – „großen industriellen Ausweitung" werden auch besonders preisgünstige Bankenkredite der staatlichen Banken zur Verfügung gestellt. 95 Prozent der Summe können so abgesichert werden.

Im übrigen bestehen zwischen Spanien und Ausländern bei diesen Anreizen keine Unterschiede.

SUAREZ ORTONA GONZALES


Schönheit des Nordens, Burgos FOTO: K.J. KALLABIS

Gotische Kathedrale und kulinarische Finessen

Die Stadt Burgos ist nicht gerade unbekannt. Zu Recht preist jeder Reiseführer die ehrfurchtgebietende hochgotische Kathedrale, die heute ebenso wie zu Zeiten der mittelalterlichen Santiagopilger das Stadtbild beherrscht – den vielen scheußlichen Vorstadtneubauten zum Trotz.

Ein touristisches Muß ist das Zisterzienserkloster Las Huelgas mit seinem romanischen Kreuzgang. Und erst recht die Kartause von Miraflores, wo man auf dem Altaraufsatz eine Rosette bewundern kann, die angeblich mit dem ersten aus Amerika auf den Seglern eingetroffenen Gold vergoldet ist.

Schließlich hat die Provinzhauptstadt an den Ufern des Rio Arlanzón auch kulinarisch einiges zu bieten, und nach ein paar Gläschen vom vorzüglichen Rotwein aus der nahegelegenen Rioja ist sicher schon mancher glücklich und zufrieden in sein Hotelbett gefallen.

Die autobahnähnliche Nationalstraße 1, die von Burgos nach Madrid führt, überlassen wir den Eiligen. Denn eine knappe Stunde südlich der Provinzmetropole scheint Spaniens Vergangenheit friedlich vor sich hin zu träumen.

In Covarrubias nämlich, das trotz erster Andenkenläden nach wie vor eines der reizvollsten alten Städtchens Altkastiliens ist. Ein Bummel dort bietet neben kunsthistorischen Genüssen wie dem wunderschönen Triptychon der Stiftskirche immer wieder auch Straßenszenen, die der Mitteleuropäer schon längst ausgestorben wähnte.

Unter den Arkaden der krummen Fachwerkhäuser blickt ein vor seinen buntbemalten Karren gespanntes Maultier den vorbeiziehenden Ochsen nach, und Schuster, Sattler oder Hufschmied verrichten in ihren von einer nackten Glühbirne spärlich erleuchteten Werkstätten ruhig und besonnen ihr Tagwerk.

Am Dorfplatz des Städtchens kann man vorzüglich essen und sich dabei an dem lauten Gebimmel freuen, mit dem die zurückkehrenden Schaf- oder Ziegenherden am Abend durch die engen Gassen ziehen.

KLAUS HÜBNER

Nach Rationalisierung zur Produktivität

Das neue Mitglied Spanien bringt auch das dichteste Bankennetz in Europa mit in die Gemeinschaft.

Nach der schweren Bankenkrise 1984 sind die Finanzinstitute für den Eintritt gut vorbereitet.

Diese Krise, die über 50 Banken in Schwierigkeiten brachte, kostete die spanische Volkswirtschaft rund 20 Milliarden Mark. Dies stellte der Rechnungshof des Landes im Herbst '85 fest. Die Mehrzahl der Institute wurde zeitweilig dem Banken-Garantiefonds unterstellt und danach von anderen Banken übernommen.

Im Gefolge der Übernahmen hat sich der Konzentrationsprozeß im Bankwesen weiter verstärkt. Ende 1984 entfielen auf die Gruppe der sieben privaten Großbanken insgesamt 65 Institute. Der Marktanteil dieser Sieben (Central, Banesto, Hispano, Bilbao, Vizcaya, Santander und Popular) zusammen beträgt 73 Prozent der Aktiva des gesamten Bankwesens. Der Marktanteil im Einlagengeschäft dürfte bei rund 80 Prozent liegen.

Spaniens Banken unterhalten im ganzen Land ein überaus großes Filialnetz. Nirgendwo sonst in Europa sind in den Städten und Gemeinden so häufig Bankschilder zu sehen, wie im Königreich. Ende 1985 verfügen die rund 100 Banken im ganzen Land über etwa 16 000 Zweigstellen. Zusätzlich unterhalten die Postsparkassen und die Sparkassen noch weitere 12 000 Zweigstellen. Nicht nur die Vielzahl der Stellen, sondern auch die Struktur des spanischen Bankwesens trug in der Vergangenheit mit zur Krise bei.

Die spanischen Banken waren in der Vergangenheit stark von den Persönlichkeiten und den Familien geprägt, die in den Entscheidungsgremien das Sagen hatten. Spaniens Banken hielten engen Kontakt zur Oberschicht, die wiederum die Industrie des Landes prägte und beherrschte.

So standen hinter den Banken oft einflußreiche Familien, die gleichzeitig die Eigentümer der größten Industrien und/oder Latifundien waren. Diese Verflechtung zeigt sich nicht nur in den großen Instituten, sie geht quer durch die spanische Bankenlandschaft.

Gerade diese Verflechtung führte in die Malaise. Denn die Kreditverpflichtungen nur einer Firma gegenüber einer Bank war allzuoft auf schwache Füße gestellt. Das Instrumentarium der Großkreditgewährung ist in Spanien noch schwach entwickelt.

Da Spaniens Wachstum seit Jahren nur noch durch den Export getragen wird (1984: plus 20 Prozent), mußten die Institute ihre Tätigkeiten den internationalen Gepflogenheiten anpassen. Parellel dazu ließen sich immer mehr ausländische Banken in Spanien nieder. Sie verstärkten den Konkurrenzdruck, zumal ausländische Institute gern in Bedrängnis geratene kleinere Banken aufkauften.

In spanischen Bankenkreisen ist man sich daher einig, daß der Beitritt Spaniens zur EG, obwohl mit einer siebenjährigen Übergangsfrist versehen, zu Rationalisierungsmaßnahmen führen muß, die dann eine höhere Produktivität nach sich ziehen werden.

Die sozialistische Regierung unter Ministerpräsident Gonzales hat zudem verfügt, daß die Banken neue Vorschriften über Eigenkapitalausstattung, Publizität und Konsolidierungszwang beachten müssen. Dies wird mit Sicherheit zu mehr Transparenz im spanischen Bankenwesen führen. Weil auch Spanien ab Januar '86 die Mehrwertsteuer einführen wird, fällt die bisherige fünfprozentige Umsatzsteuer auf Sollzinsen weg.

Allerdings steht der völligen Liberalisierung nach Auffassung von deutschen Bankmanagern noch immer die Tatsache entgegen, daß das spanische Bankwesen zu sehr vom Staat gesteuert wird. Immerhin hat das Finanzministerium über die Bank von Spanien das Verfügungsrecht über rund 56 Prozent der Bankeinlagen.

ing

Solanas Botschaft an die Partner bei der Post

Die Telefonica ist eine Gesellschaft gemischt aus öffentlichem und privatem Kapital. Ihr Präsident Luis Solana ist Mitglied der Sozialistischen Partei Spaniens und vertrat die PSOE auch im Parlament, gab dieses Amt jedoch auf, als er zum Präsidenten der Telefongesellschaft gewählt wurde. Trotz des starken staatlichen Einflusses ist die Telefonica die Gesellschaft Spaniens mit der größten Zahl privater Aktionäre.

Solana verweist in einem Gespräch mit der WELT auf eine ähnliche gesellschaftsrechtliche Konstruktion bei der britischen Firma Telecom, die allerdings größer als seine Gesellschaft sei. Der spanische Staat halte bei Telefonica zwischen 46 und 47 Prozent. Er empfiehlt diese Konstruktion der Bundespost und der französischen Post, wenn nicht zur Nachahmung, dann doch zum sorgfältigen Studium.

Solana meint, daß die Tage für das „typische Postmonopol" gezählt seien. Er empfiehlt eine Trennung der Bereiche Post und Telekommunikation. Er hält es für „ausgesprochenen Unsinn", Probleme zu politisieren, die von der modernen Technologie sowieso geändert würden, ob es die Politiker nun wollten oder nicht. Der Bereich der Telekommunikation verändere sich alle sechs Monate, und da dürfe man nicht mit den Kriterien ministerieller Bürokratie herangehen.

Auf der anderen Seite ist Solana gegen eine Liberalisierung im Servicebereich, das heißt, den Bereich des einzelnen Telefonanschlusses. „Hier muß die Regierung die Fäden in der Hand halten, um die entsprechenden Strategien festlegen zu können."

So müsse seiner Meinung nach die europäische Lösung eine Zusammenfügung von öffentlichem und privatem Sektor sein. Aus dem öffentlichen Sektor müsse die Fähigkeit genommen werden, zu koordinieren und zu verwalten. Und aus dem privaten Bereich müsse die Fähigkeit kommen, sich technologischen Wandlungen sehr rasch anzupassen.

Solana ist überzeugt, daß, ob nun ein Land arm sei oder reich, der Schlüssel für seine Leistungsfähigkeit im Bereich der Telekommunikation liegen werde. Spanien betrachtet er dabei als Mittelklasseland, Deutschland sei ihm überlegen, allerdings nicht in allen Bereichen, vor allen Dingen nicht im Bereich der Datentransmission und der Relais-Technik.

Hier habe Telefonica unlängst eine Anlage in die Republik China, nach Taiwan, verkauft. Und auch innerhalb der EG sei man durchaus wettbewerbsfähig. Deswegen habe man auch keine Angst vor dem Eintritt in die EG. Er wisse alledings genau, daß die Regierung dazu neige, den Post- und Telekommunikationsbereich für heimische Unternehmen zu sichern. Deutschland tue das für die Firma Siemens und die anderen entsprechend. So sei das Ausmaß des Wettbewerbs noch nicht sehr hoch, aber immerhin es beginne.

Die Konkurrenz werde vor allen Dingen dann einsetzen, wenn die Datenübermittlung mit Hilfe von Satelliten erfolge. Solana ist da nicht sehr optimistisch, daß dieser verstärkte Wettbewerb nicht zu einer Firmenkonzentration führen wird. „Es kann nicht jedes Land auf Dauer seine eigene Antwort finden wollen." Vor allen Dingen im Bereich des Kundenanschlusses müsse ein einheitliches System gefunden werden. „Stellen Sie sich vor, es kommen jedes Jahr bis zu 40 Millionen Touristen nach Spanien, die nach Hause telefonieren wollen, auch vom Auto aus, wenn ich denen die Chance eröffne, kann ich natürlich auch meinen eigenen Gewinn steigern."

Solana weist darauf hin, daß auch IBM stärker in den Telekommunikationsbereich einsteige, ebenso wie die amerikanische Firma ATNT in den Computerbereich investiere. Und wenn die Europäer keine gemeinsame Antwort finden würden, sei es sehr wahrscheinlich, daß sie alle miteinander von IBM gefressen würden.

Für Europa gäbe es mehrere Optionen, eine Vielfalt miteinander konkurrierender Firmen oder für bestimmte Bereiche nur einen Anbieter. „Sehen Sie die Telefonkunden in New York. Wenn etwa die Mutter ihren Sohn in San Francisco anrufen will, muß sie unter mehreren Gesellschaften auswählen. Ob sie das will? Oder ob sie das nur verwirrt?"

Solana hält das New Yorker System für einen Fehler, der Service habe sich nicht verbessert, die Kosten aber seien gestiegen. Die einzige Daseinsberechtigung für ein Monopol sei es, Kosten zu kompensieren, die auf die Kunden nicht abgewälzt werden könnten. „In den ländlichen Gebieten etwa sind die Kosten für einen Fernsprechanschluß zu hoch, um den Kunden mit dem echten Preis belasten zu können."

Der Telefonica-Präsident hält durchaus einen Wettstreit der Computer-Firmen für sinnvoll, aber der Anschluß an das Netz müsse in Spanien durch Telefonica erfolgen. „Das ist unsere einzige Botschaft an diese Gesellschaften." Jedenfalls zur Zeit wolle er keinen Wettkampf im Netz. Das britische Beispiel schrecke.

Das Schlüsselwort laute „interface" und wenn man da nicht kontrolliere und aufpasse, würde es nicht lange dauern, bis IBM auch das Netz beherrsche.

Daher laute seine Empfehlung an die Partner in Europa: „Wir sind kein reiches Land, aber wir haben einige Erfahrung, die wir euch vermitteln können, in einem sehr schwer zu überschauenden Bereich. Wir behaupten nicht, daß wir auf dem richtigen Weg sind, aber berücksichtigt es bei euren Überlegungen."

H.-H. HOLZAMER

Carlos Solchaga: „Stufenweise den Schock des EG-Beitritts mindern"

Seit die sozialistische Regierung ihr Amt übernahm (Dezember 1982 d. Red.) ist sie damit beschäftigt, eine Wirtschaftspolitik zu instrumentieren, die auf den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ausgerichtet ist. Dabei schien die stufenweise Anpassung am ehesten geeignet, den Schock aufzufangen, der sich aus dem effektiven Beitritt am 1.1.1986 ergeben wird". Mit dieser Feststellung betonte Finanz- und Wirtschaftsminister Carlos Solchaga der WELT gegenüber die kontinuierliche Wirtschaftspolitik seines Landes. Die nötigen Maßnahmen zur Integration müßten aber stets die angestrebte Rückkehr zu einem gesunden Wirtschaftswachstum im Auge behalten. Auf die Frage, ob die Einführung der Mehrwertsteuer die Inflation erhöhen werde, erklärte Solchaga, daß diese Mehrwertsteuer zu einer Zeit eingeführt wird, in der zum einen die Zollschranken abgebaut und zum anderen aber auch Markteinflüsse spürbar werden, die sich günstig auf die spanische Volkswirtschaft auswirken. Dazu gehöre die Entwicklung des US-Dollars und der Abbau der Rohstoffpreise.

Die Frage nach einer Abwertung der Peseta zum Vorteil der Exportindustrie und zum Anreiz des Tourismus stellt sich automatisch. Minister Solchaga wies darauf hin, daß die Peseta seit 1974 floatet, sich in ihrer Quotierung also dem Markt angleicht. Dennoch gab es seit jener Zeit drei Abwertungen, von denen die letzte die erste Wirtschaftsmaßnahme der sozialistischen Regierung bildete.

Der Abwertung folgten entweder monitären Interventionen um die Quotierung künstlich zu stützen, oder auf Grund starker Spekulationen, denen die Geldbehörden nichts entgegenstellen konnten. „Da derartige Umstände zur Zeit nicht gegeben sind, gibt es auch keinen Grund in den Devisenmarkt einzugreifen".

Letztlich entscheide immer noch die Wettbewerbsfähigkeit, so meinte der Minister, und diese müsse darauf ausgerichtet sein die Produktivität zu erhöhen und die Kosten zu senken: „Jeder Mechanismus, um den Wettbewerb künstlich zu beeinflussen, würde sich nur vorübergehend und auf mittlere Sicht gesehen schädlich auswirken".

Der spanische Finanzminister ist nicht der Meinung, daß die in den letzten Monaten beobachteten Senkungen der Kreditzinsen einem Druck der Bank von Spanien zuzuschreiben seien. Die Zinsentwicklung folge vielmehr den Bemühungen der Regierung, um eine Finanzierung des öffentlichen Defizits zu geringeren Kosten und der Reduktion der Verwaltungskosten insgesamt. Der „Crowding-out"-Effekt sei deshalb nur gering einzuschätzen.

Auf die Frage, ob der Finanzminister Carlos Solchaga die monitäre Politik seines Vorgängers Miguel Boyer fortsetze oder substantiell ändern wolle, antwortete Solchaga: „Ich sehe keinen Grund, die monitären



Minister Carlos Solchaga

FOTO: DIE WELT

Richtlinien der Regierung zu ändern. Allerdings muß diese Politik instrumental verstanden werden, das heißt in ihrer jeweiligen Auswirkung auf die Grundziele der Wirtschaftspolitik. Mit dem Inkrafttreten neuer Normen zur Regelung der Mindestreserven habe man – wie Solchaga erläuterte – bessere Kenntnis und damit eine bessere Kontrolle über die Entwicklung der liquiden Aktiva erreichen können. Unter anderem sei es auf diese Weise eher möglich, die monitären Wachstumsraten in ihrer Zielsetzung zu steuern und auf diese Weise die Erschütterungen zu vermeiden, die letztlich durch die Finanzierung des öffentlichen Defizits entstehen.

Im übrigen aber seien monitäre Manipulationen nicht geeignet, die wirklichen Probleme der spanischen Wirtschaft zu lösen. Das sei vielmehr Angelegenheit der Arbeits- und der Energiekosten sowie der Produktionsstruktur insgesamt.

Der Wirtschafts- und Finanzminister gab der WELT gegenüber zu, daß die dem Unternehmer aufgebürdete Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten – die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung ist mit eingeschlossen – eine bedeutende Komponente der Unternehmen darstellen und sich „negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit spanischer Produkte auswirken und außerdem die Arbeitskraft verteuert". Auf die Frage, ob man dieses System dem des übrigen Westeuropa in naher Zukunft anpassen werde, erklärte der Minister, daß die Regierung schon seit einigen Jahren „große Anstrengungen im Haushalt unternehmen, um die Sozialversicherung aus eben dem Haushalt zu finanzieren und so allmählich eine Reduzierung der Unternehmensquoten zu ermöglichen". Ganz offen meinte Solchaga, daß alle Anstrengungen unzureichend bleiben müßten, um die spanische Sozialversicherung der anderer westeuropäischer Länder strukturell anzugleichen. Die Übertragung auf den Staatshaushalt allein würde das Problem auch nicht lösen. So versuche der Gesetzgeber außerdem, das Wachstum der Ausgaben zu bremsen und den Unterschleif zu reduzieren, das heißt die Säumigen zur Zahlung der Versicherung zu zwingen.

Das Verhältnis Spaniens zu den Konkurrenten des Mittelmeer-Raumes, die wie Marokko, Tunesien oder Israel nicht der EG angehören, war lange gespannt, da Spaniens EG-Beitritt diesen Ländern gegenüber mit Nachteilen verbunden sein sollte. Bei den letzten Verhandlungen ließ Brüssel diese Auflage jedoch fallen. Der Minister erinnerte an die Gleichstellung bei Früchten, Wein, Gemüsen und Olivenöl. „Wir glauben daß es mittelfristig für diese Anrainer südlich des Mittelmeeres günstiger ist, wenn über ein Hilfsprogramm die Entwicklung dieser Länder gefördert werden könne". Dieses Programm sollte auch Stützungsmaßnahmen auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung, der Energie und des Tourismus einschließen.

ROLF GÖRTZ (SAD)

Flüssiger Renner aus Jerez

Die Sherry-Einfuhr in die Bundesrepublik stieg in den ersten neun Monaten 1985 um 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 161 685 hl. Der wertmäßige Zuwachs betrug mit 22,3 Prozent nahezu das Vierfache. Dieser Trend spiegelt sich auch in aktuellen Untersuchungen eines führenden Marktforschungsinstituts im Lebensmittelhandel wider. Der Durchschnittspreis stieg weiterhin von 5,89 auf 6,24 Mark.

Wie das Informationsbüro Sherry in Hamburg hierzu mitteilt, kommt in diesem Ergebnis die verstärkte Nachfrage nach qualitativ gutem Sherry zum Ausdruck, während gleichzeitig das Niedrigpreis-Segment schrumpft. Die deutschen Sherry-Importeure sind mit dieser Entwicklung zufrieden und erwarten wieder ein positives Jahresergebnis für 1985.

Die Anhebung der Mindestexportpreise hat hierzu ebenso beigetragen wie die konsequente Qualitätspolitik der Hersteller und die wirkungsvolle Tätigkeit der Kontrollkommission zum Schutz der Ursprungsbezeichnung.

Sherry ist einer der ältesten Weine der Welt, nach Europa fand er seinen Weg über Großbritannien, das noch 1982 41,3 Prozent des Exportes aufnahm, nur 14,8 Prozent fanden in diesem Jahr den Weg nach Deutschland, halb so viel wie in die Niederlande. Aber inzwischen hat er sich auch hierzulande etabliert. 1972 immerhin wurden in der Bundesrepublik nur 4,6 Millionen Flaschen getrunken, 1982 23 Millionen, und heute über 170 Millionen.

Gute Chancen für steigenden Absatz auf dem deutschen Markt haben auch spanische Spargelkonserven, die sich in den letzten Jahren einen guten Namen machen konnten. Die Hersteller in den Anbaugebieten verfolgen eine konsequente Qualitätspolitik, die Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Spargel-Exportländern bringen soll.

Die Absatzbemühungen der Exporteure und der deutschen Importeure werden seitens der INFE mit gezielten Promotion-Maßnahmen im Handel unterstützt. Hinzu kommt eine Aufklärungskampagne, die den Verbraucher über die Produktvorteile des spanischen Spargels informiert und zum Spargelkonsum während des ganzen Jahres anregen soll. G.D.

Plato und das Rätsel der Kanarischen Inseln

Über die Kanarischen Inseln wissen die meisten Deutschen soviel wie über eines der Bundesländer. Entweder waren sie selbst da oder haben von Freunden von dem fernen Land gehört, wo man das ganze Jahr hindurch ohne Gänsehaut baden kann.

Ein Land des ewigen Frühlings; ist es vielleicht sogar Atlantis oder der Rest von diesem versunkenen paradiesischen Reich? Immerhin, Plato, der erfahrene griechische Philosoph und Historiker, war sich bei seiner Standortbeschreibung sicher.

Von Atlantis blieben zwei Inselgruppen übrig

Er sagte, es liegt zwischen den Säulen des Herkules, also zwischen der Südseite Spaniens, dem Felsen von Gibraltar, und dem afrikanischen Atlas-Gebirge auf der einen Seite des Ozeans und dem „Kontinent" auf der anderen Seite des Ozeans. Den Kontinent nennen wir heute Amerika.

Doch Plato erwähnt seine Existenz schon 2000 Jahre vor Amerikas Entdeckung. Plato sagt auch, daß Atlantis eine große Insel war mit hohen Bergen, vielleicht meinte er den Teide auf Teneriffa und die Berge der Azoren und – weiter Plato: mit riesigen grünen Tälern.

Nach Meinung von Geologen und Historikern sind die grünen Täler im Meer versunken, und die Inseln Teneriffa und Azoren blieben übrig. So ist vielleicht tatsächlich mit den Kanarischen Inseln eine letzte Spur des geheimnisvollen achten Kontinents erhalten geblieben.

Als die Spanier die Insel entdeckten und eroberten, trafen sie auf großgewachsene weißhäutige Menschen mit blonden Haaren, die sie Guanches nannten. Diese zeichneten sich durch Kultur und Intelligenz aus, so daß man sich sehr gut vorstellen könnte, daß sie die Überlebenden des einst blühenden und fortschrittlichen Atlantis waren.

Diese Guanches, das ist das Überraschende, zeigten sich gegenüber den Spaniern erstaunt von der Tatsache, daß sich außer ihnen noch andere vor der großen Katastrophe, die ihren Kontinent vernichtete, retten konnte.

Sie glaubten nicht, daß die Spanier über das Meer gekommen waren, denn das Meer war ihnen unheimlich. Sie hatten auch keine Schiffe, obwohl sie im übrigen über ein hohes technisches Talent verfügten.

Als die Spanier sich dann anschickten, den fernen Kontinent Platos für die Moderne zu erobern, diente Gomera, eine Kanarische Insel, als letzter Posten Europas vor dem Aufbruch ins Unbekannte.

In der Karte Benicasa 1482, die in Konstantinopel hergestellt wurde, wurde dem sagenumwobenen Atlantis exakt der Platz der Kanarischen Inseln an der Westküste des afrikanischen Kontinents zugewiesen und von hier ausgehend die kürzeste Strecke zum fernen Kontinent eingezeichnet. Von dieser Karte und anderen Aufzeichnungen muß Christopher Kolumbus gewußt haben als er sich zu seiner großen Reise entschloß.

Heute besteht die Inselgruppe aus sieben Teilen, die indes jede über eine eigene Visitenkarte verfügen; hier hohe Berge, da fruchtbare Täler, hier Wüsten, da schroffe Felsen, Krater, hier wiederum ausgedehnte Wälder.

Jede Insel gleicht einem Kontinent in Miniatur mit unterschiedlichen Akzenten. Pinien, Palmen, Kakteen, Walnüsse. Die Zahl der Pflanzen scheint unendlich.

Früchte, von denen schon Plato berichtete

Die kanarische Tomate, die Banane, die Avocado, die Papaia, all sie versorgen die Küche der Insel und taten dies, so weiß Plato zu berichten, auch schon zur Zeit von Atlantis. Hinzu kommen heute der Fisch, der etwa die Grundlage für das berühmte Sancocho Canaria liefert.

Und vom Teide, dem höchsten Berg Spaniens, den man in angenehmer Fahrt mit der Bergbahn erreicht, kann man über die Inseln schauen und in ihnen die Reste von Atlantis erraten. Die Spitzen der Azoren sieht man nicht. Der achte Kontinent, der versunkene, war größer als heute das Auge selbst mit dem Fernglas erreicht.

GUSTAVO DEANO



WIRTSCHAFTSMINISTER
SOTTOGRANDE
SHERRY
KANARISCHE INSELN
OLIVEN

Zuwachs an Wäldern voller Oliven

Europas Wirtschaftsgemeinschaft wird am 1. Januar 1986 um rund eine Million Olivenbäume reicher. In Spanien besetzt der für das Mittelmeer typische Baum eine Fläche von 2,1 Millionen Hektar, von denen ungefähr 92 Prozent zur Erzeugung von Olivenöl angebaut werden. Durchschnittlich werden jährlich 425 000 Tonnen Olivenöl erzeugt, von denen rund 80 000 Tonnen exportiert werden. Spanien zählt seit Jahren zu den größten Exporteuren von Oliven und Olivenöl.

Zur Erntezeit im Herbst herrscht Hochbetrieb in den Hainen. Obwohl die blaß-grünen Früchte steinhart sind, haben sie eine empfindliche Schale. Deshalb müssen sie auch heute noch per Hand gepflückt werden. Die Olivenpflücker ziehen mit Leitern von Baum zu Baum und streifen blitzschnell die Früchte in Bastkörbe, die sie um den Hals gebunden tragen. Vom Korb geht es per Lastwagen in die nächste Fabrik zur Weiterverarbeitung. Die Früchte kommen in große Betonwannen, Sodalösung wird hinzugeschüttet, um die Bitterstoffe zu entziehen, dann werden die Oliven gewaschen und in riesigen Holzfässern zum Gären der Sonne ausgesetzt.

Nach drei bis fünf Monaten ist aus der harten Oliven eine weiche, wohlschmeckende Frucht geworden. Maschinen entkernen sie. Dann kommt die milde Paprika hinein, dort, wo vorher der Kern steckte. Im Hafen von Sevilla warten die Frachter auf die Ladung Kurs Hamburg. US

Colonel McMickings Lebenstraum

Colonel Joseph R. McMicking, Stanford-Absolvent und gedienter Stabsoffizier unter dem legendären General Mac Arthur, beschloß eines Tages, seinen langgehegten Traum von einer vorbildlichen, großzügigen, Natur, Mensch und Tier harmonisch vereinenden Wohnlandschaft in die Tat umzusetzen:

Auf der Suche nach einem geeigneten Platz für sein Paradies sandte er einen Emissär ins gelobte spanische Land. Dieser sah sich auf den Balearen, den Canaren und an der Costa del Sol um. Schießlich empfahl er seinem Colonel fünf nebeneinanderliegende Farmen, die nur neunzehn Kilometer von Gibraltar, Europas südlichstem Punkt, entfernt lagen. Eine davon hieß Sotogrande und wurde Namensgeber dieses Paradieses.

Nachdem das Land erworben war, holte sich McMicking den bedeutendsten Golfarchitekten Amerikas, Trend Jones, und sagte: „Bau mir den besten und schönsten Golfplatz, den du dir vorstellen kannst." Das Ergebnis: Trend Jones und sein Golfplatz Sotogrande, übrigens der erste, der internationale Meisterschaftsansprüche an der Costa del Sol erfüllen konnte, wurden in Europa berühmt.

Romantische alte Korkeichenwälder, nicht endenwollende Rasenflächen, der ruhig dahinfließende, grünlich schimmernde Rio Guadiaro, Legionen von Blumen, tropischen Pflanzen, Bougainvilleas, Palmen und Mimosen, das alles ist heute Sotogrande, eine seit 1962 bestehende Urbanisation zwischen Marbella und Gibraltar.

Auf einer Fläche von 2000 ha zwischen dem Meer und den aufregend schönen andalusischen Bergen ist Sotogrande der Beweis dafür, daß Mensch und Natur auch heute noch eine harmonische Einheit bilden können.

Sotogrande bietet eine Vielzahl von Tennisplätzen. Weitere Plätze befinden sich in unmittelbarer Nähe des Meeres.

Der Puerto Sotogrande ist die neueste Entwicklung in Sotogrande, am äußersten Ufer des Guadiaro-Rio gelegen, auf einer Fläche von ca. 400 000 qm, das aufwendigste Hafenprojekt der Costa del Sol, bestehend aus einer Kombination zwischen Puerto Banus und Port Grimaud. Der Puertoteil im Banusstil wird 500 Booten Platz bieten, der Port-Grimaud-Teil hat 1000 Liegeplätze in verschiedenen Größen. Dort werden die Stadtwohnungen und Häuser direkt an den Liegeplätzen liegen, so daß die Bewohner im wahrsten Sinne des Wortes vor der Haustür anlegen können.

Der Hafen wird teilweise nach außen ins Meer gebaut, und der Port-Grimaud-Teil wird in das Landesinnere verlegt.

Die Planung der Lagunenstadt ist inzwischen abgeschlossen und die Finanzierung gesichert. Mit der Errichtung der ersten Ausbaustufe dieses Projektes wurde vor ca. drei Monaten begonnen. Es sind ca. 550 Bootsliegeplätze und im Hafen gelegene Appartements und Wohnungen zu verkaufen. Deren Grundrisse und Einrichtung entsprechen der großzügigen Gesamtanlage von Sotogrande.

Planung und Verwaltung unterliegen strenger Überwachung. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß der ursprüngliche Sinn von Sotogrande erhalten bleibt: „A way of life, not just real estate", ein Lebensstil, nicht nur ein Grundstücksprojekt.

Nicht weniger als 300 Tage im Jahr scheint die Sonne über dem kilometerlangen Sandstrand von Sotogrande. Mehrere moderne Strandclubs mit Süß- und Meerwasser-Schwimmbädern, Kinderspielplätzen, Bars und Restaurants liegen Nordafrika direkt gegenüber.

Neben den beiden internationalen Maßstäben entsprechenden Golfplätzen gibt es einen „par three" Neunloch-Golfplatz. In unmittelbarer Nähe ist ein weiterer 18-Loch-Golfplatz in Bau und ein vierter in Planung. Auf den vorhandenen Plätzen kann man auch heute noch ohne Voranmeldung und ohne Wartezeiten abschlagen.

Über den 1985 eingeweihten Platz „Las Aves" sagte Tony Jackling: „Es ist der beste Golfcourse, den ich je bespielte, in bezug auf Gestaltung sowie an schwieriger, fairer Herausforderung an den Golfer."

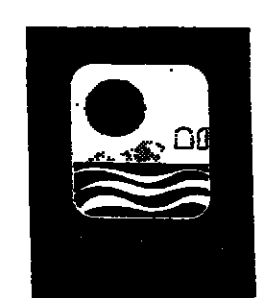
Die St.-Georgs-Jünger können am Strand dem Felsen von Gibraltar entgegenreiten oder durch die riesigen Wälder hinauf über die Hügel ins Farmgebiet, an wiegenden Kornfeldern vorbei, durch Orangen- und Zitronenhaine. Sotogrande ist der einzige Platz an der Costa del Sol, an dem Polo gespielt wird. Der Sotogrande-Goldcup-Wettbewerb im August ist Deauville ebenbürtig.

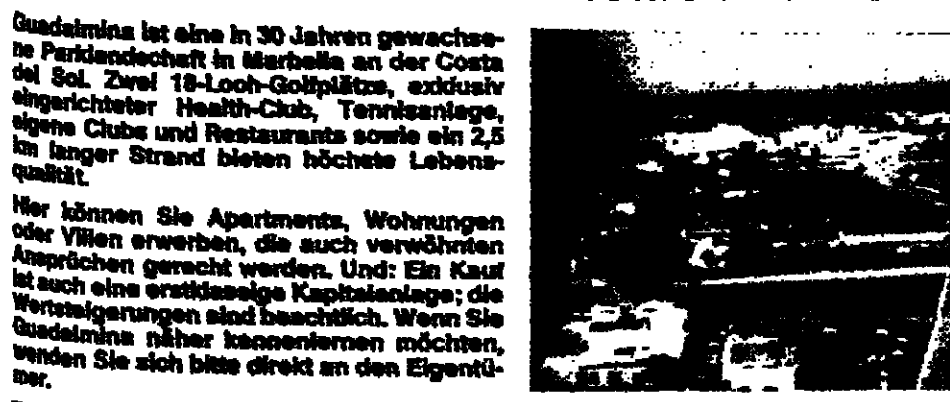
Spanier und Ausländer leben hier in Einvernehmen zusammen. Während die Land- und Sherrybarone aus Jerez und Sevilla, der Hoch- und Geldadel aus Madrid hauptsächlich die „Semana Santa Woche" (Ostern) und Juli/August hier verbringen, bleiben die Residenten fast ganzjährig hier. Daß Sotogrande ein äußerst exclusiver Club ist, zeigt die 400 Namen führende Mitgliederliste.

Nationenmäßig geht es ziemlich ausgewogen zu. Spanier, Amerikaner, Engländer, Phillippiner, Deutsche, Skandinavier, Franzosen, Belgier und Holländer leben in guter Nachbarschaft dank eines Mannes, der nicht nur eine Vision hatte, sondern auch die Zähigkeit, Ausdauer, Begeisterung und den Mut, eine Fata Morgana Wirklichkeit werden zu lassen. J.G.











MIJAS
PROINTUR
KORK
ALTOS DEL RODEO

Die Alten von Mijas und die Fabel der Esel-Taxis

Die meisten Einwohner von Mijas wissen über ihre Stadt nur, daß es sich um eine der schönsten Kommunen im andalusischen Süden Spaniens handelt. Daß sie 400 Meter hoch über dem Spiegel des Mittelmeers liegt und einen atemberaubenden Blick erlaubt über die nahegelegenen Küstenorte Fuengirola, Benalmaden und die Straße von Gibraltar bis nach Marokko, das schemenhaft am Horizont auftaucht.

Daß dieser Blick nicht nur heute, sondern schon vor Tausenden von Jahren die Reisenden anzog, verwundert nicht. Winklige Gassen, eine alte Moschee, die indes nicht mehr als Gotteshaus dient, und traditionsreiche Häuser legen Zeugnis ab, für die Attraktion dieses Fleckchens Erde durch die Geschichte.

Gegründet wurde es, so sagen die Archäologen, vor 2500 Jahren durch die Tartaren. Als die Araber 711 die Westgoten geschlagen hatten, prägten sie auch Mijas. 1492 schlugen es Spaniens katholische Könige dem Königreich von Taifas zu.

Geschichten blühen viele im Schatten der Stadtmauer wie die von der Katakombe, die sich unterhalb der ehemaligen Mezquita befinden soll, die vor vielen Jahren bei Bauarbeiten entdeckt wurde, dann aber auf Anweisung des damaligen Dorfpfarrers wieder zugeschüttet wurde, weil er ihre Plünderung vermeiden wollte.

Die Alten in Mijas, die tuscheln über die Geschichten. Sie wissen vieles, aber sie schweigen, vor allen Dingen gegenüber den Touristen, die an der Stadtmauer allenfalls erahnen, auf welch geschichtsträchtigem Grund sie wandern.

Wenn man sich jedoch die Zeit nimmt, den Alten zuzuhören, dann erzählen sie vielleicht die Geschichte wie die Burro-Taxis, die Esel-Taxis, entstanden sind. Es war einmal, so werden sie anfangen, ein armer Landbauer, der nach getaner Arbeit mit seinem Esel vom Feld heimkehrte und auf einen Fremden traf. Dieser kam von der Küste und wollte zu Fuß den steinigen und staubigen Weg nach Mijas erklimmen. Er fragte den Bauern, ob er ihn nicht ein Stück auf seinem Esel mitnehmen könnte. Der Bauer, ein freundlicher Mann, tat, worum ihn der Fremde bat und wurde dafür im Dorf von dem Fremden gut entlohnt. Andere Bauern beobachteten den Vorgang und schalteten schnell: Ihr Landsmann hatte in wenigen Minuten einen Tageslohn verdient. Das Geschäft mit den Esel-Taxis begann und blüht noch heute.

Von den Bauern sind wenige geblieben. Die meisten veräußerten ihre Ländereien für wenig Geld. Dort stehen heute exclusive Urbanisationen auf Parzellen, deren Preise sich vervielfacht haben. Freie Felder mit dem faszinierenden Blick zum Meer gibt es nur noch wenige.

Mijas ist eine der Städte geworden, wo heute ein internationales Publikum zu Hause ist. In den kleinen Straßencafés, in den Bodegas trifft man Schriftsteller, Maler, Leute aus Film und Kultur, aus Wirtschaft und Politik. Sie haben sich hier im angenehmeren Klima als in der Schwüle des Meeres, abgelegen von den touristischen Brennpunkten, einen Ruhesitz geschaffen. Hier leben sie einträchtig mit den „Mijeños" und ihren Frauen, die heute noch nach alter Art die Häuser kalken. Daß Mijas nicht sein Herz verkauft, darauf achtet die kommunale Verwaltung. Der Bürgermeister erteilt Baugenehmigungen nur für eine Höhe von maximal zwei Stockwerken. Der Stil muß andalusisch sein, die Fassaden weiß und die Dächer mit Ziegeln gedeckt.

Mijas ist mit seinen 153 Quadratkilometern und seinem 14 Kilometer breiten Küstenstreifen befreit von klotzigen Betonbauten. Auf einer Fläche, die größer ist als Benalmadena, Fuengirola und Marbella zusammen, sind 150 Urbanisationen im eleganten Stil entstanden. Zwei 18-Loch-Golfplätze bieten Abwechslung und Atmosphäre. Eine Pferderennbahn ist projektiert, die Pferdezucht für arabisch-andalusische Geblüte schon ansässig. Luxushotels, unter ihnen das Hotel Mijas mit Weltgeltung, Tenniszentren wie das Algarrobo y Lew Hoad Restaurants erheben Mijas weit über den touristischen Durchschnitt. Marmorsteinbrüche, das größte Avocado-Anbaugebiet Europas, Wanderwege geben der Stadt ihr Gepräge.

Bürgermeister Antonio Maldonado erweckte einerseits, wie er sagt „Mijas aus dem Dornröschenschlaf" und beließ es doch in Harmonie mit der Natur.

G. D.

Für die Flasche zu schade

Überall hat sich der Kunststoff durchgesetzt. Doch nicht im Flaschenhals von Qualitätsweinen oder Champagner. Hier behauptet der Korken seinen Platz, und man nimmt lieber in Kauf, daß ein Wein einmal seinen Geschmack annimmt und den eigenen verliert, als auf dieses Naturprodukt zu verzichten.

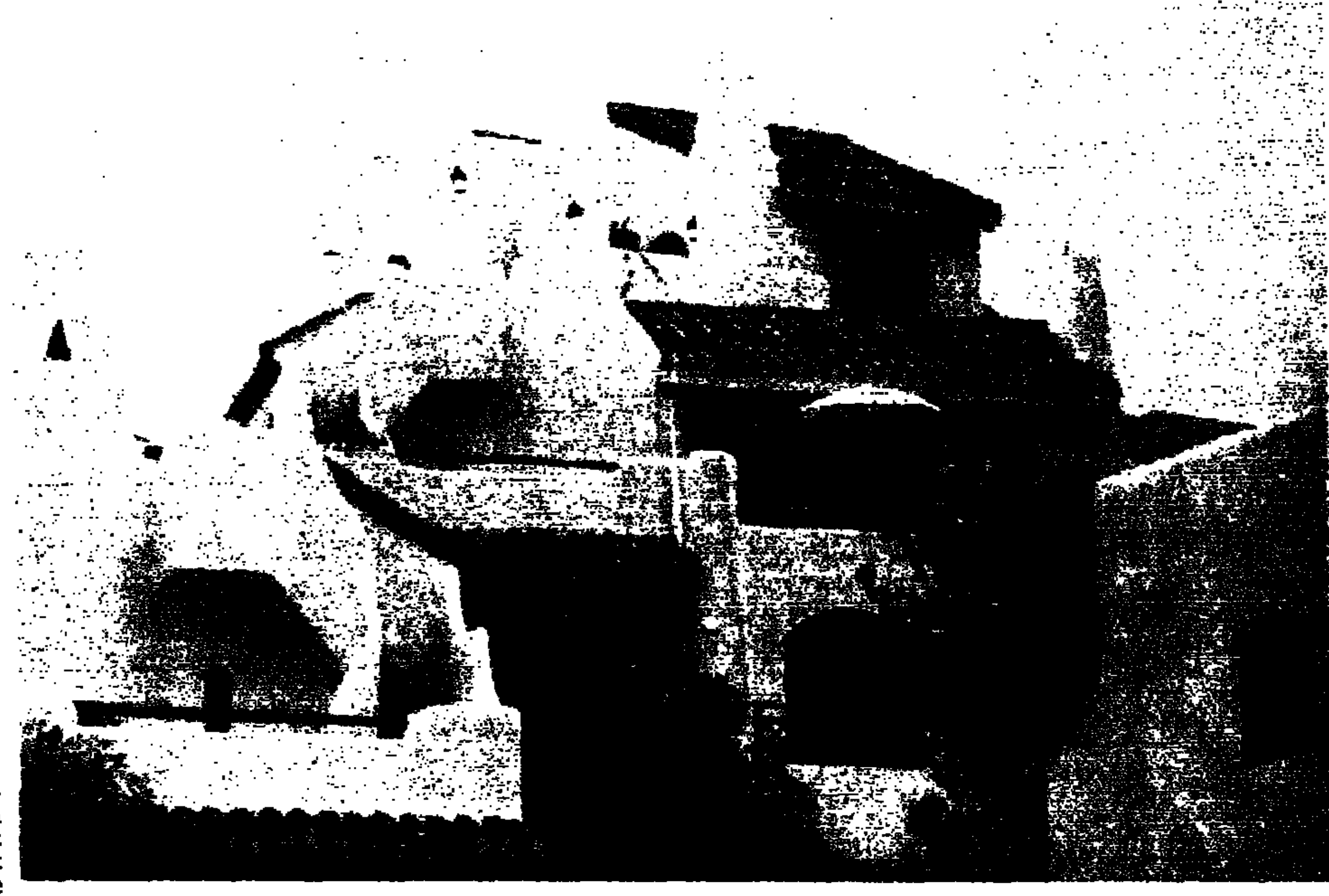
Berühmt sind die Korkwälder und die Korkproduktion Portugals. Aber das Anbaugebiet, die Heimat der Korkeiche, macht vor der Grenze nicht halt. Spanien ist ebenfalls ein bedeutender Produzent und wird mit dem Eintritt des Landes in die Europäische Gemeinschaft den Export forcieren.

Aus der Extremadura, der Grenzregion Spaniens mit Portugal, kommt das Rohprodukt, das wie der Generaldirektor des in Merida ansässigen Instituts zur Förderung des Korks, Miguel Elena Rossello, überzeugt ist, eigentlich für den Gebrauch in der Flasche zu schade ist.

Er rechnet mit vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten als Tapete aber auch zunehmend als Isolationsmittel ohne gesundheitsschädliche Nebenwirkungen.

Rossello: „Die Chancen des Korks für die gesamte Bauindustrie sind noch lange nicht erschöpft. So natürlich und so gesund wie Kork isoliert sonst nichts." So sieht er für das Produkt seiner Heimat noch eine große Zukunft und zeigt auf Korkprototypen für Koffer, Hüte, Visitenkarten, Portemonnaies und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs.

no.



An Glanz und Exclusivität versuchen sich die Urbanisationen gegenseitig zu übertreffen. Realistischer muß der drangehen, der hier investieren will, sei es für einen Sommer – sei es ein Alterssitz. Gut beraten ist, wer Prointur einschaltet, eine Promotions- und „Kontrollgesellschaft", an der öffentliche Stellen und private Firmen beteiligt sind

Am Cabo de Palos, in der Povinz Murcia, liegt der Club La Manga, in Frankfurt unterhält er eine Repräsentanz

FOTO: UTE SCHRADER

Costa del Sol, Land der Luxus-Urbanisationen

Alles unter der Sonne bietet Spanien, will man dem offiziellen Slogan Glauben schenken: Was aber vor allen Dingen angeboten wurde war der Boden, was in der Vergangenheit nicht immer zu unbedingt gesunden Entwicklungen führte. Spekulationen und Bauen in Beton sind hierfür nur zwei Begriffe.

Der Staat hat inzwischen erkannt, wie wichtig der Grundstücksmarkt ist als Devisenquelle und als Hilfsmittel, die Infrastruktur voranzubringen. Und um „Touristenwohnungen zu exportieren" (wie der neue Investmentplan international vermarktet wird) haben die spanischen Behörden eine Kontrollbehörde ins Leben gerufen, an der sich auch private Unternehmen beteiligen können.

Die Prointur, so der Name der Organisation, entstammt der Costa del Sol. Sie wurde dort ins Leben gerufen, als die Küste nicht nur ihre Anmut, sondern auch Glaubwürdigkeit und den Grundstückspreis zu verlieren drohte.

In der Prointur arbeiten Urbanisatoren und staatliche Beamte zusammen, um die verschiedenen Investitionsvorhaben zu harmonisieren und zu überwachen, um vor allem dem Betrug mit Land und Appartments einen Riegel vorzuschieben.

Wer immer sich für seine Ferien oder für seinen Alterssitz ein Stück unter der Sonne Südspaniens erwerben will, sollte tunlichst danach fragen, ob Prointur ein wachsames Auge über der Anlage hatte.

In der Nähe von Marbella an der Costa del Sol ist – unter Beteiligung von Prointur – mit der Urbanisation Altos del Rodeo der Versuch gelungen, „die Sinnlichkeit der architektonischen Formen arabischer Art mit dem Sinn für das Praktische des europäischen Komforts auf höchstem Niveau" zu verbinden. Wie es der Präsident der Gruppe Esmosa, die diese Urbanisation durchführt, Luis Fernandez Ordas beschreibt.

Esmosa ist eine etablierte Immobilienfirma, die über 3000 Wohnungen in Sevilla vermietet und als Promoter der Costa del Sol an die Öffentlichkeit getreten ist. In Madrid haben sie sich im Rahmen des neuen Generalplans engagiert, als vor sechs Jahren die Immobilienpreise stagnierten. Nun, seit Frühjahr '85 gehen die Preise hoch, internationale Gesellschaften interessieren sich für den Standort Madrid, für das Gebiet in der Nähe der „Castellana". Hier kostet der umbaute Quadratmeter schon bis zu 240 000 Peseten.

Im Süden ist der Markt unterschiedlich, denn die Costa del Sol ist lang; 250 Kilometer von Gibraltar bis nach Malaga und Granada hinauf.

Viele hatten geglaubt, hier mit Urbanisationen schnell und viel Geld verdienen zu können. Aber viele fielen auf die Nase. Darunter auch viele Deutsche. Denn die Urbanisation wird heute als seriöses Geschäft betrachtet, auf dem die Behörden Augen und Finger haben. Ein zweites Vorhaben von Esmosa ist der Parque del Sol in Guadalmina. Diese Anlage ist fertig und zum Teil auch schon verkauft. Die Preise der 120 Appartements an der Küste liegen zwischen 22 und 50 Millionen Peseten. Den Spitzenpreis macht eine Penthaus-Wohnung aus mit 180 Quadratmetern und privater Terrasse.

Guadalmina ist eher was für Familien, die ihren Urlaub mit sportlichen Aktivitäten aufwerten wollen. Tennis, Paddle-Tennis, Squash, auch fünf Golfplätze sind in der Nähe.

Für die Dienstleistungen werden 1 bis 1,5 Prozent jährlich verlangt, an Steuern ist ein Betrag von 0,5 bis 0,7 Prozent des Preises zu berappen; Beträge, die man durch Vermietung in der Zeit, wo man das Appartement nicht selbst nutzen will, leicht wieder herein bekommt.

Früher waren die Engländer die Klienten Nummer eins. Heute wächst das Interesse der Deutschen ebenso wie das der Amerikaner. Die Preise in Marbella sind hoch, ebenso in Puerto Banus. Aber schon wenige Kilometer weiter in den Dörfern, die in der Nähe von Guadalmina liegen, das gilt auch für Altos del Rodeo, kauft man nach wie vor preiswert ein.

JUAN d' AMPI